



UNTER DER FAHNE DER REVOLUTION

Theoretisches Journal der Liga der Sozialistischen Revolution | österreichische Sektion der Liga für die 5. Internationale

Ausgabe 2 & 3 | April 2008

Preis € 4,50

Ist eine Vereinigung Europas im Kapitalismus möglich? Lenin und Trotzki zur Frage eines sozialistischen Europas

Michael Pröbsting

Der Tschad-Konflikt und die Linke: Schein-Antiimperialismus mit marxistischen Phrasen getarnt

Michael Pröbsting

Europäische Linkspartei und KPÖ: Degenerationsprozess zeigt sich in Kosova-Frage

Roman Birke

Tierbefreiung als Teil des revolutionären Programms?

Roman Birke

ARCHIV DES MARXISMUS

Materialistische Dialektik und Arbeiterbewegung (1928)

Iwan K. Luppol

Texte über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1923 und 1928)

Leo Trotzki

**Doppel-
nummer**

INHALT

- Die Frage der Vereinigung Europas im Lichte
der marxistischen Theorie S. 3
- Der Tschad-Einsatz und
die österreichische Linke S. 27
- Europäische Linkspartei, KPÖ und die
Unabhängigkeit des Kosova S. 40
- Tierbefreiung als Teil
des revolutionären Programms? S. 45

ARCHIV DES MARXISMUS

- Ivan K. Luppel: 'Materialistische Dialektik
und Arbeiterbewegung' (1928) S. 51
- Leo Trotzki: Auszug aus „Die Internationale
Revolution und die Kommunistische
Internationale“ (1928) S. 57
- Leo Trotzki: 'Über die Aktualität der Parole
,Vereinigte Staaten von Europa' (1923) S. 59



Auf der Website der *Liga der Sozialistischen Revolution* (vormals ArbeiterInnenstandpunkt) finden sich Artikel zu aktuellen Themen des Klassenkampfes in Österreich und international. Auch unsere Aktivitäten und die Themen unserer wöchentlichen Treffen werden auf der Website angekündigt. Der regelmäßig erscheinende *Red Newsletter* kann auch über die Website bestellt werden. Es findet sich ebenso ein Überblick über die Publikation der *Liga der Sozialistischen Revolution* und der *Liga für die Fünfte Internationale* und unsere Kontaktadressen.

www.sozialistische-revolution.org
www.fifthinternational.org

Editorial

Hiermit präsentieren wir die 2. Ausgabe von „*Unter der Fahne der Revolution*“ – dem theoretischen Organ der *Liga der Sozialistischen Revolution* (vormals ArbeiterInnenstandpunkt). In dieser Ausgabe widmen wir uns mehreren Themen, die in der einen oder anderen Form mit der Machtpolitik der imperialistischen Bourgeoisie und der Haltung der Linken dazu zusammenhängen. Roman Birke setzt sich mit der Frage der Unabhängigkeit des Kosovo und der Haltung der Europäischen Linkspartei (KPÖ in Österreich) auseinander. Ein weiterer Artikel widmet sich ausführlich der Frage der Vereinigung Europas. Dabei behandelt Michael Pröbsting die Frage, ob ein solcher Zusammenschluß Europas auf kapitalistischer Grundlage möglich ist und kritisiert die Haltung einiger linker Gruppen dazu. Weiters legt er die historische Entwicklung der Positionen von Lenin und Trotzki zur Losung der Vereinigten Staaten von Europa dar. Mit der Haltung der Linken zur militärischen Intervention der EU im Tschad sowie zur Analyse des Imperialismus und nationalen Befreiungskampf setzt sich ein weiterer Artikel von Michael Pröbsting auseinander. Schließlich legt Roman Birke die marxistische Herangehensweise zur „Tierbefreiung“ dar – einem Thema, das heute gerade für viele fortschrittliche Jugendliche von Bedeutung ist.

Wie schon in der ersten Nummer angekündigt enthalten die Ausgaben von „*Unter der Fahne der Revolution*“ eine Rubrik „*Archiv des Marxismus*“, in der wir Texte sowohl von Klassikern des Marxismus als auch von unbekannteren marxistischen Theoretikern neu auflegen. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir als Hintergrund zum Artikel über die Vereinigten Staaten von Europa zwei Texte dazu von Leo Trotzki aus den 1920er Jahren.

Weiters drucken wir – ausgehend von der Wichtigkeit der marxistischen Philosophie – einen Artikel des bolschewistischen Philosophen Ivan K. Luppel zum Thema „*Materialistische Dialektik und Arbeiterbewegung*“ aus dem Jahre 1928 ab sowie eine von der Redaktion verfaßte Einleitung über den Autor.

Wir hoffen mit dieser Ausgabe von „*Unter der Fahne der Revolution*“ einen weiteren Beitrag zur Verteidigung und Entwicklung des Marxismus geleistet zu haben. Denn der Marxismus kann nur bestehen, wenn er sich den laufend durch den Klassenkampf aufgeworfenen Fragen stellt und Antworten gibt. Antworten, die sich – im Einklang mit dem marxistischen Axiom der Einheit von Theorie und Praxis – sowohl auf die Ebene der Analyse als auch der Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der revolutionären KommunistInnen erstrecken und Klarheit schaffen gegenüber den verwaschenen und unwissenschaftlichen Einstellungen des Marxismus durch dessen reformistische und zentristische Epigonen. Solche Antworten müssen die auf der Grundlage der marxistischen Weltanschauung – also der Wissenschaft des Proletariats – erfolgen, aber gleichzeitig neue Entwicklungen berücksichtigen und dementsprechend die revolutionären Positionen weiterentwickeln.

Die Redaktion

DIE FRAGE DER VEREINIGUNG EUROPAS IM LICHT DER MARXISTISCHEN THEORIE

Zur Frage eines supranationalen Staatsapparates des EU-Imperialismus und der marxistischen Staatstheorie.

Die Diskussion zur Losung der 'Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa' bei Lenin und Trotzki und ihre Anwendung unter den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes.

von Michael Pröbsting

In unserer Broschüre „EU-Reformvertrag – Hintergründe und revolutionäre Antworten“ haben wir den widersprüchlichen Charakter der Herausbildung eines supranationalen Staatsapparates des EU-Imperialismus behandelt. In diesem Beitrag wollen wir uns – nach einer kurzen Darlegung unserer Position zum EU-Vertrag – mit einigen damit verbundenen theoretischen Fragen auseinandersetzen.

* Welche Faktoren befördern und welche Faktoren behindern den Herausbildungsprozeß eines supranationalen Staatsapparates des EU-Imperialismus?

* Ist eine Vereinigung Europas auf kapitalistischer Grundlage überhaupt möglich?

* Auf welchen strategischen Überlegungen beruht die marxistische Losung der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“?

* Welche Haltung nahmen Lenin und Trotzki zur Losung der Vereinigten Staaten von Europa ein und welche Überlegungen steckten dahinter?

I. Die Haltung der marxistischen Revolutionäre zum EU-Vertrag

Beginnen wir mit einer kurzen Zusammenfassung der Position der *Liga der Sozialistischen Revolution* (LSR) zum EU-Vertrag in einigen wenigen Thesen:¹

1. Der EU-Vertrag ist ein Anschlag auf die Interessen der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Schichten - der Lohnabhängigen, der Jugendlichen, der Migranten. Er dient ausschließlich den Interessen der Konzerne und Mächteliten in Europa und in Österreich. Er bedeutet eine Verschärfung der neoliberalen und militaristischen Offensive der herrschenden Klasse. Mit anderen Worten: er bedeutet für uns mehr Krieg, mehr Sozialabbau und weniger Demokratie.

2. Deswegen tritt die LSR für einen massiven Widerstand gegen den EU-Vertrag ein: Demonstrationen, Streiks bis hin zum Generalstreik – in Österreich und europaweit. Wir fordern die Arbeiterbewegung – die Gewerkschaften, die verschiedenen Teilorganisationen der Sozialdemokratie usw. – auf, in diesem Sinne aktiv zu werden. Wir sind für den Aufbau von Aktionskomitees in den Betrieben, Schulen und Universitäten. Ebenso treten wir für eine europaweite Koordinierung des Widerstandes ein.

3. Da die Kräfte, die eine solche klassenkämpferische Orientierung umsetzen würden, gegenwärtig sehr schwach sind, unterstützen wir die Forderung nach einer Volkabstimmung über den EU-Vertrag und arbeiten – als linker, revolutionärer Flügel – innerhalb der Plattform Volkabstimmung mit.

4. Unsere Alternative zur imperialistischen EU ist weder die Rückkehr zum kleinen imperialistischen Nationalstaat Österreich noch eine „soziale, friedliche Reformierung“ der EU. Unsere Alternative ist die Zerschlagung der EU durch eine europaweite Revolution und der Aufbau der Vereinigten

Sozialistischen Staaten von Europa.

Zusammengefaßt lauten unsere Hauptlosungen:

* EU-Vertrag bedeutet mehr Krieg, mehr Sozialabbau und weniger Demokratie!

* Kampf dem EU-Vertrag! Für eine Volksabstimmung!

* Für Demonstrationen und Streiks gegen den EU-Vertrag – in Österreich und europaweit! Für den Aufbau von Aktionskomitees!

* Für eine europaweite sozialistische Revolution! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

II. Einige Gesichtspunkte der marxistischen Staatstheorie

Wir haben in unserer Broschüre zum EU-Vertrag sowie auch an anderer Stelle den Prozeß der Herausbildung eines supranationalen – also nationalstaats-übergreifenden – EU-Staatsapparates und seine inneren Widersprüchlichkeiten festgestellt.² Doch bevor wir diese Frage genauer behandeln, ist es vonnöten, zuerst einige Worte über das Wesen des kapitalistischen Staates zu verlieren.

II.1. Basis und Überbau. Staat und Ökonomie im Kapitalismus

Der Kapitalismus als System stellt die Gesamtheit sozialer Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse einer in gegensätzliche – herrschende und beherrschte – Klassen gespaltene *Gesellschaftsformation* (Marx) dar. Die Basis dieser Gesellschaftsformation verkörpern die ökonomischen Produktionsverhältnisse – das Privateigentum an Produktionsmitteln –, welche der besitzenden Kapitalistenklasse die unentgeltliche Aneignung eines Mehrwertes (dem Profit) aus dem von der Arbeiterklasse geschaffenen gesellschaftlichen Wertprodukt erlaubt. Auf der Grundlage dieser ökonomischen Produktionsbedingungen erhebt sich ein politischer und ideologischer Überbau (Staat, Kultur etc.). Karl Marx beschrieb dieses Verhältnis folgendermaßen:

„Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten - ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht -, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts-

und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden. Dies hindert nicht, daß dieselbe ökonomische Basis - dieselbe den Hauptbedingungen nach - durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind.“³

Der Staat ist jedoch nicht einfach ein Beiwerk zur Ökonomie, sondern stellt eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren der wirtschaftlichen Ausbeutung einer Klasse durch die andere dar. In der Tat könnten die Ausbeutungsverhältnisse keinen Tag lang bestehen bleiben, würde es nicht einen sich über diese ökonomische Basis erhebenden politischen und ideologischen Überbau geben. Trotzki merkte einmal zu Recht an, daß „eine reine Ökonomie also eine Fiktion (ist)“⁴ Dies beginnt bei der Rechtssicherheit, die der Unternehmer beim Warenhandel benötigt und die durch staatliche Organe gewährleistet wird und geht bis zur Rolle des Staates bei der Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen und einer Infrastruktur, ohne die der wirtschaftliche Organismus des Kapitalismus nicht pulsieren könnte. Darüberhinaus zeichnet sich die kapitalistische Klassengesellschaft durch enorme, scharfe Gegensätze aus. Warum sollten sich Arbeiter Entlassungen, Lohnkürzungen, Preiserhöhungen etc. gefallen lassen, während sich die Kapitalisten unablässlich und offensichtlich bereichern? Warum sollten sich Migrant in allen Lebensbereichen als Bürger 2. Klasse benachteiligen und überausbeuten lassen? Warum sollten sich Jugendliche in der Schule von einem einzelnen Direktor (bzw. der über diesem stehenden Schulbehörde) Ablauf und Inhalt des Unterrichts aufzwingen lassen? Die Antwort darauf lautet: weil es einen bürgerlichen Klassenstaat und eine bürgerliche Klassenideologie gibt.

Der bürgerliche Staat zwingt die unterdrückten Klassen mit seinen ungeheuren Machtmitteln zur Respektierung der herrschenden Verhältnisse.

„Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit).“⁵

Der Kapitalist weiß daß er bzw. sie sich jederzeit auf die Hilfe der Polizei, der Justiz und anderer Staatsorgane verlassen kann und läßt dies auch die Lohnabhängigen wissen. Das gleiche gilt für alle anderen gesellschaftlichen Unterdrückungsbereiche. Marxisten bezeichnen daher den Staat als „besondere Machtorganisation, eine Organisation der Gewalt zur Unterdrückung einer Klasse.“⁶

Ebenso dient die bürgerliche Klassenideologie der Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse. Die bürgerliche Klassenideologie setzt an den von der Arbeiterklasse spontan als undurchschaubar empfundenen kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse an – dem Warenfetischismus, der sich immerwährend als gesellschaftlicher Nebel über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse

erhebt.⁷ Auf dieser Grundlage hämmert der bürgerliche Herrschaftsapparat den unterdrückten Klassen permanent zahlreiche Rechtfertigungs- und Vertröstungsideologien ein – angefangen von der Schule bis hin zu den Medien. Lenin beschrieb diesen Sachverhalt folgendermaßen:

„Der Kapitalismus wäre kein Kapitalismus, wenn er nicht einerseits die Massen zu einem Zustand der Geducktheit, Unterdrücktheit, Einschüchterung, Zersplitterung (im Dorfe!) und Unwissenheit verurteilt und wenn er nicht andererseits der Bourgeoisie einen gigantischen Lügen- und Betrugsapparat in die Hände gebe, einen Apparat, um die Arbeiter- und Bauernmassen zu betrügen, sie zu verdammen usw.“⁸

Kapitalismus setzt also nicht nur die Herstellung und Wiederherstellung von Waren und Kapital voraus, sondern auch – und damit naturnotwendig verbunden – die Herstellung und Wiederherstellung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ersteres erst ermöglichen.

„Der Prozeß der Reproduktion ist nicht nur ein Prozeß der Reproduktion der materiellen Elemente der Produktion, sondern ein Prozeß der Reproduktion der Produktionsverhältnisse selbst.“⁹

II.2. Der Staat als Maschine der Klassenherrschaft

Doch damit der Staat auch tatsächlich die kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse aufrechterhalten und verteidigen kann, bedarf er einer entsprechenden inneren Gestaltung. Der kapitalistische Staat kann nur deswegen diese Funktion erfüllen, weil er auch tatsächlich ein von oben nach unten, streng hierarchisch gegliedertes und eng mit dem Kapital verwobenes Instrument der Klassenherrschaft ist.

Ihrem Wesen nach ist der kapitalistische Staat eine „bürokratisch-militärische Maschinerie“.¹⁰ Wenn wir vom kapitalistischen Überbau, vom bürgerlichen Herrschaftsapparat sprechen, so meinen wir damit nicht nur die Repressionsorgane (wie Armee, Polizei, Gericht etc.), sondern auch den gesamten staatlichen Verwaltungsapparat, Ausbildungssektor usw. Darüberhinaus umfaßt der Herrschaftsapparat der Bourgeoisie nicht nur die staatlichen Organe, sondern auch diverse nicht-staatliche Organe wie Medien, Kirche u.ä. Nur diese Herrschaftsmaschinerie in ihrer Gesamtheit ist in der Lage, die von scharfen Gegensätzen zerfressene Klassengesellschaft zusammenzuhalten.

„Wieso aber wird unter solchen Umstände das Gleichgewicht im Aufbau der Klassengesellschaft erreicht? Wieso zerfällt sie nicht in jedem Moment? (...) Es muß etwas geben, was die Rolle eines Reifens spielt, der die Klassen zusammenhält und die Gesellschaft hindert, zu bersten, auseinanderzufallen, sich endgültig zu spalten. Ein solcher Reifen ist der Staat. Der Staat ist eine Organisation, die mit unzähligen Fäden die ganze Gesellschaft umspinnt und sie in dem Netz ihrer Fangarme hält. Aber was ist das für eine Organisation? (...) Die staatliche Organisation ist ganz und gar eine Organisation der herrschenden Klassen.“¹¹

Diese Maschinerie entstand in Europa in der Zeit der Feudalherrschaft und beruht auf dem Prinzip der Herrschaft von oben nach unten – also einem strikt autoritären Aufbau – aus.

„Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit – stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente. (...) änderte sich ihr politischer Charakter gleichzeitig mit den ökonomischen Veränderungen der

Kontaktadressen

www.sozialistische-revolution.org

sozialistische-revolution@gmx.net

Stiftgasse 8, 1070 Wien * Tel.: 0650/4068314

Gesellschaft. In dem Maß, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft.“ ¹²

Aufbau des Staates und herrschende Ideologie entsprechen also der Anatomie der ökonomischen Basis. Die Diktatur des Unternehmers im Betrieb findet ihr Gegenstück in der Diktatur des Direktors an der Schule, des Abteilungsleiters in der Verwaltung oder des Medienkonzerninhabers über die bürgerlichen Publikationen. Das gleiche schließlich auch in der zentralen Stellung Gottes in der Religion oder des „Recht des Stärkeren“ in diversen flachen Alltagsphilosophien.

Dieses Prinzip der Herrschaft von oben nach unten sehen wir in allen Teilbereichen des Staatsapparates – angefangen von der Armee und der Polizei, der Justiz bis hin zur Verwaltung, der Schule oder der Jugendfürsorge. Überall haben wir das Kommando von oben nach unten, nirgendwo werden die Leiter von der Basis – den Lohnabhängigen, der Jugendlichen usw. – von unten nach oben kontrolliert oder sind gar abwählbar.

Auch die demokratische Form der bürgerlichen Herrschaft – der Parlamentarismus – ändert nichts an autoritären Charakter des Staatsapparates. Denn die Parlamentswahlen ermöglichen bloß die Wahl der obersten Spitzenvertretern im Staat. Wie diese dann ihre Macht ausüben, ob sie ihre Wahlversprechen einhalten, welche Entscheidungen in den 4-5 Jahren zwischen den Wahlen stattfinden – all das entzieht sich der Kontrolle oder gar der Mitbestimmung der Bevölkerung.

In Wirklichkeit stellt die herrschende Klasse über unzähligen Mechanismen sicher, daß die politischen Machthaber im Interesse des Kapitals arbeiten – angefangen von Posten, Karrieremöglichkeiten, direkte Bestechung, zukünftige Jobs in Konzernen usw. Das Parlament ist daher auch nicht das wirkliche Machtzentrum. Denn in Wirklichkeit koordinieren die führenden Politiker die allermeisten wichtigen Entscheidungen in informellen Gesprächen mit Vertretern der besitzenden Klasse – dem Kapital. (Industriellenvereinigung, Wirtschaftsbund, Wirtschaftsforschungsinstitute, sogenannte unabhängige Experten, die in ihrer beruflichen Existenz zumeist direkt von Aufträgen von Regierung und Konzernen abhängen, EU-Offizielle usw.).

Bürgerliche Herrschaft bedeutet keineswegs, daß die mächtigsten Kapitalisten direkt die Regierungsgeschäfte leiten. Für diese Aufgaben halten sie sich politische Funktionäre (Schlüssel ist als jahrzehntelanger Wirtschaftsbundfunktionär ein Paradebeispiel dafür). Im Umfeld der Herrschenden befindet sich jedoch stets ein Netz von Zuträgern, Interessensvertretern, Beratern, Medienmagnaten usw., die über unzählige Verbindungen, Aufträge, Geschäftsinteressen usw. miteinander verwoben sind. Zusätzlich gibt es stark entwickelte Institutionen der Herrschenden, deren Wort starkes Gewicht im Staatsapparat hat. So hat z.B. die Industriellenvereinigung oft Vertreter in diversen Expertenkommissionen, die von der Regierung eingesetzt werden.

Natürlich gibt es auch Interessenskonflikte innerhalb der herrschenden Klasse, die sich dann entsprechend in Fraktionsbildungen innerhalb der politischen Elite niederschlagen. Ihren Ausdruck findet diese dann in vielfältigster Form – angefangen von unterschiedlichen bürgerlichen politischen Parteien, unterschiedlichen „Expertenmeinungen“, unterschiedliche Zeitungen und Kommentare „angesehener“ Journalisten, gegensätzlichen Vorhersagen von Wirtschaftsforschungs- oder auch Meinungsforschungsinstituten usw.

Hinzu kommt der stetige Kampf zwischen den Klassen und zwar zuerst und vor allem zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat, aber auch den Interessenskonflikten der Zwischenschichten und –klassen wie der Bauernschaft, dem städtischen Kleinbürgertum, den Mittelschichten usw. Der Staat als der Staat der herrschenden Klasse ist der „ideelle

Gesamtkapitalist“ ¹³ Aber um eben seine Rolle als ideellen Gesamtkapitalisten erfüllen zu können, muß er in der einen oder anderen Form auch Kompromisse mit anderen Klassen eingehen, dieses oder jenes Zugeständnis machen oder bestimmte Allianzen schmieden, ohne deswegen seine grundlegende Funktion als Maschine der Kapitalistenklasse in Frage zu stellen.

Sollte sich dieses parlamentarische Netz bürgerlicher Herrschaft einmal als zu schwach erweisen, um die soziale Sprengkraft gegensätzlicher Klasseninteressen abzufedern oder sollte sich gar eine linke Mehrheit im Parlament erdreisten, radikale fortschrittliche Gesetz zu beschließen, dann greift die herrschende Klasse auf ihre sicheren Bataillone zurück: den Repressionsapparat (Polizei, Armee, Geheimdienst, paramilitärische Verbände). Unzählige Beispiele wie der Februar 1934 in Österreich oder auch der Oktoberstreik 1950, der Staatstreik in Chile gegen die linke Regierung Allende 1973 oder eines General Francos in Spanien 1936 legen beredetes Zeugnis davon ab.

Der Staat ist also eine kapitalistische Herrschaftsmaschine sowohl unter den Bedingungen der offenen Diktatur (Militärdiktatur, Faschismus etc.) als auch der bürgerlichen Demokratie. Während also reformistische Politiker und Theoretiker behaupten, daß der Klassencharakter des bürgerlich-demokratischen Staates neutral sei – also bei „richtiger“ Besetzung der Spitzenposten im Interesse der Arbeiterklasse ausnützlich sei – betonten die marxistischen Klassiker immer wieder den reaktionären, unreformierbaren Charakter des Staates:

„Die höchste Staatsform, die demokratische Republik, die in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann - die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus. Einerseits in der Form der direkten Beamtenkorruption, wofür Amerika klassisches Muster, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse, die sich um so leichter vollzieht, je mehr die Staatsschulden steigen und je mehr Aktiengesellschaften nicht nur den Transport, sondern auch die Produktion selbst in ihren Händen konzentrieren und wiederum in der Börse ihren Mittelpunkt finden. Dafür ist außer Amerika die neueste französische Republik ein schlagendes Beispiel, und auch die biedre Schweiz hat auf diesem Felde das ihrige geleistet. Daß aber zu diesem Bruderbund von Regierung und Börse keine demokratische Republik erforderlich, beweist außer England das neue deutsche Reich, wo man nicht sagen kann, wen das allgemeine Stimmrecht höher gehoben hat, Bismarck oder Bleichröder. Und endlich herrscht die besitzende Klasse direkt mittelst des allgemeinen Stimmrechts. Solange die unterdrückte Klasse, also in unserm Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie sich als eigne Partei, wählt ihre eignen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.“ ¹⁴

Daran ansetzend betonte auch Lenin:

„In der demokratischen Republik, fährt Engels fort, 'übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus', und zwar erstens durch seine 'direkte Beamtenkorruption' (Amerika) und zweitens durch die 'Allianz von Regierung und Börse' (Frankreich und Amerika). Heute haben Imperialismus und Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhn-

lichen Kunst 'entwickelt'. Wenn beispielsweise schon in den ersten Monaten der demokratischen Republik in Rußland, sozusagen im Honigmond des Ehebundes der 'Sozialisten' – der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki – mit der Bourgeoisie, Herr Paltshinski in der Koalitionsregierung alle Maßnahmen zur Zügelung der Kapitalisten und ihrer Raubgier, ihrer Plünderung der Staatskasse durch Heereslieferungen, sabotierte, wenn dann der aus dem Ministerium ausgetretene Herr Paltshinski (der natürlich durch einen anderen, ebensolchen Paltshinski ersetzt worden ist) von den Kapitalisten durch ein Pöstchen mit einem Gehalt von 120.000 Rubel jährlich 'belohnt' wurde – wie nennt man das dann? Direkte Korruption oder indirekte? Allianz der Regierung mit den Syndikaten oder 'nur' freundschaftliche Beziehungen? Welche Rolle spielen die Tschernow und Zereteli, die Awksentjew und Skobelew? Sind sie 'direkte' Bundesgenossen der Millionäre, die den Staat bestehen, oder nur indirekte?

Die Allmacht des 'Reichtums' ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es (...) von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“¹⁵

Diese Methoden der seine „direkte Beamtenkorruption“ und der 'Allianz von Regierung und Börse' gehören keineswegs der Vergangenheit an, sondern sind aktueller und ausgeprägter denn je. Dies trifft auf alle kapitalistischen Länder zu – sowohl in den USA (siehe den Enron-Skandal, die enge Allianz der Ölmultis und der Bush-Cheney-Administration usw.) als auch hierzulande (Steuerskandal in Deutschland, Postenschacher, Bestechungen, BAWAG-Skandal in Österreich).¹⁶

Tatsächlich wird mit der fortwährenden Existenz des Kapitalismus die Verflechtung von Staatsapparat und Kapital immer enger. Engels wies auf diesen Prozeß hin:

„Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“¹⁷

Unter Entfremdung verstehen wir hierbei vor allem die Inbesitznahme des Staates durch die jeweilige herrschende Klasse. Ist der Staat aus den jeweiligen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen selbst hervorgegangen, entfremdet er sich immer mehr vom gesellschaftlichen Interesse der unterdrückten Klasse und wird vielmehr zu einem direkten und abgehobenen Instrument zu deren Unterdrückung.

Mit diesem Prozeß der zunehmenden Entfremdung des Staatsapparates geht in der Epoche des Imperialismus auch der Ausbau der Repression einher. Dies beweist nicht nur das 20. Jahrhundert mit seiner Unzahl an Kriegen, faschistischer Herrschaft und Holocaust. Dies zeigt sich auch gegenwärtig am Beginn des 21. Jahrhunderts mit den Präventivkriegen „gegen den Terror“ – in Wirklichkeit gegen Völker, die sich nicht dem imperialistischen Diktat unterordnen –, dem Ausbau des Überwachungsstaates und den Methoden von Guantanamo und Abu Ghraib sowie der zunehmenden Aufrüstung und Militarisierung.

„Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der 'Staatsmaschinerie' auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.“¹⁸

Während also die Epoche des aufstrebenden Kapitalismus im 19. Jahrhundert eine Tendenz des Voranschreitens der Demokratie sah, zeichnet sich die Epoche des niedergehenden Kapitalismus durch eine Untergrabung der Demokratie aus. Lenin faßte diese Entwicklung folgendermaßen zusammen.

„Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion.“¹⁹

Jedoch ist es durchaus auch in der Epoche des Imperialismus möglich, daß gegenläufige Tendenzen zur politischen Reaktion auftreten. Vor allem in der Periode nach dem zweiten Weltkrieg – dem langen Boom 1950-1970 – konnten durch die massive Zerstörung von Kapital durch den Krieg und der daraus resultierenden höheren Profitrate die oberen Schichten der ArbeiterInnenklasse in das System des Kapitalismus integriert werden. Diese Stufe der Klassenkollaboration – die in ihrer höchsten Stufe den Namen Sozialpartnerschaft bekommen hat – ist jedoch eine Ausnahme zur allgemeinen Tendenz der imperialistischen Epoche. Die heutige politische Reaktion hat ihr Gesicht vor allem im sogenannten Krieg gegen den Terror gefunden und hat mit dem verstärkten Kampf gegen die Halbkolonien und dem massiven Angriff auf die ArbeiterInnenklasse durch die neoliberale Konterrevolution die „normale“ Form des imperialistischen Angriffs wieder angenommen.

II.3. Der kapitalistische Staat und seine relative Autonomie von der kapitalistischen Ökonomie

Wir haben also die zentrale, unabdingbare Stellung des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft gesehen sowie seinen Charakter als bürokratisch-militärische Maschine der Klassenherrschaft. Nun gilt es, ein weiteres wesentliches Merkmal des bürgerlichen Staatsapparates zu verstehen: nämlich seine aktive, intervenierende Rolle in die kapitalistische Gesamtgesellschaft. Erst durch diese aktive, intervenierende Rolle kann der Staat seine Rolle als ideellen Gesamtkapitalisten spielen. Er muß die kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse nicht nur aufrechterhalten und verteidigen, sondern auch weiterentwickeln und entsprechend den Bedürfnissen des Kapitals modifizieren.

Wie oben bereits festgestellt vertritt der kapitalistische Staat als Maschine der herrschenden Klasse zuerst und vor allem die Interessen ihrer mächtigsten Fraktion – dem Monopolkapital. Doch dieses Monopolkapital existiert nicht isoliert, sondern kann seine Geschäfte nur im täglichen Warenaustausch mit den anderen Fraktionen des Kapitals tätigen. Hinzu kommen die zeitweise widersprüchlichen Interessen der Zwischenklassen und –schichten, die ja oft wichtige politische Bündnispartner für die Bourgeoisie darstellen. Schließlich und vor allem der Klassengegensatz zwischen Monopolkapital und dem Proletariat und der daraus entspringenden Notwendigkeit, einerseits die Spitzen der Arbeiterbewegung zu integrieren und zu korrumpieren und andererseits auch gewisse Zugeständnisse zu machen, insbesondere an die privilegiertesten Schichten, der Arbeiteraristokratie.

Friedrich Engels wies auf diesen Aspekt des modernen Staates seit seiner Existenz hin:

„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug

der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält. So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, die Adel und Bürgertum gegeneinander balanciert; so der Bonapartismus des ersten und namentlich des zweiten französischen Kaiserreichs, der das Proletariat gegen die Bourgeoisie und die Bourgeoisie gegen das Proletariat ausspielte. Die neueste Leistung in dieser Art, bei der Herrscher und Beherrschte gleich komisch erscheinen, ist das neue deutsche Reich Bismarckscher Nation: Hier werden Kapitalisten und Arbeiter gegeneinander balanciert und gleichmäßig geprellt zum Besten der verkommen preußischen Krautjunker.²⁰

Der Staat ist also nicht bloß die passive Widerspiegelung eines ökonomisch erreichten Entwicklungsstandes der Produktivkräfte. Das war er nie und das ist er in der Epoche des Imperialismus noch weniger. Der permanente Zusammenstoß zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die stetigen Konflikte zwischen den Großmächten, der Konkurrenzdruck am Weltmarkt, der auf den Schultern der Monopolkapitalisten lastet, der Antagonismus, der nicht aufhebbarer Grundwiderspruch zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat – all das zwingt die Monopolbourgeoisie dazu, daß ihr imperialistischer Staat eine aktive, eingreifende Rolle einnimmt.

Diese aktive Rolle kann der Staat nur deswegen einnehmen, weil er eine gewisse, relative Autonomie gegenüber der ökonomischen Basis innehat. Natürlich agiert der Staat nicht im luftleeren Raum, sondern kann dies nur auf der Grundlage der gegebenen Produktionsverhältnisse und objektiven Klasseninteressen. Er kann nur solche politische Fragen lösen, die durch die Bedürfnisse der Ökonomie, der Produktivkräfte aufgeworfen werden. Es gibt also eine subjektive Rolle des Staates dort, wo die objektive Notwendigkeit der Ökonomie existiert.

Aber ebenso wäre es plattester ökonomischer Objektivismus, würde man nur von einer einseitigen Determinierung der ökonomischen Basis auf den politischen Überbau ausgehen und die Wirkung des Überbaus auf die Basis leugnen. In der Tat findet hier – wie Engels immer wieder betonte – eine Wechselwirkung statt, wie wohl in letzter Instanz die Ökonomie ausschlaggebend ist.

*„Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch auf einander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, daß die ökonomische Lage Ursache, allein aktiv ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der in letzter Instanz stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit. (...) Es ist also nicht, wie man sich hier und da bequemerweise vorstellen will, eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu (...).“*²¹

Diese dialektische Auffassung des Staates ist entscheidend für das Verständnis der Rolle, die der bürgerliche Staat spielen kann, um der „ökonomischen Notwendigkeit“ tatsächlich zur Durchsetzung zu verhelfen.

Natürlich ist mit der Idee der relativen Autonomie des Staates von Seiten reformistischer Theoretiker (von Kautsky über Otto Bauer bis Poulantzas und Althusser) viel Schindluder betrieben worden. Und zwar in der Hinsicht, daß der grundsätzliche reaktionäre Klassencharakter des bürgerlichen Staates zumindest vorübergehend, zeitweise, aufgehoben werden könnte. Das ist reaktionärer Unsinn.

Aber wir haben in der modernen Geschichte schon oftmals gesehen, daß der Staat unter dem mannigfaltigen Druck der Antagonismen zwischen den verschiedenen Klassen bzw. Klassenfraktionen auf unterschiedliche Weise die Rolle des ideellen Gesamtkapitalisten einnimmt. Diese Rolle als scheinbar über den Klassen stehender Staat verkörpert natürlich nicht

den Durchschnitt des Willens aller Fraktionen des Kapitals. Dies ist eigentlich nie der Fall, weil sich in der Regel die mächtigsten Fraktionen des Kapitals durchsetzen bzw. auf der Grundlage ihrer Interessen ein Kompromiß mit anderen Klassen und Schichten formuliert wird.

Der Staat ist ideeller Gesamtkapitalist im Sinne des vorausschauenden Akteurs im Interesse der objektiven ökonomischen Notwendigkeiten des Kapitals und hier v.a. des Monopolkapitals. Das heißt der Staat ist aktiver Vorantreiber bestimmter ökonomischer Notwendigkeiten des Kapitals ohne zuerst darauf zu warten, daß sich diese Notwendigkeiten bereits spontan innerhalb des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß vollziehen oder daß sie von den einzelnen Kapitalisten bereits als solche subjektiv wahrgenommen werden.

Dafür lassen sich zahlreiche Beispiele anführen. Im späten 19. Jahrhundert zum Beispiel erzwang der Staat in Westeuropa das Verbot von Kinderarbeit. Er sicherte damit dem Kapital bei Verletzung seiner kurzfristigen Profitinteressen die langfristige Erhaltung des Nachschubs an ausbeutbaren Arbeitskräften. Oder nehmen wir die politischen Schritte des preußischen Kanzlers Otto von Bismarck, der sowohl bestimmte Sozialreformen als auch entscheidende Schritte zur Vereinigung Deutschlands unter preußischer Vorherrschaft setzte. Aber auch im 20. Jahrhundert finden wir zahlreiche Beispiele für die aktive Rolle des Staates sowohl auf politischer Ebene als auch bei der Vorantreibung ökonomischer Entwicklungen. So z.B. die Versuche der Importsubstituierenden Industrialisierung in einigen halbkolonialen Staaten (Peron in Argentinien, Nasser in Ägypten, Nehru in Indien usw.), die wirtschaftliche Modernisierung unter dem Faschismus oder auch z.B. unter einem Kreisky im Österreich der 1970er Jahre.

Schließen wir also dieses Kapitel mit einer Zusammenfassung unserer Schlußfolgerungen ab:

- i. Der Staat ist immer der Staat der herrschenden Klasse. Der Staat im Kapitalismus ist also immer der Staat der Kapitalisten.
- ii. Der kapitalistische Staat ist eine „bürokratisch-militärische Maschine“, eine Organisation zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, die nach dem Kommandoprinzip von oben nach unten aufgebaut ist.
- iii. Diesen Charakter trägt der kapitalistische Staat immer – unabhängig davon, ob er die Form einer offenen politischen Diktatur oder die der parlamentarischen Demokratie annimmt, wenngleich in diesen unterschiedlichen Formen der bürgerlichen Herrschaft verschiedene Bereiche der staatlichen Herrschaft stärker als andere ausgeprägt sind.
- iv. Der Staat ist jedoch keine passive Widerspiegelung der ökonomischen Produktionsverhältnisse, sondern beeinflusst auch die die Entwicklung der ökonomischen Basis und besitzt eine gewisse, relative, Autonomie.
- v. Der kapitalistische Staat ist der ideelle Gesamtkapitalist und als solcher kann er auch unter bestimmten Bedingungen eine aktive, den ökonomischen Notwendigkeiten zur Durchsetzung verhelfende Rolle spielen und Entwicklungen hervorbringen, die das Kapital „spontan“, auf wirtschaftlicher Ebene, nicht hätte erreichen können.

III. Schwierigkeiten und Notwendigkeiten für das Monopolkapitals bei der Formierung eines supranationalen EU-Staatsapparates

Damit kommen wir auch wieder zur Frage der Herausbildung eines supranationalen Staatsapparates. Beginnen wir mit einer kurzen Darlegung des Hintergrundes vor dem sich diese Frage stellt.

Der historische Hintergrund, vor dem sich die Europäische Union formiert, sind die krisenhaften Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Vor dem Hintergrund einer strukturellen Überakkumulationskrise und dem tendenziellen

Tabelle 1: Kapitalakkumulation in der Welt, 1970-2004. Investitionen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, weltweit und in den imperialistischen Staaten ²³

	1970-1980	1981-1990	1991-2000	2001	2002	2003	2004
Welt	24.0%	22.8%	22.3%	21.4%	20.7%	20.9%	21.5%
Imperialistische Staaten	24.3%	22.6%	21.6%	20.7%	19.7%	19.8%	20.3%

Fall der Profitrate – vereinfacht gesagt gibt es immer weniger profitable Anlagemöglichkeiten für eine immer größere Menge angehäuften Kapitals – versucht das Monopolkapital seine Profite mittels verschärfter Attacken auf die Arbeiterklasse, der Schaffung neuer Anlagemöglichkeiten durch Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie mittels Intensivierung der Ausbeutung der halbkolonialen Welt zu steigern.

Daher kommt es zu einer Verlangsamung der Kapitalakkumulation, d.h. die Unternehmer investieren weniger als zuvor. (siehe dazu Graphik 1 und Tabelle 1, die den Anteil der Investitionen im Verhältnis zum jährlichen Output darstellen)

Ein Blick auf die langfristige Entwicklung der Netto-Profitraten in den imperialistischen Kernländern seit dem Beginn des Nachkriegs-Booms Ende der 1940er Jahre zeigt, warum die Bereitschaft der Unternehmer zu investieren sinkt: Es findet ein langfristiger Fall der Profitrate statt, d.h. der Anteil des Profits im Verhältnis zum gesamten eingesetzten Kapital (Löhne, Maschinen, Rohstoffe etc.) sinkt. (siehe Tabelle 2)

Daher die immer intensiveren Bemühungen des Kapitals, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen und die Löhne zu drücken, mit dem Resultat, daß die Reallöhne in den imperialistischen Staaten stagnieren oder gar sinken. So schätzt der US-amerikanische Ökonom Doug Henwood, daß der Reallohn des durchschnittlichen Arbeiters in den USA zwischen 1973 und 1996 um 14.1% fiel! ²⁵

Aus dem gleichen Grund findet auch eine gesteigerte Ausbeutung der halbkolonialen Welt statt. So fand z.B. alleine in

den Jahren 1995-2006 einen Netto-Abfluß von 2.877,7 Milliarden US-Dollar statt, die von den halb-kolonialen Ländern in Richtung imperialistische Zentren flossen! ²⁶

Die Verschärfung der dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche heizt gleichzeitig auch den Konkurrenzkampf zwischen den Großmächten an – vor allem zwischen den beiden mächtigsten Blöcken, den

USA und der EU. Vor diesem Hintergrund kommt es einerseits zu einem stellenweisen, gemeinsamen Vorgehen der Großmächte, wenn es z.B. darum geht, halbkoloniale Länder zur Öffnung ihrer Wirtschaft für die Großkonzerne zu öffnen. Andererseits aber kommt es auch immer wieder zu politischen und wirtschaftlichen Konflikte zwischen den beiden Blöcken, wenn ihre Interessen aufeinanderprallen.

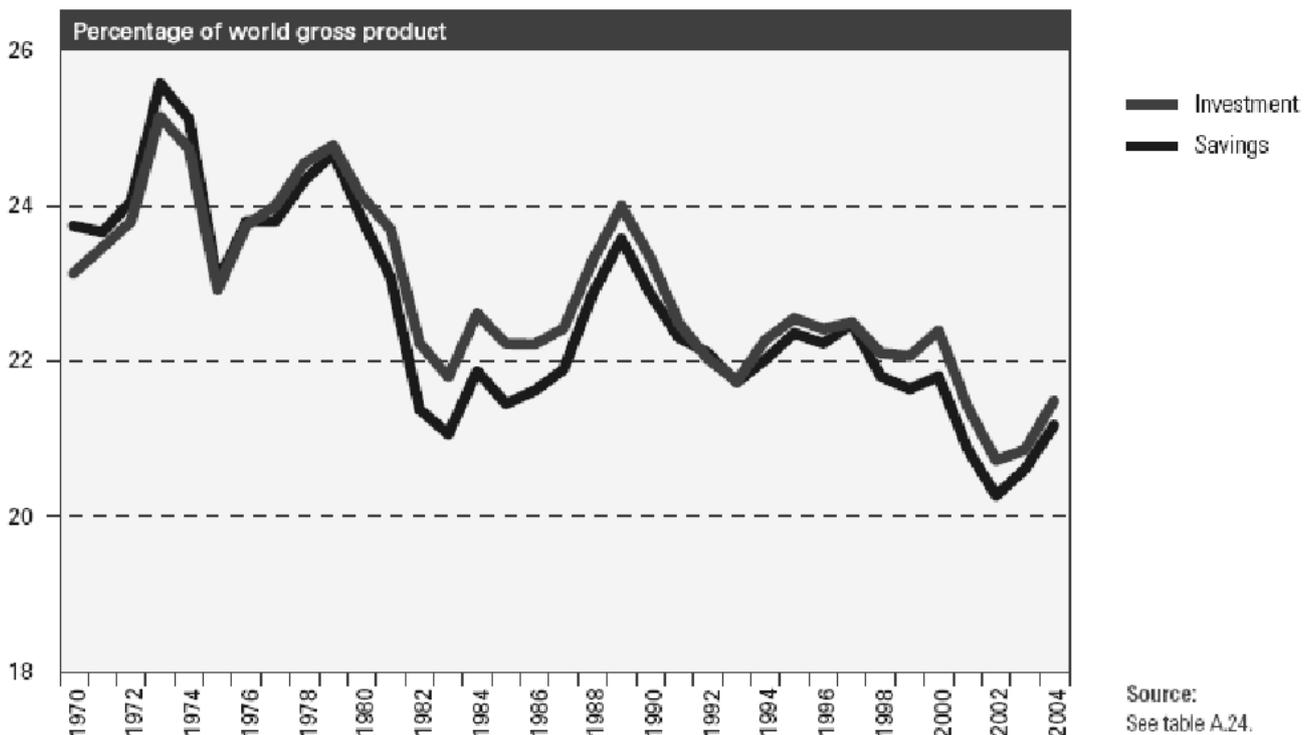
III.1. Überblick über die wirtschaftliche Position der EU im Verhältnis zur USA

Die für die europäische Monopolbourgeoisie bestehende Dringlichkeit der Schaffung eines supranationalen Staatsapparates wird ersichtlich, wenn man einen Blick auf die wirtschaftliche, politische und militärische Stellung der EU in der Welt wirft.

In unserem Artikel „Amerikanisierung oder Niedergang. Widersprüche und Herausforderungen für das imperialistische Projekt der europäischen Vereinigung“ haben wir uns eingehender mit den spezifischen Stärken und Schwächen des EU-Kapitals auseinandergesetzt. Wir wollen an dieser Stelle nur die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassen, die für das hier behandelte Thema relevant sind.

1. Insgesamt konnte sich das europäische Kapital in den letzten Jahrzehnten gegenüber seinen Konkurrenten stärken.
2. Trotzdem sind die USA nach wie vor die weltweit führende Macht – auf wirtschaftlicher Ebene und noch mehr auf politischer und militärischer Ebene.

Graphik 1: Globale Spar- und Investitionsquote als Anteil am Brutto-Inlandsprodukt, 1970-2004 ²²



Source:
See table A.24.

3. Die EU ist die einzige Macht weltweit, die den USA auf absehbare Zeit die globale Vorherrschaft streitig machen kann.

4. Um tatsächlich den Anspruch als globale Führungsmacht durchzusetzen, muß die EU erstens die Ausbeutung der heimischen Arbeiterklasse erhöhen und zweitens zu einer einheitlichen, schlagkräftigen Macht werden, die ihre Interessen weltweit durchsetzen kann.

5. Um dies jedoch zu erreichen, muß die EU einen qualitativen Schritt vorwärts machen und einen supranationalen Staatsapparat aufbauen.

Betrachten wir die wirtschaftliche Position der EU insbesondere zu ihren Konkurrenten. Aus der Tabelle 3 können wir ersehen, daß die EU ihre Position im Welthandel ausbauen und insbesondere bei den Warenexporten ihre Stellung gegenüber den USA verbessern konnte.

In der nächsten Tabelle zeigen wir die Entwicklungen im Bereich des Kapitalexportes. Im Zeitalter des Imperialismus – wo das Kapital außerhalb seines Heimatmarktes immer verzweifelter nach neuen profitablen Anlagemöglichkeiten suchen muß – gewinnt der Kapitalexport an entscheidender Bedeutung und ist ein wichtiger Gradmesser der Stärke der jeweiligen Monopolkapitalgruppen, da es die Ausweitung der finanzielle Herrschaft über andere Länder bzw. Regionen darstellt. In der Tabelle 4 sehen wir die Entwicklung der im Ausland getätigten Direktinvestitionen, das sind v.a. jene Investitionen, die nicht in Form von Krediten oder Finanzmarktspekulationen getätigt werden, sondern in den Unternehmensbereich fließen (dies umfaßt sowohl Investitionen als auch die Kosten für Fusionen und Firmenübernahmen). Auch hier können wir feststellen, daß die EU eine weltweit starke Position besitzt und z.T. ihre Position gegenüber den USA ausbauen konnte.

Vergleichen wir nun die Stärke des europäischen Monopolkapitals im Vergleich mit den anderen größten Konzernen weltweit. Aus der Tabelle 5 aus dem Jahre 2003 können wir erkennen, daß die US-Konzerne nach wie vor eine dominierende Stellung ausüben. Mit 488 der Top 1000 Konzerne hat fast die Hälfte der größten Multis ihr Hauptquartier in den USA. Ebenso vereinigen sie 42% der Gesamtumsatzes dieser Creme de la Creme der Großbourgeoisie. Nimmt man die einzelnen Nationalstaaten her, so liegt Japan mit 129 Konzernen und einem Gesamtumsatzanteil von 15,8% an zweiter Stelle, während danach Britannien (77 Konzerne bzw. 8,7%),

Tabelle 2: Netto-Profitraten im nicht-finanziellen Unternehmenssektor in den USA, Japan und Deutschland, 1948-2000 24

	USA	Japan	Deutschland
1948–1959	14.3%	17.3%	23.4%
1959–1969	15%	25.4%	17.5%
1969–1979	10.3%	20.5%	12.8%
1979–1990	9.0%	16.7%	11.8%
1990–2000	10.1%	10.8%	10.4%

Frankreich (48 Konzerne bzw. 8,7%) sowie Deutschland (38 Konzerne bzw. 8,4%) kommen. Rechnet man jedoch die in der EU beheimateten Konzerne zusammen, so stellen diese mit 278 Konzernen und 36,5% des Gesamtumsatzes durchaus eine Herausforderung für den US-amerikanischen Konkurrenten dar.

Diese Schlußfolgerung wird durch eine andere Untersuchung jüngerer Datums bestätigt. In ihrem aktuellen „World Investment Report“ veröffentlicht die UNCTAD eine Liste der 100 multinationalen nicht-finanziellen Konzerne mit den größten Auslandsinvestitionen.²⁹ Danach haben von diesen Konzernen 23 ihren Stammsitz in den USA, 9 in Japan, aber bereits jeweils 13 in Deutschland, Frankreich und Britannien. Insgesamt stellt die EU 51 dieser größten 100 Multis. Aus einer anderen Statistik des UNCTAD-Berichts, die jene 50 multinationalen Finanzkonzerne mit der größten geographischen Ausdehnung erfaßt, geht hervor, daß von diesen sogar 30 ihren Ursprung in der EU haben (und 9 in den USA sowie 3 in Japan).³⁰

III.2. Überblick über die wirtschaftliche Integration der EU

Aber diese Vergleichszahlen der EU mit den USA besitzen insofern nur relative Aussagekraft, da die EU eben kein einheitliches Gebilde ist. Schauen wir uns also den Grad der wirtschaftlichen Integration der EU an. Dies hilft uns ein Bild davon zu bekommen, wie weit der Prozeß der wechselseitigen Abhängigkeit und Interessensidentität der nationalen Kapitalien der zahlreichen Mitgliedsstaaten der EU vorangeschritten ist.

Beginnen wir wieder mit dem Warenhandel der EU-15 Staaten. Während sich die Handelstätigkeit in den letzten Jahrzehnten insgesamt intensiviert, stiegen die Exporte von EU-Staaten an andere EU-Staaten rascher als an Staaten außerhalb der EU bzw. blieben dann auf einem hohen Niveau. Insgesamt kann man sagen, daß die EU-Staaten doppelt soviel innerhalb wie außerhalb der EU exportieren. So wuchs der Anteil der innerhalb der EU gehandelten Exporte am jährlichen Brutto-Inlandsprodukt von 9.8% (1970), 13.1% (1980), 14.4% (1990), 19.4% (2000) auf 21.0% (2007). Der Anteil der außerhalb der EU gehandelten Exporte am jährlichen Brutto-Inlandsprodukt stieg von 6.7% (1970), 8.4% (1980), 7.1% (1990), 9.4% (2000) auf 10.5% (2007).³²

Ein ähnliches Bild sehen wir in der Graphik 2 bei der Entwicklung der Industriexporte.

Nichtsdestotrotz ist die wirtschaftliche Integration noch immer deutlich niedriger als z.B. innerhalb der USA. So weist eine EU-Studie darauf hin, daß die Industriexporte (gemessen am Anteil am BIP) zwischen den einzelnen US-Bundesstaaten um ein Drittel über dem Niveau liegen, das zwischen den Staaten der Euro-Zone existiert.³⁴

Tabelle 3: Tabelle 3: Anteile der Staaten und Regionen am Welthandel 1948-2003 27

	Anteil an den Exporten weltweit						
	1948	1953	1963	1973	1983	1993	2005
USA	21.7%	18.8%	14.9%	12.3%	11.2%	12.6%	8.9%
EU	6.8%	11.9%	27.5%	38.6%	30.4%	36.1%	39.4%
Japan	0.4%	1.5%	3.5%	6.4%	8.0%	9.9%	5.9%
China	0.9%	1.2%	1.3%	1.0%	1.2%	2.5%	7.5%
Indien	2.2%	1.3%	1.0%	0.5%	0.5%	0.6%	0.9%
Südamerika	12.3%	10.5%	7.0%	4.7%	4.4%	3.0%	3.5%
Naher Osten	2.0%	2.7%	3.2%	4.1%	6.8%	3.5%	5.3%
Afrika	7.3%	6.5%	5.7%	4.8%	4.5%	2.5%	2.9%
	Anteil an den Importen weltweit						
	1948	1953	1963	1973	1983	1993	2005
USA	13.0%	13.9%	11.4%	12.3%	14.3%	16.0%	16.5%
EU	9.6%	12.4%	29.0%	39.2%	31.3%	34.3%	39.3%
Japan	1.1%	1.7%	0.9%	0.9%	6.7%	6.4%	4.9%
China	1.0%	2.9%	4.1%	6.5%	1.1%	2.8%	6.3%
Indien	3.1%	1.4%	1.5%	0.5%	0.7%	0.6%	1.3%
Südamerika	10.6%	9.3%	6.8%	5.1%	3.8%	3.3%	2.8%
Naher Osten	1.7%	2.0%	2.3%	2.8%	6.2%	3.4%	3.1%
Afrika	7.6%	7.0%	5.5%	4.0%	4.6%	2.6%	2.4%

Tabelle 4: Verteilung der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen nach Staaten und Regionen 28

Verteilung der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen, Bestände

	Bestände Inland				Bestände Ausland			
	1980	1990	2000	2005	1980	1990	2000	2005
USA	14.8%	22.1%	21.7%	16.0%	37.7%	24.0%	20.3%	19.2%
Europäische Union	42.5%	42.9%	37.6%	44.4%	37.2%	45.2%	47.1%	51.3%
Japan	0.6%	0.6%	0.9%	1.0%	3.4%	11.2%	4.3%	3.6%
Süd-, Ost- und Südostasien	8.8%	8.5%	17.2%	13.8%	2.5%	3.4%	9.3%	7.8%

Verteilung der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen, Ströme

	Jährliche Ströme Inland				Jährliche Ströme Ausland			
	1980	1990	2000	2005	1980	1990	2000	2005
USA	23.8%	31.5%	24.0%	12.6%	39.7%	13.6%	15.9%	15.7%
Europäische Union	39.1%	40.3%	46.0%	40.7%	44.8%	50.6%	64.4%	54.6%
Japan	0.4%	0.04%	0.8%	0.8%	4.9%	19.7%	2.6%	4.9%
Süd-, Ost- und Südostasien	6.7%	10.0%	10.7%	18.4%	0.6%	5.1%	5.0%	7.7%

Ebenso ist der Kapitalexport innerhalb der EU intensiver geworden, immer mehr Investitionen von EU-Konzernen gehen in andere EU-Staaten. So z.B. stammten 1995 50% aller ausgehenden und 53% aller eingehenden Auslandsdirektinvestitionen in den EU15-Staaten aus anderen EU15-Staaten. Zehn Jahre später ist dieser Anteil bereits auf 66% bzw. 78% angewachsen. Für die EU25-Staaten beträgt der Anteil 70% bzw. 82%.³⁵

Nichtsdestotrotz besteht das zentrale Problem, daß das Kapital in Europa nach wie vor nationales und nicht paneuropäisches Kapital ist. Das heißt, Kapital in Europa ist noch immer deutscher, französischer, britischer usw. Herkunft und nicht europäisch. Es gibt fast keine Konzerne, die einen nicht-nationalen Charakter besitzen. (eine Ausnahme ist hier EADS).

III.3. Welche Probleme muß das europäische Monopolkapital überwinden?

Die nationale Zerklüftung der europäischen Monopole widerspiegelt die unvollständige Vereinigung der Europäischen Union. Dies hängt nicht nur mit historischen Gründen zusammen, die mit der Geschichte der jeweiligen Nationalstaaten verbunden sind. Ebenso hängt dies mit den z.T. unterschiedlichen Interessen der nationalen Bourgeoisien zusammen. Während das deutsche Kapital z.B. eine starke Orientierung auf Osteuropa hat, ist das französische Kapital mehr auf Afrika orientiert. Das britische Kapital wiederum hat aufgrund seiner starken Position im Finanz- sowie im Erdölsektor und den damit verbundenen globalen Interessen einerseits und seiner schwachen Position im Industriesektor andererseits nicht die gleichen Schwerpunkte wie die deutsch-französische Achse.

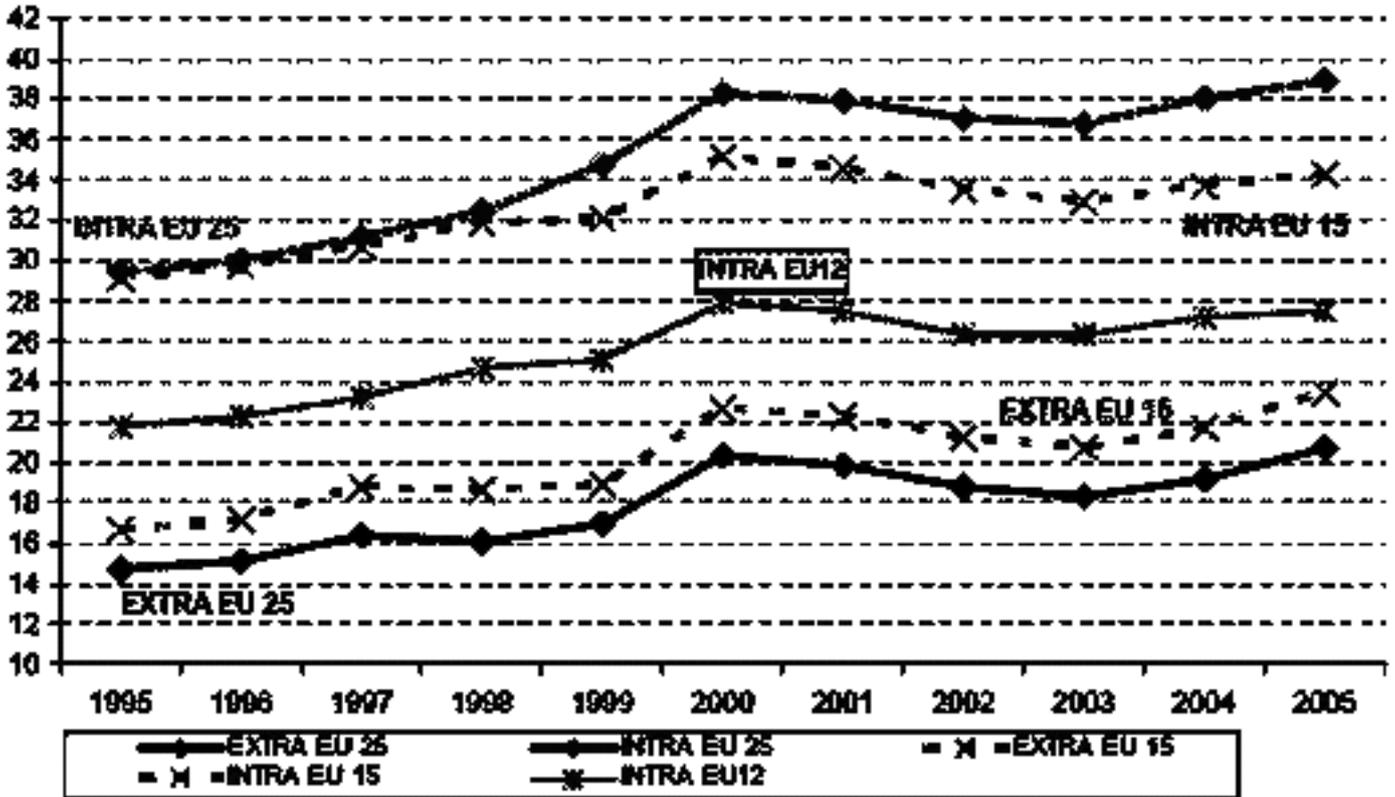
Damit soll nicht angedeutet werden, daß diese Interessenskonflikte unüberwindlich sind. Aber sie bedeuten ein permanentes Kompromisse suchen und eine Schwächung der Handlungsfähigkeit als einheitlicher Block. Dies wurde in den vergangenen Jahren besonders deutlich, als Britannien den USA in ihrem Krieg gegen den Terror bedingungslos folgte und Deutschland und Frankreich einen anderen Kurs anstrebten. Ähnlich unterschiedlich ist die Haltung z.B. zu den EU-Agrarsubventionen oder der Frage eines supranationalen EU-Staates selbst (wo Britannien eine sehr ablehnende Haltung einnimmt).

Gerade die Fragen des einheitlichen Auftretens der EU in der Weltpolitik und der militärischen Interventionen rund um den Globus zeigten in den letzten Jahren die Schwächen der EU in der Formierung als Block. Während die USA die Hälfte aller weltweiten Rüstungsausgaben bestreiten, die mit Abstand größte Atommacht ist und weltweit über 700 Militärstützpunkte verfügen, liegen die EU-Großmächte weit abgeschlagen dahinter. Um all dies zu ändern, ist eine deutliche Erhöhung der

Tabelle 5: Nationale Zusammensetzung der Top 1000 Konzerne (2003) 31

Nationale Herkunft der Konzerne	Anzahl der Konzerne	Umsatz (Anteil am Gesamtumsatz)
Gesamtumsatz der Top 1000:		13.258.090 Mil. US-Dollar
Europäische Union 278		4.840.972 (=36,5%)
Belgien	9	69.291
Britannien	77	1.153.790 (=8,7%)
Dänemark	6	37.708
Deutschland	38	1.112.393 (=8,4%)
Finnland	5	76.490
Frankreich	48	1.147.998 (=8,7%)
Griechenland	7	16.341
Irland	4	13.104
Italien	24	345.680
Niederlande	19	556.248
Österreich	2	3.667
Portugal	4	14.071
Schweden	17	120.551
Spanien	18	173.640
Norwegen	5	74225
Schweiz	17	250661
USA	488	5570810 (=42%)
Kanada	41	226041
Japan	129	2098160 (=15,8%)
Hong Kong	18	
Singapore	6	
Australien	27	139402
Neuseeland	1	

Graphik 2: Entwicklung der EU-Industrieexporte innerhalb und außerhalb der EU 1995-2005 (als Anteil am BIP) 33



Ausgaben für Rüstung und für die Aufstellung einer EU-Armee nötig, ist der Aufbau einer einheitlichen EU-Staatsführung notwendig und schließlich ebenso die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Konzerne am Weltmarkt.

In unserem Artikel im Revolutionären Marxismus Nr. 35 haben wir betont, daß ein entscheidender Vorteil des US-amerikanischen gegenüber dem europäischen Monopolkapital in der weit höheren Ausbeutungsrate besteht. Zusammengefaßt arbeitet der durchschnittliche US-amerikanische Arbeiter mehr Stunden im Jahr für den Kapitalisten und bekommt dafür weniger Lohn. Während die europäischen Arbeiter noch ein gewisses staatliches Sozial- und Gesundheitsnetz erhalten haben und nach wie vor über einen nicht unbeträchtlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad verfügen, sieht dies in den USA ganz anders aus.³⁶

Kurz und gut, eine massive Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiterklasse ist eine entscheidende Voraussetzung für die Stärkung der europäischen Konzerne gegenüber ihrer Konkurrenz als auch die Schaffung der finanziellen Ressourcen für die notwendige Aufrüstung und Staatsformierung.

Doch sie ist nur eine Vorbedingung und nicht an und für sich ausreichend. Denn um im Konkurrenzkampf gegen die USA bestehen zu können, muß die Europäische Union – die ja an sich ein Zusammenschluß von mittlerweile 27 verschiedenen Nationalstaaten ist – ihren Vereinheitlichung als Block vorantreiben. Daher haben wir betont, daß „die Formierung der Europäischen Union nicht nur als ein wirtschaftlicher Binnenmarkt, sondern auch als ein politischer und militärischer Machtblock die Antwort der herrschenden Klassen Europas – allen voran ihrer Kernstaaten Deutschland und Frankreichs – auf die verschärfte Konkurrenz und die Notwendigkeit, ihre Interessen in einer instabiler werdenden Welt mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen (ist).“³⁷

IV. Der supranationale EU-Staatsapparat. Der Nationalstaat und seine Grenzen im Zeitalter der Globalisierung

Die Formierung eines solchen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtblocks erfordert notwendigerweise die Bildung eines EU-Staatsapparates, der über den Staatsapparaten der einzelnen kapitalistischen Nationalstaaten steht. Nur ein solcher supranationaler Staatsapparat mit seinen entsprechenden zentralstaatlichen Machtstrukturen bzw. –befugnissen kann das nötige Interventionsinstrument bieten, welches die widerstreitenden Interessen zwischen den herrschenden Klassen der Mitgliedsstaaten überwinden und ihre gemeinsamen Interessen gegen die Arbeiterklasse durchsetzen kann. Nur ein solcher supranationaler Staatsapparat kann zur Formierung eines nationalstaats-übergreifenden, europäischen imperialistischen Klasseninteresses beitragen. Letztlich ist die Herausbildung eines solchen supranationalen Staatsapparates auch entscheidend dafür, ob eine nationalstaats-übergreifende, europäische imperialistische Bourgeoisie als mehr oder weniger geeinte Klasse entsteht.

Mehr noch: um einen EU-Staat aufzubauen, bedarf es nicht nur einer europäischen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie regiert in der Regel nie alleine – dazu ist die Klasse numerisch zu klein –, sondern in Form eines herrschenden Blocks, also einer Allianz mit anderen Klassen(-fraktionen) und Schichten. Daher auch das Bemühen, eine EU-orientierte Mittelschicht zu formieren (z.B. über Förderung von Auslandsstudien, Sprachenförderung in der Ausbildung, Förderung von Auslandsjobs in der EU und gleiche Rechte für alle EU-Bürger in allen EU-Staaten), ein europäisches „National“bewußtsein zu schaffen (daher die EU-Verfassung, Flagge, Hymne usw.), daher auch die Propagierung europäischer Werte und Traditionen usw.

Nun ist die mangelnde staatliche Vereinigung Europas Ausdruck der mangelnden Existenz eines pan-europäischen Kapitals. Daraus könnte man den Umkehrschluß ziehen, daß es

zu keinem supranationalen Staatsapparat kommen könne, solange sich nicht zuerst auf ökonomischer Ebene ein pan-europäisches Monopolkapital herausgebildet hat. Doch warum kann es nicht auch umgekehrt sein?! Und ist die Frage nicht viel mehr, daß es – wenn überhaupt – eigentlich nur umgekehrt sein kann?! Damit kommen wir wieder auf das oben angeführte Verständnis des Marxismus von der aktiven Rolle des Staates im Kapitalismus. Wir haben festgehalten, daß der Staat ideeller Gesamtkapitalist auch in der Hinsicht ist, daß er als vorausschauender Akteur im Interesse der objektiven ökonomischen Notwendigkeiten des Kapitals und hier v.a. des Monopolkapitals agiert. Das heißt der Staat setzt bestimmte politische und ökonomische Schritte im Interesse des Kapitals ohne zuerst darauf zu warten, daß sich diese Schritte bereits spontan innerhalb des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses vollziehen.

Wir haben oben bereits verschiedene Beispiele für eine solche intervenierende Rolle des Staates angeführt. Diese Rolle spielte der kapitalistische Staat nicht nur in Bezug auf ökonomische und soziale Reformen, sondern auch in Bezug auf die Herausbildung von Nationalstaaten. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß sich im 19. Jahrhundert zuerst ein gesamtdeutsches Kapital formiert hätte – also ohne jegliche besondere Bindung an Preußen oder andere Einzelstaaten – bevor der preußische Kanzler Otto von Bismarck in den 1860er Jahren die entscheidenden Schritte zur Herausbildung eines deutschen Reiches setzte.

Der EU-Reformvertrag – als Wiederaufwärmung der 2005 gescheiterten EU-Verfassung – verkörpert gerade einen solchen Versuch der europäischen Monopolbourgeoisie, einen entscheidenden Schritt in Richtung Herausbildung eines imperialistischen Vereinigten Europas zu setzen.

IV.1. Globalisierung und Nationalstaat

Nun leben wir heute in einer anderen Epoche als zur Zeit Bismarcks. Die Epoche des 19. Jahrhunderts war jene des aufstrebenden Kapitalismus. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts

befindet sich der Kapitalismus in seiner Epoche des Niedergangs. Der Kapitalismus hat sein Potential, zum Fortschritt der Produktionsmittel zum Wohle der Menschheit beizutragen, erschöpft und gefährdet vielmehr zusehends die menschliche Lebensgrundlage.

Doch das bedeutet keineswegs, daß der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium einfach nur ein lebloser Körper ist, der bloß vor sich hinvegetiert. In Wirklichkeit bleibt der Imperialismus keineswegs unverändert und erstarrt stehen, sondern entwickelt sich notwendigerweise weiter. Für Marxisten, d.h. für Anhänger der materialistisch-dialektischen Entwicklungslehre, ist dies eine alles anderes als überraschende Erkenntnis. Betonte doch Friedrich Engels, daß „die Bewegung die Daseinsweise der Materie (ist). (...) Materie ohne Bewegung ist ebenso undenkbar wie Bewegung ohne Materie. Die Bewegung ist daher ebenso unerschaffbar und unzerstörbar wie die Materie selbst.“³⁸

Faßt man im Sinne der marxistischen Philosophie die Wirklichkeit als eine unendliche Vielfalt an Einheiten von Gegensätzen auf, in der die *Einheit* der Gegensätze vergänglich ist, der *Kampf* der einander ausschließenden Gegensätze jedoch absolut, so liegt es auf der Hand, daß sich die Entwicklung gerade aus dem Kampf der Gegensätze ergibt.³⁹

Im Zeitalter des Imperialismus sehen wir daher eine Vorantreibung der grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus, also der wachsenden Kluft und dem Antagonismus zwischen den Produktivkräften einerseits und den gegebenen Produktionsverhältnissen (Privateigentum an Produktionsmitteln, Nationalstaat) andererseits. Sowohl die Dynamik als auch die Fragilität des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß haben in der imperialistischen Epoche im Allgemeinen und der gegenwärtigen Periode der Globalisierung im Besonderen an Schärfe gewonnen. So sehen wir Verschärfung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Sektoren des kapitalistischen Weltmarktes. Daher erleben wir auf wirtschaftlicher Ebene einen stetigen Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals, also der Herausbildung großer Monopole.

Ebenso bedeutet dies, daß sich die Gegensätze zwischen den

Tabelle 6: Globalisierung und Kapitalexport der imperialistischen Staaten 41

	Anteil der jährlichen ADI-Ströme an den Brutto-Anlageinvestitionen	ADI-Bestände im Verhältnis zum BIP							
		1981-1985	1993	1998	2006	1980	1990	2000	2006
Welt	<i>im Inland</i>	2.3%	4.3%	11.1%	9.4%	4.9%	8.5%	18.3%	22.7%
	<i>im Ausland</i>	2.1%	4.4%	11.5%	8.3%	5.4%	8.6%	20.6%	23.9%
Imperialistische Staaten	<i>im Inland</i>	2.2%	3.5%	10.9%	11.4%	4.7%	8.2%	16.4%	24.2%
	<i>im Ausland</i>	2.7%	5.2%	14.8%	14.3%	6.4%	9.7%	21.7%	30.7%

Tabelle 7: Kapitalexport der imperialistischen Staaten (EU, USA und Japan) 42

	Anteil der jährlichen ADI-Ströme an den Brutto-Anlageinvestitionen	ADI-Bestände im Verhältnis zum BIP							
		1981-1985	1993	1998	2006	1980	1990	2000	2006
Europäische Union	<i>im Inland</i>	2.6%	5.8%	15.3%	18.1%	5.3%	10.5%	26.0%	38.0%
	<i>im Ausland</i>	4.3%	7.4%	26.2%	19.5%	6.1%	11.4%	36.4%	44.9%
USA	<i>im Inland</i>	2.9%	4.7%	12.8%	6.8%	3.1%	6.8%	12.8%	13.5%
	<i>im Ausland</i>	1.7%	7.8%	10.0%	8.3%	8.1%	7.4%	13.4%	18.0%
Japan	<i>im Inland</i>	0.1%	0.2%	0.3%	-0.6%	0.3%	0.3%	1.1%	2.5%
	<i>im Ausland</i>	1.5%	1.1%	2.4%	4.8%	1.9%	6.7%	6.0%	10.3%

Tendenzen der imperialistischen Ökonomie, der imperialistischen Politik und der imperialistischen Ideologie(n) verstärken und schärfer, explosiver werden. Die Wirtschaft wird immer internationaler vernetzt und daher verstärkt sich die objektive Notwendigkeit eines Weltstaates, der als Überbau den relativ reibungslosen Ablauf des Geschäftsganges gewährleistet. Doch ein solcher Weltstaat kann nicht entstehen, denn es existieren bereits eine Reihe von Großmächten, von denen jede um Ausweitung ihres Einflusses ringt. Die gleiche Rivalität existiert zwischen den großen Monopolkapitalgruppen. Die einerseits existierende Tendenz zur weltweiten Vereinheitlichung des Kapitals und des Staates bringt also andererseits gleichzeitig auch eine verschärfte Rivalität und somit gegenläufige Tendenzen zur Internationalisierung hervor. Ähnliches auf ideologischer Ebene: Einerseits erfordert die Internationalisierung des Kapitalismus eine weitgehende Öffnung der Grenzen, der Mobilität der Arbeitskräfte, die Umwandlung der Kultur in Richtung Weltkultur. Gleichzeitig jedoch provozieren die verschärften Rivalitäten zwischen den Nationalstaaten und den nationalen Kapitalgruppen den Chauvinismus.

Ebenso gehört der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Nationalstaaten zu einem der grundlegendsten im Kapitalismus – und in der Epoche des Monopolkapitalismus (Imperialismus) gilt das in einem noch größeren Ausmaße. Trotzki schrieb dazu:

„Als klassische Arena schuf sich der Kapitalismus im Kampf mit dem mittelalterlichen Partikularismus den Nationalstaat. Doch kaum richtig zusammengesetzt; begann er sich schon in eine Bremse für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zu verwandeln. Aus dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und dem Rahmen des Nationalstaats, in Verbindung mit dem Grundwiderspruch – zwischen den Produktivkräften und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln –, erwuchs eben die Krise des Kapitalismus als der Weltgesellschaftsordnung.“ 40

Daher strebt der Kapitalismus stetig zur Herausbildung immer größerer, immer umfassenderer Monopole. Und ebenso strebt der Kapitalismus daher stetig zur Überwindung der nationalstaatlichen Grenzen, die wie Fesseln an den Produktivkräften liegen, ohne die Nationalstaaten wirklich überwinden zu können. Gleichzeitig brauchen die einzelnen Monopolkapitalgruppen in einer Epoche der verschärften Konkurrenz immer dringender die Unterstützung existierender staatlicher Strukturen und somit der bestehenden Nationalstaaten gegen den jeweiligen Gegner.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen am Beispiel des Kapitalexports (konkret die Auslandsdirektinvestitionen im Verhältnis zu allen Investitionen bzw. im Verhältnis zum jährlichen Output), in welchen Ausmaß die Globalisierung bereits vorangeschritten ist, wie zentral bereits die Auslandsmärkte für das imperialistische Kapital geworden sind. Tabelle 6 zeigt darüberhinaus, daß insbesondere für das europäische Kapital die nationalstaatlichen Grenzen zu eng geworden sind.

All dies läßt die ökonomischen und politischen Gegensätze weltweit ansteigen und droht die Weltordnung in eine Weltunordnung zu verwandeln. Daraus ergibt sich für den imperialistischen Kapitalismus die überlebensnotwendige Dringlichkeit eines Hegemons – einer imperialistischen Großmacht und der damit verbundenen Monopolkapitalgruppe, die die zentrifugalen Kräfte des niedergehenden Weltkapitalismus zusammenhält und einen halbwegs „geordneten“ Ablauf des internationalen Produktions-, Reproduktions- und Zirkulationsprozesses ermöglicht. Diese Rolle nimmt seit 1945 die USA ein, die jedoch aufgrund ihrer ökonomischen Schwächung in den letzten Jahren diese Rolle immer weniger erfüllen kann.

Fassen wir also die zentralen Schlußfolgerungen unserer Analyse zusammen. Der Imperialismus ist jenes Stadium des Kapitalismus, in dem er sich in seinem Niedergang befindet, wo sich seine Widersprüche (zwischen dem gesellschaftlichen

Charakter der Arbeit – Arbeitsteilung mittlerweile sogar auf globaler Ebene – und dem privaten Charakter ihrer Aneignung durch das Kapital, v.a. dem Monopolkapital) in einem solchen Ausmaße zuspitzen, sodaß sie dazu drängen, in ihr Gegenteil umzuschlagen (Sozialismus), aber dies nicht können (wegen der weiterhin bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der bürgerlichen Nationalstaaten). Der Imperialismus ist das Stadium, wo daher die Bourgeoisie unter Einsatz aller Mittel – ökonomische, politische und militärische – verzweifelt versucht, ihren Untergang aufzuhalten. Diese Maßnahmen können zu einer temporären Abmilderung der kapitalistischen Widersprüche führen, um sie gleichzeitig jedoch später auf einer höheren Ebene verschärft zum Ausbruch kommen zu lassen. Diese Maßnahmen können die Lage der Bourgeoisie auf politischer Ebene zeitweilig verbessern, jedoch gleichzeitig die ökonomische Krise verschärfen. Oder umgekehrt, sie können zeitweilig die Profitrate erhöhen, aber gleichzeitig die politischen Widersprüche der bürgerlichen Ordnung verschärfen.

Darin bereits enthalten und besonders von Trotzki und Bucharin betont, ist ein weiteres Charakteristikum der marxistischen Imperialismus-Theorie: die Bedeutung des Weltmarktes. Die politischen und ökonomischen Verhältnisse in jedem Nationalstaat können vom marxistischen Standpunkt aus betrachtet nicht bloß und nicht einmal in erster Linie aus den inneren Faktoren abgeleitet werden. Der imperialistische Kapitalismus existiert nicht als eine Aneinanderreihung zahlreicher Nationalstaaten und –ökonomien. 43 Vielmehr sind die Weltwirtschaft und die Weltpolitik – die sich wiederum als Schmelztiegel aller nationalen Faktoren zu einer eigenständigen Totalität über diese erheben – die ausschlaggebenden Triebkräfte. Die ungleichzeitige und kombinierte Entwicklung des Weltkapitalismus trifft mit den jeweils lokalen Besonderheiten eines Landes zusammen und verschmilzt dann zu der jeweils spezifischen nationalen Dynamik der politischen und ökonomischen Verhältnisse eines bestimmten Staates.

„Der Marxismus geht von der Weltwirtschaft aus nicht als einer Summe nationaler Teile, sondern als einer gewaltigen, selbständigen Realität, die durch internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde und in der gegenwärtigen Epoche über die nationalen Märkte herrscht.“ 44

Wir leben also in einer Epoche, in der kapitalistischen Widersprüche zunehmen, in der die Entwicklung der Produktivkräfte zum Zusammenschluß immer größerer ökonomischer Einheiten (Monopole) und politischer Einheiten (Bündnisse von Staaten bis hin zu Annexion, sprich Einverleibung, und Verschmelzung) drängen und in der gleichzeitig die Konkurrenz zwischen den Monopolen und Großmächten immer schärfer wird.

Die EU und insbesondere der EU-Vertrag als Schritt in Richtung einer staatlichen Vereinigung Europas ist die verzweifelte Antwort der Bourgeoisie auf diese Herausforderungen. Mit der Herausbildung eines geeinten imperialistischen Europa könnte das Monopolkapital zwei Fliegen mit einem Schlag erledigen. Einerseits würde es so dem über die nationalstaatlichen Grenzen hinauswuchernden Kapital einen größeren Marktrahmen verschaffen. Und andererseits hätte es so einen stärkeren Exekutivarm, das seine Interessen global und schlagkräftig vertreten kann, nicht zuletzt auch gegen die unliebsame Konkurrenz in anderen Teilen der Welt.

IV.2. Die Nationalstaaten in Europa und die Hindernisse für die Schaffung eines supranationalen Staatsapparates

Der Prozeß der europäischen Vereinigung kann kein spontaner sein – nicht nur in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es gibt kein organisches Erstarken eines pan-europäischen Kapitals. Wir leben nicht in der Periode des aufkommenden Kapitalismus, als Nationalstaaten geformt wurden und das Kapital sich darüber ausbreitete. Wenn ein Kapital nicht das

Privileg hat, eines der ersten aufsteigenden kapitalistischen Mächte zu sein, braucht es massive staatliche Intervention, um sich eine entsprechende Position zu erkämpfen.

Heute in der imperialistischen Epoche, unter Bedingungen des globalen Kapitalismus und dem Abschluß der Aufteilung der Welt unter den mächtigsten imperialistischen Nationen, mit seinem enormen Wettbewerb und Rivalität, ist jede organische, sich natürlich ergebende, Formierung transnationalen Kapitals eine Illusion. ⁴⁵ Wir dürfen nicht vergessen: die am meisten multinationalen, weltweit präsenten, Kapitalien sind jene der führenden Weltmächte – der amerikanischen und der britischen als frühere Weltmacht. Diese konnten die Märkte dank ihrer riesigen ökonomischen, politischen und militärischen Macht öffnen.

Solch ein Prozeß ist innerhalb der EU unmöglich. Keine Macht innerhalb der EU ist stark genug, im Alleingang den anderen ihren Willen aufzuzwingen und sie zu unterwerfen. Nur die bewußte Entscheidung von führenden imperialistischen Gruppen – wir denken hier v.a. an Deutschland und Frankreich –, einerseits auf bestimmte nationale Eigeninteressen zu verzichten, andererseits den anderen Staaten in der EU ihren Willen aufzuzwingen und somit letztlich für das deutsche, französische usw. Monopolkapital mehr Vorteile herauszuholen zu können, kann einen europäischen Zusammenschluß auf kapitalistischer Grundlage vorantreiben.

Aber diese Tendenz ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind die enormen verbleibenden Hindernisse. Die Herausbildung eines supranationalen Staatsapparates bedeutet eine Stärkung des Monopolkapitals der größten EU-Staaten und damit verbunden eine Schwächung der kleineren EU-Staaten sowie der Arbeiterklasse, aber auch zahlreicher anderer Schichten im Kleinbürgertum und sogar auch in den Reihen des Bürgertums. Daher auch das erfolgreiche NEIN gegen die EU-Verfassung im Jahre 2005 und daher auch die oft langatmigen Verhandlungen zwischen den Regierungen der EU-Staaten.

Es wäre daher falsch, nur die Alternativen „Zerfall der EU“ oder „kapitalistische Vereinigte Staaten von Europa“ zu sehen. Es ist ebenso durchaus möglich, daß einzelne Nationalstaaten aus der EU ausscheiden und die anderen Staaten einen engeren Verbund bis hin zu einem gemeinsamen Staat eingehen.

Wir haben in der Vergangenheit betont, daß die gescheiterte EU-Verfassung (und jetzt der EU-Reformvertrag) auf die „Herausbildung eines imperialistischen EU-Staatsapparates auf der Basis eines bürgerlichen Parlamentarismus mit starken bonapartistischen Elementen in Form der Europäischen Kommission“ abzielt. ⁴⁶

Der Begriff Bonapartismus ist hier so zu verstehen, daß sich der EU-Staatsapparat über das Parlament und die bürgerliche Demokratie in Europa erhebt und zwischen den Interessen der einzelnen Nationalstaaten manövriert. Warum muß ein solcher EU-Staatsapparat bonapartistische Elemente enthalten? Weil er sich im Unterschied zu den meisten imperialistischen Nationalstaaten nicht auf einen etablierten herrschenden Block, also einer Allianz mit anderen Klassen(-fraktionen) und Schichten, stützen kann. Wie oben erwähnt, sind sich die EU-Strategen dieser Schwäche durchaus bewußt und sie versuchen, dem entgegenzusteuern. Das ändert aber nichts daran, daß weit und breit keine relevante Gesamtbourgeoisie oder gar Mittelschicht mit einem europäischen, nicht-nationalstaatlichen Bewußtsein zu sehen ist. Dieser Umstand wird sich auch nicht in absehbarer Zeit ändern. Daher besteht für das EU-Monopolkapital die einzige Möglichkeit, um den Vereinigungsprozeß Europas voranzutreiben, darin, einen supranationalen Staatsapparat mit bonapartistischen Zügen zu schaffen. Das bedeutet, einen EU-Staatsapparat aufzubauen, der nur in eingeschränktem Ausmaß der Kontrolle des Parlaments unterliegt und weitgehend unabhängig von diesem und dafür umso abhängiger von den größten Kapitalgruppen und den mächtigsten Regierungen agiert.

Das wiederum bedeutet, daß ein imperialistischer EU-Staat not-

wendigerweise noch weniger demokratisch sein würde als es gegenwärtig die imperialistischen Nationalstaaten sind. War also die Perspektive einer sozialen und demokratischen Reformierung des kapitalistischen Nationalstaates schon immer eine reformistische Illusion, so trifft dies für die EU noch mehr zu. Dies bedeutet natürlich keineswegs, daß ein Austritt bzw. nicht Eintritt in die EU – in der jetzigen Phase des europäischen Klassenkampfes – ein Vorantreiben der bürgerlichen Angriffe auf das Proletariat in dem betroffenen Nationalstaat verzögern oder gar verhindern kann. Die Abhängigkeit der Nationalstaaten an den Entwicklungen der Weltwirtschaft, und somit deren Einbindung in den Kapitalismus, kann nicht durch das Fehlen einer formalen Zugehörigkeit zu einem imperialistischen Staatenbündnis überwunden werden. Eine Konservierung der demokratischen und sozialen Errungenschaften des historischen Klassenkampfes ist auch in einem formal „bündnislosen“ Nationalstaat illusionär. Auch wenn ein Supermarkt nicht Teil einer Supermarktkette ist, verlängert der Besitzer die Öffnungszeit, um mit der Konkurrenz mithalten zu können. Der Arbeiter im „unabhängigen“ Supermarkt hat also dennoch mit denselben Problemen zu kämpfen wie der Arbeiter in der Supermarktkette. Man kann also zukünftige Angriffe der Bourgeoisie im eigenen Land nicht mäßigen, bloß weil dieses nicht formal in einem Bündnis mit anderen Bourgeoisien zusammenarbeitet.

Fassen wir zusammen: Damit das europäische Monopolkapital seine Interessen in einer instabiler werdenden Welt durchsetzen kann und damit es die USA ernsthaft als Welthegeemon herausfordern kann, muß es:

* der heimischen Arbeiterklasse schwere Niederlagen beibringen und die Ausbeutungsrate massiv erhöhen,

* global politisch und militärisch intervenieren können, um so Halbkolonien gefügiger zu machen und den Einfluß anderer Großmächte zurückzudrängen,

* die nationalstaatlichen Differenzen innerhalb der EU harmonisieren.

Dies alles erfordert den Aufbau eines supranationalen Staatsapparates. Denn der Prozeß der europäischen Vereinigung und die Schaffung eines pan-europäischen Kapitals kann nur das Ergebnis massiver, bewußter Intervention eines pan-europäischen imperialistischen Staatsapparates sein.

V. Ist eine Vereinigung Europas auf imperialistischer Grundlage unmöglich? Pseudo-marxistische Einwände von zentristischer und linksreformistischer Seite

Der marxistische Theoretiker und Führer der russischen Bolschewiki, Wladimir Iljitsch Lenin, schrieb im Jahre 1915 einen Artikel über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in welchem er diese ablehnte. Verschiedene Theoretiker aus dem zentristischen Lager haben Lenins Haltung als Beleg dafür genommen, daß Marxisten die Möglichkeit einer imperialistischen Vereinigung Europas ausschließen müssen. Der Stalinismus hat überhaupt diesen Artikel als Vorwand genommen, um die Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu verdammen.

V.1. Alan Woods, die „Internationale Marxistische Tendenz“ und der Funke

Schauen wir uns zuerst die Argumente gegen die Möglichkeit einer imperialistischen Vereinigung Europas an. Als erstes zitieren wir die „Internationale Marxistische Tendenz“ (IMT), deren österreichische und deutsche Sektionen sich „Der Funke“ nennen. In den meisten Ländern arbeitet diese Strömung seit vielen Jahrzehnten als linker Flügel innerhalb der Sozialdemokratie und kombiniert eine pseudo-marxistische Rhetorik mit opportunistischer Anpassung an die Bürokratie. Die IMT zeichnet sich dadurch aus, daß sie erstens jeden bisherigen Fortschritt der imperialistischen Einigung Europas leugnet und zweitens

Schritte in Richtung supranationaler Staat für unmöglich erklärt. „In zwei Weltkriegen schlugen die Versuche der deutschen Bourgeoisie, ganz Europa unter ihren Herrschaftsbereich zu bekommen, fehl. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte die französische Bourgeoisie die Vorstellung, sie könne durch ein Bündnis mit Deutschland Europa beherrschen. Es sollte jedoch gänzlich anders kommen. Deutschland stieg im Endeffekt als die zentrale europäische Macht auf, und Frankreich war gezwungen sich an diese neue Situation anzupassen. Es realisiert dabei, daß es von alleine den US-Imperialismus nicht herausfordern kann und wie Großbritannien zu einer Marionette der USA zu verkommen droht. Dies ist der eigentliche Grund für die zumindest bisweilen anhaltende relative Stabilität des Blocks zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus. Der deutsch-französische Block ist jedoch nicht viel mehr als ein Kartell zweier rivalisierender imperialistischer Mächte. Einerseits muss Frankreich die ökonomische Vorherrschaft Deutschlands tolerieren, auf der anderen Seite drückt Deutschland angesichts der durch staatliche Interventionen geprägten Wirtschaftspolitik Frankreichs, welche in Wirklichkeit eine Maßnahme zum Schutz der eigenen Wirtschaft vor dem deutschen Kapital darstellt, ein Auge zu. Der strukturellen Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich auf militärischem Gebiet wird es aufgrund der unterschiedlichen außenpolitischen Interessen der beiden an Stärke mangeln. Die Pläne für eine Europäische Verfassung sind ein weiterer verzweifelter Versuch seitens des deutschen und des französischen Imperialismus Europa nach den destabilisierenden Auswirkungen des Irakkriegs unter ihrer Herrschaft zu vereinigen. Selbst wenn es den europäischen Mächten gelingt ein Kompromissabkommen zu schließen, dann wird diese Verfassung keine reale Bedeutung haben und auch nicht die eigentlichen internen Konflikte in Europa lösen. Dies ist der Fall, weil aufgrund der nationalen Konflikte zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten nur eine Verfassung denkbar ist, welche die reale Macht der einzelnen nationalen Bourgeoisien nicht einschränkt. Weiters wird diese Verfassung den Einfluss der USA auf die europäische Politik nicht vermindern.“ 47

2006 bekräftigte die IMT ihre Sichtweise, daß „der Prozess der Vereinigung Europas gestoppt“ wurde und sogar „Maastricht-Kriterien tot (seien)“:

„Der Konflikt zwischen Britannien und Frankreich dreht sich im Wesentlichen um zwei Fragen: den Britenrabatt und die Gemeinsame Agrarpolitik, die eine großzügige Subvention für Frankreich darstellt. Die Bösartigkeit dieses Streits zeigte die unter der Oberfläche liegenden Widersprüche in der EU auf und ließ den Mythos der „Europäischen Solidarität“ platzen. Weit weg davon, zu einem europäischen „Superstaat“ zu werden, ist der Prozess der Vereinigung Europas gestoppt worden. Er ist dabei sich umzukehren. Natürlich kann die europäische Bourgeoisie den Untergang der EU nicht akzeptieren, und der Euro mag beibehalten bleiben. Aber die ursprünglichen Maastricht-Kriterien sind tot.“ 48

Ähnlich argumentierte der Führer der IMT, Alan Woods, im Jahre 1997 und erklärte sogar eine gemeinsame EU-Außenpolitik für unmöglich:

„Auf kapitalistischer Basis jedoch ist eine wirkliche Einheit unmöglich. Wie Lenin schon vor mehr als 70 Jahren erklärte, wären kapitalistische Vereinigte Staaten von Europa eine reaktionäre Utopie (sic! Das ist Unsinn, wie wir unten zeigen werden.) – mit anderen Worten, sie sind unmöglich, und falls sie möglich wären, wären sie nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“ 49

Wenig später bekräftigt Woods noch einmal: „All das bedeutet, daß ein europäischer Bundesstaat auf kapitalistischer Basis ausgeschlossen ist.“ 50

Sogar eine Währungsunion – die mittlerweile nun schon seit 9 Jahren (und ihre Vorläuferinnen seit 18 Jahren) existiert – kann es laut Woods nicht geben: „Der Schluß ist klar: Auf einer kapitalistischen Basis kann eine stabile Währungsunion ohne einen geeinten Staat nicht erzielt werden.“ 51

Und später noch einmal bestimmter: „Jedenfalls ist der wirkliche

Grund, warum die Währungsunion scheitern wird, daß die europäischen Kapitalisten nicht in der Lage sein werden, so wie in der Vergangenheit Wachstumsraten von jährlich 5-6% zu erreichen.“ 52 Und schließlich wird ein Erfolg der EU völlig ausgeschlossen: „Das ist genau das, was wir meinen, wenn wir von der Idee der Europäischen Einheit auf kapitalistischer Basis als reaktionäre Utopie sprechen. Sie ist ganz einfach eine Utopie, weil sie nicht zu Ende geführt werden kann. Die Existenz tiefer Interessenskonflikte zwischen den Kapitalisten der einzelnen Nationalstaaten wird unvermeidlich zu einem Zusammenbruch dieser Versuche führen. (...) Die Idee der europäischen Einheit ist daher nicht nur eine Utopie, sondern auch eine reaktionäre Utopie.“ 53

Wir sehen also, die Welt des Herrn Woods und des Funke ist sehr einfach: Die Europäische Union könne keine staatliche Einheit Europas auf kapitalistischer Grundlage zustande bringen,

1. weil ihre Einheitsprojekte wie die gemeinsame Währung sowieso zum Scheitern verdammt sind (eine Behauptung, die von der Wirklichkeit Lügen gestraft wird) und
2. weil schon Lenin gesagt hätte, daß dies eine Utopie sei (eine Behauptung, die jeder Leser von Lenin's Schriften als Märchen erkennen wird).

V.2. Das „Committee for a Workers International“

Das „Committee for a Workers International“ (CWI, in Österreich ist dies die SLP, in Deutschland die SAV) ist zwar weniger wortreich in seinen Aussagen, aber im Endeffekt teilt die Gruppe mit der IMT nicht nur die Vergangenheit (bis 1992 waren sie ja in der gleichen Organisation), sondern auch die Einschätzung der Unmöglichkeit der europäischen Einigung auf kapitalistischer Grundlage.

So hielten sie auf ihrem 7. Weltkongreß im Jahre 1998 fest: „Das Projekt der Europäischen Währungsunion wird zusammenbrechen. (...) Der Zusammenbruch des Euro ist keine Frage des ‚ob‘, sondern des ‚wann‘ und ‚wie‘.“ 54

In einer anderen Resolution bekräftigen sie diese Sichtweise: „Die Europäischen Einheitsakte, verschiedene EU-Gesetze und einheitliche Vorschriften, Steuerangleichung usw. haben als Mittel der Stimulierung weiterer Integration innerhalb der EU gedient. Dies zusammen mit dem politischen Konsens, der sich in Europa in den 1990er Jahren herausgebildet hat, hat zu der Illusion geführt, daß die EU auf dem Wege hin zu einem ‚Super-Staat‘ ist. Das ist sicherlich nicht der Fall. Die weltweite Krise hat bereits zu einem gewissen Grad den Prozeß der Globalisierung zum Stillstand gebracht. Dies könnte auf Europa übergreifen und den Prozeß der weiteren Integration der EU/EWU vereiteln...“ 55

Auch wenn die Aussagen weniger kühn wie die von Woods/Funke sind, laufen sie im Endeffekt auf das gleiche hinaus: Eine Vorantreibung der Europäischen Union bis hin zu einem gemeinsamen Staat wird, ja auch nur das Gelingen jedes ernsthaften Projektes in diese Richtung wie die gemeinsame Währung wird für unmöglich erklärt.

V.3. Tibor Zenker und die „Kommunistische Initiative“

Als letzten führen wir noch Tibor Zenker an, der führende Theoretiker der „Kommunistischen Initiative“, einer linken Abspaltung von der KPÖ. Zenker hat im Herbst 2006 ein Buch mit dem Titel „Der Imperialismus der EU“ veröffentlicht, in welchem sich das allgemeine Dilemma seiner Schriften und allgemein der Positionen der KI widerspiegelt: Gewissenhafte Faktenrecherche, geistreiche Formulierungen und richtige Einzelerkenntnisse werden durch einen unsäglich linksreformistische Schematismus eingezwängt, in dem ein dialektisches Begreifen der Wirklichkeit keinen Platz findet. Im besonderen leidet die Zenker'sche/KI-Kritik an der EU daran, daß sie immer mit einem kleinbürgerlich-linken austro-patriotischen Standpunkt und der Hauptforderung „Für den Austritt Öster-

reichs aus der EU“ verbunden wird. ⁵⁶

Wir haben uns an anderer Stelle mit der Frage der Haltung zum Austritt aus der EU auseinandergesetzt und wollen hier jene Genossinnen und Genossen in der Linken, die einen EU-Austritt befürworten, auf ihren Widerspruch zur Lenin'schen Haltung aufmerksam machen. ⁵⁷

Unsere Haltung zum EU-Beitritt war und ist eine internationalistische. Wir stellten fest, daß die nationalstaatliche Eigenständigkeit Österreichs als ein imperialistischer Staat im Vergleich zur Teilnahme an der EU keinen fortschrittlichen Wert an sich darstellt und ein NEIN die Tür zu austro-patriotischen Abgleitflächen und einem Aufgeben der leninistischen Haltung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ (sprich der Hauptfeind ist die Bourgeoisie im eigenen Land) bedeutet.

Den Grundfehler, den Tibor Zenker und andere in der Frage der EU-Mitgliedschaft begehen, daß sie explizit oder implizit die Klassenfrage ausklammern. Sie sprechen von einer „nationalen Frage“, als wenn Österreich in der EU als Nation unterdrückt werden würde und ignorieren die schlichte Tatsache, daß Österreich ein – wenn auch kleiner – imperialistischer Staat mit einem imperialistischen Kapital ist. ⁵⁸ Dies ist umso bemerkenswerter, als Zenker an einer anderen Stelle sehr wohl einen Bruch mit der traditionellen, unsäglichen KPÖ-Haltung vollzieht, die sich ja immer weigerte, Österreich als imperialistisch zu bezeichnen und es eher als eine vom bösen deutschen Kapital bedrohte Halbkolonie sah. ⁵⁹

Im Unterschied zu Zenker halten wir es hier mit Lenin, der darlegte, daß die Verteidigung von imperialistischen Nationalstaaten und die Belebung nationaler Bewegung in solchen Ländern reaktionär ist.

„Wovon ist die Rede, wenn man sagt, daß die Formen des Nationalstaats zu Fesseln geworden sind usw.? von den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, vor allem von Frankreich, Deutschland und England, durch deren Teilnahme am gegenwärtigen Krieg dieser Krieg in erster Linie zu einem imperialistischen Krieg geworden ist. In diesen Ländern, die die Menschheit bisher, besonders in der Zeit von 1789 bis 1871, vorwärtsgeführt haben, ist der Prozeß der Bildung von Nationalstaaten beendet, in diesen Ländern gehört die nationale Bewegung unwiederbringlich der Vergangenheit an; sie wiederbeleben zu wollen wäre eine sinnlose, reaktionäre Utopie. Die nationale

Bewegung der Franzosen, Engländer und Deutschen ist seit langem zum Abschluß gekommen; auf der Tagesordnung der Geschichte steht hier etwas anderes: Nationen, die einst um ihre Befreiung kämpften, sind zu Unterdrückernationen geworden, zu Nationen des imperialistischen Raubes, die am Vorabend des Untergangs des Kapitalismus stehen.“ ⁶⁰

Auch Österreich hat eine solche Periode der Nationsbildung (im Falle von Österreich eine oftmals künstliche) hinter sich und nimmt heute die Rolle einer imperialistischen

und unterdrückerischen Nation ein. Was Zenker ignoriert und was für uns eine zentrale Position des revolutionären Marxismus ist, ist die Tatsache, daß nationale Unabhängigkeitsbewegung nur von unterdrückten Völkern bzw. halbkolonialen Staaten einen fortschrittlichen Charakter haben, nicht jedoch von herrschenden Völkern bzw. imperialistischen Staaten. Eine Bewegung, die daher die nationale Eigenständigkeit für Österreich – also einen imperialistischen Nationalstaat – gegenüber der EU fordert, ist daher in keinsten Weise fortschrittlich.

Aber setzen wir uns jetzt mit der Einschätzung von Zenker/KI der Möglichkeit einer imperialistischen Vereinigung Europas auseinander. Zenker/KI meinen ähnlich wie Woods/Funke, daß eine imperialistische Vereinigung Europas unmöglich sei und darüber hinaus mit der Lenin'schen Imperialismus-Theorie unvereinbar wäre:

“Somit ist festzuhalten, daß die EU bislang ein imperialistisches Bündnis ist - mehr nicht. Kann sie jedoch mehr sein? Kann die EU, wie Bürgerliche und revisionistische 'Linke' behaupten, der Ausgangspunkt für die Überwindung des Nationalstaates unter kapitalistischen Verhältnissen sein, kann die EU vom Staatenbündnis zum wirklichen Bundesstaat werden? Die Antwort ist ein klares Nein. Zu einer solchen Ansicht zu kommen, würde bedeuten, die Leninsche Imperialismustheorie zugunsten eines neokautskyanischen Konzepts zu opfern, nämlich im Sinne einer zivilisatorischen Globalisierungsthese. Die Behauptung, wir würden im Postimperialismus leben, ist entschieden zurückzuweisen, und alle diese Ansätze, mögen sie 'Ultrainperialismus', 'organisierter Kapitalismus' oder heute 'Empire' heißen, sind nicht nur falsch, sondern auch in bemerkenswerter Weise unsinnig.“ ⁶¹

V.4. Aber warum soll eine imperialistische Vereinigung Europas unmöglich sein?

Bevor wir uns der falschen Berufung der Zentristen auf Lenin zuwenden, wollen wir einige grundsätzliche Argumente ins Feld führen. Die kühnen, aber von der Realität widerlegten Behauptungen von Funke und CWI/SLP, daß der Euro sowieso scheitere, daß die EU sowieso stagniere usw. sind einfach nur hohle Phrasen, die mit der Wirklichkeit auf Kriegsfuß stehen. Natürlich gab und gibt es immer wieder Rückschläge im Formierungsprozeß der EU. Es ist auch in der Tat möglich, daß die EU scheitert. Aber anstatt die konkreten Bedingungen eines solchen Scheiterns zu benennen, anstatt die realen Tendenzen der voranschreitenden Vereinigung Europas zur Kenntnis zu nehmen, beruhigt man sich mit leeren Proklamationen über das unausweichliche Versagen der herrschenden Klasse.

Unabhängig davon führen unsere Gegner immer wieder an, daß der Kapitalismus und das Kapital an den Nationalstaat gebunden sind und daher die imperialistischen Vereinigten Staaten von Europa unmöglich seien. Aber sie sehen nur die eine Tendenz: die Bindung des Kapitals an den Nationalstaat. Sie ignorieren die andere Tendenz: das Hinauswachsen der Produktivkräfte über den Nationalstaat und somit die stetige Tendenz des Kapitals, den Nationalstaat zu überwinden. Statt dialektischen Denkens in Widersprüchen haben wir bei den Zentristen bloß einseitigen Schematismus.

Warum ist es für diese Genossen nur denkbar, daß das Kapital aus Eigeninteresse an seinem Nationalstaat festklebt, aber nicht, daß das Kapital erkennt, das seine Eigeninteressen längerfristig aufgehoben sind, wenn es sich gemeinsam mit anderen Kapitalien und Staaten gegen die größere Gefahr (USA) wehrt?! Es sind genau diese Faktoren, die auch die Ursachen für die real bestehende Vorantreibung des imperialistischen Projektes EU in den vergangenen Jahrzehnten darstellen. Wäre dies alles nur eine illusionäre Schimäre (Trugbild), warum sind der herrschenden Klasse schon so viele Erfolge bei der Vorantreibung der EU gelungen?!

Öfters wird argumentiert, daß die EU nicht zu einem wirklichen

Neue LSR-Broschüre!
zu bestellen über
unsere Kontaktadresse

EU-Reformvertrag
Hintergründe und
revolutionäre Antwort



von Michael Pröbsting
Jänner 2008 Preis: 3,- Euro

LSR 5
Eine Broschüre der
Liga der Sozialistischen Revolution

Bundesstaat, nicht auf organische Weise vereinigt werden kann. Das ist aus den oben genannten Gründen auch richtig. Aber was ergibt sich daraus? Daraus ergibt sich nur, daß das Projekt EU mit enormen Widersprüchen versehen ist und daß es daher hier auch viel Widerspruchspotential gibt. Aber jeder, der die Geschichte existierender Nationalstaaten kennt, weiß, daß diese auch oft mit Druck oder sogar Kriegen hervorgebracht wurden, daß es Diesen anfangs auch oft an innerer Homogenität mangelte.

Tibor Zenker bezeichnet die Annahme der Möglichkeit einer imperialistischen Vereinigung Europas als Opferung der „Leninsche Imperialismustheorie zugunsten eines neokautskyanischen Konzepts“ und bringt dann Kautskys Theorie des Ultraimperialismus ins Spiel. Scheinbar hat Zenker weder Lenin noch Kautsky verstanden. Kautskys Revisionismus bestand ja nicht darin, daß er die Möglichkeit eines Zusammenschlusses von zwei oder mehreren Staaten in Erwägung zog. Vielmehr bestand sein Revisionismus darin, daß er die Möglichkeit einer Verschmelzung aller wesentlichen Kapitalien weltweit zu einem einzigen Ultraimperialismus – oder einem „Generalkartell“ wie es Hilferding bezeichnete – behauptete. Genausowenig ist es Revisionismus, wenn man den Zusammenschluß von zwei oder mehreren Konzernen für möglich hält, damit diese besser im Konkurrenzkampf bestehen können. Sehr wohl Revisionismus ist es jedoch, wenn man die friedliche, organische Vereinigung aller Kapitalien weltweit für möglich ist.

Lenin ging von einem dialektischen Verständnis des Imperialismus aus. Imperialismus ist Monopolkapitalismus. Das bedeutet Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Und zwar sowohl am inneren Markt als auch am Weltmarkt.

„Ökonomisch ist der Imperialismus monopolistischer Kapitalismus. Damit das Monopol zum vollen Monopol wird, müssen die Konkurrenten nicht nur vom inneren Markt (vom Markt des betreffenden Staates), sondern auch vom äußeren Markt, müssen sie in der ganzen Welt verdrängt werden. Gibt es in der Ära des Finanzkapitals eine ökonomische Möglichkeit, die Konkurrenz auch in einem fremden Staat zu verdrängen? Natürlich: Dieses Mittel ist die finanzielle Abhängigkeit und der Aufkauf aller Rohstoffquellen und dann auch aller Unternehmen des Konkurrenten.“ 62

Und was bedeutet dies auf politischer Ebene? Es bedeutet, daß es auch auf politisch-staatlicher Ebene einen Prozeß – natürlich widersprüchlich und „unharmonisch“ – der Verschmelzung von Staaten geben kann. Will jemand ernsthaft behaupten, daß auf der ökonomischen Ebene ein permanenter Prozeß der Verschmelzung von Kapital stattfinden kann, aber auf der politischen Ebene niemals?! Wo bleibt da die dialektische Logik!? Was ist denn der Kolonialismus anderes als indirekte oder direkte „Verschmelzung“ eines stärkeren mit einem schwächeren Staat. Und warum soll eine Verschmelzung ausschließlich zwischen einem imperialistischen und einem unterdrückten Land möglich sein und nicht zwischen zwei oder mehreren imperialistischen Ländern?!

Das hat nichts mit Kautskyanismus und Ultraimperialismus zu tun. Dies wäre dann der Fall, wenn wir die Herausbildung eines Weltmonopols und eines internationalen Generalkartells und dadurch einen friedlichen Weltkapitalismus für möglich halten würden. In Wirklichkeit ist natürlich das Gegenteil der Fall. Es ist Teil des Prozesses der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, daß es sowohl die Verschmelzung von Monopolkapitalien und Staaten gibt (v.a. Kolonialismus, aber auch engere Bündnisse bis hin zur Verschmelzung zwischen imperialistischen Staaten) als auch gleichzeitig die Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den Monopolkapitalien und den imperialistischen Staaten.

Zu sagen, daß es niemals – auch nicht in einzelnen Fällen – zum Zusammenschluß von Nationalstaaten bzw. dem Anschluß schwächerer Nationalstaaten an stärkere kommen könne mit dem Argument, daß das Kapital an den Nationalstaat gebunden sei und daher dieser innerhalb des Kapitalismus niemals über-

wunden werden könne, ist genauso „marxistisch“ (=ökonomistisch) wie jene, die gegen Lenin argumentierten, daß im Imperialismus das nationale Selbstbestimmungsrecht niemals verwirklicht werden könne.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß der Ausbreitungs- und Vereinigungsprozeß der EU sowohl mit der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse Hand in Hand geht, als auch mit der Herausbildung einer verschärften (halb)kolonialen Ausbeutung innerhalb der EU. Denn die Einbeziehung der osteuropäischen Länder und der Staaten des Balkans bedeutet die Umwandlung der EU von einem Bündnis von fast ausschließlich imperialistischen Staaten in ein Bündnis, daß sowohl imperialistische als auch halbkoloniale Länder inkludiert. In diesem Sinne haben wir auch einen Prozeß der Ausbeutung und Unterdrückung der osteuropäischen Länder durch das westeuropäische Kapital. Es ist dies mitunter ein Grund warum ein europäischer Staatsapparat immer wichtiger für das im Zaum halten der Widersprüche innerhalb der EU wird.

VI. Lenin, Trotzki und ihre angebliche und tatsächliche Haltung zur Frage der Vereinigten Staaten von Europa

Da von Seiten des Zentrismus und Linksreformismus die Haltung Lenins und Trotzkis zur Frage der europäischen Einigung so oft mißverstanden wurde, wollen wir hier die Entwicklung der marxistischen Position bei den revolutionären Klassikern darlegen und beurteilen.

VI.1. Was sagte Lenin wirklich?

In der linksreformistischen und zentristischen Literatur wird oft viel Schindluder betrieben mit Lenin's Haltung zur Frage der Vereinigung Europas. Tatsächlich sagte gerade Lenin nicht, daß eine Vereinigung Europas unter kapitalistischen Vorzeichen unmöglich sei. Vielmehr meinte er, daß eine solche Vereinigung im Sinne einer für die Arbeiter und Jugendlichen fortschrittlichen Alternative utopisch ist und im Sinne einer imperialistischen Einigung reaktionär ist:

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die 'fortgeschrittenen' und 'zivilisierten' Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“ 63

Ein staatlicher Zusammenschluß des kapitalistischen Europas ist für Lenin möglich, aber er betont, daß vom Standpunkt des Proletariats aus betrachtet, ein solcher Zusammenschluß reaktionär wäre. Reaktionär, denn er bedeutet real einen Zusammenschluß der imperialistischen Großmächte zwecks Herausbildung eines noch mächtigeren vereinigten europäischen Imperialismus. Ein solcher vereinigter europäischer Imperialismus wäre stärker, um die kolonialen und halb-kolonialen Länder noch mehr auszubeuten und um erfolgreicher mit den imperialistischen Großmächten in Nordamerika und Asien zu wetteifern. Deswegen lehnte Lenin die Losung ab.

„Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich.“

„Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarbt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfülle befallene

Europa. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d.h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten.“ 64

An anderer Stelle beschreibt Lenin die Gefahr eines imperialistischen Zusammenschlusses Westeuropas und zitiert dabei zustimmend den britischen sozialliberalen Ökonomen Hobson: „Die Perspektive einer Aufteilung Chinas veranlaßte Hobson zu folgender ökonomischer Einschätzung: Der größte Teil Westeuropas könnte dann das Aussehen und den Charakter annehmen, die einige Gegenden in Südengland, an der Riviera sowie in den von Touristen am meisten besuchten und von reichen Leuten bewohnten Teilen Italiens und der Schweiz bereits haben: ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem Fernen Osten beziehen, mit einer etwas größeren Gruppe von Angestellten und Händlern und einer noch größeren Anzahl von Dienstboten und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren; die wichtigsten Industrien wären verschwunden, die Lebensmittel und Industriefabrikate für den Massenkonsum würden als Tribut aus Asien und Afrika kommen.“
‘Wir haben die Möglichkeit einer noch umfassenderen Vereinigung der westlichen Länder angedeutet, eine europäische Föderation der Großmächte, die, weit entfernt, die Sache der Weltzivilisation voranzubringen, die ungeheure Gefahr eines westlichen Parasitismus heraufbeschwören könnte: eine Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren obere Klassen aus Asien und Afrika gewaltige Tribute beziehen und mit Hilfe dieser Tribute große Massen gefügigen Personals unterhalten, die nicht mehr in der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Massenerzeugnissen, sondern mit persönlichen Dienstleistungen oder untergeordneter Industriearbeit unter der Kontrolle einer neuen Finanzaristokratie beschäftigt werden. Mögen diejenigen, die eine solche Theorie’ (es müßte heißen: Perspektive) ‘als nicht der Erwägung wert verächtlich abtun, die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in jenen Bezirken Südenglands untersuchen, die schon jetzt in eine solche Lage versetzt sind, und mögen sie darüber nachdenken, welch gewaltiges Ausmaß ein derartiges System annehmen würde, wenn China der ökonomischen Herrschaft ähnlicher Gruppen von Finanziers, von Investoren’ (Rentiers), ‘von Beamten in Staat und Wirtschaft unterworfen würde, die das größte potentielle Profitreservoir, das die Welt je gekannt hat, ausschöpfen würden, um diesen Profit in Europa zu verzehren. Die Situation ist viel zu kompliziert, das Spiel der Weltkräfte viel zu unberechenbar, als daß diese oder irgendeine andere Zukunftsdeutung als einzige mit Sicherheit zutreffen müßte. Aber die Einflüsse, die den Imperialismus Westeuropas gegenwärtig beherrschen, bewegen sich in dieser Richtung, und wenn sie nicht auf Widerstand stoßen, wenn sie nicht in eine andere Richtung gedrängt werden, dann bewegen sie sich auf dieses Ziel zu.’
Der Sozialliberale Hobson sieht nicht, daß diesen ‘Widerstand’ nur das revolutionäre Proletariat leisten kann, und nur in der Form der sozialen Revolution. Dafür ist er eben ein Sozialliberaler! Aber er erfaßte schon im Jahre 1902 ausgezeichnet die Bedeutung sowohl der Frage der ‘Vereinigten Staaten von Europa’ (dem Kautskyaner Trotzki zur Kenntnis!) als auch alles dessen, was die heuchlerischen Kautskyaner der verschiedenen Ländern vertuschen, nämlich, daß die Opportunisten (Sozialchauvinisten) zusammen mit der imperialistischen Bourgeoisie eben darauf hinarbeiten, ein imperialistisches Europa auf dem Rücken Asiens und Afrikas zu schaffen, daß die Opportunisten objektiv jenen Teil der Kleinbourgeoisie und gewisser Schichten der Arbeiterklasse darstellen, der mittels der imperialistischen Extraprofite bestochen wird und in Kettenhunde des Kapitalismus, in Verderber der Arbeiterbewegung verwandelt worden ist.“ 65

In seinem Imperialismus-Buch kommentiert Lenin die gleiche Stelle bei Hobson folgendermaßen:

Der Verfasser hat vollkommen recht. Würden die Kräfte des Imperialismus nicht auf Widerstand stoßen. so würden sie eben dahin führen. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Europa in der heu-

tigen, imperialistischen Situation ist hier richtig bewertet. Man müßte nur hinzufügen, daß auch innerhalb der Arbeiterbewegung die Opportunisten, die heutzutage in den meisten Ländern vorübergehend gesiegt haben, sich systematisch und beharrlich gerade auf dieses Ziel ‘zubewegen’. Der Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und die Ausbeutung nicht allein Chinas bedeutet, der monopolistisch hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus. Nur darf man die dem Imperialismus im allgemeinen und dem Opportunismus im besonderen entgegenwirkenden Kräfte nicht vergessen, die der Sozialliberale Hobson natürlich nicht sieht.

Der deutsche Opportunist Gerhard Hildebrand, der seinerzeit wegen seiner Verteidigung des Imperialismus aus der Partei ausgeschlossen wurde, heute aber wohl ein Führer der sogenannten ‘sozialdemokratischen’ Partei Deutschlands sein könnte, ergänzt Hobson ausgezeichnet, indem er die ‘Vereinigten Staaten von Westeuropa’ (ohne Rußland) propagiert. und zwar zum ‘Zusammenwirken’ gegen ... die Neger Afrikas, gegen eine ‘islamitische Bewegung großen Stils’, zur ‘Bildung einer Heeres- und Flottenmacht allerersten Ranges’, gegen eine ‘chinesisch-japanische Koalition’ u.a.m.“ 66

An einer anderen Stelle weist er auf die damalige politische Zersplitterung Europas hin und erwähnt die Möglichkeit der Bildung eines Mitteleuropas um Deutschland herum.

„Wir sehen hier drei Gebiete mit hochentwickeltem Kapitalismus (starke Entwicklung sowohl des Verkehrswesens wie des Handels und der Industrie): das mitteleuropäische, britische und amerikanische: darunter drei weltbeherrschende Staaten: Deutschland, England und die Vereinigten Staaten. Die imperialistische Konkurrenz und der Kampf unter ihnen werden dadurch außerordentlich verschärft, daß Deutschland nur über ein ganz kleines Gebiet und wenig Kolonien verfügt; die Bildung ‘Mitteleuropas’ liegt noch in der Zukunft, und seine Geburt geht in einem erbitterten Kampf vor sich. Einstweilen ist das Kennzeichen von ganz Europa politische Zersplitterung.“ 67

Wir sehen also, daß Lenin und die Bolschewiki im Unterschied zu IMT/CWI/KI keineswegs eine Vereinigung Europas auf kapitalistischer Grundlage ausschlossen, sondern deren reaktionären, imperialistischen Charakter betonten. Dies geht auch klar aus den Überlegungen eines anderen bolschewistischen Theoretikers hervor, Nikolai Bucharin. Dieser schrieb 1915 in seinem Buch „Imperialismus und Weltwirtschaft“, welches Lenin durchsah und für das er ein Vorwort verfaßte, folgendes:

„Der konkrete Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung geht also über einen verschärften Kampf der staatskapitalistischen Trusts und der rückständigen wirtschaftlichen Formationen. Eine Reihe von Kriegen ist unvermeidlich. Im geschichtlichen Prozeß, der uns in der nächsten Zukunft bevorsteht, wird der Weltkapitalismus sich in der Richtung zum allgemeinen staatskapitalistischen Trust unter Aufsaugung der Schwachen bewegen. Wenn dieser Krieg zu Ende ist, dann werden neue Probleme durch das Schwert gelöst werden müssen. Hier kann es natürlich in dem einen oder anderen Falle auch zu teilweisen Vereinbarungen kommen. (So ist z.B. der Zusammenschluß von Deutschland und Österreich äußerst wahrscheinlich.) Aber jede Vereinbarung oder Konsolidierung wird den blutigen Kampf nur von neuem reproduzieren. Wenn ‘Mitteleuropa’ vereinigt ist und die Pläne der deutschen Imperialisten verwirklicht sind, so wird die Lage ungefähr dieselbe bleiben. Wenn sich aber ganz Europa vereinigt, so wird das keineswegs eine ‘Abrüstung’ bedeuten; es wird nur einen ungeahnten Aufschwung des Militarismus bedeuten, denn dann steht der Riesenkampf gegen Amerika und Asien auf der Tagesordnung. Der Kampf der kleinen (kleinen!) staatskapitalistischen Trusts wird durch den Kampf von noch gewaltigeren Trusts abgelöst werden. Diesen Kampf mit ‘Hausmittelchen’ und Rosenwasser beizulegen, das hieße, mit Erbsen auf Elefanten schießen, denn der Imperialismus ist ein System, das nicht nur auf das innigste mit dem modernen zusammenhängt, sondern auch das wesentlichste Element dieses Kapitalismus darstellt.“ 68

VI.2. Warum war Lenin anfangs für die Losung der Vereinigten Staaten von Europa?

Von den Stalinisten wird die Tatsache oft unter den Tisch gekehrt bzw. mit Schweigen übergangen, daß Lenin ursprünglich die Losung der „republikanischen Vereinigten Staaten von Europa“ unterstützte. So schrieb er zu Beginn des 1. Weltkrieges: „als eine der nächsten Losungen Propaganda für die deutsche, die polnische, die russische usw. Republik und zugleich für die Umwandlung aller einzelnen Staaten Europas in republikanische vereinigte Staaten von Europa.“⁶⁹

In einem anderen Dokument schreibt er:

„Die nächste politische Losung der europäischen Sozialdemokratie muß die Gründung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa sein“⁷⁰

Warum unterstützten Lenin und Trotzki diese Losung? Weil sie eine Antwort auf die nationale Zerrissenheit und jahrhundertelangen Konflikte zwischen den einzelnen Mächten in Europa im Sinne des Internationalismus, der Überwindung nationaler Gegensätze, gab. Selbst später, als er die Losung wieder zurücknahm, betonte Lenin ihre Legitimität vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet.

„Gegen eine solche Fragestellung im Rahmen der politischen Beurteilung dieser Losung zu polemisieren - z.B. von dem Standpunkt aus, daß sie die Losung der sozialistischen Revolution verdunkle oder abschwäche u. dgl. mehr, wäre vollkommen falsch. Politische Umgestaltungen in wahrhaft demokratischer Richtung, erst recht aber politische Revolutionen können keinesfalls und niemals, unter keinen Umständen die Losung der sozialistischen Revolution verdunkeln oder abschwächen. Im Gegenteil, sie bringen sie stets näher, verbreitern ihre Basis, ziehen neue Schichten des Kleinbürgertums und der halbproletarischen Massen in den sozialistischen Kampf hinein. Andererseits aber sind politische Revolutionen unvermeidlich im Verlauf der sozialistischen Revolution, die man nicht als einzelnen Akt betrachten darf, sondern als eine Epoche stürmischer politischer und ökonomischer Erschütterungen, des schärfsten Klassenkampfes, des Bürgerkriegs, der Revolutionen und Konterrevolutionen betrachten muß.“⁷¹

Auf Basis der gleichen Methode entwickelten Marxisten damals die Losung der demokratischen Balkanföderation als Antwort auf die nationale Zerrissenheit der Völker am Balkan. Hinzu kommt noch – darauf wies Lenin auch explizit hin – die revolutionär-demokratische Spitze in der Losung, die den Kampf gegen die reaktionären Monarchien vorantreiben könnte:

„...wobei nicht nur von republikanischen Vereinigten Staaten von Europa gesprochen, sondern noch speziell betont wird, daß diese Losung sinnlos und verlogen ist, wenn die deutsche, die österreichische und die russische Monarchie nicht auf revolutionärem Wege beseitigt werden.“⁷²

Im gleichen Sinne verstand auch Trotzki seine Europa-Losung, die er zu Beginn des Krieges aufstellte:

„Das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung! Die vereinigten Staaten Europas – ohne Monarchien, ohne ständige Heere, ohne regierende Feudalkasten, ohne Geheimdiplomaten!“⁷³

Lenin begrüßte diese internationalistische Stoßrichtung der Losung, eine Überlegung, welche die linken EU-Austrittsbefürworter leider nicht anstellen. Vielmehr geht seine Ablehnung darauf zurück, daß in der Epoche des Imperialismus und der Konkurrenz der Großmächte die Losung der „republikanischen Vereinigten Staaten von Europa“ als Losung für ein republikanisches imperialistisches Vereinigtes Europa mißverstanden werden konnte.

Die später von Trotzki entwickelte und von uns aufgegriffene Losung der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ – also die Losung einer europaweiten sozialistischen Revolution und dem Aufbau einer europäischen Föderation von Arbeiter- und Bauernstaaten – wurde damals noch von niemanden vorgebracht und stand somit noch gar nicht zur Diskussion. Wie wir gesehen haben, hatte auch Trotzki selbst seine Europa-Losung

noch als „republikanische“ verstanden – d.h. als bürgerlich-demokratische Losung.

Der revolutionäre Marxismus befand sich damals in einer Umbruchperiode. Der Ausbruch des 1. Weltkrieges verdeutlichte das Ende der alten und den Beginn einer neuen Epoche – den Übergang des Kapitalismus von seinem Stadium des Aufstiegs, der freien Konkurrenz zu seinem Stadium des Niedergangs, des Monopolkapitalismus, der Epoche des Imperialismus.

Die Theoretiker des revolutionären Marxismus – und hier v.a. der russischen Bolschewiki als der politisch und organisatorisch fortgeschrittenste Teil des internationalen Marxismus – standen also in dieser Periode vor der Herausforderung, das analytische und programmatische Arsenal weiterzuentwickeln und zu schärfen. Daher fallen in diese Periode auch die Arbeiten Lenins zur Theorie des Imperialismus, zur Staatstheorie, zur nationalen Frage, zur Kriegstaktik aber auch seine Studien der Hegelschen Dialektik. Dieser theoretische Sprung muß auf dialektisch-materialistische Weise verstanden werden, d.h. die neuen Erkenntnisse waren keine Ideen, die vom Himmel fielen, sondern Analysen und Schlußfolgerungen, die sich prozeßhaft in harter theoretischer Arbeit und kollektiver Diskussion entwickelten. Lenin selber sprach über die Entwicklung seiner Gedanken in der Staatsfrage zwischen 1915 und 1917, was sich in der Wandlung seiner Haltung zur Position von Bucharin niederschlug.

Aus diesem Grund sehen wir auch eine Entwicklung von Lenins Haltung in der Frage der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa von einer anfänglichen Zustimmung hin zur Ablehnung. Lenin und auch Trotzki verstanden damals einen grundsätzlich fortschrittlichen Aspekt der kapitalistischen Entwicklung – nämlich dem Herauswachsen der Produktivkräfte über die Fesseln des Nationalstaates – und wollten dieser Tendenz eine politische proletarische Losung geben. Ebenso mußte es eine Antwort der Arbeiterbewegung auf die scharfen Konflikte zwischen den imperialistischen Großmächten geben. Aber da der marxistische-internationalistische Flügel der Arbeiterbewegung damals noch nicht die Analyse der Epoche des imperialistischen Kapitalismus ausgearbeitet und alle Konsequenzen verinnerlicht hatte, verblieben ihre Antworten teilweise noch in den alten, revolutionär-demokratischen Konzeptionen der Revolution zurück.

Die Weiterentwicklung der Europa-Losung hin zu ihrer proletarischen Fassung – als *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa* – wurde von den Marxisten erst später entwickelt und von der Kommunistischen Internationale 1923 in ihr programmatisches Arsenal aufgenommen. Lenin überarbeitet grundlegend während des 1. Weltkrieges seine Konzeption des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in Rußland und entwickelte erst nach langen Überlegungen und angesichts der Erfahrungen von 1905 und 1917 seine Revolutionstheorie weiter. Er warf sein vor 1917 vertretenes Konzept von der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ über Bord – also die Idee einer separaten bürgerlich-demokratischen Etappe, die zuerst alle demokratischen Aufgaben verwirklicht (Konstituierende Versammlung und bürgerlich-demokratische Republik, radikale Agrarreform usw.) und den Kapitalismus weiterentwickelt und erst zu einem späteren Zeitpunkt in die zweite Etappe der sozialistischen Revolution übergeht. Stattdessen definierte er – zum blanken Entsetzen vieler „alter Bolschewiki“ wie Stalin, Rykow oder Kamenjew⁷⁴ – in seinen berühmten April-Thesen 1917 die Aufgaben der Revolution neu:

„Nicht parlamentarische Republik – eine Rückkehr von den Arbeiterdeputiertenräten zu dieser wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik von Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputiertenräten im ganzen Lande, von unten bis oben.“⁷⁵

Wir sehen also anhand dieses Beispiels Lenins Fähigkeit der Entwicklung seines Denkens, eine Entwicklung, die sich nur auf dialektische Weise, dem Umschlagen der Quantität in Qualität,

der geschmeidigen Anpassung der Begriffe und Losungen an die sich verändernde Wirklichkeit vollziehen konnte. 76

Es wäre grundfalsch, diesen sich in Sprüngen vollziehenden, mit den Veränderungen der Wirklichkeit einhergehenden, ihnen notwendigerweise nachhinkenden – die Theorie beantwortet immer Fragen, die zuerst die Praxis aufwirft –, Entwicklungsprozeß im theoretischen Denken Lenin's zu leugnen und sich ihn als eine Art göttliches Genie vorzustellen, das bereits alle Wahrheiten von Anfang an in seinem Kopf besaß und sie dann nur noch schrittweise der Öffentlichkeit offenbarte. Eine solche Sichtweise ist eine Verhöhnung der dialektisch-materialistischen Sichtweise und eine leblose, idealistische Karikatur des Marxismus. Eine solche, für den stalinistischen Lenin-Kult typische, Sichtweise steht im völligen Gegensatz zum Lenin'schen Verständnis der Erkenntnis als eine sich in Widersprüchen ungleichmäßig entwickelnde stetige, „spiralenförmige“, Annäherung an die absolute Wahrheit (ohne sie jemals vollständig erkennen zu können, entwickelt sich diese doch selbst stetig weiter). 77

Lenin's Überlegungen zur Formulierung der Europa-Losung entwickelten sich daher von einer anfänglichen Bejahung der Losung der „republikanischen Vereinigten Staaten von Europa“, da er nach einer imperialistischen Antwort auf die vom imperialistischen Krieg verursachte Zerrissenheit Europas trachtete. Als auf der Konferenz der Bolschewiki Ende Februar, Anfang März 1915 in Bern einige Teilnehmer – darunter vor allem Bucharin – ihre Ablehnung der Losung der Vereinigten Staaten bekundeten, verteidigte Lenin am ersten Tag der Debatte die Losung und überzeugte alle. Allerdings kamen ihm selber noch am gleichen Abend Zweifel und er traf sich mit Radek, der ihm auch die Einwände von Rosa Luxemburg gegen die Losung mitteilte. Daraufhin vertieften sich seine Zweifel und er schlug am nächsten Tag die Weiterführung der Diskussion vor, insbesondere um den ökonomischen Aspekt – also die Frage des imperialistischen Klassencharakters Europas – einfließen zu lassen. 78 Später, im August 1915, entschloß er sich zur Veröffentlichung einer Stellungnahme, in der er die Ablehnung der Losung erklärte:

„Die Diskussion über diese Frage hatte auf unserer Konferenz einseitig politischen Charakter angenommen. Das war zum Teil vielleicht dadurch hervorgerufen, daß diese Losung im Manifest des Zentralkomitees direkt als politische Losung formuliert ist ('die nächste politische Losung ...' - heißt es dort), wobei nicht nur von republikanischen Vereinigten Staaten von Europa gesprochen, sondern noch speziell betont wird, daß diese Losung sinnlos und verlogen ist, 'wenn die deutsche, die österreichische und die russische Monarchie nicht auf revolutionärem Wege beseitigt werden.'“ 79

Entgegen der Behauptung von Woods, Zenker & Co erklärte Lenin eine imperialistische Vereinigung Europas nicht für unmöglich:

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die 'fortgeschrittenen' und 'zivilisierten' Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“

„Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich.“

„Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfülle befallene

Europa. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d.h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten.“ 80

Schließlich erklärt Lenin zum Schluß seines Artikels das marxistische Verständnis der internationalen Revolution, das auch heute für uns für die Perspektive der Revolution in Europa wichtig ist: nämlich das es durchaus möglich ist, daß die Arbeiterklasse nicht in mehreren Ländern gleichzeitig siegreich ist, sondern zuerst nur in einem einzigen Land die Macht übernimmt, dabei aber, um auf Dauer als sozialistischer Staat bestehen zu können, alles daran setzen muß, um die Revolution auszubreiten:

„Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzelnen genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt entgegenstellen, würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in diesen Ländern den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und notfalls sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen.“ 81

Wir betonen hier, daß sich die Ablehnung Lenin auf das mögliche Mißverständnis als eine Losung für die Unterstützung eines vereinigten europäischen Imperialismus gründete. Die Losung der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ – also eine Losung mit einem eindeutigen proletarischen, antikapitalistischen Charakter – existierte damals noch gar nicht in der Diskussion. Auch Trotzki vertrat während des 1. Weltkrieges noch die Losung des republikanischen Europas, nicht des sozialistischen.

Erst in den frühen 1920er Jahren vollendete Trotzki die Negation der Negation der Europa-Losung: Von den „republikanischen Vereinigten Staaten von Europa“ und Lenin's richtiger, aber rein negativer Ablehnung weiter zur Losung der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“. (mehr dazu weiter unten)

Daher entbehrt es jeder historischen Logik, wenn sich Vordenker des stalinistischen Linksreformismus in ihrer Polemik gegen die Losung der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ auf Lenin berufen. Die Diskussion damals drehte sich um die Frage der republikanischen, bürgerlich-demokratischen Vereinigten Staaten von Europa.

VI.3. Trotzki und die Entwicklung seiner Losung der Vereinigten Staaten von Europa

Wir haben bereits dargelegt, daß Trotzki ursprünglich die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten Europas vertrat. Er erkannte zwar die historische Aktualität der sozialistischen Revolution, verband sie aber noch nicht – ebenso wie Lenin – mit der Europa-Losung.

„Für das Proletariat kann es sich bei diesen historischen Bedingungen nicht um die Verteidigung des überlebten nationalen 'Vaterlandes' handeln, das zum hauptsächlichsten Hemmnis für die ökonomische Entwicklung geworden ist, sondern um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes – der republikanischen Vereinigten Staaten Europas, als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt.“

Der imperialistischen Ratlosigkeit des Kapitalismus kann das Proletariat als praktisches Tagesprogramm nur die sozialistische Organisation der Weltwirtschaft entgegenstellen.

Das Proletariat ist gezwungen, dem Kriege als Lösungsmethode für die unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung seine Methode entgegenzustellen – die Methode der sozialen Revolution.“ 82

Doch mit den Erfahrungen der Revolutionen in Rußland und in Europa nach 1917 und der Vertiefung seiner Theorie der permanenten Revolution entwickelte Trotzki auch die Europa-Losung weiter. In einem 1922 erschienenen Nachwort zu einer Neuauflage des Artikels „Das Programm des Friedens“ (1915-16) wirft Trotzki erstmals den Gedanken auf, die Europa-Losung in Form der „Vereinigten Sowjetstaaten von Europa“ aufzustellen.⁸³

Diesen Gedanken setzt er wenig später in die Tat um. Als mit der Ruhrbesetzung durch französische Truppen die Gefahr eines neuen Krieges in Europa drohte und in Deutschland eine revolutionäre Krise ausbrach, veröffentlichte Trotzki am 30. Juni 1923 den Artikel „Über die Aktualität der Parole ‚Vereinigte Staaten von Europa‘“. In diesem Artikel tritt er aufgrund der durch den Weltkrieg verursachten Zerrüttung in Europa, die Versuche des US-amerikanischen Imperialismus, sich Europa Untertan zu machen sowie die politische, kulturelle und geistige Nähe Europas und auch ihrer Arbeiterklasse für eine Propagandaoffensive der Kommunistischen Internationale ein. Dabei wies er auf den notwendigen Zusammenhang zwischen der Vereinigung Europas und der Machtergreifung der Arbeiter und Bauern hin: „Ich meine, daß es an der Zeit ist, neben der Parole ‚Arbeiter- und Bauernregierung‘ eine andere aufzustellen: ‚Die Vereinigten Staaten von Europa‘. Nur die Verbindung dieser beiden Parolen wird die brennendsten Fragen der europäischen Entwicklung in einer den Zeitumständen angemessenen Weise beantworten können.“

Er betont dabei den Übergangscharakter der Losung, als eine Antwort auf die Unfähigkeit der Bourgeoisie, das zersplitterte und ruinierte Europa zu einen:

„Die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Lösung der grundlegenden Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas in die Hand zu nehmen, wird den werktätigen Massen immer deutlicher. Die Parole ‚Arbeiter- und Bauernregierung‘ kommt diesem wachsenden Bedürfnis der Werktätigen, selbständig und aus eigener Kraft einen Ausweg zu finden, entgegen. Es ist an der Zeit, auf diesen Ausweg konkret hinzuweisen: er ist – enge wirtschaftliche Kooperation der europäischen Völker, als das einzige Mittel, unseren Kontinent vor der wirtschaftlichen Zersetzung und Unterjochung durch das überstarke amerikanische Kapital zu retten.“

Und weiter: „Den Arbeiter und Bauern des zersplitterten und ruinierten Europas muss ein Ausweg gewiesen werden, unabhängig von dem, welches Tempo die Revolution in Amerika, Australien, Asien und Afrika einschlagen wird. Von diesem Gesichtspunkte aus steht die Parole ‚Vereinigte Staaten von Europa‘ auf derselben historischen Ebene, wie auch die Parole ‚Arbeiter- und Bauernregierung‘; es ist eine Übergangsparole, die Auswege weist, Aussichten auf die Rettung gibt, und eben dadurch die werktätigen Massen auf den revolutionären Weg bringt.“

Unter den besonderen Bedingungen der nationalistischen Spaltung Europas und des drohenden Krieges betonte Trotzki besonders den Aspekt der Überwindung der nationalstaatlichen Feindschaft und der Vereinigung Europas. Aber diese Losung war für ihn integrierter Bestandteil der Gesamtstrategie der proletarischen Revolution in ganz Europa. Daher die zusammenfassende Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten:

„je schneller die Volksmassen das Vertrauen zu den eigenen Kräften zurückgewinnen, desto enger werden sie sich unter der Parole ‚Union der Arbeiter- und Bauernrepubliken Europas‘ zusammenschließen“.⁸⁴

VI.4. Die Kommunistische Internationale und das Schicksal der Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa

Nach diesem Vorstoß Trotzki nahm die Kommunistische Internationale (Komintern) in der zweiten Jahreshälfte 1923 die Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa an. Nach der folgenschweren Niederlage der deutschen Revolution im Oktober/November 1923 und dem einsetzenden bürokra-

tisch-zentristischen Kurs der Komintern geriet die Losung zum Teil in Vergessenheit. Allerdings fand sie Eingang in das Manifest des V. Weltkongresses der Komintern 1924: „Die Staaten Europas werden zusammenfinden in Form einer Sowjetföderation, den Vereinigten Arbeiter- und Bauernstaaten von Europa.“⁸⁵

Danach ließ die Propagandaoffensive des Stalinismus mit ihrer illusionären Doktrin vom „Sozialismus in einem Land“ die internationalistische Europa-Losung in den Hintergrund treten. Doch nach dem Jänner 1926 und der Verstärkung der Reihen der Linken Opposition um Trotzki durch die Strömung um Sinowjew und Kamenjew ergriff Trotzki erneut die Initiative. Tatsächlich rief das Exekutivkomitee der Komintern in seinen Thesen für den 1. Mai 1926 zur Bildung der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ auf. In der Person eines ihrer führenden Propagandisten, Pepper, veröffentlichte die Komintern 1926 eine eigene Broschüre mit dem Titel „Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europa“. Darin sowie in einer Reihe weiterer Artikel stellte die Komintern diese Losung der zu dieser Zeit populären bürgerlich-pazifistischen Pan-Europa-Bewegung von Coudenhove-Kalergi, die eine Vereinigung Europas auf kapitalistischer Grundlage propagierte, entgegen.⁸⁶

Sogar in seiner ersten Fassung des Entwurfs des Programms der Kommunistischen Internationale für den VI. Komintern-Kongreß 1928 inkludierte Bucharin die Losung der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“.⁸⁷ Doch die Mehrheit um Stalin setzte im Politbüro der KPdSU durch, daß diese Losung gestrichen wird und wurde somit endgültig aus dem programmatischen Arsenal der Komintern verbannt. Seitdem gilt die Europa-Losung im Reich der stalinistischen Mythenbildung als Zeichen des „konterrevolutionären Trotzkiismus“, vor der Lenin angeblich schon immer gewarnt hätte.

VI.5. Trotzki's Anwendung der Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa

Seit den frühen 1920er Jahren gehörte die Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zum fixen Arsenal Trotzki's. Er kritisierte heftig die Streichung dieser Losung im, auf dem VI. Komintern-Kongreß 1928 angenommenen, Programm. Er widmete dieser Frage ein ganzes Kapitel:

„3. Die Parole der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa Die Streichung der von der Komintern nach langem inneren Kampfe 1923 angenommenen Losung der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa aus dem neuen Programmentwurf ist durch nichts zu rechtfertigen. Oder kann es sein, daß die Autoren gerade in dieser Frage zu Lenins Position aus dem Jahre 1915 ‚zurückkehren‘ möchten? Dann müßten sie diese Position aber erst einmal richtig verstehen.“

Hinsichtlich der Losung der Vereinigten Staaten von Europa hatte Lenin bekanntlich in der ersten Phase des Krieges geschwankt. Zuerst fand diese Losung Eingang in die Thesen des Sozialdemokrat (des damaligen Zentralorgans der Partei), dann hat Lenin sich von ihr losgesagt. Schon das zeigt, daß es bei ihm nicht um eine prinzipielle Nichtakzeptieren der Losung ging, sondern um eine rein taktische Bewertung, um das Abwägen ihrer Vor- und Nachteile unter dem Gesichtspunkt der jeweiligen Etappe. Man muß nicht erst hervorheben, daß Lenin die Möglichkeit der Bildung von Vereinigten Staaten eines kapitalistischen Europas verneinte. Auch ich bin auf diese Frage eingegangen, als ich die Losung der Vereinigten Staaten entwickelte, und zwar ausschließlic im Hinblick auf die zukünftige Staatsform der proletarischen Diktatur in Europa.

‘Eine halbwegs vollständige und konsequente ökonomische Vereinigung Europas von oben her, mittels eines Abkommens der kapitalistischen Regierungen (ist) völlig unerreichbar.’ schrieb ich. ‘Hier kann die Sache nicht weiter als (zu) partielle(n) Kompromisse(n) und halbe(n) Maßnahmen gehen. Dadurch eben wird die ökonomische Vereinigung Europas, die dem Produzenten wie dem Konsumenten und überhaupt der ganzen kulturellen Entwicklung kolossale Vorteile

verspricht, zur revolutionären Aufgabe des europäischen Proletariats in seinem Kampfe mit dem imperialistischen Protektionismus und dem Militarismus.“ Und weiter: ‘Die Vereinigten Staaten Europas stellen also die Form - die einzige denkbare - der Diktatur des europäischen Proletariats dar.’ 88

Die Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa sollte Trotzki auch noch in den nächsten Jahren immer wieder an prominenter Stelle einbringen. So z.B. in den umfassenden Resolution „Krieg und die Vierte Internationale“ (1934):

„Während er die Nation für seine Entwicklung ausnutzt, hat der Kapitalismus nirgends, auf keinem Fleck der Erde, die nationale Frage gänzlich gelöst. Die Grenzen des Versailler Europa sind quer durch das lebendige Fleisch der Nationen gezogen. Reinste Utopie ist der Gedanke, das kapitalistische Europa so umzuschneiden, daß die Grenzen der Staaten mit den Grenzen der Nationen zusammenfallen. Auf friedlichem Wege wird kein einziger Staat auch nur einen Fußbreit Boden abtreten. Ein neuer Krieg aber würde Europa wieder nur umschustern nach Maßgabe der Kriegskarte und nicht der Grenzen der Nationen. Die Aufgabe der völligen nationalen Selbstbestimmung und friedlichen Zusammenarbeit Europas ist nur zu lösen auf Grund des wirtschaftlichen Zusammenschlusses eines von bürgerlichen Staaten gesäuberten Europa. Die Losung der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa ist die rettende Losung nicht allein für die Balkan- und Donauländer, sondern auch für die Völker Deutschlands und Frankreichs.“ 89

Ebenso im Aktionsprogramm für Frankreich (1934), wo er im Kapitel „Gegen den Krieg, für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ die Bedeutung des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegstreiber in Europa hervorhebt sowie die pazifistischen Scharlatane im Namen der sozialistischen Vereinigung des alten Kontinents verdammt. 90

Dem aufmerksamen Leser wird wahrscheinlich aufgefallen sein, daß Trotzki an mehreren Stellen von der Unmöglichkeit der Vereinigung Europas auf bürgerlicher Grundlage spricht. Auch in seinem Buch „Die permanente Revolution“ schreibt er explizit von der Utopie der bürgerlichen Vereinigten Staaten von Europa:

„Der Abschluß einer sozialistischen Revolution ist im nationalen Rahmen undenkbar. Eine grundlegende Ursache für die Krisis der bürgerlichen Gesellschaft besteht darin, daß die von dieser Gesellschaft geschaffenen Produktivkräfte sich mit dem Rahmen des nationalen Staates nicht vertragen. Daraus ergeben sich einerseits die imperialistischen Kriege, andererseits die Utopie der bürgerlichen Vereinigten Staaten von Europa. Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden, entwickelt sich international und wird vollendet in der Weltarena. Folglich wird die sozialistische Revolution in einem neuen, breiteren Sinne des Wortes zu einer permanenten Revolution: sie findet ihren Abschluß nicht vor dem endgültigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserem ganzen Planeten.“ 91

Sollte also Zenker wenn schon nicht von Lenin so doch wenigstens von Trotzki Recht bekommen, sozusagen ein Bonmot der Geschichte? Nun, schauen wir uns die Frage genauer an. Trotzki schreibt in der Tat an einer Stelle, daß Lenin die Möglichkeit einer imperialistischen Vereinigung Europas verneint hat. Hier irrt Trotzki schlicht und einfach, wie wir anhand mehrerer Zitate oben gezeigt haben.

Man muß jedoch bei Trotzki's These von der Unmöglichkeit der Einigung Europas auf kapitalistischer Grundlage zwei Dinge unterscheiden. Das eine sind perspektivische-konjunkturelle Einschätzungen, das andere sind prinzipielle-theoretische Positionen. Als eine perspektivisch-konjunkturelle Einschätzung hatte Trotzki in den 1920er und 1930er Jahren absolut recht, die tiefe Zerrissenheit Europas zwischen den imperialistischen Mächten (inklusive den USA) zu betonen und gegen die pazifistische Träumerei eines geeinten Europas zu argumentieren. Als eine prinzipiell-theoretische Position für alle Zeiten wäre dies aber falsch. Deshalb stellte er auch die Losung der Vereinigten Staaten von Europa zusammen mit der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung als Übergangslösung, da sie

unmittelbar mit den Möglichkeiten für die Herrschenden kollidiert und somit über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausdeutet.

Schließlich sei noch auf einen Punkt hingewiesen. Es ist eine Grundaufgabe von Marxisten, die historisch-materialistische Methode auch auf den Marxismus selber anzuwenden. Es reicht für Revolutionäre nicht aus, sich damit zufriedener zu geben, daß Trotzki die Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa propagierte. Wir müssen uns auch die konkreten historischen Umstände anschauen. In der damaligen Zeit des 1. Weltkrieges, der Zerrüttung Europas danach und schließlich der herannahenden 2. Weltkrieges besaß der Aspekt der Europäischen Einigung in der Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa einen besonders hohen Stellenwert. Daher betonte Trotzki in seinem Artikel von 1923 auch zu Recht den Übergangscharakter der Losung der Vereinigung Europas, da die Bourgeoisie damals eben absolut unfähig war, die militaristische Zerrissenheit des Kontinents zu überwinden.

Es versteht sich von selbst, daß bei der heutigen Anwendung der Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa weniger der Aspekt der ‚Vereinigung‘, sondern der des ‚Sozialismus‘ betont werden muß (zusammen mit dem internationalen Klassenkampf und der europäischen Revolution). Denn heute haben wir keinen Kontinent, wo sich waffenstarre Armeen gegenüber stehen und mit Krieg drohen, sondern wo die europäische Bourgeoisie relativ geeint ist beziehungsweise sich auf dem Weg der relativen Einigung befindet, um ihre Konkurrenten in Ost und West im Zaum zu halten.

VII. Zusammenfassung

Damit kommen wir auch zum Schluß unserer Arbeit. Wir haben gezeigt, daß der Formierungsprozeß der Europäischen Union von den enormen, sich verschärfenden Gegensätzen der kapitalistischen Weltordnung angetrieben wird. Damit die EU tatsächlich den USA die Rolle als Welthegeemon streitig machen kann, muß sie den Einigungsprozeß massiv vorantreiben und einen supra-nationalen Staatsapparat schaffen. Diesem Ziel dient auch der EU-Reformvertrag.

Eine Einigung Europas auf imperialistischer Grundlage ist möglich und all jene Linke, die diese Möglichkeit ausschließen, leben in einer Traumwelt. Als marxistische Revolutionäre kämpfen wir, die LSR, gemeinsam mit unseren Genossen in der Liga für die 5. Internationale

gegen die imperialistische EU. Doch unsere Alternative ist nicht das Zurück zum imperialistischen Nationalstaat, sondern das Vorwärts über die sozialistische Revolution zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Diese Herangehensweise entspricht der marxistischen Tradition von Lenin und Trotzki.

Der Kampf für ein sozialistisches Europa erfordert eine revolutionäre Strategie. Eine solche Strategie muß von den heutigen

LSR-Broschüre

zu bestellen über
unsere Kontaktadresse

Der Mensch und die Heranbildung zur Maschine

Eine marxistische Analyse
der Ausbildung im Kapitalismus



von Roman Birke

August 2007

Preis: 3,- Euro

Eine Broschüre der
Liga der Sozialistischen Revolution



Bedingungen des Klassenkampfes ausgehen. Diese Bedingungen zeichnen sich durch eine umfassende Offensive der herrschenden Klassen Europas aus. Sie wollen um jeden Preis die sozialen und demokratischen Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse zertrümmern und die EU als zweite militärische Supermacht neben den USA etablieren. Sie müssen dies erreichen, sonst gehen sie im gnadenlosen weltweiten Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte unter. Deswegen müssen wir uns eine umfassende Strategie des Klassenkampfes zur Verteidigung unserer Interessen zu Eigen machen.

Unser Widerstand kann nur dann Erfolg haben, wenn wir uns nicht auf Appelle und Petitionen an die Herrschenden oder die Eroberung von Regierungsposten orientieren, sondern auf die europaweite Organisation und Kampf der ArbeiterInnenklasse und Jugend. Deswegen treten wir von der LSR gemeinsam mit unseren internationalen Genossinnen und Genossen der *Liga für die 5. Internationale* (LFI) für Massendemonstrationen und Streiks bis hin zu Generalstreiks gegen den EU-Reformvertrag und andere Angriffe ein. Dies ist sowohl in jedem einzelnen Land notwendig ebenso wie auch europaweit.

Wir brauchen eine Organisation des Abwehrkampfes von unten auf allen Ebenen. Deswegen treten wir für den Aufbau von Aktionskomitees, Sozialforen und Bündnissen auf allen Ebenen – lokal, regional, landesweit – ein. und wir brauchen eine europaweite Koordinierung dieser Kämpfe. Diese Forderung richtet sich an alle Organisationen der Arbeiterbewegung, Parteien, die gegen Krieg und Neo-Liberalismus zu kämpfen vorgeben usw., alle Gruppierungen der Anti-Globalisierungsbewegung, die Anti-Kriegsbewegung, Immigrant*innenorganisationen, Jugendorganisationen, Schüler- und Studentenvertretungen.

Ein entschlossener europaweiter Abwehrkampf der Arbeiterklasse, der Jugend und der Migranten wird früher oder später die Machtfrage aufwerfen: wer hat in Europa das Sagen – die Kapitalistenklasse oder die Unterdrückten. Damit Sozialabbau, Rassismus und Krieg ein für alle mal aus der Welt geschaffen werden, müssen wir die Macht der herrschenden

Klasse stürzen. Dafür brauchen wir eine europaweite, sozialistische Revolution. Eine solche Revolution wird nicht durch Anträge im Parlament und auch nicht durch friedlichen Druck auf der Straße stattfinden, sondern nur durch den Kampf und den bewaffneten Aufstand der Masse des Proletariats. Erst durch eine solche Revolution können wir UNSER Europa aufbauen!

Eine solche Revolution bedarf einer klaren sozialistischen Perspektive. Doch eine solche Perspektive kann nur dann verwirklicht werden, wenn national und international Kampfparteien für die Revolution existieren. Die *Liga der Sozialistischen Revolution* macht sich keine Illusionen darüber, daß die Ausbeuterklasse freiwillig und ohne Gewaltanwendung ihre Herrschaft abtreten wird. Nur eine sozialistische Revolution in Österreich und weltweit, nur der bewaffnete Aufstand der Arbeiterklasse kann das Tor zu einer Zukunft der Freiheit und Gerechtigkeit aufstoßen. Ein solcher Aufstand wird nicht spontan zustande kommen, sondern verlangt eine systematische Vorbereitung und Organisation der Revolution. Dafür bedarf es einer Partei – einer Organisation, in der die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse und der Jugend unter dem Banner der Revolution organisiert sind. Die Schaffung einer solchen Partei der sozialistischen Revolution in Österreich und weltweit – der 5. Internationale – ist daher die vordringlichste Aufgabe aller Arbeiter und Jugendlichen, die mit uns für eine sozialistische Zukunft kämpfen wollen. Der Aufbau einer solchen Partei und Internationale duldet keinen Aufschub. Wir können damit nicht warten, bis die Revolution vor der Tür steht. Denn dann ist es zu spät, um ernsthafte politische und organisatorische Vorbereitungen zu treffen!

F u ß n o t e n

¹ Eine ausführlichere Darlegung unserer Haltung zum EU-Vertrag findet sich in der Broschüre von Michael Pröbsting: „EU-Reformvertrag – Hintergründe und revolutionäre Antworten“ (2008) www.sozialistische-revolution.org/stor/broschueren/EU-Reformvertrag_s-w.pdf

sowie in den Artikeln von Michael Pröbsting: „Klassenkampf dem EU-Reformvertrag!“ (BEFREIUNG Nr. 156, Zeitung der LSR, Jänner 2008), von Max Kmiecik „Der EU-Reformvertrag kommt! Das Imperium schlägt zurück“ (BEFREIUNG Nr. 157, Zeitung der LSR, März 2008).

² Siehe dazu – neben der oben angeführten Broschüre zum EU-Vertrag – folgende Arbeiten: Michael Pröbsting: „Amerikanisierung oder Niedergang“. Widersprüche und Herausforderungen für das imperialistische Projekt der europäischen Vereinigung; <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm35/amerikanisierung.htm> sowie Martin Suchanek/Michael Pröbsting: EU in der Krise. Soziales oder sozialistisches Europa?; <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm35/europa.htm> beide in: Revolutionärer Marxismus Nr. 35 (2005). „Revolutionärer Marxismus“ ist das deutschsprachige theoretische Organ der Liga der 5. Internationale, deren österreichische Sektion die LSR ist.

³ Karl Marx: Das Kapital, Dritter Band; in MEW, Bd. 25, S. 799f.

⁴ Leo Trotzki: Zur Philosophie der Bürokratie; in: Trotzki-Schriften 3.3, S 129

⁵ Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der

Wissenschaft; in: MEW 20, S. 261

⁶ Wladimir Iljitsch Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (1917); in: LW 25, S. 415

⁷ Unter Warenfetischismus versteht Marx, daß im Kapitalismus die auf Warenproduktion beruhende Wirtschaft für die Menschen fälschlicherweise als ein Verhältnis von Dingen erscheint und nicht als gesellschaftliches Verhältnis zwischen Menschen oder besser gesagt Menschen(gruppen), also Klassen: „Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. (...) Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.“ (Karl Marx: Das Kapital, Band 1; in: MEW 23, S. 86)

⁸ W. I. Lenin: Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats (1919), in: LW 30, S. 256

⁹ Nikolai Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode (1920), S. 69 (Hervorhebung im Original)

¹⁰ Karl Marx: Brief an Kugelmann, MEW 22, S.385

¹¹ Nikolai Bucharin: Theorie des historischen Materialismus

(1921), S. 168f.

12 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW 17, S. 336

13 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft; in: MEW 20, S. 260

14 Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats in: MEW Bd.21, S.167f.

15 Wladimir I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution; in: LW 25, S. 404f.

16 Siehe dazu u.a. auch die Artikel von Roman Birke: „Regierungskrise ist Krise der bürgerlichen Demokratie“ (in: BEFREIUNG Nr. 157 bzw. findet sich eine längere Version des Artikels auf unserer Homepage unter www.sozialistische-revolution.org/phpwcm/index.php?id=25,399,0,0,1,0) sowie von Nina Gunjić: „Skandal um Steuerbetrug“ (in: BEFREIUNG Nr. 157)

1 Friedrich Engels Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats; in: MEW 21, S. 165 (Hervorhebung von uns)

18 Wladimir I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution; in: LW 25, S. 423

19 W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus. LW 23, S. 34 (Hervorhebung im Original)

20 Friedrich Engels Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats; in: MEW 21, S. 166ff.

21 Friedrich Engels: Brief an W. Borgius (1894); in: MEW 39, S. 206

22 United Nations: World Economic Situation and Prospects 2006, S. 15

23 United Nations: World Economic Situation and Prospects 2006, S. 156f.

24 Robert Brenner : „After Boom, Bubble, and Bust: Where is the US Economy Going?“ in Worlds of Capitalism: Institutions, Economic Performance, and Governance in the Era of Globalization (2005), S. 204. Die Zahlenreihe für Japan beginnt 1952, jene für Deutschland 1950. Die Angaben für die USA und Japan beziehen sich auf die nicht-finanziellen Unternehmenssektor, die für Deutschland auf den nicht-landwirtschaftlichen Unternehmenssektor. Bei der Netto-Proftrate wird – im Unterschied zur Brutto-Proftrate – die Proftrate anhand des Netto-Kapitalwerts berechnet, also nach Abzug des jährlichen Verschleißes des fixen Kapitals.

25 Doug Henwood: After the New Economy, New York 2003, S. 85

26 Um sich ein Bild vom Ausmaß dieser Plünderung durch das imperialistische Finanzkapital zu machen, wollen wir folgende Berechnung vornehmen: Im Jahr 2005 betrug das kombinierte Brutto-Inlandsprodukts der halbkolonialen Länder 9.454,5 Milliarden US-Dollar. Der Abfluß von 611.8 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr entsprach daher knapp 6.5% des Brutto-Inlandsprodukts der halb-kolonialen Welt. Bei dieser Zahl sind nicht jene Teile der Profite des imperialistischen Kapitals berücksichtigt, die entweder von diesem im Land selber konsumiert werden oder in die Kapitalakkumulation zwecks neuer Profitgewinnung fließen, sondern ausschließlich jener Teil, der direkt aus der halb-kolonialen Welt in die Metropolen abgesaugt wird. Näheres dazu siehe Michael Pröbsting: Imperialismus, Globalisierung und die Ausbeutung der Halbkolonien; in: ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 154, Oktober 2007 www.sozialistische-revolution.org/phpwcm/index.php?id=18,332,0,0,1,0 (ArbeiterInnenstandpunkt war der Name unserer Organisation und Zeitung, bevor wir uns im Herbst 2007 in *Liga der Sozialistischen Revolution* bzw. die Zeitung in *BEFREIUNG* umbenannt haben.)

27 WTO: International Trade Statistics 2006, S. 28f. Die Angaben für die EU beziehen sich auf die EWG(6) für 1963, die EG(9) für 1973, EG(10) für 1983, EU(12) für 1993 und EU(25) für 2005. Die Angaben für die Jahre 1948 und 1953 setzen sich aus dem addierte Anteil am Welthandel von Deutschland, Frankreich und Italien zusammen.

28 UNCTAD: World Investment Report 2006, S. 7

29 UNCTAD: World Investment Report 2007, S. 229ff.

30 UNCTAD: World Investment Report 2007, S. 235

31 The Business Week Global 1000; in: Business Week 14.7.2003

32 European Commission: Statistical Annex of European Economy. Spring 2007, S. 105 bzw. S. 107

33 Fabienne Ilzkovitz, Adriaan Dierx, Viktoria Kovacs and Nuno Sousa: Steps towards a deeper economic integration: the Internal Market in the 21st century. A contribution to the Single Market Review (2007), S. 30

34 Fabienne Ilzkovitz, Adriaan Dierx, Viktoria Kovacs and Nuno Sousa: Steps towards a deeper economic integration: the Internal Market in the 21st century. A contribution to the Single Market Review (2007), S. 32

35 Fabienne Ilzkovitz, Adriaan Dierx, Viktoria Kovacs and Nuno Sousa: Steps towards a deeper economic integration: the Internal Market in the 21st century. A contribution to the Single Market Review (2007), S. 33

36 Siehe dazu das Kapitel „Höhere Ausbeutungsrate des US-Kapitals“ in: Michael Pröbsting: ‚Amerikanisierung oder Niedergang‘. Widersprüche und Herausforderungen für das imperialistische Projekt der europäischen Vereinigung; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 35, S. 31-33; <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm35/amerikanisierung.htm>

37 Michael Pröbsting: EU-Reformvertrag – Hintergründe und revolutionäre Antworten, Broschüre der Liga der Sozialistischen Revolution (2008), S. 14

38 Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft; in: MEW 20, S. 55

39 Siehe dazu W.I. Lenin, Zur Frage der Dialektik; in: LW 38, S. 339. In diesem Artikel betont Lenin auch die notwendige Entwicklung, Bewegung aus den inneren Gegensätzen der Dinge heraus und des Charakters der Entwicklung als „Selbstbewegung“: „Die beiden grundlegenden (oder die beiden möglichen? oder die beiden in der Geschichte zu beobachtenden?) Konzeptionen der Entwicklung (Evolution) sind: Entwicklung als Abnahme und Zunahme, als Wiederholung und Entwicklung als Einheit der Gegensätze (Spaltung des Einheitlichen in einander ausschließende Gegensätze und das Wechselverhältnis zwischen ihnen). Bei der ersten Konzeption der Bewegung bleibt die Selbstbewegung, ihre treibende Kraft, ihre Quelle, ihr Motiv im Dunkel (oder diese Quelle wird nach außen verlegt – Gott, Subjekt etc.) Bei der zweiten Konzeption richtet sich die Hauptaufmerksamkeit gerade auf die Erkenntnis der Quelle der ‚Selbst‘bewegung.

Die erste Konzeption ist tot, farblos, trocken. Die zweite lebendig. Nur die zweite liefert den Schlüssel zu der ‚Selbstbewegung‘ alles Seienden; nur sie liefert den Schlüssel zu den ‚Sprüngen‘, zum ‚Abbrechen der Allmählichkeit‘, zum ‚Umschlagen in das Gegenteil‘, zum Vergehen des Alten und der Entstehung des Neuen.“

40 Leo Trotzki: Krieg und die Vierte Internationale (1934); in: Trotzki Schriften 3.3. S. 555 (Hervorhebung im Original)

41 Daten zusammengestellt aus: UNCTAD: World Investment Report 1995, S. 411ff. sowie 421ff., UNCTAD: World Investment Report 2000, S. 306ff. sowie 319ff., UNCTAD: World Investment Report 2007, S. 259ff. Die Angaben zu Japan in der Spalte für das Jahr 1993 beziehen sich auf das Jahr 1992.

Unter Beständen an ausländischen Direktinvestitionen versteht man die – oft über einen längeren Zeitraum angehäuften – Gesamtheit des in einem Land bzw. von einem Land investierten Kapital. Unter Ströme hingegen die jeweils in einem Jahr neu

getätigten ausländischen Direktinvestitionen.

Ausländische Direktinvestitionen (ADI) im Inland bezieht sich auf den Anteil von importierten ADI an den Brutto-Anlageinvestitionen bzw. BIP des Empfängerlandes. ADI im Ausland bezieht sich auf den Anteil von exportierten ADI an den Brutto-Anlageinvestitionen bzw. BIP des Landes, von dem die ADI ausgehen.

⁴² Daten zusammengestellt aus: UNCTAD: World Investment Report 1995, S. 411ff. sowie 421ff., UNCTAD: World Investment Report 2000, S. 306ff. sowie 319ff., UNCTAD: World Investment Report 2007, S. 259ff. Die Angaben zu Japan in der Spalte für das Jahr 1993 beziehen sich auf das Jahr 1992.

Unter Beständen an ausländischen Direktinvestitionen versteht man die – oft über einen längeren Zeitraum angehäuften – Gesamtheit des in einem Land bzw. von einem Land investierten Kapital. Unter Ströme hingegen die jeweils in einem Jahr neu getätigten ausländischen Direktinvestitionen.

ADI im Inland bezieht sich auf den Anteil von importierten ADI an den Brutto-Anlageinvestitionen bzw. BIP des Empfängerlandes. ADI im Ausland bezieht sich auf den Anteil von exportierten ADI an den Brutto-Anlageinvestitionen bzw. BIP des Landes, von dem die ADI ausgehen.

⁴³ Dieses falsche Verständnis zeichnete den Sozialdemokratismus und später den Stalinismus aus, der auf dieser Basis 1924 die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ entwickelte.

⁴⁴ Leo Trotzki: Die permanente Revolution; in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution, Frankfurt a. M. (1971), S.7

⁴⁵ Gerade darin besteht der Kardinalfehler der post-modernistischen linken Theoretiker der Globalisierung von Negri bis Panich.

⁴⁶ Michael Pröbsting: ‚Amerikanisierung oder Niedergang‘. Widersprüche und Herausforderungen für das imperialistische Projekt der europäischen Vereinigung; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 35, S. 38; <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm35/amerikanisierung.htm>

⁴⁷ IMT: Der Molekularprozeß der Weltrevolution, 5.10. 2004 <http://www.derfunke.at/html/index.php?name=News&file=article&sid=605>

⁴⁸ IMT: Perspektiven der Weltrevolution und die Aufgaben der MarxistInnen, 19. 10. 2006, <http://www.derfunke.at/html/index.php?name=News&file=article&sid=946>

⁴⁹ Alan Woods: A Socialist alternative to the European Union, 4.6.1997. Auf deutsch veröffentlichte der Funke diesen Artikel als Broschüre (ohne Nennung des Autors!) unter dem Titel „Ihr Europa und unseres. Das Europa des Kapitals und die sozialistische Alternative.“ Das hier angeführte Zitat findet sich in der Broschüre auf S. 8

⁵⁰ Alan Woods: A Socialist alternative to the European Union, 4.6.1997. Broschüre S. 18

⁵¹ Alan Woods: A Socialist alternative to the European Union, 4.6.1997. Broschüre S. 38

⁵² Alan Woods: A Socialist alternative to the European Union, 4.6.1997. Diese Stelle hat der Funke interessanterweise in seiner Broschüre nicht übersetzt. (unsere Übersetzung)

⁵³ Alan Woods: A Socialist alternative to the European Union, 4.6.1997. Broschüre S. 41

⁵⁴ Committee for a Workers International: Resolution on World Relations (1998), S. 26 (unsere Übersetzung)

⁵⁵ Committee for a Workers International: Resolution 'Europe at a turning point' (1998), S. 107 (unsere Übersetzung)

⁵⁶ Nebenbei bemerkt haben auch SLP und Funke für ein NEIN zum EU-Beitritt aufgerufen und Woods/Funke argumentieren in der oben erwähnten Broschüre, daß sie sogar auch für ein NEIN

zur Einführung des Euro aufrufen (S. 46). Man sieht, wie sich hinter allgemeinen internationalistischen Phrasen das Abgleiten in den national-bornierten Patriotismus in der Praxis verbirgt.

⁵⁷ Siehe dazu u.a. unsere Broschüre „Weder Österreich noch EU sondern ein sozialistisches Europa. Eine marxistische Streitschrift gegen Austropatriotismus und Euroimperialismus.“ (1994) sowie das Kapitel ‚Ist der Austritt aus der EU eine Alternative für die ArbeiterInnenklasse?‘ in unserer oben genannten Broschüre zum EU-Vertrag.

⁵⁸ Siehe dazu die Debatte zwischen uns und der KI: Roman Birke: ‚Europa zwischen sozialer Rhetorik und imperialistischer Praxis. Welches Europa?‘ (in: ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 141, Jänner 2006); Otto Bruckner (KI): ‚Anmerkungen zum Artikel von Roman Birke in der letzten Ausgabe des Ast. Welcher Weg führt zur Zerschlagung der EU?‘; Roman Birke: ‚Eine Antwort auf die Kritik von Otto Bruckner. Nur europaweiter Klassenkampf kann EU zerschlagen!‘ (beide in ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 142, März 2006).

⁵⁹ In seinem Buch „Stamokap heute. Vom gegenwärtige Kapitalismus zur sozialistischen Zukunft“ (2005) charakterisiert Zenker Österreich richtigerweise als einen Staat und ein Kapital, daß seit Beginn der Epoche des Monopolkapitals Ende des 19. Jahrhunderts als imperialistisch zu bezeichnen ist. (siehe S. 310-312)

⁶⁰ W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘ (1916); in: Lenin: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 29

⁶¹ Tibor Zenker: Die EU heute und linke Gegenbewegungen. Referat im Rahmen der Buchpräsentation „Der Imperialismus der EU“, Wien, 13. 4. 2007, <http://www.kommunisten.at/article.php?story=20070415223808772>

⁶² W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus. LW 23, S. 35

⁶³ W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915); in: LW 21, S. 343

⁶⁴ W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915); in: LW 21, S. 345

⁶⁵ W. I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916); in: Lenin: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 107

⁶⁶ Wladimir Iljitsch Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917), in: LW 22, S. 285f. (Hervorhebung im Original)

⁶⁷ W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917), in: LW 22, S. 277

⁶⁸ Nikolai Bucharin: Imperialismus und Weltwirtschaft (1915), S. 156 (Hervorhebung von uns). In einem ähnlichen Sinne schreibt ein anderer enger Mitarbeiter Lenins in der Zeit des 1. Weltkrieges, Grigori Sinowjew, vom utopischen Charakter der bürgerlichen Vereinigten Staaten von Europa und zwar so wie die Pazifisten sie stellen! Also als träumerischer Friede, während die Kapitalisten es „realistisch“ als imperialistische Knechtung sehen. Siehe Grigori Sinowjew: Der Krieg und die Krise des Sozialismus (1916), Wien 1924, S. 405f.

⁶⁹ W.I. Lenin: Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg (1914); in: LW 21, S. 5

⁷⁰ W.I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie (1914); in: LW 21, S. 19

⁷¹ W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915); in: LW 21, S. 342

⁷² W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915); in: LW 21, S. 342

⁷³ Leo Trotzki: Der Krieg und die Internationale (1914), in: Leo Trotzki: Europa im Krieg, Essen 1998, S. 453

74 Näheres zur opportunistischen Linie der in Rußland anwendenden Parteiführung um Stalin und Kamenjew nach der Februar-Revolution 1917 und Lenins Kampf gegen sie findet sich u.a. in Lenins „Briefe aus der Ferne“ (LW 23, S. 309-357) sowie die von Stalin später unterdrückten Protokolle des Parteitags der Bolschewiki im März 1917 (veröffentlicht in Leo Trotzki: The Stalin School of Falsification, 1932, S. 181-237).

75 W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. Die April-Thesen (1917), in: LW 24, S. 5

76 Das was Lenin als ein Charakteristikum der materialistisch-dialektischen Denkweise nannte – ihre *„allseitige universale Wendigkeit“* (Gibkost)

77 Siehe dazu u.a. W. I. Lenin: Materialismus und Empirio-kritizismus, in: LW 14, S. 126ff. sowie Ivan K. Luppel: „Lenin und die Philosophie. Zur Frage des Verhältnisses der Philosophie zur Revolution“ (1928), S. 47ff..

78 Siehe hierzu den Bericht eines an der Konferenz teilnehmenden Bolschewiki: G. L. Shklovsky: The United States of Europe Debate (1925) in; Lenin's Struggle for a Revolutionary International. Documents 1907-1916. The Preparatory Years, New York 1986, S. 251f.; Siehe ebenso R. Craig Nation: War on War. Lenin, the Zimmerwald Left, and the Origins of Communist Internationalism; Durham 1989, S. 43f.

79 W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915), in: LW 21, S. 342

80 W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915), in: LW 21, S. 343-345 (Hervorhebung von uns)

81 W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915), in: LW 21, S. 345f. Nebenbei bemerkt ist dieses Zitat das Kernstück des stalinistischen Mythos, daß Lenin die Konzeption der Internationalisierung der Revolution abgelehnt und stattdessen den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ befürwortet hätte. Das ist ein Treppenwitz der Geschichte, geht doch aus dem Text eindeutig hervor, daß Lenin hier vom Sieg des Sozialismus im Sinne der erfolgreichen Machteroberung des Proletariats spricht und nicht von dem utopischen Konzept des Stalinismus vom langfristigen Aufbau einer reichen, klassenlosen, eben sozialistischen Gesellschaft inmitten einer feindlichen,

imperialistischen Umgebung.

82 Leo Trotzki: Der Krieg und die Internationale (1914), in: Leo Trotzki: Europa im Krieg, Essen 1998, S. 380 (Hervorhebung im Original)

83 Der Artikel von Leo Trotzki: Das Programm des Friedens (1915-16) wurde mitsamt Trotzki's Nachwort von unserer britischen Schwestersektion Workers Power in ihrem theoretischen Journal ‚Permanent Revolution‘ Nr. 4 (1984) veröffentlicht. Die dafür verfaßte Einleitung gibt einen sehr guten Überblick über die damalige Diskussion und die Stärken und Schwächen der Argumentation Lenin's und Trotzki's.

84 Leo Trotzki: Über die Aktualität der Parole „Vereinigte Staaten von Europa“ (1923); in: Leo Trotzki, Wohin treibt England/Europa und Amerika, Berlin 1972, S. 92-99

85 Siehe Edward H. Carr: Socialism In One Country. A History of the Soviet Union, London 1972, S. 523

86 Siehe dazu Edward H. Carr: Socialism In One Country. A History of the Soviet Union, London 1972, S. 524f.

87 Siehe die Anmerkung der Herausgeber der Trotzki-Schriften in: Trotzki-Schriften 3.2, S 1106

88 Leo Trotzki: Kritik des Programmwurfes der Kommunistische Internationale (1928), in: Trotzki-Schriften Band 3.2, S. 1196f. (Hervorhebung im Original)

89 Leo Trotzki: Krieg und die Vierte Internationale (1934); in: Leo Trotzki: Schriften zum imperialistischen Krieg, S. 80

90 Leo Trotzki: Ein Aktionsprogramm für Frankreich (1934); in: Leo Trotzki: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale. Schriften zum Programm, S. 51

91 Leo Trotzki: Die permanente Revolution (1930); in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution, Frankfurt a. M. (1971), S.161

Publikationen der LSR

zu bestellen über unsere Kontaktadresse

arbeiterInnen
STANDPUNKT
Revolution Räte-demokratie Sozialismus

Die Gründung der II. Republik - eine marxistische Analyse

Der Aufbau des Kapitalismus in Österreich nach 1945, die Rolle von SPÖ und KPÖ und der Kampf der Arbeiter!



April 2005

ArbeiterInnen Standpunkt
Revolution Räte-demokratie Sozialismus

Neoliberale SPÖ: Ursachen und Alternativen

von Michael Pröbsting und Roman Birke



März 2007

Preis: 3,- Euro

ArbeiterInnen Standpunkt
Revolution Räte-demokratie Sozialismus

Israel, Zionismus und Antisemitismus

Eine Auseinandersetzung mit den Mythen und Legenden der Antinationalen

von Michael Pröbsting



2006

Preis: 2,8 €

Arbeit Stai
Kritikation Ein

Klassenkampf

!!! Erstmals in deutscher Sprache!!! Leo Trotzki's Artikel über den irischen Osteraufstand 1916: Über die Ereignisse von Dublin!



EU-Imperialismus

ArbeiterInnen Standpunkt
Revolution Räte-demokratie Sozialismus

Stellung der ArbeiterInnen der Lage für die 5. Internationale, Nr. 102, März/April 2006, Preis: 1,90 €

Afghanistan, Irak, Palästina... Droht der nächste US-Krieg?!

HÄNDE WEG VOM IRAN!



ArbeiterInnen Standpunkt
Revolution Räte-demokratie Sozialismus

„Arbeitszeitflexibilisierung“ = Mehr Arbeit + weniger Lohn



Es reicht! Widerstand!

DER TSCHAD-EINSATZ UND DIE LINKE

Über jene Linke, die ihren Schein-Antiimperialismus mit marxistischen Phrasen tarnen

von Michael Pröbsting

Ein auffälliges Merkmal der Proteste gegen die Tschad-Intervention des österreichischen und des EU-Imperialismus ist die geringe Beteiligung der sich als marxistisch bezeichnenden Linken. Die SJ „kämpft“ gegen die Tschad-Mission ihres Parteigenossen und Kriegsminister Darabos mit ... höflichen Presseerklärungen, die im Endeffekt keine Position im Konflikt beziehen, sondern lediglich die Regierung auffordern mehr Entwicklungshilfe zu leisten. Ebenso die KPÖ. Linke SJ-Gruppen wie der Funke kündigen zwar großmülig Aktionstage gegen den Tschad-Krieg an, was dann in der Praxis auf einen Kurzbesuch von 4 Leuten bei einer unserer Kundgebungen hinausläuft. Aber auch andere Gruppen wie die SLP beschränken ihr Engagement auf ein Minimum, womit sie allerdings noch immer aktiver sind als Gruppen wie die Linkswende. Tatsache ist auf jeden Fall, daß neben der *Liga der Sozialistischen Revolution* und der Jugendorganisation *REVOLUTION* v.a. Organisationen aktiv sind, die sich gar nicht oder nur eingeschränkt als marxistisch verstehen (neben der AIK in Wien sind dies die v.a. Steirische Friedensplattform und die Werkstatt Frieden & Solidarität, die in Graz und Linz ähnliche Protestkundgebungen wie wir in Wien organisiert haben). Im folgenden Artikel wollen wir – nach einer knappen Darstellung unserer Position zum Tschad-Konflikt ¹ – die marxistische Imperialismus-Analyse und die daraus abgeleitete Strategie und Taktik im antiimperialistischen Kampf gegen Krieg und Besatzung darlegen und sie kritisch mit der Entstellungen durch die linksreformistischen und zentristischen Organisationen vergleichen. ²

Revolutionäre Strategie und Taktik im Kampf gegen die imperialistische Kolonialpolitik der EU im Tschad

Die Position der *Liga der Sozialistischen Revolution* (LSR) läßt sich in folgende Thesen zusammenfassen:

1. Wir verurteilen die von der UNO abgesegnete Militärintervention der EU und Österreichs als imperialistische Intervention und als Kolonialkrieg. Die angebliche „humanitäre Hilfe für Flüchtlinge“ ist nichts als eine der üblichen Lügen, derer sich die imperialistischen Haus- und Hofschreiberlinge regelmäßig bedienen. Die wirklichen Interessen des EU- und des österreichischen Imperialismus und die Bedeutung der EUFOR-Intervention liegen im Folgenden:
 - a. angestrebte Kontrolle der beträchtlichen Erdölreserven in Afrika, insbesondere im Tschad und dessen Nachbarländer Libyen, Sudan und Nigeria.
 - b. Einkreisung des Sudans, wo ein bürgerlich-islamistisches Regime herrscht, das China nahesteht und daher von den westlichen imperialistischen Großmächten als Feind betrachtet wird.
 - c. Ausweitung des geostrategischen Einflusses des EU-Imperialismus und Zurückdrängung des Einflusses der anderen Großmächte. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Zurückdrängung der Kontrolle von zwei Drittel des tschadischen Erdöls durch die USA. Die Konkurrenz zwischen der EU und den USA wird also im verarmten Tschad ausgetragen.
 - d. Ausnützung dieser bislang größten EU-Militärintervention zur Stärkung der EU als imperialistisches Kriegsbündnis, zum Ausbau seiner militärischen Kapazitäten

und allgemein der Rechtfertigung der politischen und militärischen Vereinigungsprozesses der Europäischen Union (EU-Reformvertrag) sowie Vorbereitung weiterer Einsätze.

e. Ausnützung der erstmaligen Teilnahme österreichischer Soldaten an einem Kriegseinsatz zur ideologischen Rechtfertigung des Militarismus hierzulande sowie der Teilnahme Österreichs an den EU-Battlegroups – den EU-Schlachtruppen.

2. Wir lehnen den Tschad-Einsatz ohne Wenn und Aber ab und fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller EU-Truppen und daher natürlich auch aller Bundesheer-Soldaten. Ebenso fordern wir die Auflösung aller imperialistischen Militärbasen (insbesondere der französischen) im Tschad.

3. Der französische und insgesamt der EU-Imperialismus haben sich klar auf die Seite der durch einen Putsch 1990 an die Macht gelangte Militärdiktatur von General Idriss Déby gestellt (2006 verteidigte das im Tschad stationierte französische Militär das Regime gegen einen Aufstandsversuch). Gleichzeitig hat die Rebellenbewegung sich klar nicht nur gegen das Déby-Regime gestellt, sondern auch v.a. die französischen Truppen, die dieses unterstützen. Daher die Kritik der Rebellen an der EUFOR-Intervention. Eine Unterscheidung zwischen dem Bürgerkrieg zwischen dem Déby-Regime und den Rebellen auf der einen Seite und dem Konflikt zwischen den imperialistischen EU-Truppen und den Rebellen auf der anderen Seite ist daher immer weniger möglich.

4. Die österreichische und europäische ArbeiterInnenklasse hat ein fundamentales Interesse an der Niederlage ihres Hauptfeindes. Und dieser Hauptfeind ist die herrschende imperialistische Klasse in Österreich und der EU! In militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Rebellenbewegung und den EUFOR-Truppen und der Armee des Deby-Regime treten wir daher für die Niederlage letzterer und den Sieg der Rebellenbewegung ein.

5. Doch wir unterstützen nicht das politische Programm der Führungen der Rebellenbewegung. Wir unterstützen ihren praktischen Kampf ausschließlich deswegen, weil dieser *das Potential* für die Erringung konkreter sozialer und demokratischer Errungenschaften bis hin zur Einleitung eines revolutionären Prozesses, für die Stärkung der Selbstorganisation und das politische Bewußtsein der ArbeiterInnenklasse, der Bauernschaft und der städtischen Armut und für die Schwächung unseres Feindes, der imperialistischen Bourgeoisie in sich birgt. Aus diesem Grund legen MarxistInnen offen ihre politische Kritik an der Politik der bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Führungen der Rebellenbewegung dar und warnen vor deren Verrat an den Interessen der unterdrückten Massen. Daher besteht auch die Gefahr, daß wenn die Rebellen an die Macht gelangen, es der reichen imperialistischen EU gelingen könnte - so wie auch in anderen armen halb-kolonialen Staaten - die neu an die Macht gekommene Führungsgruppe zu bestechen und für ihre Interessen einzukaufen.

6. Wir treten ein für die unabhängige Organisation der ArbeiterInnenklasse (v.a. der Industriearbeiterschaft als der potentiell führenden Schicht) im Tschad und die Organisation der armen Bauernschaft unter Führung der ArbeiterInnenklasse. Neben der Vorantreibung der gewerkschaftlichen u.ä. Organisation der Massen geht es insbesondere um den Aufbau einer von der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum unabhängigen

gen ArbeiterInnenpartei auf Grundlage eines revolutionären Programms. Letztlich ist für Afrika ein Ausweg aus dem Elend des Kapitalismus nur dann möglich, wenn es zu einem revolutionären Bruch mit der Abhängigkeit vom Imperialismus und der Errichtung einer weltweiten Föderation sozialistischer Republiken kommt. Im Rahmen einer solchen sozialistischen Gesellschaft könnte dann ein internationaler Notplan durchgeführt werden, der dann mit Unterstützung der reichen Länder eine systematische Zuführung industrieller Ressourcen und moderner Technologien nach Afrika ermöglichen könnte. Auf diese Weise könnten die blutigen Narben jahrhundertelanger Ausbeutung und Unterdrückung durch den Kolonialismus und Imperialismus wettgemacht werden.

Ausgehend von dieser Haltung hat die Liga der Sozialistischen Revolution und die Jugendorganisation REVOLUTION nicht nur mehrere Stellungnahmen veröffentlicht, sondern auch federführend an der Organisierung von zwei Protestaktionen in Wien Anfang Februar mitgewirkt.³

Das geringe Engagement eines Großteils der heimischen „Marxisten“ gegen die Tschad-Intervention wirft die Frage nach den Ursachen dieser Passivität auf. Warum tauchen sie ab, wenn österreichische Soldaten im Tschad einmarschieren? Vielleicht weil sie mit so vielen anderen, wichtigeren Aktivitäten beschäftigt sind? Wohl kaum, es sei denn sie halten ihren Aktivismus vor aller Welt geheim, was ja sonst nicht der Gewohnheit dieser Gruppen entspricht.

Genauso falsch wäre es zu argumentieren, dass es doch jeder Gruppe selbst überlassen sei, welche Schwerpunkte sie in ihrer Arbeit setzt, dass während für die eine Organisation der Einsatz im Tschad eine zentrale Rolle spielt, sich andere Organisationen auf andere Aktivitäten konzentrieren. Die Frage welche politische Priorität man setzt ist keine Frage des Zufalls oder der Laune, sondern der politischen Analyse und der daraus folgenden Gewichtung einzelner Themen. Wie wir im folgenden zeigen werden, liegt der Hauptgrund dafür im politischen Versagen dieser zentristischen Gruppen, im Konkreten ihres Unverständnisses des Charakters des Imperialismus und der traditionellen marxistischen Haltung in dieser Frage sowie der sich daraus ergebenden praktischen Schlußfolgerungen, insbesondere der antiimperialistischen Einheitsfronttaktik.

Antimarxistische Tradition der Anpassung an Imperialismus und Pazifismus

Der Grundtenor der meisten reformistischen und zentristischen Gruppen (SJ, KPÖ, Funke, SLP...) ist, sich auf eine *bloße Ablehnung des Truppeneinsatzes* zu beschränken.⁴ Wie wir bereits in unserer Resolution „*Revolutionäre Strategie und Taktik im Kampf gegen die imperialistische Kolonialpolitik der EU im Tschad*“ festhielten, ist diese Position im Endeffekt die gleiche – wenn auch mit marxistischen Worten ausgeschmückte – Haltung wie jene der bürgerlichen Oppositionsparteien im Parlament, die ebenfalls den Bundesheereinsatz ablehnen.⁵ Diese Gruppen können sich nicht zu einem tatsächlichen Antiimperialismus durchringen, d.h. nicht bloß den Imperialismus in Erklärungen verurteilen, sondern *tatsächlich für die Niederlage des Feindes* – des österreichischen Imperialismus und des EU-Imperialismus – *im Kampf gegen jene Kräfte im Tschad einzutreten, die ihre Ablehnung des EU-Einsatz bereits zum Ausdruck gebracht haben*.

Die Linke versteht nicht, daß sie in diesem Konflikt nicht neutral sein darf, sondern Partei ergreifen muß. Partei ergreifen für die Niederlage des österreichischen und EU-Imperialismus und für jene Rebellenkräfte, die eine solche Niederlage bewerkstelligen können.

Nun muß man sich vor Augen halten, daß eine solche weiche, anpaßlerische Haltung gegenüber dem Imperialismus für diese Gruppen keineswegs neu ist, sondern tatsächlich auf eine alte opportunistische Tradition zurückgeht. Die damals noch – vor der Spaltung des CWI im Jahre 1991 – gemeinsame britische

Schwesterorganisation von SLP und Funke, die Militant-Strömung innerhalb der sozialdemokratischen Labour Party, lehnte 1982 die Verteidigung Argentiniens gegen den Kriegszug des britischen Imperialismus ab. Großbritannien entsandte damals unter Führung der erkonservativen Regierungschefin Thatcher seine Marine, Luftwaffe und Soldaten vor die Küste Argentiniens, um seine kolonialen Ansprüche auf die Malvinas-Inseln mit Waffengewalt durchzusetzen. Unsere britische Schwesterorganisation *Workers Power* lehnte Thatchers Krieg von Anfang an ab und trat für die Niederlage des britischen Imperialismus und den militärischen Sieg Argentiniens ein. Militant/CWI hingegen lehnte in ihrer Kapitulation vor dem Chauvinismus der herrschenden Klasse im eigenen Land sogar die Losungen für ein Ende des Krieges und für den Rückzug der britischen Truppen ab! Diese Kapitulation vor dem eigenen Imperialismus rechtfertigte das CWI mit dem bemerkenswert offenen Argument, daß diese Forderung und die zu ihrer Durchsetzung notwendigen Kampfmethoden „*nicht die Unterstützung der britischen ArbeiterInnen gefunden hätten.*“ Ebensowenig „*hätte der Aufruf, den Krieg zu beenden oder auch nur für den Rückzug der Flotte die Grundlage für eine Massenkampagne an Demonstrationen, Veranstaltungen und Agitation bieten können.*“⁶

Stattdessen riefen sie zu Neuwahlen und der Regierungsübernahme durch die sozialdemokratische Labour-Partei auf. Eine solche Labour-Regierung solle dann eine „*sozialistische Politik zu Hause und im Ausland*“ verwirklichen. Statt den Krieg um seine Kolonialbesitztümer zu beenden und Argentinien zurückzugeben, forderte Militant, daß eine solche britische Labour-Regierung „*den Krieg auf einer sozialistischen Grundlage fortsetzen soll.*“⁷ Solange dies noch nicht der Fall sei, forderte Militant die Gewerkschaften zur Durchsetzung von Handelssanktionen gegen Argentinien auf – und das zur gleichen Zeit, in der die britische Flotte Krieg gegen Argentinien führte!⁸ Hier tritt der Zentrismus als verkappte Form des Reformismus und Sozialimperialismus offen zu Tage.

Ebenso verweigerten 1991 KPÖ, SJ und der Vorwärts/CWI (damals die gemeinsame Organisation von SLP und Funke innerhalb der SJ) die Verteidigung des Iraks gegen den Angriffskrieg der imperialistischen Großmächte. Während der ArbeiterInnenstandpunkt – wie die Liga der Sozialistischen Revolution damals hieß – und unsere internationale Tendenz damals auf Seiten des Iraks standen, unterstützten die KPÖ und SJ sogar das vor dem Krieg im August 1990 von der UNO verhängte Handelsembargo gegen den Irak.⁹ Und der Vorwärts behauptete anfangs sogar, daß der Irak kein halbkoloniales, vom Imperialismus unterdrücktes Land sei, sondern selber ein imperialistischer Staat (also qualitativ das gleiche wie die Staaten Westeuropas). Diese kühne Behauptung, die tief in das Imperialismus-Verständnis des CWI-„Marxismus“ blicken läßt, wurde zwar ohne öffentliche Erklärung wieder zurückgenommen. Doch die entscheidende politische Schlußfolgerung – nämlich im Krieg zwischen den größten imperialistischen Mächten der Welt auf der einen Seite und dem Irak auf der anderen Seite neutral zu bleiben – blieb aufrecht.

Ähnlich die Haltung dieser Gruppen 2001 beim Afghanistan-Krieg, als die größte imperialistische Macht der Welt, den USA, gemeinsam mit den europäischen imperialistischen Mächten eine der ärmsten, rückständigsten Halbkolonien – die damals unter der Herrschaft der reaktionären, islamistischen, Taliban standen – überfiel und besetzte. Die französische Schwesterpartei der KPÖ saß damals sogar in derselben Regierung, die Frankreichs Truppen zur Teilnahme an dem imperialistischen Überfall und der anschließenden Besetzung Afghanistans entsandte. Die KPÖ erklärte, ob der US-Imperialismus Afghanistan besiege oder nicht, sei ihr egal. Auch in diesem Konflikt standen wir auf der Seite des halbkolonialen Landes und traten für deren militärischen Sieg über die imperialistischen Aggressoren ein wenngleich wir natürlich die reak-

tionäre Herrschaft der Taliban ablehnten. In einer öffentlich geführten schriftlichen Auseinandersetzung mit uns schrieb der damalige KPÖ-Pressesprecher, Didi Zach: „Ich finde das Kriegsresultat letztendlich ‚für gleich gut bzw. schlecht‘, egal ob der US-Imperialismus siegt oder die Taliban. Wenn ihr vom ArbeiterInnenstandpunkt dies für eine ‚praktisch fatale und theoretisch unmarxistische Position‘ haltet, so sei euch dies unbenommen. Vor die Wahl zwischen Pest und Cholera gestellt, entscheide ich mich für österreichische oder auch französische Mozartkugeln. (...) Ob SIEG oder nicht SIEG der USA ist in all diesen Fragen ziemlich irrelevant.“¹⁰

Aber nicht nur die KPÖ, sondern auch andere Gruppen wie die SLP verweigerten die Verteidigung Afghanistans. Peter Taaffe, der zentrale CWI-Führungskader in Britannien, polemisierte in einem Artikel gegen die antiimperialistische Haltung von Workers Power (der britischen Sektion der Liga für die 5. Internationale) und anderen Gruppen:

„Wenn wir nun diesen Krieg von Seiten des Imperialismus als durch und durch reaktionär begreifen, bedeutet dies, dass wir uns, und sei es ‚kritisch‘, mit jenen zusammentun, die angeblich den USA ‚Widerstand‘ geleistet haben, namentlich bin-Ladin, seine al-Qa`ida und die Taliban-Regierung? Unglaublich, das ist die Position von einigen kleinen trotzkistischen Gruppen wie ‚Workers Power‘ (Arbeitermacht (D); ArbeiterInnenstandpunkt (Ö)) und der morenoistischen LIT. Letztere ist hauptsächlich in Lateinamerika aktiv. Ihr Anspruch wird absolut kein Echo unter der weltweiten ArbeiterInnenklasse, im Speziellen jener der entwickelten kapitalistischen Länder, finden. Nichts desto trotz, da sie während des Krieges einige von Trotzki's alten Schriften zur Rechtfertigung ihrer Position herangezogen haben, könnten (und taten dies in einigen Fällen) sie einige Jugendliche und ArbeiterInnen verwirren und irreleiten, die mit ihnen in Kontakt gekommen sind. Es ist deshalb nötig, sich hier mit ihren Argumenten auseinander zu setzen, als einem Mittel, Klarheit über diese Punkte in unseren eigenen Reihen zu schaffen. Sie zeigen auch grundlegende Verwirrung über die Entwicklungen innerhalb des ‚Islam‘.“¹¹

Und schließlich erlebten wir ähnliches beim Irak-Krieg 2003 und dem seitdem stattfindenden Kampf gegen imperialistische Besatzung. Diesmal lehnte die KPÖ sogar nicht nur die Verteidigung des Iraks ab, sondern erklärte sich solidarisch mit ihrer irakischen Schwesterpartei, die die Besatzung des Landes durch den US-Imperialismus unterstützte und an der von den Besatzern eingesetzten „Regierung“ teilnimmt.

Bei all diesen Positionen haben wir es schlussendlich mit einem Unverständnis der Frage der antiimperialistischen Einheitsfront zu tun, die sich hinter unterschiedlichsten Argumentationen verbergen. Bei der KPÖ ist dies ihre strategische Ausrichtung auf eine Allianz mit Teilen der Bourgeoisie (Volksfront-Politik), die in Österreich mit dem abgetragenen Mantel des Austro-Patriotismus bekleidet wurde. Bei CWI/SLP hängt dies mit ihrer opportunistischen Anpassung an reformistische Bürokratie in der ArbeiterInnenbewegung und den Vorurteilen der besser gestellten Teile der ArbeiterInnenklasse zusammen.

Der Kapitalismus als Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie

In ihrer Beurteilung von Kämpfen zwischen imperialistischen Großmächten und Kräften in halbkolonialen Ländern bleiben viele zentristische Gruppen bei einem scheinbar marxistischen, in Wirklichkeit aber zurückgebliebenen, unwissenschaftlichen Schema hängen. Nach diesem vulgärmarxistischen Schema reicht es aus, alle politischen und militärischen Konflikte in der modernen Klassengesellschaft auf einen *einzig* Widerspruch – nämlich jenen zwischen Kapital und Proletariat – zu reduzieren und diesen Widerspruch vor allem von seiner ökonomischen Seite her zu betrachten. Eine solche Sichtweise – wie sie z.B. für die SLP oder den Funke typisch ist – hat in Wirklichkeit nichts mit Marxismus und viel mit ordinärem Ökonomismus oder –

um es in den Worten Lenins zu formulieren – „imperialistischen Ökonomismus“ zu tun.

Eine solche kindische Sichtweise ignoriert vollkommen die Tatsache, daß der Kapitalismus als Gesellschaftsformation nur in ihrer Totalität – als Gesamtheit von ökonomischer Basis sowie politischen und ideologischen Überbau – begriffen werden kann. Der Kapitalismus ist eine politische und ökonomische Einheit der (Klassen-)Gegensätze. Er kann nur als Totalität der ökonomischen Produktionsverhältnisse und des politischen, gesellschaftlichen sowie des ideologischen Überbaus verstanden werden. Diese verschiedenen Ebenen bedingen sich gegenseitig und können nur in wechselseitiger Abhängigkeit existieren. Kapital und somit der Kapitalismus setzt aufeinander bezogene und dadurch gesellschaftliche Arbeit voraus. Daher kann Kapital nur existieren, wenn der Austausch der Waren und der Verwertungsprozeß des Kapitals gesellschaftlich geregelt und organisiert wird – daher die Bedeutung von Staat, Rechtsverhältnissen usw. Und weiters kann Kapital nur existieren, wenn die Wert schaffende Ware Arbeitskraft ständig reproduziert und produziert wird – also sie sich permanent durch gesellschaftliche Tätigkeiten (Freizeit, Familie usw.) erholen und durch das Gebären und Aufziehen von Kindern neue Arbeitskräfte schaffen kann.¹²

Es ist kein Zufall, daß Marx - und wir in seinem Gefolge - von der *politischen Ökonomie* und nicht bloß der Ökonomie sprechen. Trotzki stellte daher zurecht fest: „Eine reine Ökonomie ist also eine Fiktion“¹³ Es gebe keine ökonomische Auspressung von Mehrwert im Betrieb, würde nicht auch gleichzeitig der bürgerliche Staatsapparat die entsprechenden Rechtsverhältnisse gewährleisten und notfalls mit Gewaltmitteln erzwingen. Die imperialistische Bourgeoisie könnte ihre Interessen am Weltmarkt nicht durchsetzen, wenn es nicht Staaten gebe, die diese weltweit politisch und militärisch absichern und notfalls auch mittels Krieg und anderer Gewaltmaßnahmen erzwingen. Die Aufrechterhaltung des widersprüchlichen Gleichgewichts einer von Klassegegensätzen zerfressenen Gesellschaft wäre undenkbar, ohne ein feinmaschiges, ideologisches Gewebe, das die unterdrückten Klasse und Schichten an die herrschende Bourgeoisie bindet und dafür sorgt, daß sich diese mit Ausbeutung und Unterdrückung in einem gewissen Ausmaß abfinden. Zusätzlich dazu schafft auch die kapitalistische Produktionsweise selbst eine zunehmend entfremdete Form der Arbeit, indem die von der ArbeiterInnenklasse produzierten Waren ihr selbst nicht als gesellschaftliche Zusammenfassung von Arbeit und somit einem gesellschaftlichen System der Produktion, sondern lediglich in ihrem konkreten Aussehen bzw. Gebrauchswert gegenüberstehen.

Aus dem Wesen der bürgerlichen Gesellschaftsformation als Totalität von kapitalistischer Ökonomie sowie kapitalistischen politischen und ideologischen Überbau ergibt sich, daß die Klassegegensätze der kapitalistischen Ordnung auf all diesen Ebenen zu Tage treten und zu Tage treten müssen. Klassenkampf spielt sich daher nicht nur im Betrieb ab, sondern findet auch zu zahlreichen politischen und demokratischen Fragen statt (z.B. Militarismus – Aufrüstung im EU-Vertrag, Rassismus – Abschiebung der Familie Zogaj and andere, Krieg – im Irak, Afghanistan, Tschad) ebenso wie auf ideologischer Ebene (z.B. Religion – antiislamische Hetze der FPÖ, Antinationaler oder der katholischen Kirche).

Dementsprechend kurzfristig ist es, wenn der imperialistische Ökonomismus a la SLP und Funke über alle Konflikte das Schema „Entweder A oder B“ stülpt und die Welt gemäß den Regeln der formalen Logik so einteilt, daß all jene Kräfte, die nicht zum Proletariat gehören, automatisch dem anderen Lager, dem des Kapitals, zugeordnet werden. Dabei „vergessen“ die GenossInnen, daß der Kapitalismus nicht einfach auf Kapital und Proletariat reduziert werden kann. Der moderne, imperialistische, Kapitalismus kennt erstens neben dem Kapital und dem Proletariat *auch noch* die Bauernschaft, das städtische

Der Imperialismus ist der Kapitalismus im Stadium seines Niedergangs

Kleinbürgertum und die lohnabhängigen Mittelschichten. Ebenso kennt er in den imperialistischen Ländern eine *ausgeprägte Schichtung innerhalb des Proletariats* mit der privilegierten Arbeiteraristokratie auf dem einen Pol und der Masse an unteren Schichten des Proletariats auf dem anderen Pol. Hinzu kommt noch die *Teilung der Welt in imperialistische und halbkoloniale Staaten* und somit die Teilung in unterdrückende und unterdrückte Nationen und damit verbunden in imperialistische Bourgeoisie und halbkoloniale Bourgeoisie und Kleinbürgertum.

Natürlich wäre es auf der anderen Seite auch eine Form des vulgären Antiimperialismus, würde man die Bourgeoisie der jeweiligen halbkolonialen Länder unkritisch unterstützen. Denn in letzter Instanz folgt ihr Kampf gegen die Vormachtstellung des Imperialismus nicht der Ideologie einer klassenlosen Gesellschaft, sondern soll ihre eigenen Bedingungen zur Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse gegenüber der ausländischen Bourgeoisie stärken. Deshalb ist die richtige antiimperialistische Taktik in solchen Fällen die militärische Unterstützung der einzelnen Kräfte in halbkolonialen Ländern, die Widerstand gegen den Imperialismus leisten, bei gleichzeitiger Betonung der Notwendigkeit der unabhängigen Organisation des Proletariats des jeweiligen Landes. Gleichzeitig darf der antiimperialistische Kampf auch nicht losgelöst vom Kampf für den Sozialismus verstanden werden. Vielmehr kann er erst zu einem wirklichen antiimperialistischen Kampf werden, wenn er den Kampf für Sozialismus von Anfang an in einen antiimperialistischen Widerstand integriert und somit die Frage der Revolution als permanent ansieht, d.h. den Kampf gegen Imperialismus nur als ersten Schritt, als Eröffnung einer ganzen Reihe revolutionären Umwälzungen – von der politischen Machtübernahme des Proletariats bis zur Errichtung einer Planwirtschaft – versteht.

Das ökonomistische Herangehen von SLP und Funke ist zutiefst undialektisch und mechanistisch und daher dem Marxismus vollkommen fremd. Unsere Denkweise hingegen beruht auf der materialistischen Dialektik, also jener Denkweise, die die Daseinsweise – also die tatsächlichen Entwicklungsgesetze der naturgegebenen und gesellschaftlichen Wirklichkeit – auf bewußtseinsmäßiger Ebene widerspiegelt. Die materialistische Dialektik – die von unseren zentristischen GegnerInnen zumindest nicht leichtfertig ignoriert werden sollte, da sie sich ja als MarxistInnen bezeichnen – erfordert ein konkretes und historisches Herangehen an eine Fragestellung.

Ein Phänomen – in diesem Fall der Kapitalismus als historische Gesellschaftsformation – darf daher nicht als etwas Starres, ein für alle mal Fixiertes verstanden werden, sondern als etwas sich aufgrund seiner inneren Widersprüche stetig Veränderndes, in Entwicklung Befindliches. Da eben jedes Ding, jedes Phänomen eine spannungsgeladene Einheit von Gegensätzen darstellt, halten sich diese nicht einfach in einem steten, ausgewogenen Gleichgewicht, sondern führen zur Entwicklung, eine Entwicklung, die auf ihren verschiedenen Stufen notwendigerweise zu einem Umschlagen in eine qualitative Veränderung sowie ihre Aufhebung drängt. Es kann deshalb durchaus passieren, dass sich bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Kräfte in Situationen vorfinden, in denen sie aufgrund ihrer materiellen Lage – im oben dargestellten Fall in ihrer Lage in einem halbkolonialen Land – gezwungen werden, Widerstand gegen den Imperialismus zu leisten. Wie schon dargestellt, unterstützen wir den militärischen Widerstand zur Zurückschlagung der imperialistischen Vorherrschaft. Die Bedingungen für diese Unterstützung ist, dass die jeweiligen Kräfte nicht nur rhetorisch den Imperialismus ablehnen, sondern auch in der Praxis, z.B. durch militärische Aktionen wie es die Rebellen im Tschad gemacht haben, gegen den Imperialismus bzw. ihre Handlanger kämpfen und dass gleichzeitig die unabhängige Organisation der ArbeiterInnen und Bauern durch die Tätigkeit von KommunistInnen in keinsten Weise eingeschränkt ist. ¹⁴

SLP und Funke, von der KPÖ und der SJ ganz zu schweigen, ignorieren vollkommen die Tatsache, daß der Kapitalismus schon seit langem in das Stadium des Imperialismus eingetreten ist. Der Imperialismus ist das Stadium der kapitalistischen Entwicklung, in dem sich das Kapital aufgrund der unlösbaren inneren Gegensätze seiner Produktionsweise zum Monopolkapital weiterentwickelt hat. Diese Entwicklung ist von keiner äußeren Kraft aufgezwungen worden, ist kein Resultat der Gewaltherrschaft einer politischen Kapitalfraktion (weswegen es im Kapitalismus auch kein Zurück zu einem nicht-monopolistischen Kapitalismus geben kann, wie es sich das illusionäre Konzept des stalinistischen Reformismus von der „anti-monopolistischen Demokratie“ erträumt.). Vielmehr geht der imperialistische Kapitalismus aus dem inneren, grundlegenden Widersprüchen und den dadurch bedingten Bewegungsgesetzen des Kapitalismus selber hervor.

„Ganz besonders ist dabei zu beachten, daß dieser Wechsel (von der Epoche des ‚friedlichen‘ Kapitalismus zur Epoche des Imperialismus, d. A.) durch nichts anderes herbeigeführt ist, als durch unmittelbare Entwicklung, Erweiterung, Fortsetzung der am tiefsten verwurzelten Tendenzen des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt.“ ¹⁵

Der Imperialismus ist jenes, letzte, Stadium des Kapitalismus, wo seine Tendenz zur Akkumulation und Konzentration bzw. Zentralisation des Kapitals solche Ausmaße annimmt, daß der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlägt (die Negation): von der freien Konkurrenz zum Monopol, von der Sturm- und Drangepoche zur Niedergangsepoche. Lenin schrieb dazu:

„Wir müssen mit einer möglichst genauen und vollständigen Definition des Imperialismus beginnen. Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Diese Besonderheit ist eine dreifache: der Imperialismus ist 1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder faulender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus. Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ist der ökonomische Grundzug, das Wesen des Imperialismus.“ ¹⁶

Er ist jenes Stadium, in dem sich das Monopolkapital die ganze Welt Untertan macht und machen muß. Das heißt, daß einerseits das Monopolkapital und seine kleine Handvoll imperialistischer Staaten in Nordamerika, Europa und Japan alle ärmeren, halbkolonialen Länder unterwerfen und ausplündern und zu diesem Zweck auch immer wieder Kriege führen. Und es heißt andererseits, daß diese imperialistischen Großmächte zum Zwecke der effektiveren Ausplünderung zwar zum Teil zusammenarbeiten, gleichzeitig aber im Streit um die Aufteilung der Beute immer wieder unausweichlich in Konflikt geraten bis hin zu Kriegen (siehe die zwei Weltkriege im 20. Jahrhundert). Gerade diese militaristische Seite des Imperialismus sehen wir in den letzten Jahren besonders deutlich und die Tschad-Intervention des europäischen Imperialismus reiht sich ein in die Serie von Kolonialkriegen der letzten Jahre (z. B. Afghanistan, Irak, Libanon). ¹⁷ Dies alles ist kein Zufall oder das Produkt eines wildgewordenen US-Präsidenten, sondern das Resultat der dem modernen Kapitalismus innewohnenden Gegensätze. Folgende Feststellung der Bolschewiki, der marxistischen RevolutionärInnen in Rußland, von vor 90 Jahren hat ihre voll Gültigkeit bewahrt:

„Im Kapitalismus, und besonders in seinem imperialistischen Stadium, sind Kriege unvermeidlich.“ ¹⁸

Der Imperialismus ist daher das höchste und gleichzeitig letzte Stadium des Kapitalismus vor seinem Umschlagen in den Sozialismus, er ist - wie Lenin immer wieder betonte – das Stadium seines Niedergangs:

„Es ist begreiflich, warum der Imperialismus sterbender Kapitalismus ist, den Übergang zum Sozialismus bildet: das aus dem Kapitalismus hervorstwachsende Monopol ist bereits das Sterben des Kapitalismus,

der Beginn seines Übergangs in den Sozialismus. Die gewaltige Vergesellschaftung der Arbeit durch den Imperialismus (das, was seine Apologeten, die bürgerlichen Ökonomen, „Verflechtung“ nennen) hat dieselbe Bedeutung.“¹⁹

Die Spaltung der Welt in unterdrückende und unterdrückte Nationen als Wesensmerkmal des Imperialismus

Genau aus diesem Grund sprechen Lenin und Trotzki von der imperialistischen Epoche als einer Epoche, in der sich die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat in einem solchen Ausmaße entwickeln, daß es weltweit zu einer Spaltung der Staaten und Völker in eine kleine Minderheit herrschender, imperialistischer Staaten und dem großen Rest der Welt, den unterdrückten Nationen kommt. Diese Spaltung der Nationen in herrschende und unterdrückte ist weder eine *nebensächliche* Frage, ein Nebenwiderspruch um es in der Sprache des reformistischen Stalinismus zu formulieren. Noch ist dieser Gegensatz ein *separater*, der mit dem Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat in keiner engen, untrennbaren Beziehung stehe.

Tatsächlich sind der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und der Klassengegensatz zwischen den imperialistischen Mächten und den unterdrückten Völkern *auf das engste miteinander verwoben*. Der Kapitalismus befindet sich in einem Niedergang und die herrschenden Klassen der imperialistischen Mächte müssen immer verbissener und verzweifelter jede sich bietende Gelegenheit nützen und nach neuen Möglichkeiten suchen, um mehr Profit aus der Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse weltweit und mehr Extraprofite aus den unterdrückten Völkern in den Halbkolonien herauszuschlagen zu können. Deswegen unterdrückt das imperialistische Monopolkapital in erster Linie das Weltproletariat, aber *zusätzlich* unterdrückt es auch ganze Nationen, das bedeutet auch das Kleinbürgertum und teilweise auch die Bourgeoisie in der halbkolonialen Welt.

Lenin betonte daher: „Der Imperialismus ist die fortschreitende Unterdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. (...) Eben deshalb muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung das Wesen des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten, Kautsky inbegriffen, verlogenweise umgangen wird. Diese Einteilung ist nicht wesentlich vom Standpunkt des bürgerlichen Pazifismus oder der kleinbürgerlichen Utopie der friedlichen Konkurrenz der freien Nationen unter dem Kapitalismus, aber sie ist eben das Wesentlichste vom Standpunkt des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus.“²⁰

Und an anderer Stelle schreibt er: „Als Gegengewicht zu dieser spießbürgerlichen opportunistischen Utopie muß das Programm der Sozialdemokratie als das Grundlegende, Wesentliche und Unvermeidliche beim Imperialismus die Einteilung der Nationen in unterdrückte und unterdrückende hervorheben.“²¹

Gerade diese zentrale Bedeutung der Zweiteilung der Welt in eine kleine Minderheit imperialistischer Staaten und der großen Mehrheit von unterdrückten Völkern verstehen die ZentrifInnen von Funke, SLP u.a. nicht bzw. anerkennen sie in Worten, aber ignorieren sie in ihrer konkreten Analyse und den praktischen Schlußfolgerungen.

Der Malvinas-Krieg zwischen Großbritannien und Argentinien im Jahre 1982 ist ein klares Beispiel dafür, wie wenig bislang das CWI/SLP/Funke von der süßen Frucht der marxistischen Imperialismus-Theorie gekostet haben. Daher kommt das CWI heute zu solchen haarsträubenden Feststellungen, den Malvinas-Krieg als „einen kleinen Krieg zwischen zwei niedergehenden zweit- oder drittklassigen Mächten“ zu bezeichnen.²²

Hier werden zwei Länder auf eine Stufe gestellt, von denen die eine – Großbritannien – eine der größten imperialistischen Mächte hinter den USA darstellt, die 77 der weltweit größten

1000 Konzerne stellt²³ eine mit Atomwaffen bestückte Armee besitzt, eine der 5 Mächte im UN-Sicherheitsrat ist usw. Auf der anderen haben wir das halbkoloniale Argentinien, dessen Brutto-Nationaleinkommen pro Kopf mit 5.150 \$ gerade 1/8 des britischen beträgt²⁴, das keinen einzigen Konzern unter den Top 1000 stellt, das weltpolitisch über keinen nennenswerten Einfluß in der kapitalistischen Weltordnung verfügt usw. Das CWI muß also die Wirklichkeit vollständig vergewaltigen, um zwei Länder wie Großbritannien und Argentinien auf eine Stufe zu stellen und seine opportunistische Anpassung an den britischen Imperialismus zu rechtfertigen. Mit dieser lachhaften Methode wird die Imperialismus-Analyse Lenin durch eine kleinbürgerlich-eklektische Karikatur des Marxismus ersetzt.²⁵ Diese Konfusion in der Imperialismus-Analyse spiegelt sich auch in einem anderen Artikel von Peter Taaffe wider: „Das war das Programm, das wir zur Zeit des Malvinas/Falkland-Konflikt befürworteten. Dies war nicht der klassische Konflikt zwischen einer Imperialmacht und einer ‚Kolonie‘, in dem die Aufgabe von Marxisten eine ‚kritische‘ Unterstützung letzterer war. Argentinien war eine relativ entwickelte kapitalistische Macht. Es war kein feudales oder semi-feudales Regime, in dem die bürgerlich-demokratische Revolution erst vollendet werden musste (abgesehen von der Befreiung Argentinien von der wirtschaftlichen Fessel des US-Imperialismus und des Weltmarkts, was Aufgabe einer sozialen Revolution ist). Es verhielt sich selbst ‚imperialistisch‘ gegenüber anderen Ländern in Lateinamerika – es exportierte Kapital und beutete andere aus – ebenso wie es selbst von den großen Imperialmächten ausgebeutet wurde.“²⁶

Die Kategorien des Marxismus seit Lenin – Imperialismus, Kolonie, Halbkolonie – werden hier über Bord geworfen und durch schwammige Begriffe, die die opportunistische Politik leichter hinabgleiten lassen, ersetzt: „Imperialmacht“ statt imperialistische Macht, „Kolonie“ nur in Anführungszeichen, „relativ entwickelte kapitalistische Macht“ statt Halbkolonie usw. Dadurch verwundert es auch nicht, daß der Vorwärts/SLP/Funke im Jahre 1991 die absurde Behauptung aufstellen konnte, der Irak wäre ein imperialistisches Land.

Dies geht auch eindeutig aus einer weiteren Erklärung des CWI-Verständnisses des Imperialismus hervor. So definiert das CWI in einer 1991 veröffentlichten Broschüre ihrer deutschen Sektion imperialistische Staaten folgendermaßen:

„Ob ein Land imperialistisch ist, hängt von seiner Wirtschaftsstruktur und den von ihr bestimmten Interessen der herrschenden Klasse ab. Auch ein unterentwickeltes Land, in dem die wenige vorhandene Industrie stark monopolisiert und mit den Banken verflochten ist, ist imperialistisch. (wenn die Kapitalisten zumindest so stark sind, daß sie herrschen und nicht irgendwelche Großgrundbesitzer). Die Bourgeoisie eines kolonialen Landes wie Indien versucht auch, ihre Profite aus anderen Ländern zu saugen, wenn sie kann. Seine Versuche, Sri Lanka in seine Abhängigkeit zu bringen, haben das gezeigt. Saddam Husseins Annektion von Kuwait war ebenso imperialistisch. Trotzdem sind das nur imperialistische Regionalmächte.“²⁷

Man sieht an diesem Zitat deutlich, daß die CWI-Analyse des Imperialismus nichts mit einem dialektischen Verständnis der Totalität des Weltkapitalismus und dem ihm innewohnenden Gegensatzpaar von imperialistischen und (halb)kolonialen Ländern gemein hat. Stattdessen verkommt der Begriff Imperialismus zu einer Beschreibung für aggressive Politik, zur Beschreibung der Absicht einer halbkolonialen Bourgeoisie mehr Einfluß zu gewinnen oder zur banalen Feststellung, daß im Zeitalter des Imperialismus der Monopolisierungs- und Verschmelzungsprozeß des Kapitals überall – und nicht nur in den entwickelten kapitalistischen Ländern – stattfindet.

Kein Wunder also, daß dem CWI/SLP/Funke ohne den Kompaß der Lenin'schen Analyse Ländern wie Argentinien, Irak, Großbritannien und USA als irgendwie ähnlich erscheinen. In der Nacht sind bekanntlich alle Katzen grau.

Das „imperialistische“ China und der „Stellvertreterkrieg“ im Tschad

Im Kontext dieser unmarxistischen Imperialismus-Analyse wundert es auch nicht, wenn der gegenwärtige Bürgerkrieg im Tschad von vielen ZentristInnen unverstanden bleibt. So z.B. behaupten Funke und SJ-Stamokap nun: „Bei den Konflikten in Darfur und im Tschad handelt es sich um klassische imperialistische Stellvertreterkriege der USA, China und Frankreich um die Rohölvorkommen der Sahara.“²⁸ An anderer Stelle wird dies noch deutlicher: „Hintergrund des Konflikts sind imperialistische Interessen Chinas, das den Sudan in seinen Einflussbereich gebracht hat, welcher wiederum Rebellengruppen im Tschad unterstützt.“²⁹ Zuerst einmal ist die Einschätzung Chinas als imperialistische Großmacht etwas gewagt. Sie ist umso überraschender, als sich der Funke und seine internationale Organisation – die International Marxist Tendency (IMT) – bis vor kurzem nicht einmal zur Erkenntnis durchringen konnte, daß in China in den 1990er Jahren die Planwirtschaft zerschlagen wurde und der Kapitalismus gesiegt hat.³⁰ Nachdem sich die IMT also viele Jahre nach dem Sieg der kapitalistischen Restauration in China noch weigerte, die Einführung kapitalistischer Produktionsverhältnisse anstatt der stalinistischen Planwirtschaft anzuerkennen, erscheint ihnen plötzlich China als so starke kapitalistische Macht, daß sie von der IMT nun sogar als imperialistisch bezeichnet wird.³¹

In Wirklichkeit gibt es in China zwar sehr wohl gewisse Ansätze für eine Entwicklung in Richtung imperialistischer Macht, aber mindestens ebenso ausgeprägt sind die halbkolonialen Charakteristika.³² Vergessen wir nicht, wie gering der Kapitalexport Chinas ist im Verhältnis zum Kapitalexport imperialistischer Staaten nach China. Ebenso wenig darf vergessen werden, daß es nur sehr wenige chinesische Konzerne gibt, die am Weltmarkt in Konkurrenz zu den imperialistischen Konzernen treten können. Insgesamt liegt die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte in China weit hinter den imperialistischen Staaten zurück – so beträgt z.B. das Brutto-Nationaleinkommen pro Kopf bloß 2.010 \$.³³

Noch stärker kommt die Funke'sche Verballhornung der marxistischen Imperialismus-Theorie zum flachen Analyse-Ersatz in der kühnen These zum Ausdruck, daß der Bürgerkrieg im Tschad ein bloßer Stellvertreterkrieg der imperialistischen Mächte wäre.³⁴ Eine konkrete Beweisführung fehlt natürlich in der Funke-Stellungnahme und muß auch fehlen. Tatsache ist, daß die Diktatur des General Déby bereits seit 18 Jahren andauert und *unausweichlich* breiten Widerstand sowohl unter den proletarischen und bäuerlichen Massen als auch unter Teilen der Mittelschichten und des Bürgertums hervorrufen mußte. Es unterliegt keinen Zweifel, daß regionale Mächte (z.B. die Regierung im Sudan) als auch Großmächte ihre Finger im Spiel haben. In einer Welt, die von imperialistischen Großmächten beherrscht wird, ist dies auch alles andere als überraschend. Aber es bedarf eines besonderen Ausmaßes an politischer Ignoranz, um die eigenständige Bedeutung der Diktatur Déby im Tschad und des Kampfes dagegen zu leugnen.³⁵

Einer der Oppositionsführer, Dr. Ley-Ngardigal von der „Tschadischen Aktion für Nationale Einheit und Sozialismus“ (ACTUS), weist völlig zurecht die imperialistische Propagandalüge zurück, daß der Widerstand im Tschad bloß eine Marionette des Sudans und/oder Chinas sei:

„Der Widerstand gegen Déby hat wenige Monate nach seiner Machtübernahme begonnen und zwar ohne den Sudan, der zu diesem Zeitpunkt Déby sogar noch unterstützte. Der Widerstand ist nicht von außen geschaffen, er ist Ausdruck des Freiheitskampfes des tschadischen Volkes gegen ein blutrünstiges Regime. Frankreich will von dieser Tatsache ablenken und den Widerstand als von außen gesteuert darstellen. Dabei war es Déby, der als erster die sudanesischen

Rebellen der MJE (Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit) von Khalil Ibrahim unterstützte. Déby und Ibrahim gehören der gleichen Ethnie, dem Stamm der Zaghawa, an. Die sudanesischen Unterstützung für den tschadischen Widerstand war eine Reaktion darauf.“³⁶

Hätten die Funke-GenossInnen ein wenig über ihre These vom imperialistischen Stellvertreterkrieg nachgedacht, wäre ihnen vielleicht folgender paradoxer Widerspruch in ihrer Argumentation aufgefallen: Wenn der Konflikt im Tschad tatsächlich ein bloßer Stellvertreterkrieg wäre und der Westen Déby und China die Rebellen als Marionetten benutzen ... warum stimmt dann China im UN-Sicherheitsrat der Stationierung westlicher Truppen im Tschad zu, Truppen die ja eindeutig – was ja auch der Funke zugibt – der Stabilisierung der Déby-Diktatur dienen?! Warum verurteilt dann China gemeinsam mit den anderen Mächten in der UN-Erklärung vom 4. Februar 2008 den Rebellenangriff auf die Hauptstadt?! Wir wollen damit keineswegs bestreiten, daß China in gewissem Ausmaß Einfluß auf Sudan und den Tschad ausübt. Aber den Bürgerkrieg im Tschad auf einen Stellvertreterkrieg zu reduzieren, ist in etwa genauso intelligent wie den Klimawandel auf die Plastikflaschen zurückzuführen.

Es ist ein grundlegendes Prinzip für MarxistInnen, daß sie in einem konkreten Konflikt den konkreten Sachverhalt analysieren, daß sie nicht mit einem oberflächlichen Schematismus alle Konflikte, in denen auswärtige Mächte ihre Finger im Spiel haben, darauf reduzieren und nicht die Gesamtheit an Widersprüchen ignorieren, daß sie verstehen, das gerade in der Epoche des Imperialismus die demokratische Frage und der Kampf gegen Diktaturen an Bedeutung gewinnt. Lenin betonte immer wieder, daß die dialektisch-materialistische Methode erfordert „die ganze Totalität der mannigfachen Beziehung dieses Dinges zu den anderen“ zu betrachten.³⁷

In Wirklichkeit ist es nur allzu natürlich, daß in der kapitalistischen Klassengesellschaft mit ihren zahlreichen Widersprüchen und den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie die eine oder andere demokratische oder soziale Frage manchmal auch von bürgerlichen Kräften ausgenutzt wird. So gibt es z.B. bestimmte Kräfte des Großkapitals, die für eine Lockerung der strengen Asylgesetze sind, damit sie leichter billige Arbeitskräfte ins Land bekommen. So unterstützt die Industriellenvereinigung die Losung der Gesamtschule gegen die ÖVP und große Teile der modernen Bourgeoisie lehnen klar den Neonazismus ab. Aber nur ein kompletter Polit-Dilettant würde daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß MarxistInnen deswegen nicht für solche beschränkt-fortschrittlichen Losungen eintreten dürften. Das gleiche gilt auch in Bürgerkriegen, wo eine Großmacht zugunsten einer Seite eintritt (wie dies z.B. auch im spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 oder in China gegen die japanische Besatzung in den 1930er Jahren der Fall war, ohne daß deswegen RevolutionärInnen auf die Ergreifung einer konkreten Position verzichtet hätten.)

Jenen Schein-MarxistInnen, die wie der Funke den Bürgerkrieg im Tschad als imperialistischen Stellvertreterkrieg entstellen, sei Lenin in Erinnerung gerufen, der genau vor solchen Fehlern warnte:

„Die Tatsache, daß der Kampf gegen eine imperialistische Regierung für die nationale Freiheit unter bestimmten Bedingungen von einer andern ‚Großmacht‘ für ihre ebenfalls imperialistischen Ziele ausgenutzt werden kann, kann die Sozialdemokratie ebensowenig bewegen, auf die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu verzichten, wie die mehrfachen Fälle der Ausnutzung der republikanischen Losungen durch die Bourgeoisie in ihrer politischen Betrügerei und Finanzräuberei zum Beispiel in romanischen Ländern die Sozialdemokratie auf ihren Republikanismus zu verzichten bewegen können.“³⁸

Letztlich dient – bewußt oder unbewußt – die CWI/IMT/SLP/Funke-Methode des imperialistischen Ökono-

mismus der Verschleierung des tatsächlichen Klassengehalts des Bürgerkriegs im Tschad und der Rechtfertigung ihres Abseitsstehens. Erklärt man einen Konflikt zum imperialistischen Stellvertreterkrieg, läßt es sich bequem rechtfertigen, warum man keine Partei für die Kräfte ergreift, die Widerstand gegen die imperialistischen Besatzer leisten und warum man die eigenen Aktivitäten auf Sparflamme hält.

Letztlich negieren CWI/IMT/SLP/Funke die marxistische Klassenanalyse des Imperialismus als Stadium des monopolistischen Kapitalismus, wo die Länder eingeteilt werden in solche, die in der Weltordnung eine wirtschaftlich und politische herrschende bzw. eine beherrschte Stellung einnehmen und ersetzen sie durch eine oberflächlich-empiristische Einteilung der Staaten, in solche die eine aggressive Außenpolitik betreiben und solche die dies nicht tun. Durch diese schon von den Ahnherren des Zentrismus wie Karl Kautsky verwendete und von Lenin verurteilte Methode wird das scharfe Mikroskop der marxistischen Analyse durch die Milchglas-Brille des Opportunismus ersetzt.

Der Kampf für demokratische Rechte und das nationale Selbstbestimmungsrecht

Aus der marxistischen Herangehensweise ergibt sich, daß RevolutionärInnen die Klassenwidersprüche in *allen* Bereichen – angefangen von den ökonomischen Gegensätze bis hin zu den Widersprüchen im Bereich des politischen und ideologischen Überaus – aufgreifen und ausnützen, um den Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie voranzutreiben. Wie Trotzki in seinem Artikel „Ihre Moral und unsere“ sagte: „*Vom marxistischen Standpunkt, der die historischen Interessen des Proletariats zum Ausdruck bringt, ist das Ziel gerechtfertigt, wenn es dazu führt, die Macht des Menschen über die Natur zu vermehren und die Macht des Menschen über den Menschen zu vernichten.*“³⁹ Dies betrifft daher auch Fragen der demokratischen Rechte und der nationalen Selbstbestimmung, die objektiv die Interessen des Proletariats gegen das Interesse der Bourgeoisie verkörpern.

Lenin wies wiederholt darauf hin, daß MarxistInnen demokratische Fragen – und dazu gehört auch der Wunsch unterdrückter Völker nach nationaler Selbstbestimmung und der Abschüttelung von reaktionären Diktaturen wie wir es heute im Tschad vorfinden – auf keinen Fall ignorieren dürfen. Gegen die imperialistisch-ökonomistischen Vorläufer von CWI/IMT warnte er davor, die Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts in der Epoche des Imperialismus zu unterschätzen:

„Die marxistische Lösung der Frage der Demokratie besteht darin, daß das seinen Klassenkampf führende Proletariat alle demokratischen Einrichtungen und Bestrebungen gegen die Bourgeoisie ausnützt, um den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, den Sturz der Bourgeoisie vorzubereiten. Diese Ausnutzung ist keine leichte Sache, und die »Ökonomen«, die Tolstoianer usw. sehen darin oft ein ebensolches ungerechtfertigtes Zugeständnis an das »Bürgerliche« und das Opportunistische, wie P. Kijewski in der Verfechtung der Selbstbestimmung der Nationen »in der Epoche des Finanzkapitals« ein ungerechtfertigtes Zugeständnis an das Bürgerliche sieht. Der Marxismus lehrt: Der »Kampf gegen den Opportunismus« in der Form, daß man auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachten demokratischen Einrichtungen in der gegebenen, kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeutend mit der völligen Kapitulation vor dem Opportunismus!“⁴⁰

Aufgrund des oben dargelegten reaktionären Charakters des Imperialismus muß dieser notwendigerweise immer wieder das nationale Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Völker verletzen und reaktionäre Diktaturen in diesen Ländern unterstützen. Der Tschad ist in keinsten Weise eine Ausnahme, sondern ein typisches Beispiel für die imperialistische Vergewaltigung halbkolonialer Völker in der Epoche, in der wir leben. Daher kommt es ebenso notwendigerweise immer wieder zu legitimen

Widerstand gegen die Unterdrücker. Lenin hielt dazu fest:

„*Nationale Kriege der Kolonien und Halbkolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich. In den Kolonien und Halbkolonien (China, Türkei, Persien) leben annähernd 1.000 Millionen Menschen, d.h. über die Hälfte der gesamten Bevölkerung der Erde. Nationale Befreiungsbewegungen sind hier entweder schon sehr stark, oder sie wachsen und reifen heran. Jeder Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Die Fortsetzung der Politik der nationalen Befreiung in den Kolonien werden zwangsläufig nationale Kriege der Kolonien gegen den Imperialismus sein.*“⁴¹

Daraus ergibt sich für MarxistInnen, daß sie nicht wie die ZentristInnen a la CWI/IMT/SLP/Funke abseits stehen, neutral bleiben, sondern eindeutig Partei ergreifen:

„Die Sozialisten verstanden unter einem ‚Verteidigungs‘krieg stets einen in diesem Sinne ‚gerechten‘ Krieg (wie sich Wilhelm Liebknecht einmal ausdrückte). Nur in diesem Sinne erkannten und erkennen jetzt noch die Sozialisten die Berechtigung, den fortschrittlichen und gerechten Charakter der ‚Vaterlandsverteidigung‘ oder des ‚Verteidigungs‘krieges an. Wenn zum Beispiel morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Rußland usw. den Krieg erklärten, so wären das gerechte Kriege, Verteidigungskriege, unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber – über die ‚Groß‘mächte – sympathisieren.“⁴²

Die Kommunistische Internationale erklärte daher 1920, daß es die Pflicht eines jeden Revolutionärs in den imperialistischen Staaten ist und daß nur jene Mitglieder in ihren Reihen sein könnten, die den nationalen Befreiungskampf nicht nur in Worten, sondern auch in Taten unterstützen:

„Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe ‚ihrer‘ Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung der einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und der unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.“⁴³

Leo Trotzki, der neben Lenin wichtigste Führer der Oktoberrevolution und spätere Begründer der IV. Internationale, unterstrich diesen Grundsatz des revolutionären Antiimperialismus:

„Der Kampf gegen Krieg und seinen sozialen Ursprung, den Kapitalismus, setzt direkte, aktive und unzweideutige Unterstützung für die unterdrückten kolonialen Völker in ihren Kämpfen und Kriegen gegen den Imperialismus voraus. Eine ‚neutrale‘ Position ist gleichbedeutend mit einer Unterstützung des Imperialismus.“⁴⁴

Das CWI weigert sich konsequent Halbkolonien gegen die imperialistischen Großmächte zu verteidigen und führt dabei oft das Argument an, daß das Regime in Argentinien, die Taliban in Afghanistan, das Saddam Hussein-Regime im Irak, die Rebellenbewegung im Tschad usw., daß sie alle einen reaktionären, bürgerlichen oder kleinbürgerlichen, politischen Charakter besitzen. Die Antwort der MarxistInnen darauf war und ist, daß es in einem Konflikt zwischen kolonialen oder halbkolonialen Völkern auf der einen Seite und imperialistischen Staaten auf der anderen Seite nicht um die *spezifische politische Form* der jeweiligen politischen Führung geht, sondern um den dahinter liegenden *Klassencharakter*. Der imperialistische Ökonomismus weigert sich schlichtweg, einen Unterschied zwischen den kapitalistischen Imperialismus und einer kapitalistischen Halbkolonie, das heißt zwischen einem unterdrückenden und einer unterdrückten Nation anzuerkennen. Trotzki hingegen legte die Haltung des Marxismus anhand eines Beispiels klar dar, in das man aus heutiger Sicht durchaus statt Brasilien den Iran und statt England die USA einsetzen kann, um wieder ein

zeitgemäßes Beispiel zu erhalten:

*„In Brasilien regiert nun ein halbfaschistisches Regime, dem jeder Revolutionär nur mit Haß begegnen kann. Nehmen wir an, daß England morgen in einen militärischen Konflikt mit Brasilien eintritt. Ich frage, auf wessen Seite des Konflikts wird die Arbeiterklasse sein? (...) In diesem Fall werde ich auf Seiten des „faschistischen“ Brasiliens gegen das „demokratische“ Großbritannien stehen. Warum? Weil der Konflikt zwischen ihnen nicht eine Frage der Demokratie oder des Faschismus ist. Sollte England siegreich sein, wird es einen anderen Faschisten in Rio de Janeiro einsetzen und Brasilien doppelte Ketten anlegen. Sollte Brasilien als Sieger hervorgehen, wird es ihm einen starken Impuls für nationales und demokratisches Bewußtsein im Land geben und den Sturz der Diktatur Vargas einleiten. Die Niederlage Englands wäre auch ein Schlag für den britischen Imperialismus und gäbe der revolutionären Bewegung des britischen Proletariats einen Anstoß. In Wirklichkeit muß man schon sehr engstirnig sein, um die Widersprüche und Konflikte der Welt auf den Kampf zwischen Faschismus und Demokratie zu reduzieren. Unter all den Masken muß man zwischen Ausbeutern, Sklavenbesitzern und Räubern unterschieden können!“*⁴⁵

Entlarvend für das völlige Ignorieren der Methode Lenin's und Trotzki's ist folgendes Argument, daß von SLP-UnterstützerInnen gegen uns vorgebracht wird: Auch wenn reaktionäre Kräfte wie die Taliban begrenzt fortschrittliche Hoffnungen der Massen zum Ausdruck bringen würden, können MarxistInnen sie genausowenig unterstützen wie man die FPÖ unterstützen können, wenn sie mit ihrem sozialen Populismus berechtigte Anliegen der ArbeiterInnen aufgreifen und reaktionär entstellen. Dieses Argument zeigt einmal mehr, wie unberührt SLP-UnterstützerInnen noch von den Erkenntnissen der marxistischen Imperialismus-Theorie sind. Den GenossInnen entgeht die „Kleinigkeit“, daß die Taliban bürgerliche Kräfte eines halbkolonialen Landes repräsentieren und die FPÖ eine Fraktion der imperialistischen Bourgeoisie. Natürlich sind beides letztlich reaktionäre Kräfte, so wie auch letztlich sowohl SPÖ- als auch SJ-Führung bürokratisch sind, was jedoch nichts daran ändert, daß gegenwärtig die SJ-Führung unter bestimmten Bedingungen eher zur Teilnahme an fortschrittlichen Aktivitäten gedrängt werden kann als Gusenbauer & Co. Bürgerliche Kräfte in halbkolonialen Ländern stehen eben unter dem Druck des Imperialismus und können deswegen unter bestimmten Umständen zur Teilnahme an fortschrittlichen Kämpfen gezwungen werden, während Kräfte wie die FPÖ Teil des unterdrückerischen, des *diesen Druck ausübenden* Imperialismus sind. Daher können und müssen MarxistInnen in bestimmten Situationen den Kampf der Taliban gegen die imperialistische Besatzung unterstützen, während es für MarxistInnen keinerlei Unterstützung für die FPÖ geben kann. Die SLP befindet sich mit ihrer zentristischen Methode in völligen Gegensatz zu Trotzki's Klassenunterscheidung nicht nur zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern auch zwischen imperialistischer und halbkolonialer Bourgeoisie.

*„Die Gesellschaftsordnung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern hat überwiegend bürgerlichen Charakter. Doch der Druck des ausländischen Imperialismus verändert und entstellt die ökonomische und politische Struktur dieser Länder so sehr, daß die nationale Bourgeoisie (sogar in den politisch unabhängigen Staaten Südamerikas) nur teilweise den Status einer herrschenden Klasse erlangt. Der Druck des Imperialismus auf die rückständigen Länder verändert natürlich nicht ihren grundlegenden sozialen Charakter, weil Subjekt und Objekt dieses Drucks nur verschiedene Entwicklungsstufen in ein und derselben bürgerlichen Gesellschaft repräsentieren. Dennoch ist der Unterschied zwischen England und Indien, Japan und China, den Vereinigten Staaten und Mexiko so groß, daß wir streng zwischen unterdrückenden und unterdrückten bürgerlichen Ländern unterscheiden müssen und es für unsere Pflicht halten, letztere gegen erstere zu unterstützen. Die Bourgeoisie der kolonialen und halbkolonialen Ländern ist teils eine herrschende, teils eine unterdrückte Klasse.“*⁴⁶

Oft wird von ZentristInnen das Argument vorgebracht, daß nationale Widerstandsbewegungen deswegen nicht unterstützt werden können, weil an ihrer Spitze (klein)bürgerliche Kräfte stehen, die nur selber an die Macht kommen wollen. Was hierbei völlig übersehen wird, ist die Tatsache, daß MarxistInnen bestimmte Bewegungen nicht wegen den politischen Absichten ihrer Führungen unterstützen, sondern wegen den dahinter stehenden objektiven Klasseninteressen der Basis. Natürlich versuchen bürgerliche Kräfte, nationale Bewegungen für ihre Interessen auszunutzen. Sonst wären sie ja keine bürgerlichen Kräfte. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß sie in bestimmten Situationen an der Spitze breiter Bewegungen stehen, die objektiv für ein fortschrittliches Ziel kämpfen (z.B. die Vertreibung imperialistischer Kräfte oder eines diktatorischen Regimes, wie heute im Tschad). Lenin antwortete solchen Kritikern folgendermaßen:

„Jedenfalls wird wohl kaum jemand zu bestreiten wagen, daß die annektierten Länder Belgien, Serbien, Galizien, Armenien ihren ‚Aufstand‘ gegen die Staaten, durch die sie annektiert worden sind, ‚Vaterlandsverteidigung‘ nennen werden und mit Recht so nennen werden. Es ergibt sich, daß die polnischen Genossen gegen einen solchen Aufstand sind, und zwar deswegen, weil es in diesen annektierten Ländern auch eine Bourgeoisie gibt, die auch fremde Völker unterdrückt oder, richtiger gesagt, unterdrücken kann, da es sich nur um ihr ‚Recht auf Unterdrückung‘ handelt. Zur Beurteilung eines gegebenen Krieges oder eines gegebenen Aufstands wird also nicht sein wirklicher sozialer Inhalt genommen (der Kampf der unterdrückten Nation gegen die unterdrückende für ihre Befreiung), sondern die Möglichkeit, daß die jetzt unterdrückte Bourgeoisie von ihrem ‚Recht auf Unterdrückung‘ Gebrauch machen könnte. Würde, sagen wir, Belgien im Jahre 1917 von Deutschland annektiert werden und 1918 für seine Befreiung einen Aufstand unternehmen, so würden die polnischen Genossen aus dem Grunde gegen den Aufstand sein, weil die belgische Bourgeoisie das ‚Recht auf Unterdrückung‘ fremder Völker hat!

*Von Marxismus, von revolutionärem Geist überhaupt ist in dieser Betrachtung keine Spur zu finden. Wollen wir den Sozialismus nicht preisgeben, so müssen wir jeden Aufstand gegen unseren Hauptfeind, die Bourgeoisie der Großmächte, unterstützen, wenn es nicht ein Aufstand einer reaktionären Klasse ist. Lehnen wir die Unterstützung eines Aufstands annektierter Gebiete ab, so werden wir - objektiv - zu Annexionisten. Gerade ‚in der Ära des Imperialismus‘, die die Ära der beginnenden sozialen Revolution ist, wird das Proletariat mit besonderer Energie heute den Aufstand der annektierten Gebiete unterstützen, um bereits morgen oder gar zur gleichen Zeit die durch einen solchen Aufstand geschwächte Bourgeoisie der ‚Großmacht anzugreifen‘“*⁴⁷

Schließlich wird von manchen ZentristInnen öfters auch das Argument vorgebracht, daß der nationale Widerstand gegen die Besatzung in Afghanistan oder Irak von Kräften angeführt wird, die eigentlich einen feudalen, vor-kapitalistischen Charakter besitzen und somit zumindest ebenso rückschrittlich seien wie die imperialistischen Besatzer. Solche Einwände wurden schon früher von sozialdemokratischer Seite vorgebracht und am Beginn der Komintern auch von manchen Mitglieder wiederholt.

Die Führung der Kommunistischen Internationale wies solche Einwände scharf zurück. In einer Rede auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale betonte Leo Trotzki die Bedeutung des nationalen Befreiungskampfes gegen den imperialistischen Kolonialismus. Als Beispiel für eine opportunistische Haltung zitierte er eine Resolution der Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Frankreichs in Sidi-bel-Abbès in Algerien. Diese von in Algerien lebenden französischen Kommunisten dominierte Gruppe weigerte sich, daß revolutionäre Potential des anticolonialen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker anzuerkennen und warnten vor den Gefahren eines Sieges dieses Kampfes unter Führung politisch-reaktionärer Strömungen:

„Ein siegreicher Aufstand der muselmanischen Massen Algeriens, der nicht einem ebenfalls siegreichen Aufstand der proletarischen Massen

der Metropole folgen würde, müßte notgedrungen in Algerien zur Rückkehr eines dem Feudalismus ähnlichen Regime führen, was nicht das Ziel einer kommunistischen Aktion sein kann.“ 48

Trotsky verurteilte eine solche Haltung scharf:

„Keine zwei Stunden, keine zwei Minuten dar man Genossen in der Partei dulden, die die Mentalität von Sklavenhaltern haben...“ 49

In der später veröffentlichten Fassung seiner Rede merkte er an: „In meiner Rede habe ich die Zurückweisung des pseudo-marxistischen Arguments der Gruppe von Sidi-bel-Abbès ausgelassen. Man versucht, uns mit dem Zustand der Barbarei zu drohen, in den die Eingeborenen, wenn ihr Aufstand gegen den Despotismus der französischen bürgerlichen Klasse erfolgreich wäre, zurückfallen müßte. Dieses Argument ist bei den rechten Sozialdemokraten der Vorkriegszeit entlehnt. Man muß aber zugeben, daß bei diesen eine solche Argumentation eine gewisse Rechtfertigung hatte, weil der Kapitalismus sich noch im Aufstieg befand. Jetzt aber, wo der europäische Kapitalismus sich in voller Zersetzung befindet, bedeutet es eine Verhöhnung der einfachsten Wahrheiten der historischen Wissenschaft, wenn man im Kapitalismus für die Kolonien einen progressiven Faktor sieht.“ 50

Seine Schlußfolgerung ist eindeutig und ein Schlag ins Gesicht der zentristischen Kapitulanten vor dem Imperialismus:

„Jede koloniale Bewegung, die die kapitalistische Herrschaft in der Metropole schwächt ist progressiv, weil sie die revolutionäre Aufgabe des Proletariats erleichtert.“ 51

Für uns als RevolutionärInnen bleiben diese Positionen der marxistischen Klassiker ein unverzichtbarer Bestandteil des programmatischen Arsenal, auch wenn Peter Taffee und das CWI sie noch so oft als „alte Schriften“ abtun.

Klassenunabhängigkeit und antiimperialistische Einheitsfronttaktik

Die Verschärfung der Widersprüche zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen in der Epoche des Imperialismus bringt mit sich, daß in den unterdrückten Nationen immer wieder breiten Widerstand sowohl der ArbeiterInnenklasse als auch von kleinbürgerlichen und manchmal sogar bürgerlichen Schichten provoziert wird. Darüberhinaus kommt es aufgrund der Schwäche der organisierten ArbeiterInnenbewegung oft zu Situationen, wo kleinbürgerliche oder bürgerliche Kräfte an der Spitze von nationalen Widerstandsbewegungen stehen. Tatsächlich ist dies heute auch in der Regel der Fall (Irak, Palästina, Afghanistan, Sri Lanka, Tschad usw.). Welche taktischen Schlußfolgerungen ergeben sich daraus für marxistische RevolutionärInnen?

Jede revolutionäre Taktik leitet sich aus der *Strategie des unabhängigen Klassenkampfes* ab. Das bedeutet, daß wir für die unabhängige Organisation und die unabhängigen politischen Ziele der ArbeiterInnenklasse eintreten. Was ist Klassenunabhängigkeit? Diese Frage klar und wissenschaftlich zu beantworten, ist Voraussetzung für die Entwicklung einer richtigen Taktik im Klassenkampf. Dies gilt insbesondere auch deswegen, weil der Zentrismus a la Funke und SLP mit diesem Begriff viel Schindluder betreibt.

Klassenunabhängigkeit des Proletariats ist zuallererst eine politische Kategorie und bedeutet Unabhängigkeit der Klasse von jeglichen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Einfluß und Vorherrschaft. Sie bedeutet daher die Erkenntnis der *Notwendigkeit des unablässigen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie* bis hin zum revolutionären Sturz ihrer Herrschaft und der Errichtung einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft. Sie bedeutet daher den *Kampf gegen alle Helfershelfer der Bourgeoisie in den Reihen der ArbeiterInnenbewegung* (hier v.a. die reformistische Bürokratie wie Sozialdemokratie, Europäische Linkspartei/KPÖ), die die ArbeiterInnenklasse durch zahlreiche Methoden der Besänftigung, des Betrugs und auch der offenen Repression an einem offenen Klassenkampf hindern. Ebenso bedeutet dies den politischen Kampf gegen die bürgerlichen

und kleinbürgerlichen Kräften, die an der Spitze nationaler Widerstandsbewegungen stehen. Klassenunabhängigkeit bedeutet daher notwendigerweise auch Kampf für die *unabhängige Organisation* des Proletariats von der Bourgeoisie und der Bürokratie und daher Aufbau einer Basisbewegung in den Gewerkschaften, einer revolutionären Jugendbewegung und vor allem auch einer *revolutionären ArbeiterInnenpartei* national und international. Denn das politische Wesen der Klassenunabhängigkeit bedarf notwendigerweise auch einer organisatorischen Erscheinungsform.

Diese Klassenunabhängigkeit bedeutet für die MarxistInnen als die VorkämpferInnen dieser Unabhängigkeit *permanenten Krieg* gegen die imperialistische Bourgeoisie und ihre Helfershelfer. Denn die ArbeiterInnenklasse ist eine vom Kapital ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie ist daher in allen Lebensbereichen (Betrieb, Medien, Schule etc.) dem bürgerlichen Druck ausgesetzt. Dementsprechend muß die revolutionäre Organisation als Avantgarde der Klasse daher diesen bürgerlichen Einfluß auf allen Ebenen – ökonomisch, politisch und ideologisch-theoretisch – bekämpfen.

Den Kampf für diese Klassenunabhängigkeit gilt es einerseits im Tschad zu bewahren. Daher haben wir wiederholt festgehalten, daß die – zahlenmäßig kleine – ArbeiterInnenklasse im Tschad sich von den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Führungen der Rebellenbewegung befreien muß.

„Auch wenn wir für die Niederlage der EUFOR-Truppen und für den Sieg der Rebellenbewegung gegen das Déby-Regime eintreten, ist unsere Unterstützung des Kampfes der Rebellenbewegung im Tschad jedoch keineswegs politisch. Das bedeutet, daß wir nicht das politische Programm der Führungen der Rebellenbewegung unterstützen. Wir unterstützen ihren praktischen Kampf ausschließlich deswegen, weil dieser *das Potential* für die Erringung konkreter sozialer und demokratischer Errungenschaften bis hin zur Einleitung eines revolutionären Prozesses, für die Stärkung der Selbstorganisation und das politische Bewußtsein der ArbeiterInnenklasse, der Bauernschaft und der städtischen Armut und für die Schwächung unseres Feindes, der imperialistischen Bourgeoisie in sich birgt. Aus diesem Grund legen MarxistInnen offen ihre politische Kritik an der Politik der bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Führungen der Rebellenbewegung dar und warnen vor deren Verrat an den Interessen der unterdrückten Massen. Daher besteht auch die Gefahr, daß wenn die Rebellen an die Macht gelangen, es der reichen imperialistischen EU gelingen könnte – so wie auch in anderen armen halb-kolonialen Staaten – die neu an die Macht gekommene Führungsgruppe zu bestechen und für ihre Interessen einzukaufen.“ 52

Die marxistische Politik, die wir hier anwenden, ist jene der antiimperialistischen Einheitsfront und steht in der Tradition der Kommunistischen Internationale und Trotski's Vierter Internationale. Diese von der Kommunistischen Internationale auf ihrem IV. Weltkongreß 1922 entwickelte Taktik beinhaltet das Eintreten für gemeinsame praktische Aktionen mit reformistischen, kleinbürgerlichen und in bestimmten Fällen sogar bürgerlichen Kräften unterdrückter Nationen oder Gruppen gegen den Imperialismus. Dies beinhaltet vor allem die Zusammenarbeit an der Basis, kann aber auch zu bestimmten Absprachen bezüglich Aktionen mit den jeweiligen Führungen führen. Gleichzeitig schließt dies jegliche politische Unterstützung für solche Kräfte aus und erfordert die vollständige Propagandafreiheit für die RevolutionärInnen.

In ihren „Leitsätzen zur Orientfrage“ von 1922 leitet die Kommunistische Internationale die Notwendigkeit der antiimperialistischen Einheitsfronttaktik aus dem fortschrittlichen Charakter des nationalen Befreiungskampfes gegen imperialistische Unterdrückung und der Möglichkeit, daß nicht-revolutionäre Kräfte an der Spitze dieses Kampfes stehen können ab:

„Die Hauptaufgabe, die allen nationalrevolutionären Bewegungen gemeinsam ist, besteht in der Verwirklichung der nationalen Einheit und in der Errichtung der staatlichen Unabhängigkeit. Die reale und folgerichtige Lösung der Aufgabe hängt davon ab, inwieweit diese oder

jene nationale Bewegung imstande sein wird, jede Verbindung mit den reaktionären feudalen Elementen abzubrechen und so breite werktätige Massen für sich zu gewinnen und in ihrem Programm den sozialen Forderungen der Massen Ausdruck zu verleihen.

In dem die Kommunistische Internationale dem Umstand vollauf Rechnung trägt, daß Träger des Willens der Nation zu staatlicher Selbständigkeit unter verschiedenen geschichtlichen Verhältnissen die verschiedenartigsten Elemente sein können, unterstützt sie jede national-revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus. Gleichzeitig aber läßt sie nicht außer acht, daß nur eine konsequente revolutionäre Linie, die darauf abzielt, die breitesten Massen in den Kampf hineinzuziehen, und der unbedingte Bruch mit allen Anhängern einer Aussöhnung mit dem Imperialismus, im Interesse der eigenen Klassenherrschaft, die bedrückten Massen zum Sieg führen kann.“ 53

Die Kommunistische Internationale betonte zurecht, daß marxistische RevolutionärInnen keinerlei Illusionen in die (klein)bürgerlich-nationalistischen Kräfte, die an der Spitze von solchen Befreiungskämpfen stehen, verbreiten dürfen, ohne sich jedoch sektiererisch abseits der Kämpfe und der daran beteiligten Bewegungen zu stellen. Ziel der anti-imperialistischen Einheitsfronttaktik ist letztlich, durch eine Teilnahme an den Kämpfen, durch das systematische Stellen von Forderungen an die jeweilige Führung sowie die unablässige Kritik an der falschen Politik der Führung die politische und organisatorische Loslösung der ArbeiterInnenklasse und der Bauernschaft von der (klein)bürgerlichen Führung voranzutreiben.

„Die Zweckmäßigkeit dieser Losung ergibt sich aus der Perspektive eines dauernden und langwierigen Kampfes mit dem Weltimperialismus, der die Mobilisierung aller revolutionären Elemente erfordert. Diese Mobilisierung ist um so notwendiger, als die einheimischen herrschenden Klassen geneigt sind, mit dem ausländischen Kapital Kompromisse zu schließen, die sich gegen die Lebensinteressen der Volksmassen richten. Und wie die Losung der proletarischen Einheitsfront im Westen zur Entlarvung des sozialdemokratischen Verrates an den Interessen des Proletariats beigetragen hat und weiter noch beiträgt, so wird die Losung der anti-imperialistischen Einheitsfront zur Entlarvung des Schwankens der einzelnen Gruppen des bürgerlichen Nationalismus beitragen. Diese Losung wird auch die Entwicklung des revolutionären Willens und die Klärung des Klassenbewußtseins der werktätigen Massen fördern und sie in die vordersten Reihen der Kämpfer nicht nur gegen den Imperialismus, sondern auch gegen die Überbleibsel des Feudalismus stellen.“ 54

Klassenunabhängigkeit ergibt sich nicht durch die bloße Proklamation derselben, sondern die Teilnahme von Revolutionären an den Kämpfen, so wie sie sich konkret entwickeln, dort und mit jenen politischen Kräften, unter denen sie sich konkret abspielen. Wenn also ein nationaler Befreiungskampf unter einer reaktionären, bürgerlichen Führung stattfindet (wie das heute in vielen Ländern der Fall ist), dann dürfen sich RevolutionärInnen nicht davon mit gerümpfter Nase verabschieden, sondern müssen die Kämpfe unterstützen, so wie sie sich konkret darstellen. Ansonsten können sie nicht die ArbeiterInnenklasse und die werktätigen Massen dort treffen, wo sie konkret sind, also in einer Bewegung, an deren Spitze nicht-revolutionäre Kräfte stehen.

Aus diesen Gründen haben die KommunistInnen und später die TrotzkiInnen an verschiedenen nationalen oder demokratischen Befreiungskämpfen teilgenommen auch wenn diese unter einer bürgerlichen Führung stattfanden, welche oft sogar offen revolutionäre Kräfte unterdrückte. (so z.B. unterstützen die KommunistInnen den Kampf der kemalistischen Türkei gegen den britischen Imperialismus, oder der chinesischen Kuomintang gegen reaktionäre Feudalherren und später gegen den japanischen Imperialismus) 55. Dies gilt heute genauso: Wenn Oppositionskräfte im Tschad heute zum Kampf gegen die EUFOR aufrufen, dann muß ihnen unsere internationalistische Solidarität als marxistische Antiimperialisten gelten. 56

Während diverse ZentristInnen darüber jammern, daß die bür-

gerlichen Führungen der Rebellen bloß selber an die Macht kommen wollen, und damit ihren Abstentionismus, ihre Neutralitätshaltung, rechtfertigen, war für Trotzki die antiimperialistische Einheitsfrontpolitik völlig klar. Im Kampf gegen den Imperialismus ist es für marxistische RevolutionärInnen notwendig, auch bürgerliche Kräfte zu unterstützen. Deswegen trat Trotzki auch für die Unterstützung des reaktionären Generals Tschiang Kai-schek gegen die imperialistischen Mächte ein, obwohl dieser kurz zuvor im Jahre 1927 zehntausende KommunistInnen ermorden ließ!

„Ganz richtig: Gegen den Imperialismus muß man selbst den Henker Tschiang Kai-schek unterstützen.“ 57

Ein weiteres beliebtes Pseudoargument des Zentrismus gegen die antiimperialistische Einheitsfronttaktik besteht darin, auf die Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung hinzuweisen, da die jeweiligen bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Kräfte zu keiner gleichberechtigten Zusammenarbeit mit revolutionären Kräften bereit seien. Gruppen wie die RSO/AGM kommen dann überhaupt zur Schlußfolgerung, daß die ganze Komintern-Orientierung der antiimperialistischen Einheitsfront zu „*einem Einfallstor für den Opportunismus wurde*“, denn:

„Wo war die nationale Bourgeoisie, die dafür in Frage kam? Die türkische Bourgeoisie war es nicht, die chinesische Bourgeoisie auch nicht. Lediglich eine konkrete Analyse konnte zeigen, ob überhaupt solche weiße Elefanten zu finden sein würden. Darin liegt unseres Erachtens das Hauptproblem der Positionierung der Komintern in der nationalen Frage: die Losung der antiimperialistischen Einheitsfront war als allgemeine Perspektive eben genau nicht zweckmäßig!“ 58

Die AGM/RSO erklärt zwar im gleichen Atemzug, daß „ad-hoc-Absprachen“ mit national-revolutionären Organisationen trotzdem möglich seien, doch dies wäre etwas völlig anderes. Doch damit zeigen sie nur, daß sie weder das Prinzip der antiimperialistischen Einheitsfronttaktik noch der Einheitsfronttaktik überhaupt verstehen. Gerade weil die Einheitsfronttaktik auf die Zusammenarbeit mit der Basis von Kräften unter nicht-revolutionärer Führung (reformistischer Bürokratie, (klein)bürgerliche Kräfte) zwecks Wegbrechen dieser Basis von ihrer Führung abzielt, wird es *in der Regel* nicht zu tatsächlichen Verwirklichung einer Einheitsfront kommen. Das gilt nicht nur für die antiimperialistische Einheitsfront, sondern auch für die proletarische Einheitsfront. In der Regel wird sich die reformistische Bürokratie weigern, mit revolutionären Kräften ein Bündnis einzugehen.

Aber in bestimmten Fällen – bei einem günstigen Kräfteverhältnis, Druck von Seiten der Basis etc. – kann es trotzdem zur Verwirklichung solcher Einheitsfronten kommen, wie wir das ja selber auch schon mehrfach in Aktionseinheiten mit der SJ oder anderen Organisationen erlebt haben. Aber auch wenn dies eher die Ausnahme ist, müssen marxistische RevolutionärInnen nichtsdestotrotz immer wieder die Einheitsfronttaktik anwenden, d.h. sich an die Basis aber auch die Führung wenden und die praktische Zusammenarbeit suchen. Oft wird dies überhaupt nur die Form annehmen, daß RevolutionärInnen versteckt in der Gewerkschaft, reformistischen Parteien oder eben in kleinbürgerlich geführten nationalen Befreiungsbewegungen arbeiten können. Aber das Prinzip ist das gleiche: Hin zu den Massen, mit ihnen wo immer auch möglich gemeinsam kämpfen – auch unter der Führung nicht-revolutionärer Kräfte, die eigenständige Organisation der Basis vorantreiben, vor dem Verrat der Führung warnen und Forderungen aufstellen, die als Kampfmittel gegenüber jener nicht-revolutionären Führung angewandt werden können, da sie die Unfähigkeit der Führung entlarven.

Wenn die RSO die Politik der antiimperialistischen Einheitsfront mit der Suche nach dem „weißen Elefanten“ vergleicht, dann erklärt dies, warum die RSO-GenossInnen in ihrer politischen Praxis den Antiimperialismus genauso selten anwenden wie sie Bekanntschaft mit ihrem weißen Elefanten machen. Letztlich haben wir hier wieder eine passende Ausrede, warum eine

Gruppe den praktischen Kampf gegen die imperialistische Kriegs- und Besatzungspolitik weitgehend ignoriert (wie ja die AGM/RSO überhaupt das Feld des praktischen Klassenkampfes meidet).⁵⁹

Die Klassenunabhängigkeit in den imperialistischen Staaten

Wir haben vorher darauf hingewiesen, daß Klassenunabhängigkeit eine politische Kategorie ist und Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und ihren Helfershelfer in Wort und Tat bedeutet. Doch so lauthals CWI/SLP und IMT/Funke die Klassenunabhängigkeit im Tschad fordern, so bescheiden ist ihre tatsächliche Klassenunabhängigkeit von jenen bürokratischen Organisationen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung in jenen Ländern, wo sie politisch existieren und tätig sind, die aufs engste mit der imperialistischen Bourgeoisie und ihren Helfershelfer verbunden sind. IMT/Funke mag die tschadischen Rebellen als bloße Stellvertreter imperialistischer Mächte denunzieren, gleichzeitig sind sie eng verwobener Teil der Sozialdemokratie und dienen dieser als linkes Feigenblatt, weichen stetig vor einer offenen Konfrontation mit der sozialdemokratischen Bürokratie zurück und betreiben eine ungenierte Jubelpropaganda für das bürgerliche, links-bonapartistische Regime eines Hugo Chavez in Venezuela. CWI/SLP haben zwar nach zweieinhalb Jahrzehnten ihre Existenz als linker Flügel innerhalb der Sozialdemokratie beendet, doch dort wie sie über einen gewissen Einfluß verfügen (in Britannien), biedern sie sich an die links-reformistische Gewerkschaftsbürokratie an.

Die strikte Ablehnung jeder Form von Unterstützung von Rebellenbewegungen im Falle eines Konfliktes mit den EU-Truppen bzw. der mit der EU verbündeten Déby-Diktatur und deren Denunzierung als „imperialistische Stellvertreter“ ist Ausdruck einer tiefstehenden Tradition des Opportunismus. Die vorgebliche SLP-Politik der Klassenunabhängigkeit im Bezug auf den halbkolonialen Tschad und der daraus abgeleiteten Rechtfertigung, warum sie leider nicht die Feinde des österreichischen und EU-Imperialismus unterstützen könnten, ist in Wirklichkeit nichts anderes als dem Proletariat seine

Klassenunabhängigkeit abzuspüren und es vielmehr in eine Klassenabhängigkeit von der „eigenen“ Bourgeoisie zu führen. Die Verurteilung einer solchen Haltung durch die Kommunistische Internationale unter dem Vorwand der „Klassenunabhängigkeit“ trifft voll und ganz auf CWI/IMT/SLP/Funke zu:

*„Die Weigerung der Kommunisten der Kolonien, am Kampf gegen die imperialistische Vergewaltigung teilzunehmen, unter Vorgabe angeblicher ‚Verteidigung‘ selbständiger Klasseninteressen, ist Opportunismus schlimmster Sorte, der die proletarische Revolution im Osten nur diskreditieren kann.“*⁶⁰

Daher gilt unsere internationalistische Solidarität jenen Widerstandskräften im Tschad, die heute zum Kampf gegen die EUFOR aufrufen:

*„Tatsächlich verteidigen die Truppen nichts anderes als die ökonomischen Interessen der multinationalen Konzerne und die geostrategischen Interessen des Imperialismus auf dem afrikanischen Kontinent. Sie sind nichts anderes als Besatzungstruppen.“*⁶¹

Der Linksreformismus und Zentrismus ist nicht in der Lage, einen konsequenten Kampf gegen den Imperialismus zu führen. Sie sind Linke, die ihren Schein-Antiimperialismus mit marxistischen Phrasen tarnen, in Wirklichkeit jedoch sich an die imperialistische Ordnung anpassen.

Doch der Tschad ist nur der Anfang des aggressiven Militarismus Österreichs. Angesichts der sich verschärfenden Widersprüche der imperialistischen Weltordnung ist es unausweichlich, daß der EU-Imperialismus vermehrt militärische Abenteuer und Kolonialkriege bestreiten wird. Deswegen ist es die vordringlichste Aufgabe der tatsächlichen MarxistInnen, den antiimperialistischen Kampf und den Kampf für die sozialistische Revolution voranzutreiben. Das bedeutet insbesondere, eine neue ArbeiterInnenpartei in Österreich und international auf Grundlage eines revolutionären Programms aufzubauen, eine neue Partei und eine neue Internationale – die 5. Internationale –, die konsequent gegen Imperialismus und Kolonialpolitik kämpft. Dafür arbeitet die *Liga der Sozialistischen Revolution*.

F u ß n o t e n

¹ Ausführlich dargelegt haben wir unsere Positionen in einer Reihe von Stellungnahmen und Artikeln. Siehe dazu: Liga der Sozialistischen Revolution: „Revolutionäre Strategie und Taktik im Kampf gegen die imperialistische Kolonialpolitik der EU im Tschad“ (19.2.2008) www.sozialistische-revolution.org/phpw-cms/index.php?id=25,387,0,0,1,0 sowie in BEFREIUNG Nr. 157; Martin Lipska: „Bundesheer beteiligt sich an imperialistischer EU-Intervention in Afrika Keine Soldaten in den Tschad!“; in BEFREIUNG Nr. 155; Liga der Sozialistischen Revolution: „Österreich und EU: Raus aus dem Tschad! Stoppt den imperialistischen Kriegseinsatz! Solidarität mit dem Widerstand der Rebellenbewegungen im Tschad gegen die österreichischen und EU-Truppen!“ (6.12.2007) www.sozialistische-revolution.org/phpw-cms/index.php?id=25,338,0,0,1,0; Liga der Sozialistischen Revolution: „Das ist nicht unser Krieg! Für breite Protestaktionen gegen das Kolonialabenteuer Österreichs und der EU im Tschad!“ (19.12.2007); www.sozialistische-revolution.org/phpw-cms/index.php?id=25,344,0,0,1,0; Michael Pröbsting: IHRE Niederlage ist UNSER Sieg! Rebellen stürzen die pro-westliche Diktatur im Tschad. Schwerer Rückschlag für die EU-Militärintervention droht; www.sozialistische-revolution.org/phpw-cms/index.php?id=25,372,0,0,1,0

² Unter Reformismus verstehen MarxistInnen die Politik von sozialdemokratischen oder „kommunistischen“ Parteien. Der Reformismus dient in Wirklichkeit nur den Interessen der Schicht von BürokratInnen, die diese Parteien und die

Gewerkschaften beherrschen. Während sie in Worten (und oft nicht einmal mehr das) für eine nicht-kapitalistische, sozialistische Gesellschaft eintreten, beschränken sie sich in der Praxis auf das Verbessern des kapitalistischen Systems. In der Regel beschränken sie sich sogar nur darauf, nicht ganz so scharfe Angriffe auf die breite Masse der Bevölkerung zu unternehmen (siehe Blair, Schröder oder früher in Österreich Vranitzky und Klima). Der Reformismus versucht die ArbeiterInnen als Stimmvieh bei Wahlen zu benützen. Die ArbeiterInnen sollen sich nicht eigenständig in Aktionskomitees oder Räten an der Basis organisieren und direkt demokratisch entscheiden, sondern als Manövriermasse unter Kontrolle der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie dienen. Linksreformistische Organisationen sind solche, die letztlich in diesem reformistischen Räderwerk tätig sind und ebenso von einer bürokratischen Schicht beherrscht werden, dies aber mit marxistischen Phrasen verkleiden und manchmal Protesterklärungen gegen die rechte Parteibürokratie veröffentlichen.

Unter Zentrismus verstehen MarxistInnen jene Organisationen, die zwischen reformistischen und revolutionären Positionen hin und her schwanken. Zentrismus bedeutet in der Regel Anpassung an den Reformismus unter dem Deckmantel marxistischen Buchstaben-treue. Er zeichnet sich durch auf der allgemeinen Ebene oft richtige Kritik am Reformismus aus, um dann jedoch vor „den praktischen Schlußfolgerungen auszuweichen und somit seine Kritik gegenstandslos zu machen.“ (Trotzki: „Zentrismus und die IV. Internationale“, 1934)

³ Berichte und Fotos von den Aktionen sowie Reden unserer Vertreter finden sich auf unserer Homepage unter www.sozialistische-revolution.org/phpwcms/index.php?id=25,376,0,0,1,0 sowie www.sozialistische-revolution.org/phpwcms/index.php?id=20,377,0,0,1,0 sowie www.sozialistische-revolution.org/phpwcms/index.php?id=25,378,0,0,1,0.

⁴ Zu den bislang veröffentlichten Stellungnahmen der verschiedenen Gruppen siehe: Michael Gehmacher (SLP): „Nein zur EU-Verfassung! Nein zum Tschad Einsatz!“ (19.1.2008); SLP: „Tschad: Es geht nicht um Humanismus“ (10.2.2008); Funke und SJ Stamokap-Strömung: „Internationaler Aufruf: Kein Blut für Öl! Internationale Truppen raus aus dem Tschad!“ (2.2.2008); Funke: „Tschad: Frankreich eilt Diktator Déby militärisch zu Hilfe - Gusenbauer stimmt schweigend zu“, (11.2.2008); SJ: „SJÖ zu Tschad-Einsatz: Ja zu humanitärer Hilfe, nein zu EU-Militarismus!“ (30.1.2008); KPÖ: „Tschad-Mission der EU ist Neokolonialismus pur“ (29.1.2008)

⁵ Veröffentlicht auf unserer Homepage www.sozialistische-revolution.org/phpwcms/index.php?id=25,387,0,0,1,0 sowie in unserer Zeitung BEFREIUNG Nr. 157 (März 2008)

⁶ Peter Taaffe: The Rise of Militant, London 1995, Kapitel 20 „The Falklands/Malvinas War“, <http://socialistalternative.org/literature/militant/>

⁷ Lynn Walsh: Falklands war: what lessons for the labour movement? in: Militant International Review, Nr. 22, Juni 1982 (wiederabgedruckt in: Socialism Today, Nr. 108, April 2007, <http://www.socialismtoday.org/108/falklands.html>)

⁸ Siehe Roger Shrikes: Falklands/Malvinas 1982 - Thatcher's War Of Saving Face; in: The Socialist (Zeitung der britischen Sektion des CWI), 3. Mai 2002

⁹ Zur Auseinandersetzung mit der pro-imperialistischen KPÖ-Politik vor dem Golfkrieg 1991 siehe den Artikel „Die Linke und der Golfkrieg“ in unserer damaligen Zeitung „ArbeiterInnenstandpunkt“ Nr. 29 (September/Oktober 1990).

¹⁰ Didi Zach: Der Krieg des AST - eine Antwort auf „Der Krieg und die KPÖ“, 27.11.2001, veröffentlicht in: Red Newsletter Nr. 9, Informationsdienst des ArbeiterInnenstandpunkt, 29. November 2001

¹¹ Peter Taaffe: Afghanistan, Islam und die revolutionäre Linke (2002), These 32

¹² Karl Marx beschrieb seine Herangehensweise folgendermaßen: „Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden: In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt.“ (Karl Marx: Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie; in: MEW, Bd. 13, S. 9f.)

¹³ Leo Trotzki: Zur Philosophie der Bürokratie; in: Trotzki-Schriften 3.3, S 129

¹⁴ Siehe dazu auch unsere Resolution: Die Taktik der anti-imperialistischen Einheitsfront. Thesen der Bewegung für eine revolutionär-kommunistische Internationale (BRKI) (1986), in: Revolutionärer Marxismus 36 (2006) sowie <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm36/antiimperialistische.htm>

¹⁵ W. I. Lenin: Vorwort zu N. Bucharin: Imperialismus und Weltwirtschaft, in: LW 22, S. 102f.

¹⁶ W. I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916); in: LW 23, S. 102 (Hervorhebung im

Original). An anderer Stelle faßt er seine Definition des Imperialismus so zusammen (Siehe: W. I. Lenin: Plan zum Artikel „Der Imperialismus und unsere Stellung zu ihm“; in: LW 39, S. 793f.):

Definition {ökonomische
{politische {Reaktion
{nationale Unterdrückung
{Annexionen

Imperialismus = Kapitalismus

- a) monopolistischer { 1. Kartelle
{ 2. Großbanken
{ 3. Finanzoligarchie (mehr als 100 Milliarden Effektenkapital)
{ 4. Kolonien und Kapitalexport (Aufteilung der Welt)
- b) parasitärer { 1. Kapitalexport
{ 2. 100 Milliarden Effektenkapital
- c) sterbender („Übergangs“-)Kapitalismus

¹⁷ Womit wir aber die Tschad-Intervention der EU vom militärischen Ausmaß und der Bedeutung für den Weltimperialismus nicht auf die gleiche Stufe wie Afghanistan oder Irak stellen wollen.

¹⁸ W. I. Lenin: Die Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR (1915); in: LW Bd. 21, S. 152

¹⁹ W. I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916); in: LW 23, S. 104 (Hervorhebung im Original)

²⁰ W. I. Lenin: Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (1916), in: LW 21, S. 416 (Hervorhebung im Original)

²¹ W. I. Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (1916), in: LW 22, S. 149

²² Roger Shrikes: Falklands/Malvinas 1982 - Thatcher's War Of Saving Face; in: The Socialist (Zeitung der britischen Sektion des CWI), 3. Mai 2002

²³ Siehe The BusinessWeek Global 1000, in: BusinessWeek, 14. July 2003

²⁴ Siehe World Bank: World Development Report 2008, S. 334f.

²⁵ Ein anderes aktuelles Beispiel für Anpassung von KPÖ/ELP und CWI an den Imperialismus ist deren Verhalten während des israelischen Angriffskrieges gegen den Libanon im Sommer 2006 und deren grundsätzliche Haltung zum palästinensischen nationalen Befreiungskampf gegen den zionistischen Staat Israel. Siehe dazu Michael Pröbsting: Kleinbürgerliche Linke als verkleidete Diener des Imperialismus. Europäischen Linkspartei, CWI und der Libanon-Krieg; in: Revolutionärer Marxismus 36 (2006) sowie <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm36/libanon.htm>

²⁶ Peter Taaffe: Afghanistan, Islam und die revolutionäre Linke (2002), These 82

²⁷ Wolfram Klein: Hintergründe der kolonialen Revolution (1991); in: Die koloniale Revolution, Herausgegeben von Stuttgarter VORAN-Unterstützern (1991), S. 6 (Hervorhebung im Original)

²⁸ Funke und SJ Stamokap-Strömung: „Internationaler Aufruf: Kein Blut für Öl! Internationale Truppen raus aus dem Tschad!“ (2.2.2008)

²⁹ Funke: „Tschad: Frankreich eilt Diktator Déby militärisch zu Hilfe - Gusenbauer stimmt schweigend zu“, (11.2.2008)

³⁰ Siehe: Report on the 2006 World Congress of the International Marxist Tendency; <http://www.marxist.com/imt-congress-report2006.htm>

³¹ International Marxist Tendency: China's long march to capitalism, 2.10. 2006

- 32 Zur unserer Analyse der kapitalistischen Restauration in China siehe u.a. Jürgen Roth: Wohin geht China?; in: BEFREIUNG Nr. 156 sowie Peter Main: From Mao to the Market. How the Chinese Communist brought back the Capitalists; in: Fifth International Vol. 2, No. 4 (Oktober 2007) und Peter Main: China: Stalinists draw near their capitalist goal; in: Trotskyist International, No. 22 (Juli 1997)
- 33 World Bank: World Development Report 2008, S. 334
- 34 Auch das CWI suggeriert eine solche „Erklärung“, ohne sie jedoch explizit auszusprechen. Siehe Dave Carr: Chad: Coup attempt fails. Conflict part of a wider power struggle, 14. 2. 2008, <http://www.socialistworld.net/eng/2008/02/14chada.html>
- 35 Zu den Ereignissen im Tschad in den letzten Monaten sind die oft gut recherchierten Artikel von Aug und Ohr empfehlenswert: „Das Bundesheer, Anhängsel Sarkozys“ (11.12.2007), „Wie geht’s da jezz, Darabos?“ (7.1.2008), „Und wieder bombardiert der Tschad!“ (19.1.2008) „Tschad: Oppositionspolitiker von Débys Soldaten verschleppt!“ (6.2.2008)
- 36 „Frankreich hat Sieg des Widerstands unterbunden“. Interview mit Dr. Ley-Ngardigal, Tschadische Aktion für Nationale Einheit und Sozialismus (ACTUS), aus Intifada Nr. 25 (2008). Die Zeitschrift Intifada wird von der Antiimperialistischen Koordination herausgegeben.
- 37 W.I. Lenin, Konspekt zur ‚Wissenschaft der Logik‘. Die Lehre vom Begriff; in: LW 38, S. 213
- 38 W. I. Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (1916), in: LW 22, S. 150
- 39 Leo Trotzki: Ihre Moral und unsere (1938), Berlin 1967, S. 48
- 40 W. I. Lenin: Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow) (1916), in: LW 23, S. 15 (Hervorhebung im Original)
- 41 W. I. Lenin: Über die Junius-Broschüre, in: LW 22, S. 315
- 42 Lenin: Sozialismus und Krieg, in: LW 21, S. 301
- 43 Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, II. Weltkongreß der Kommunistische Internationale, in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band I, Köln 1984, S. 164
- 44 Leo Trotzki: Resolution zum Anti-Kriegs-Kongress des Londoner Büros, Juli 1936, in: Leo Trotzki: Schriften zum imperialistischen Krieg, S. 105
- 45 Leo Trotzki: Antiimperialistischer Kampf ist der Schlüssel zur Befreiung, 23. September 1938, in: Writings 1938-39, S. 34; unsere Übersetzung
- 46 Leo Trotzki: Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat? (1937); in: Schriften 1.2., S. 1132
- 47 W. I. Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung (1916), in: LW 22, S. 339 (Hervorhebung im Original)
- 48 Zitiert in: Leo Trotzki: Rede zur französischen Frage auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1922); in: Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Erlangen 1972, Band 2 S. 870
- 49 Leo Trotzki: Rede zur französischen Frage auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1922); in: Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Erlangen 1972, Band 2 S. 870
- 50 Leo Trotzki: Auszug aus einer Rede zur französischen Frage auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1922); abgedruckt in: Jakob Moneta: Die Kolonialpolitik der französischen KP, Hannover 1968, S. 21
- 51 Leo Trotzki: Auszug aus einer Rede zur französischen Frage auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (1922); abgedruckt in: Jakob Moneta: Die Kolonialpolitik der französischen KP, Hannover 1968, S. 22
- 52 Liga der Sozialistischen Revolution: „Revolutionäre Strategie und Taktik im Kampf gegen die imperialistische Kolonialpolitik der EU im Tschad“ (19.2.2008) www.sozialistische-revolution.org/phpwcms/index.php?id=25,387,0,0,1,0 sowie in BEFREIUNG Nr. 157
- 53 Kommunistischen Internationale: Leitsätze zur Orientfrage (Resolution des IV. Weltkongreß, 1922); in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Dortmund 1978, S. 44
- 54 Kommunistischen Internationale: Leitsätze zur Orientfrage (Resolution des IV. Weltkongreß, 1922); in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Dortmund 1978, S. 48
- 55 Gleichzeitig lehnen wir jedoch die politische Bindung des chinesischen Proletariats an die bürgerliche Kuomintang durch die stalinistische Komintern ab.
- 56 So stellt der ACTUS-Generalsekretär die Sichtweise zumindest eines Teils der Opposition klar: „Tatsächlich verteidigen die Truppen (der EUFOR, d. A.) nichts anderes als die ökonomischen Interessen der multinationalen Konzerne und die geostrategischen Interessen des Imperialismus auf dem afrikanischen Kontinent. Sie sind nichts anderes als Besatzungstruppen.“ „EUFOR deckt französischen Neokolonialismus und blutige Diktatur“. Interview mit Dr. Djimadoum Ley-Ngardigal, Generalsekretär der „Tschadischen Aktion für die Einheit und den Sozialismus“ (ACTUS), veröffentlicht von der AIK am 10.12.2007
- 57 Leo Trotzki: Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition (1929); in: Schriften 1.1., S. 81
- 58 Manfred Scharinger: Koloniale Frage und ArbeiterInnenbewegung. Von Marx und Engels zur II. Internationale – revolutionäre Komintern – Stalinismus – IV. Internationale, in: MARXISMUS Nr. 23 (2003), S. 140. MARXISMUS wurde von der AGM herausgegeben, die sich heute nach dem Zusammenschluß mit der AL in RSO umbenannt hat. Nichtsdestotrotz sei erwähnt, daß die GenossInnen mit diesem Band ein materialreiches Buch zur kolonialen Frage herausgebracht haben, etwas was SLP oder Funke nicht von sich behaupten können.
- 59 An dieser Stelle sei auch noch das unglückliche Tandem namens DNK erwähnt. Deren Beispiel zeigt anschaulich, wohin der Bruch mit dem Trotzkiismus führt - nämlich zur mit ultralinken Phrasen garnierten Ablehnung der antiimperialistischen Einheitsfronttaktik in der Theorie und der Ablehnung der Unterstützung der Rebellenbewegung in der Praxis: „Das impliziert keine Unterstützung der bewaffneten Opposition, welche die gleiche soziale und politische Natur wie das herrschende Regime hat und sich im Falle eines Sieges unweigerlich in ein Instrument der ausländischen Herrschaft verwandeln würde.“ So die von den beiden Ex-Trotzkisten veröffentlichte und unterstützte Resolution der französischen Gruppe Bolchevik: Nein zur Intervention im Tschad! (5.2.2008), http://graffraktion.freehyperspace.com/mambo/index.php?option=com_content&task=view&id=162&Itemid=9
- 60 Kommunistischen Internationale: Leitsätze zur Orientfrage (Resolution des IV. Weltkongreß, 1922); in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Dortmund 1978, S. 47
- 61 „EUFOR deckt französischen Neokolonialismus und blutige Diktatur“. Interview mit Dr. Djimadoum Ley-Ngardigal, Generalsekretär der „Tschadischen Aktion für die Einheit und den Sozialismus“ (ACTUS), veröffentlicht von der AIK am 10.12.2007

Europäische Linkspartei und KPÖ: DEGENERATIONSPROZESS ZEIGT SICH IN DER KOSOVA-FRAGE

von Roman Birke

Nachdem der langjährige Führer und nach wie vor einflussreiche Parteideologe der KPÖ, Walter Baier, ein Bündnis unterstützt hat, das für Sanktionen gegen den Iran aufruft ¹ und in dem auch Organisationen vertreten sind, die sogar auf einen militärischen Angriff auf Teheran drängen, hat sich der Degenerationsprozess der KPÖ und der Europäischen Linkspartei erneut gezeigt. Die KPÖ und deren deutschen Schwestersektion Die LINKE veröffentlichten eine Stellungnahme führender Vertreter der Europäischen Linkspartei (ELP) zur Frage der Unabhängigkeit des Kosova. ² In diesem Artikel, der die schon bezeichnende Überschrift „Kosovo: Die Büchse der Pandora nicht öffnen“ ³ trägt, wird ausgeführt, warum die Ausrufung der Unabhängigkeit durch den Kosova mit „zahllosen Risiken“ behaftet sei. Wir wollen dies zum Anlass nehmen, um die Politik der KPÖ, der Linken und der ELP im Zeitalter der aggressiven imperialistischen Herrschaft zu analysieren: als Politik des Strebens nach Teilhabe an den bürgerlichen Regierungsgeschäften und dem Verlust aller Prinzipien des Sozialismus.

Feinde entlarven

Im Zeitalter des krisengeschüttelten Imperialismus muss die Bourgeoisie mit allen Mitteln versuchen, ihren Teil des durch die gesellschaftliche Arbeit geschaffenen Wertes – dem Mehrwert – zu sichern und weiter auszubauen. ⁴ Gerade während Krisen und Rezessionen versucht vor allem die imperialistische Monopolbourgeoisie – also jene großen, marktbeherrschenden Unternehmen, in denen sich das meiste Kapital akkumuliert – die Verluste durch die Krise auf die ArbeiterInnenklasse und die unterdrückten, halb-kolonialen Länder (und teilweise auch das Kleinbürgertum) abzuwälzen. Es ist deshalb umso wichtiger, die ArbeiterInnenklasse zu warnen und zu bewaffnen. Warnen vor den Angriffen, die auf sie zukommen werden, bewaffnen mit der notwendigen Ideologie des Klassenkampfes und einer Organisation, die eine konsequent proletarische Linie vertritt. Dieser Aufgabe stellen sich zahlreiche Hindernisse in den Weg, deren Herkunft sich vor allem in zwei Kategorien teilen lassen. Zum einen gibt es den bürgerlichen Herrschaftsapparat, der durch Einschüchterung (Polizei, Justiz etc.) und ideologische Beeinflussung seine Macht ausübt. Dabei vertritt er eine Ideologie, die mit allen Mitteln versucht, sich die Unterstützung der ArbeiterInnenklasse zu sichern. Diese Mittel können vielfältig sein. Eine solche Beeinflussung kann von rassistischen Ideologien, die das kritische Licht auf das System wie mit einem Spiegel auf die MigrantInnen lenken und versuchen, sie für die Fehler des Kapitalismus verantwortlich zu machen, bis zu einer „Wir-müssen-alle-den-Gürtel-enger-schnallen“ Ideologie reichen. Dies kann man immer wieder beobachten, wenn es um Lohnkürzungen oder Arbeitszeitverlängerungen – d.h. den Versuch den Mehrwert zu steigern – geht. Letzteres verliert jedoch immer mehr an Glaubwürdigkeit, da die Praxis oftmals eindeutiger ist, als die verschwommenen Worte der Apologeten der herrschenden Klasse und für alle offensichtlich ist, dass die Bourgeoisie zuletzt bei sich selbst spart.

Zum anderen gibt es jedoch auch Parteien und Organisationen, die Teil der ArbeiterInnenbewegung sind bzw. sich als solche verstehen, jedoch offen oder versteckt die bürgerliche Herrschaft und ihre Ideologie verteidigen und in den fortgeschrittensten Stadien ihrer Degeneration bei der Initiierung und Vorantreibung kapitalistischer Projekte federführend sind. Sie sind daher Handlanger und Agenten der Bourgeoisie innerhalb der ArbeiterInnenbewegung und können sogar noch größere Hindernisse für den Aufbau von Parteien darstellen, die eine wirklich konsequent proletarische – d.h. revolutionär-marxistische Linie – vertreten. In revolutionären Situationen können solche Parteien sogar Revolutionen zurückhalten. ⁵ Im Jänner 1918 hat die SPÖ eine solche Rolle übernommen. Die Parteilinke hat sich nicht von der Partei abgespalten, sondern revolutionär gesinnte ArbeiterInnen weiterhin in der Partei gehalten und somit den Weg für die Parteiführung geebnet, die Revolution zu verraten. In anderen Fällen kämpft die reformistische Bürokratie sogar offen im Lager der Konterrevolution und geht mit Waffengewalt gegen die ArbeiterInnenklasse vor – so z.B. die deutsche Sozialdemokratie, die im Jänner 1919 den Spartakusaufstand niederschlag und Luxemburg und Liebknecht ermorden ließ oder die russischen Menschewiki, die im Bürgerkrieg auf Lager der Weißen Konterrevolution gegen die Arbeiter- und Bauernmacht kämpften.

In Österreich erfüllen diese Rolle heute vor allem drei Kräfte: Erstens die Sozialdemokratie. Darunter verstehen wir sowohl die SPÖ, die zwar immer mehr an Ansehen verliert, jedoch über zahlreiche Verbindungen (z.B. über die Gewerkschaften, aber auch über diverse kleine Vereine) zur ArbeiterInnenklasse verfügt, als auch die Jugendorganisation SJ und ihrem linken Schoßhund, dem Funke, die als linke Feigenblätter für die rechte Parteiführung hilfreiche Dienste erfüllen. Zweitens die Antinationalen, die in Österreich zwar kaum bis keinen Wirkungsbereich in der ArbeiterInnenklasse besitzen, dafür einen starken Einfluss auf die kritische Intelligenz haben, indem sie ihre rechte Ideologie mit linken Phrasen tarnen und somit die reaktionäre Rolle übernehmen, den Marxismus innerhalb der Intelligenz zurückzudrängen. Drittens die KPÖ, die sich noch kommunistisch nennt und deshalb in öffentlichen Debatten und Artikeln die Idee des Kommunismus in Verruf bringt und die Marx'sche Lehre von Grund auf verstümmelt. International ist die KPÖ und die LINKE mit anderen sich auf den Kommunismus berufenden Organisationen Teil der ELP. Hat die KPÖ in Österreich (abgesehen von Graz und ein paar Orten in der Steiermark) kaum Bedeutung im Klassenkampf und kaum Verankerung in den Reihen des Proletariats, so konnte die LINKE in Deutschland doch einige Wahlerfolge einfahren, die insgesamt eine Linksentwicklung im Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse reflektieren. Präsentieren sich diese Parteien rhetorisch in einem linken Lichte, so werden sie in der Praxis oftmals zu Verteidigern der Kapitalinteressen und verstümmeln die Grundprinzipien der kommunistischen Anschauung.

Diese Verstümmelung wurde durch die oben angeführte ELP-Stellungnahme zum Kosovo wieder deutlich zutage gefördert. Es ist die Aufgabe von allen MarxistInnen, eine solche Abkehr

von den Grundfesten des Kommunismus aufzudecken und die entsprechenden Organisationen und Parteien als Feinde der historischen Interessen des Proletariats zu entlarven. In den folgenden Zeilen, soll der katastrophalen Politik der ELP und der KPÖ / LINKEN zum Kosovo eine marxistische Position gegenübergestellt werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Der Artikel von der ELP, der auch von der KPÖ und der LINKEN unterstützt wird, stellt eine Ablehnung der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker dar. Die jahrzehntelange Unterdrückung der kosovo-albanischen Bevölkerung durch den serbischen Chauvinismus wird völlig außer Acht gelassen. Ebenso wird darin die reaktionäre Position Russlands und Spaniens unterstützt, die argumentieren, dass die Unabhängigkeit des Kosovo auch andere Völker inspirieren könnte ihre Unabhängigkeit einzufordern. Wir sagen, dass dies wohl eines der positivsten, wenn auch von den Imperialisten ungewollter, Nebeneffekt der Unabhängigkeitserklärung ist: Die Stärkung des Selbstbewusstseins anderer Völker in ihrem rechtmäßigen Befreiungskampf von nationaler Unterdrückung: Sei es in Kurdistan, im Baskenland oder in Palästina.

Die ELP schreibt: *„Wir fordern die Verantwortlichen der Europäischen Union auf, nicht leichtfertig einen Präzedenzfall zu schaffen: Von Bosnien-Herzegowina bis Mazedonien und Montenegro; von Moldawien bis Georgien und Aserbaidschan; von Zypern bis Rumänien und Spanien, gibt es zahllose Risiken einer Destabilisierung. Öffnen Sie diese Büchse der Pandora nicht!“*⁶

Sieht man kurz von der politisch fatalen Analyse ab, so sieht man hier das übliche Muster der Methode der ELP und der in ihr organisierten Kräfte, ihre Ziele zu erreichen: Anbiederung an die herrschende Klasse. Die Methode des Klassenkampfes und des Ausübens von Druck von unten wird ersetzt durch eine zahme Aufforderung an das EU-Kapital. Doch das soll uns hier nicht hauptsächlich beschäftigen. Das Skandalöse an diesem Satz ist jener Teil nach dem Doppelpunkt. Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo wird abgelehnt, weil damit ein Präzedenzfall für Unabhängigkeit geschaffen werden könnte. Diese Argumentation erwartet man vom spanischen Königshaus in Bezug auf das Baskenland oder vom türkischen Kapital in Ablehnung eines eigenständigen Kurdistans. Dass eine solche Aussage aus der Feder der Ideologen der Europäischen Linkspartei stammt, in der zahlreiche sich kommunistisch nennende Parteien befinden zeigt jedoch, wie sehr der Reformismus stalinistischen Ursprungs mit der marxistischen Haltung auf Kriegsfuß steht und wiederholt auf Seiten des Chauvinismus steht.

Nebenbei bemerkt findet sich eine solche Haltung auch in den Artikeln der pseudo-trotzkistischen World Socialist Website (WSWS), die von einem Ableger der Vierten Internationale (des „Internationalen Komitees der Vierten Internationale“) betrieben wird und dessen deutsche Sektion die „Partei für soziale Gleichheit“ (PSG) ist. In einem Bericht über eine Veranstaltung in Berlin schreibt Peter Schwarz folgende Zeilen, die in erster Linie aus hohler Phrase statt auf historischen Realitäten gewachsenen Analysen bestehen: *„Nur der Zusammenschluss der Arbeiter aller Nationalitäten im Kampf für eine sozialistische Balkanföderation könne die politische und soziale Unterdrückung überwinden und die Region aus dem Würgegriff der Großmächte befreien. Ihre Aufspaltung in ethnisch begründete Kleinstaaten stehe dieser Aufgabe direkt entgegen.“*⁷ Weiter: *„Wenn eine nationale Bewegung dagegen vorwiegend für die Privilegien einer bestimmten Nationalität oder Klasse eintritt - und das ist der Charakter aller bürgerlichen Bewegungen - dann wird sie unweigerlich reaktionär.“*

MarxistInnen haben im Gegensatz dazu seit jeher das Recht einer unterdrückten Nation anerkannt, für nationale Selbstbestimmung und wenn gewünscht eine staatliche Lostrennung einzutreten und ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

⁸ Schon der internationale Sozialistenkongress im Jahr 1896 in London hat in einer Resolution folgendes festgehalten: *„Der Kongress erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.“* Auch in ihrem Programm von 1903 hält die Sozialdemokratische Russische Arbeiterpartei (die Vorläuferin der Bolschewiki) folgende Forderung fest: *„Das Selbstbestimmungsrecht für alle Nationen, die zum Staatsverband gehören“.*⁹ Auch Marx und Engels verteidigten das Recht auf Selbstbestimmung im Falle von Polen, Italien und Irland. Für andere Marxisten war die Anerkennung dieses Rechts ebenso eine Selbstverständlichkeit. In einem Brief an Engels schreibt Kautsky, der zu diesem Zeitpunkt noch eine marxistische Linie vertrat und noch nicht zu den Verrätern im Dienste des Imperialismus übergegangen ist, dass auch im Sozialismus das Selbstbestimmungsrecht der Völker seine volle Gültigkeit behält: *„Das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eignen Sieg zu untergraben.“*¹⁰

Wir sehen also, dass der Marxismus auch im Gegensatz zum Proudhonismus¹¹ die Frage von nationaler Unabhängigkeit keineswegs unterschätzte. Natürlich kann man sagen, dass der Sozialismus diese Frage nicht mehr aufwirft, da alle Völker in einer sozialistischen Gesellschaft gleichberechtigt sind. Jedoch ist diese Aussage mehr ein Gemeinplatz, der auf abstrakte Worte statt konkrete Analysen setzt. Denn er vergisst, dass der Kampf gegen nationale Unterdrückung auch ein Schritt im Weg des proletarischen Kampfes zur Abschüttelung der Kapitalherrschaft ist.

Der Kosovo ist hierbei ein gutes Beispiel. Die serbischen Machthaber konnten jahrzehntelang die serbische ArbeiterInnenklasse durch anti-albanische Hetze von den wirklichen Ursachen der sozialen Probleme im eigenen Land ablenken und benutzten den Chauvinismus gezielt für diese Zwecke. Deswegen unterstützten marxistische RevolutionärInnen den Kampf der Kosovo-AlbanerInnen gegen die nationale Unterdrückung und für einen eigenen Staat und verbanden diesen Kampf mit der Losung der sozialistischen Balkanföderation.¹²

Durch die historische serbische Unterdrückung verfestigte sich der Nationalismus im Bewußtsein der Kosovo-AlbanerInnen. Die nach dem reaktionären Krieg der NATO gegen Serbien und der imperialistischen Besetzung des Kosovo im Jahre 1999 neu entstandenen Eliten in Kosova konnten dadurch die kosovarische ArbeiterInnenklasse, die kurz vor der vollkommenen Verelendung steht, durch ihren Nationalismus an sich binden und sogar eine breite Unterstützung für die EULEX-Mission der EU gewinnen, die die Stationierung von 2.000 Schreiberlingen und Militärs der EU vorsieht und einen EU-Kommissar mit vollem Vetorecht ausstattet. Dieser Kommissar hat sowohl die Möglichkeit, Gesetze abzulehnen als auch MinisterInnen abzusetzen. Die nationale Unterdrückung des Kosova ist somit sowohl für die serbische als auch für die albanisch-kosovarische ArbeiterInnenklasse ein Hindernis zur Abschüttelung der Kapitalherrschaft in diesem Gebiet. Mehr sogar: Solange die serbische ArbeiterInnenklasse an den reaktionären serbischen Chauvinismus und somit an die eigene Bourgeoisie gebunden ist, wird ein Kampf gegen das Kapital nicht nur erschwert sondern gar verunmöglicht. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des Kosova durch die serbische ArbeiterInnenbewegung wäre somit der erste Schritt zu ihrer Freiheit.

Während sich die ELP gar nicht die Mühe macht, ihre

Ablehnung der kosovarischen Unabhängigkeitsbestrebungen in linkem Gewand zu tarnen, versucht die WSWs ihre Position durch die reaktionäre Rolle des Nationalismus zu begründen. Was für ein eklektisches Weltbild muss man besitzen, um zwischen verschiedenen Formen des Nationalismus nicht unterscheiden zu können?! Natürlich ist es die Aufgabe von MarxistInnen für internationale Solidarität und einem internationalen Zusammenschluss der ArbeiterInnenklasse zu kämpfen. Jedoch bedeutet internationale Solidarität auch, das Recht anderer Völker zur Selbstbestimmung anzuerkennen, die sich als unterdrückte Nation von blutiger Repression befreien wollen.

Zwischen den einzelnen Nationen und deren Nationalismus muss eine wichtige Unterscheidung gemacht werden. Handelt es sich beim Nationalismus unterdrückter Nationen in erster Linie um eine Reaktion auf kompromisslose polizeiliche, militärische Unterdrückung und wirtschaftliche Überausbeutung ist der Nationalismus der unterdrückenden Nation ein ideologisches Hilfsinstrument zur Absicherung dieser Unterdrückung und Ausbeutung. Lenin schreibt dazu: „Im kapitalistischen Staat [bedeutet] die Ablehnung der Freiheit der Selbstbestimmung, d.h. der Lostrennung der Nationen, nur eine Verteidigung der Privilegien der herrschenden Nation und der Polizeimethoden in der Verwaltung zum Schaden der demokratischen Methoden.“¹³ Im Endeffekt bedeutet die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der KosovarInnen mit allgemeinen Phrasen des Internationalismus in letzter Instanz – und dies sei hier ausdrücklich betont – eine Stärkung des serbischen Nationalismus. Auch zu dieser rein auf logischem Denken begründeten Schlussfolgerung schreibt Lenin an Rosa Luxemburg, die eine Unabhängigkeit Polens unter anderem mit dem Argument der Stärkung des polnischen Nationalismus abgelehnt hat: „Es erweist sich, daß Rosa Luxemburg aus Furcht vor dem Nationalismus der Bourgeoisie der unterdrückten Nation in Wirklichkeit dem Nationalismus der großrussischen Schwarzhunderter in die Hände spielt!“¹⁴

Es ist klar, dass die Unabhängigkeit in Kosova keineswegs erreicht ist, sondern die Abhängigkeit von Serbien durch eine Abhängigkeit von der EU ersetzt wurde. Jedoch müssen MarxistInnen gerade deshalb und gerade jetzt noch vehementer für das Recht der KosovarInnen auf Unabhängigkeit eintreten. Die Schein-Unabhängigkeit des Kosovo mag für die ELP-Reformisten zuviel Unabhängigkeit sein. Für MarxistInnen ist sie zuwenig Unabhängigkeit.

Ebenso ist klar, dass der Drang nach Unabhängigkeit in erster Linie durch Hoffnungen nach Verbesserung der katastrophalen sozialen und ökonomischen Lage der kosovarischen ArbeiterInnenklasse genährt ist. Eine solche Verbesserung sich nur entfalten kann, wenn nicht nur die fremde Beherrschung (vorher durch Serbien und jetzt durch die EU), sondern auch die Beherrschung durch die eigenen KapitalistInnen beseitigt wird. Die Forderung nach einer sozialistischen Balkanföderation ist dadurch keineswegs eine utopische Vorstellung, sondern die einzige Lösung, die der Entwicklungsgeschichte der dortigen Region Rechnung trägt und auf eine sowohl von nationaler Unterdrückung als auch von kapitalistischer Ausbeutung befreite Zukunft weist. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts – nun ausgeübt gegen die EU und nicht gegen Serbien, d.h. den Rauswurf sowohl der EULEX als auch der NATO-Truppen – muss der erste Schritt in diesem Kampf sein. Dieses Recht auf Selbstbestimmung gilt auch für die serbische Minderheit in Kosova, wenn sie eine Abspaltung von Kosova und einen Anschluss an Serbien wünscht.¹⁵

Die Fetischisierung der UN-Resolution

Ein weiterer Versuch der ELP, ihre von Grund auf reaktionäre Herangehensweise zu begründen, liegt in der Bezugnahme auf bestehendes Recht, konkret auf die im Jahr 1999 verabschiedete UNO-Resolution 1244, die Kosova als serbische Provinz defi-

niert. Abgesehen davon, dass die Anbietung und die Niederwerfung vor der imperialistischen Institution UNO wieder einmal sehr deutlich zum Vorschein kommt, ist dies eine Position, die auch nur jeden elementaren kritischen Anspruch über das Zustandekommen dieser Resolution vermissen lässt. Denn im Endeffekt ist dies eine Resolution, die vom EU-Imperialismus vorangetrieben wurde, um mit größtmöglicher politischer Akzeptanz seine Herrschaft auf dem Balkan weiter forcieren zu können. Auf der einen Seite wird Serbien beruhigt, indem zugesichert wird, Kosova verbleibe Teil Serbiens und auf der anderen Seite wird Kosova durch das Versprechen beruhigt, die UNO würde sich um den politischen Prozess der Autonomie und vielleicht auch der Lostrennung Gedanken machen. Diese Denksport-Aufgabe wurde jedoch auch mit 16.000 NATO-Soldaten unterstützt, die im Endeffekt als militärische Unterstützung der europäischen Kapitalherrschaft durch die kosovarischen Vasallen diene.

Ein kriminelles Recht, formuliert und beschlossen durch eine kriminelle Organisation kann also für MarxistInnen nicht ausschlaggebend für eine Positionsfindung sein. Vielmehr müssen die Interessen der ArbeiterInnenklasse des Balkans im Vordergrund stehen, die im Endeffekt in einem diametralen Gegensatz zu der UN-Resolution stehen.

Allgemein ist für MarxistInnen das politische Recht nicht mehr als eine juristische Formulierung der Klassegegensätze. Recht ist daher im bestehenden System des Kapitalismus in erster Linie das Recht von und für die herrschende Klasse. Lenin sagte dazu: „Was ist denn politisches Recht, wenn nicht die Formulierung, die Registrierung der Kräfteverhältnisse?“¹⁶

Bürgerliches Recht als Gradmesser der politischen Positionierung zu verwenden, muss also gleichzeitig nicht nur eine Abkehr von den proletarischen Interessen sein, sondern vielmehr eine Aufgabe der unabhängigen Organisation des Proletariats. Unabhängig sowohl von bürgerlicher Einflussnahme innerhalb der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung als auch Unabhängigkeit gegenüber bestehenden Rechtsverhältnissen, die im Endeffekt nur zur Aufrechterhaltung der Kapitalherrschaft bzw. anders betrachtet zur Niederhaltung des Proletariats dienen. Ein wunderbares Beispiel dafür liefert ein vor kurzem getroffenes Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Eine lettische Baufirma hatte Aufträge in Schweden bekommen, wollte jedoch dem schwedischen Tarifmodell nicht beitreten und hat dadurch Löhne unterhalb des schwedischen Kollektivvertrags gezahlt. Daraufhin traten die schwedischen Gewerkschaften in Streik und initiierten Blockadeaktionen. Der EuGH entschied daraufhin, dass die schwedischen Gewerkschaften diesen Widerstand einstellen sollten, da er wettbewerbsverzerrend sei und gab der lettischen Baufirma Recht. Was, wenn nicht die juristische Formulierung der Klassenherrschaft, wird durch dieses Urteil dargestellt? Der Fetischismus der ELP von bestehendem bürgerlichen Recht und von UNO-Resolutionen ist eine potentielle Quelle für ein weiteres Niederknien vor den bürgerlichen Institutionen.

Was steckt hinter der Prinzipienlosigkeit der ELP?

Im Laufe ihrer Geschichte wandelten die einzelnen offiziellen kommunistischen Parteien ihren Charakter. Als proletarische Kampfparteien gegründet – in Österreich am 3. November 1918 und in Deutschland am 1. Jänner 1919 – die einen Kampf für eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft führten, wurden sie nach der Machtergreifung Stalins zuerst zu Instrumenten der reformistischen Politik Moskaus und der Komintern und danach auch zu direkten Helfern der kapitalistischen Politik. So nahm die KPÖ an der kapitalistischen Koalitionsregierung mit SPÖ und ÖVP von 1945 bis 1947 teil und förderte somit nicht den Zerfallsprozess des Kapitalismus, sondern vielmehr dessen Restauration. Diese Praxis musste mit

einer groß angelegten Revision des Programms einhergehen. Sprach die KPÖ 1921 noch davon, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, so sagte sie in ihrem Programm von 1946, dass es gute und böse Bourgeois gibt, mit denen die ArbeiterInnenklasse zusammenarbeiten könne und ermöglichte dadurch eine klassenversöhnliche Politik. In Deutschland – wo die KPD einen ähnlichen Kurs fuhr – zeigte sich diese Herangehensweise ebenfalls sehr deutlich nach dem zweiten Weltkrieg. So verkündete die KPD, dass es nicht um Sozialismus, sondern um den Aufbau einer antifaschistischen und demokratischen Ordnung ginge. Bei allen demokratischen Phrasen hieß dies jedoch im Endeffekt zwei Dinge: Erstens der Wiederaufbau des Kapitalismus und damit der Macht des Großkapitals; Zweitens aber auch eine Verweigerung die Lehren aus der Entstehung des Faschismus als radikale Bewegung im Interesse des Großkapitals zu ziehen. Dieser Degenerationsprozess der einzelnen kommunistischen Parteien setzte sich im Großen und Ganzen bis heute in Österreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern fort. Durch diese historische Entwicklung sind also die falschen und verräterischen Positionen der heutigen KPÖ, der Linken und der ELP zu erklären. Nach wie vor versuchen die einzelnen Sektionen der ELP in einflussreiche Positionen zu kommen – auch wenn dies die Aufgabe jeglicher Prinzipien bedeutet. Die Auswirkungen der klassenversöhnlichen Volksfrontpolitik zeigte sich auch deutlich im Programm der deutschen LINKE: *„Bündnis gegen den Neoliberalismus: Seine Überwindung wird nur gelingen, wenn sich in der Gesellschaft ein breites Bündnis und eine politische Sammlungsbewegung für einen Richtungswechsel formieren. Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig Arbeitenden in Deutschland und im europäischen und internationalen Maßstab aus. Wir wollen zu einem sozialen Bündnis beitragen, das hochqualifizierte Beschäftigte und Kernbelegschaften wie auch in unsicheren und Teilzeitarbeitsverhältnissen Tätige sowie Erwerbslose, Selbständige und sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer, Beamtinnen und Beamte zusammenführt.“* ¹⁷ Es wird hier also deutlich davon gesprochen, dass ein Bündnis gegen den Neoliberalismus geschmiedet werden soll, das auch „sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer“ miteinbeziehen soll. Oft schon in der Geschichte hat eine solche Andienung an den Kapitalismus mit einem Kampf genau jener Kapitalisten gegen linke Organisationen und Parteien geführt, nämlich genau dann, wenn das Bürgertum wieder in einer stärkeren Position war und die linke Flankendeckung nicht mehr nötig hatte. Die LINKE spielt heute diese traurige Rolle und erweist sich überall dort, wo sie in der Regierung ist (zurzeit z.B. in Berlin), als demütige Dienerin der Kapitalinteressen, indem sie versucht neoliberalen Projekten einen sozialen Anstrich zu verleihen.

Doch auch dem Kampf für den Sozialismus haben die KPÖ und die ELP abgeschworen. Sie beschränken sich auf Reformen innerhalb der bestehenden Ordnung. In ihrem aktuellen Programm schreibt die KPÖ sogar von der Möglichkeit einer *„gemischten Wirtschaft“*, d.h. sie sind nun auch endgültig vom Ziel der Planwirtschaft abgedriftet: *„Die Erfahrung des gescheiterten ‚Realsozialismus‘ ergibt, daß zum Aufbau einer effektiven, erneuerungsfähigen Wirtschaft gehört, Verantwortung so weit wie möglich zu dezentralisieren. Gesellschaftliche Planung und Koordination über Märkte schließen einander dabei nicht aus.“* ¹⁸

Doch auch andere Parteien innerhalb der ELP praktizieren eine Politik der Unterstützung imperialistischer und kapitalistischer Politik. So hat die italienische Sektion der ELP, Partito Rifondazione Comunista (PRC), sogar einem Einsatz italienischer Truppen im Libanon als Instrument zur Weiterführung des israelischen Angriffskrieges im Jahr 2006 zugestimmt ebenso wie der Verlängerung des Afghanistaneinsatzes. Hier wurden also Truppensendungen befürwortet, die offensichtlich imperialistische Machtinteressen im Nahen Osten vorantreiben. Ebenso hat sich die PRC bei einer Abstimmung zur Frage der

Erhöhung des Pensionsantrittsalters enthalten und nicht dagegen gestimmt.

Für die Schaffung einer revolutionären Partei!

Wir können es also nur noch einmal wiederholen. Die ArbeiterInnenklasse muss überall dort, wo solche Parteien einen gewissen Einfluss haben, vor dem unausweichlichen Verrat durch diese Parteien gewarnt werden. Doch unsere Aufgabe besteht nicht nur darin Warnungen auszusprechen, sondern aktiv in das Geschehen des Klassenkampfes einzugreifen. Denn der Kampf gegen die bürgerlichen Agenten innerhalb der ArbeiterInnenbewegung, der Kampf gegen Reformismus und Zentrismus kann nur erfolgreich sein, wenn eine revolutionäre Partei aufgebaut wird, deren Strategie sich an den tatsächlichen Bewegungen des Klassenkampfes orientiert und somit zur Speerspitze im Kampf der ArbeiterInnenklasse wird. Kampf gegen Reformismus und Bürokratie bedeutet Aufbau der revolutionären Partei.

Eine solche Partei, deren einziges Ziel in der Aufhebung der Klassengesellschaft durch eine revolutionäre Umwälzung der Produktions- bzw. Eigentumsverhältnissen bestehen kann, muss unabdingbar auf dem Boden eines revolutionär-marxistischen Programms stehen. Eine solche Partei muss in allen Bewegungen gegen den Einfluss reformistischer Parteien ankämpfen, die im Endeffekt die ArbeiterInnen beruhigen und näher an das System schweißen, als sie davon loszubrechen. Egal ob in Parteien, in Gewerkschaften, in sozialen Bewegungen: Der Kampf gegen bürokratische Entartungen muss mit Hilfe von Komitees an der Basis mit gewählten und abwählbaren Führungen geführt werden. Nur so ist es in letzter Instanz möglich den Einfluss von reformistischen / kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften innerhalb solcher Bewegungen zurückzudrängen und die Klassenunabhängigkeit des Proletariats und seiner Aktionen sicherzustellen.

Eine solche Partei muss auch von Anfang an unter dem Banner des Internationalismus aufgebaut werden, damit von Beginn an Klassenkämpfe – auch solche gegen nationale Unterdrückung – im Geiste des Internationalismus geführt werden. Die nationale Frage wird auch in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen, wenn die imperialistische Monopolbourgeoisie gezwungen ist, andere Länder noch mehr auszupressen, um ihre Profite zu sichern. In Zeiten der kapitalistischen Krise, wie wir sie heute erleben, wird diese Form der Unterdrückung und Ausbeutung immer unverblümter und immer heftiger ausfallen. Neben den Halbkolonien im Nahen Osten und in Asien wird vor allem Afrika in Zukunft wieder vermehrt das Interesse der Bourgeoisie erheischen. Die ersten Vorboten für eine neuerliche Versklavung des afrikanischen Kontinents sind die Einsätze der UNO und der deutschen Bundeswehr im Kongo, die Intervention der EU und des österreichischen Bundesheers im Tschad und die militärische Einflussnahme Frankreichs in der Elfenbeinküste.

Mit diesen wirtschaftlichen und militärischen Herausforderungen konfrontiert, versucht die europäische Bourgeoisie mit allen Mitteln eine engere vertragliche Bindung der einzelnen Mitgliedsstaaten durch den EU-„Reform“-Vertrag zu schaffen. Es ist deshalb die Pflicht aller fortschrittlichen Organisationen Widerstand gegen diese Pläne zu organisieren. Wir können uns jedoch sicher sein: Die ELP oder die KPÖ werden auch in dieser Frage nicht konsequent sein. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass sie statt auf Massenmobilisierungen zu setzen, eher auf Zusammenarbeit mit Prominenten und etablierten Kräften der Zivilgesellschaft bauen. Umso mehr ist auch hier wieder ein Aufbau einer konsequent revolutionären Alternative gefragt, die einen Widerstand über die nationalstaatlichen Grenzen organisieren muss.

Heute existiert eine solche revolutionäre Partei nicht, die diese Fülle von Aufgaben erfüllen könnte. Deshalb haben sich die Liga der Sozialistischen Revolution gemeinsam mit unseren

GenossInnen in der Liga für die 5. Internationale den Aufbau einer solchen Partei in Österreich und weltweit auf die Fahnen geschrieben. Dieser Kampf muss heute beginnen, weil uns die Geschichte gezeigt hat, dass der Aufbau einer solchen Partei innerhalb einer revolutionären Situation, d.h. in einer Situation des Aufstandes der Werktätigen gegen die Kapitalherrschaft, zu

spät kommt. Vielmehr muss schon heute versucht werden, eine wachsende Verankerung innerhalb der Klasse zu gewinnen, um für zukünftige Kämpfe ausreichend gewappnet zu sein.

F u ß n o t e n

¹ http://www.stopthebomb.net/img/anzeige_falter.pdf

² „Kosovo: Die Büchse der Pandora nicht öffnen!“ Gemeinsame Erklärung von Tiny Kox, Vorsitzender der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken beim Europarat, und Francis Wurtz, Vorsitzender der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke im Europäischen Parlament; [http://www.kpoe.at/index.php?id=76&tx_ttnews\[pointer\]=1&tx_ttnews\[tt_news\]=454&tx_ttnews\[backPid\]=10&cHash=e6eef65385](http://www.kpoe.at/index.php?id=76&tx_ttnews[pointer]=1&tx_ttnews[tt_news]=454&tx_ttnews[backPid]=10&cHash=e6eef65385); siehe ebenso: ELP: To keep international law as basis for any solution for the future status of Kosovo, 17. February 2008, http://www.european-left.org/nc/english/news/news_archive/news_archive/zurueck/atest-news-home/artikel/to-keep-international-law-as-basis-for-any-solution-for-the-future-status-of-kosovo/

³ Laut einer griechischen Sage hat Zeus Pandora eine Büchse geschenkt, die nach ihrer Öffnung alles Unheil über die Welt hereinbrechen ließ.

⁴ Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse durch die Bourgeoisie. Das von den ArbeiterInnen geschaffene und sich in Waren verkörpernde gesellschaftliche Wertprodukt wird von der Klasse der Produktionsmittelbesitzern – den Kapitalisten – angeeignet. Der Arbeiter bzw. die Arbeiterin bekommt nur einen Teil dieses Wertproduktes in Form des Lohns ausgezahlt. Dadurch wird die Wiederherstellung der Arbeitskraft – die für den Kapitalisten ja nur eine Ware ist – ermöglicht und somit auch die Aufrechterhaltung des Fortgangs des Ausbeutungsprozesses. Den restlichen Teil des vom Arbeiter geschaffenen Wertproduktes behält sich der Kapitalist als Mehrwert. Wie groß dieser Anteil dann genau ist, hängt nicht zuletzt vom Kampf zwischen diesen beiden Klassen ab.



Programm der LFI
Zu bestellen über
unsere Kontaktadresse

⁵ Nebenbei ist dies ein gutes Beispiel dafür, dass für MarxistInnen die Politik – aufgefasst als sich organisatorisch manifestierende Ideologie – sich nicht immer den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und Notwendigkeiten unterordnet, sondern auch gesellschaftliche Entwicklung hemmen kann.

⁶ Siehe dazu:

[http://www.kpoe.at/index.php?id=23&tx_ttnews\[tt_news\]=454&tx_ttnews\[backPid\]=2&cHash=3069738cc6](http://www.kpoe.at/index.php?id=23&tx_ttnews[tt_news]=454&tx_ttnews[backPid]=2&cHash=3069738cc6) bzw. [http://www.die-linke.de/index.php?id=251&tx_ttnews\[tt_news\]=1458&tx_ttnews\[backPid\]=35&no_cache=1](http://www.die-linke.de/index.php?id=251&tx_ttnews[tt_news]=1458&tx_ttnews[backPid]=35&no_cache=1)

⁷ Siehe dazu: <http://www.wsws.org/de/2006/nov2006/kosovon28.shtml>

⁸ Zur Herangehensweise der Liga der 5. Internationale an die nationale Frage siehe u.a. unsere Thesen „Nationalismus, Nationalstaat und nationale Befreiung“ (1994), in: Revolutionärer Marxismus Nr. 15; <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/alt/rm15nationalefrage.html>

⁹ Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (1903); in: Boris Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903-1961, Köln 1965, S.118

¹⁰ Friedrich Engels: Brief an Karl Kautsky (1882), in: MEW 35, S. 358

¹¹ Prodhon war ein führender anarchistischer Theoretiker, der die Existenz von Nationen von Grund auf als reaktionär beurteilte.

¹² Zu unserer Einschätzung und Haltung zum nationalen Befreiungskampf der Kosovo-AlbanerInnen siehe u.a.: „Für das nationale Selbstbestimmungsrecht der AlbanerInnen im Kosovo! Einem Aufstand entgegen!“ (ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 88, <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/alt/ast88kosovo.html>); Diskussion über die Frage der Balkanföderation und der internationalen ArbeiterInnensolidarität: Welche Perspektive für den Balkan? (aus ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 90, <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/alt/ast90kosovo.html>) sowie zahlreiche weitere Artikel, die sich auf unserer Homepage unter http://arbeiterinnenstandpunkt.net/alt/standpunkte_europa_kos.html finden. Ebenso haben wir 1998 ein Aktionsprogramm veröffentlicht: „Freiheit für Kosova! Ein revolutionäres Aktionsprogramm“.

¹³ Lenin: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: LW, Bd. 20, S. 426.

¹⁴ ebenda, S. 418.

¹⁵ Zur genaueren Analyse der Unabhängigkeitserklärung durch den Kosova, sei auf den Artikel unserer deutschen Schwestersektion verwiesen, der eine umfassende und sehr konkrete Analyse bietet: Martin Suchanek, Kosova: Nein zum imperialistischen Protektorat, siehe: <http://www.arbeitermacht.de/infomail/348/kosova.htm>

¹⁶ Lenin: Drei Interpellationen, in: LW, Bd. 17, S. 435.

¹⁷ Programmatische Eckpunkte, S. 16, siehe: http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/iv_fue_r_einen_richtungswechsel/

¹⁸ Grundzüge einer (Neu-)Orientierung, aktuelles Parteiprogramm der KPÖ aus dem Jahr 1994. Zu finden auf: http://www.kpoe.at/index.php?id=24&tx_ttnews%5BbackPid%5D=5&tx_ttnews%5Bpointer%5D=51&tx_ttnews%5Btt_news%5D=39&cHash=667690da79

Wie der Spezismus den Marxismus verstümmelt

TIERBEFREIUNG ALS TEIL DES REVOLUTIONÄREN PROGRAMMS?

von Roman Birke

Bis vor kurzem waren die diversen Tierbefreiungs- bzw. Tierrechtsgruppen offensichtliche kleinbürgerliche Strömungen, die sich in keinsten Weise auf die ArbeiterInnenklasse orientiert haben. Versuche, größere Aktionen zu diesem Thema zu machen, sind zumindest in Österreich bisher gescheitert. Ähnlich verschiedener NGOs bauen diese Gruppen vor allem auf direkte Aktionen auf der Straße. In ihrer Propaganda schreckten manche auch nicht davor zurück, die Tötung von Tieren mit dem Holocaust gleichzusetzen, indem Bilder von Massentierhaltungen Bildern von Leichenbergen in den KZs gegenübergestellt wurden. Seit kurzem gibt es in dieser Bewegung auch Versuche die Tierbefreiung mit marxistischen Argumenten zu begründen. Vor allem Marco Maurizzi sei an dieser Stelle genannt, der mittlerweile eine prominente Stellung in dieser Bewegung gewonnen hat. Wir wollen dies zum Anlass nehmen, um nachzuweisen, dass der sogenannte Speziesismus die Grundprinzipien des Marxismus einer Revision unterziehen muss, um ihn als Argumentationshilfe heranzuziehen. Deshalb legen wir in diesem Artikel eine Reihe von Grundprinzipien der marxistischen Anschauung zur Natur, zur Umwelt, zu Pflanzen und Tieren dar.

Dieser Artikel erhebt nicht den Anspruch auf die unterschiedlichen Theorien der Tierbefreiungsgruppen genau einzugehen. Die ideologische Vielfalt ist in diesem Spektrum sehr hoch und reicht von bürgerlichen Akademikern über kleinbürgerliche Radikale bis zum individuellen Anarchismus. Es wird deshalb lediglich versucht, auf die populärsten und die am meisten verwendeten Argumente einzugehen, die fast für alle Tierbefreiungsgruppen zum theoretischen Grundstock gehören. Ebenso möchte der Artikel nicht auf alle Aspekte der Theorie von Maurizzi eingehen, da dies ebenso eine grundlegende Kritik an der Frankfurter Schule und der kritischen Theorie von Horkheimer zur Notwendigkeit machen würde. Doch das würde den Rahmen dieses Artikels zweifelsohne sprengen.

Auf den ersten Blick scheint Tierbefreiung ein exotisches Thema zu sein, das mit dem Marxismus nichts am Hut hat. Marxistische Literatur zu diesem Thema ist kaum vorhanden, ebenso gibt es innerhalb der Linken kaum eine Diskussion zu diesem Thema. Nichtsdestotrotz wäre es falsch, würde man sagen, der Marxismus hätte keine Position zu dieser Fragestellung. Denn in Wirklichkeit musste sich die Philosophie des Marxismus stark mit Fragen der Naturwissenschaft auseinandersetzen, um zu beweisen, dass sich die Methode des dialektischen Materialismus nicht nur auf die Produktionsverhältnisse der menschlichen Gesellschaft anwenden lässt, sondern eine weltanschauliche Bedeutung als wissenschaftliche Methode hat, d.h. auch in den Naturwissenschaften anwendbar ist. Engels bahnbrechendes Werk „*Dialektik der Natur*“ legt einen eindeutigen Beweis hiervon ab. Der Artikel möchte die grundlegenden Anschauungen in diesem Bereich auf eine populäre und somit stellenweise notwendigerweise oberflächliche Form schrittweise darlegen und die einzelnen Argumente in einen Bezug zur Tierbefreiungsideologie setzen. Unter dem Begriff Tierbefreiung werden hier alle Gruppen und Ideologien verstanden, die sich mit der Frage von Tierrechten in der einen oder anderen Weise auseinandersetzen.

Ein zentraler Punkt, der von diversen Tierbefreiungs-„Theoretikern“ in den Vordergrund gerückt wird, ist die Existenz von Mensch und Tier auf derselben Ebene. Deutlich

wird diese Herangehensweise auch im Sprachgebrauch diverser Tierbefreier.

Stehen Mensch und Tier auf einer Stufe?

Die Unterscheidung zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Tieren zeigt deutlich, dass man hier versuchen möchte, Tier und Mensch auf eine Stufe zu stellen und die offensichtlich bestehenden Unterschiede auf eine reine Unterscheidung des „Aussehens“ zurückführen möchte. Diese Auffassung wird von den Tierbefreier selbst als Anti-Speziesismus bezeichnet, also als eine gegen die Unterscheidung der Tierwelt in Spezies gerichtete Politik. Dies mutet insofern eigenartig an, da der Begriff Spezies oder auch Art gerade dazu verwendet wird, um Merkmale morphologischer (die Struktur des Organismus betreffend) bzw. physiologischer (Körperbau, etc.) Natur einer bestimmten Gruppe von Lebewesen deutlich von anderen Gruppen von Lebewesen abzugrenzen. Dass Unterschiede dieser Art zwischen einer Forelle und einem Tiger existieren, wird man wohl kaum abstreiten können. Meines Wissens tun dies diverse Tierbefreier auch nicht explizit. Nichtsdestotrotz wird hier mit verwirrenden Worten operiert, die sich eigentlich (sowie das Wort Anti-Speziesismus) gegen Binsenweisheiten richten.

Als erster Punkt unserer Schlussfolgerungen sollte somit eine Klarstellung stehen: Der Marxismus anerkennt die unterschiedlichen Spezies in der Tierwelt als Resultate besonderer evolutionärer Entwicklungen. Unter evolutionär verstehen wir nicht eine von vornherein festgelegte Entwicklung, die ihre einzelnen Schritte nach einem festgelegten Zeitprogramm durchläuft, sondern eine dialektische Entwicklung. Wir verstehen im Gegensatz zur metaphysischen Analyse, dass die Entwicklung der Natur nur dialektisch, d.h. in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und Beeinflussung, verstanden werden kann. So beeinflusst das Abgrasen von Wiesen durch Schafe nachhaltig die Möglichkeiten wie und welche Tierarten sich in diesen Bereichen entwickeln können. Der Mensch beeinflusst und beeinflusst ebenso durch seine Wanderbewegungen die Transferierung von Tierarten bzw. werden Wanderbewegungen bei Tierarten auch oft durch klimatische Veränderungen ausgelöst. Diese Tierarten passten sich an diese neuen Umgebungen im Laufe der Evolution an und entwickelten sich weiter, bildeten sich zurück oder starben gar aus. Dieses einfache Beispiel muss durch millionenfache Abstufungen und millionenfachen sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren potenziert werden, um eine annähernde Vorstellung zu bekommen, wie diese wechselseitige Beeinflussung der natürlichen Vorgänge sich auf die Natur als gesamtes auswirken. Die mannigfachen Arten der Tierwelt haben sich als Resultat dieser für das Überleben der Art notwendigen Anpassungen ergeben. Der Mensch erfüllt auch dieses Muster. Im Laufe der Entwicklung hat er sich an die ihn umgebenden objektiven Begebenheiten angepasst. Diese Entwicklung bleibt natürlich nicht stehen, sondern schreitet in der ganzen Tier- und auch Pflanzenwelt voran.

Wir begreifen diese Entwicklung als eine den ganzen tierischen und auch menschlichen Organismus umfassende. Auch die Pflanzenwelt hat sich in der Geschichte immer wieder an unterschiedliche klimatische Veränderungen angepasst. Auch der Mensch stellt hier keine Ausnahme dar, sondern unterliegt den

gleichen Gesetzen der Naturwissenschaft. Engels gibt in einem Kapitel seiner Abhandlung „*Dialektik der Natur*“ einen tiefgehenden Einblick in diese Thematik, indem er die Verbindung zwischen der Entwicklung der Sinnesorgane und anderer menschlicher Fähigkeiten auflistet.

*„Wie schon die Sprache in ihrer allmählichen Ausbildung notwendig begleitet wird von einer entsprechenden Verfeinerung des Gehörorgans, so die Ausbildung des Gehirns überhaupt von der der sämtlichen Sinne. Der Adler sieht viel weiter als der Mensch, aber des Menschen Auge sieht viel mehr an den Dingen als das des Adlers. Der Hund hat eine weit feinere Spürnase als der Mensch, aber er unterscheidet nicht den hundertsten Teil der Gerüche, die für diesen bestimmte Merkmale verschiedener Dinge sind. Und der Tastsinn, der beim Affen kaum in seinen rohsten Anfängen existiert, ist erst mit der Menschenhand selbst, durch die Arbeit, herausgebildet worden. Die Rückwirkung der Entwicklung des Gehirns und seiner dienstbaren Sinne, des sich mehr und mehr klärenden Bewußtseins, Abstraktions- und Schlußvermögens auf Arbeit und Sprache gab beiden immer neuen Anstoß zur Weiterbildung, einer Weiterbildung, die nicht etwa einen Abschluß fand, sobald der Mensch endgültig vom Affen geschieden war, sondern die seitdem bei verschiedenen Völkern und zu verschiedenen Zeiten verschieden nach Grad und Richtung, stellenweise selbst unterbrochen durch örtlichen und zeitlichen Rückgang, im ganzen und großen gewaltig vorangegangen ist“*¹

Die Frage, die sich im Zuge unserer Darstellung als nächstes aufwirft, ist offensichtlich. Wenn der Mensch so viele Gemeinsamkeiten in seiner Entwicklung mit der Tierwelt aufweist, gibt es etwas, das den Menschen qualitativ von Tieren unterscheidet? Die quantitative Unterscheidung zwischen Mensch und Tier wird wohl niemand leugnen. Doch hier interessiert uns, ob der Mensch Eigenschaften hat, die ihn vom Tier grundlegend verschieden machen. Dies ist insofern interessant, da von diversen Tierbefreiern eigentlich immer nur die Gemeinsamkeiten (wie z.B. die Möglichkeit Schmerz zu empfinden) in den Vordergrund gestellt werden. Wir werden weiter zu fragen haben, ob sich aus qualitativen Differenzen auch unterschiedliche Rechte ergeben.

Auch hier ist die Darstellung von Engels sehr klar und tiefgehend. Im Folgenden beziehe ich mich deshalb auf die Ausführungen von Engels. Er definiert den Hauptunterschied zwischen Mensch und Tier durch die Arbeit, die im Endeffekt auch den Ausschlag für die Entwicklung des Affen zum Menschen gegeben hat. Durch die Entwicklung des aufrechten Gangs war es dem Menschen möglich, seine Hand zu anderwärtigen Tätigkeiten als die des Ganges zu nutzen. Somit entwickelte der Mensch schon recht früh einfache Werkzeuge. Diese Entwicklung ist ein zentraler Punkt unserer Analyse. Denn durch die Nutzbarmachung verschiedener natürlicher Stoffe, hat der Mensch gleichzeitig die Grundlage zur Beherrschung der Natur gelegt. Er war somit nicht mehr einzig und allein Spielball der natürlichen Entwicklung, sondern hat bewusst² in die natürlichen Vorgänge (inklusive der Tierwelt) eingegriffen und sich diese Fähigkeit für den eigenen Vorteil zunutze gemacht.³

Marx schreibt dazu im Kapital: *„Neben bearbeitetem Stein, Holz, Knochen und Muscheln spielt im Anfang der Menschengeschichte das gezähmte, also selbst schon durch Arbeit veränderte, gezüchtete Tier die Hauptrolle als Arbeitsmittel. Der Gebrauch und die Schöpfung von Arbeitsmitteln, obgleich im Keim schon gewissen Tierarten eigen, charakterisieren den spezifisch menschlichen Arbeitsprozeß, und Franklin definiert daher den Menschen als ‚a toolmaking animal‘, ein Werkzeuge fabrizierendes Tier.“*⁴

Aus dieser elementaren Form der Arbeit resultierten zum einen ein Zusammenwachsen der Menschen in den Urgesellschaften und zum anderen eine embryonale Form der arbeitsteiligen Gesellschaft. Die mitgebrachte Form der Kommunikation über Laute und Zeichen stieß schnell an ihre Grenzen und so entwickelte sich die menschliche Sprache. Die Herausbildung der Sprache erhöhte natürlich den Grad der Arbeitsteilung genauso

wie der höhere Grad der Arbeitsteilung zur Entwicklung bzw. Verkomplizierung der Sprache beitrug.

Dieser kurze Überblick der Evolution soll aufzeigen, dass der Mensch durch seine Entwicklung die Beherrschung über die Natur immer weiter ausgedehnt hat und dies selbst ein elementarer Bestandteil der menschlichen Entwicklung war. Vergessen wir nicht, dass einer der Schlüsselstellen in der menschlichen Entwicklung die neolithische Revolution war; also jener Fortschritt, der dem Menschen die Fähigkeit gab, Tiere zu halten und zu züchten und Ackerbau zu betreiben. Erst damit wurde die Grundlage für Sesshaftigkeit und somit im entfernten Sinne auch für die moderne Zivilisation gelegt. Die daraus resultierende Entwicklung der Städte verdrängte die dort ansässige natürliche Umgebung. Dies ist ein Prozess, den wir bis heute beobachten können. Kurz gesagt ist die gesamte menschliche Entwicklung ein Prozess der Beeinflussung und Beherrschung der Natur genauso wie die menschliche Entwicklung selbst von der Natur maßgeblich beeinflusst wurde (wie z.B. Völkerwanderungen aufgrund von klimatischen Veränderungen / Naturkatastrophen / Nahrungsmangel / etc.). Folgende Schlussfolgerungen können wir daraus ziehen: Der Unterschied zwischen Mensch und Tier liegt hauptsächlich in der durch Arbeit erfolgenden bewussten Nutzbarmachung der natürlichen Umgebung inkl. der Tierwelt. Dem Mensch das Recht abzuspochen, von dieser Fähigkeit Gebrauch zu machen, hieße den Menschen als Menschen zu negieren und muss deshalb als idealistische Utopie bezeichnet werden.

Das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt im Kapitalismus

Diese Anerkennung bedeutet jedoch nicht, dass die menschliche Gesellschaft nicht auch entfremdete Formen dieser Nutzbarmachung zutage gefördert hat. Wenn jedes Tier sich in der einen oder anderen Form die Natur zu Nutze macht, so gilt dies auch für den Menschen. Ein wichtiges Merkmal, das den Mensch dabei vom Tier unterscheidet, ist die kontrollierte Form dieser Nutzbarmachung. Der Wal denkt nicht daran, ob bei seinem nächsten Tauchgang nach Nahrung noch genug Plankton im Meereswasser schwimmen wird, wenn er sich in diesem Moment seinen Hunger stillt. Der Mensch jedoch ist sich bewusst, dass die Erhaltung verschiedener Arten (dies betrifft sowohl die Pflanzen- als auch die Tierwelt) eine der elementarsten Bedingungen für das Weiterleben seiner, der menschlichen Art ist. Die Reproduktion der Produktionsbedingungen umschließt deshalb nicht nur die soziale Beziehung der Menschen untereinander, d.h. die Klassengesellschaft, sondern auch die Reproduktion der natürlichen Umgebung. Ich habe an einer anderen Stelle schon darauf hingewiesen⁵, dass diese Reproduktion natürlich nicht einfach eine Kopie der Gesellschaft der vorangegangenen Generation ist, sondern dass sich diese Reproduktion in einem Wandel der Erscheinungen vollzieht. Genauso ist dies auch bei der Reproduktion der Natur. In der kapitalistischen Gesellschaft, kommt es zwangsläufig durch das aus dem Kapital erwachsende Streben nach Erhöhung des Mehrwertes und Erhöhung des Profites aus dem eingesetzten Kapital zu einer entfremdeten Form dieser Reproduktion. Entfremdet sowohl gegenüber den Menschen selber als auch gegenüber der Natur. Diese Form der Reproduktion der natürlichen Umgebung schlägt sogar immer mehr in ihr Gegenteil um – nämlich in die Zerstörung weiter Teile der Umwelt.

Dem Menschen prinzipiell das Recht zuzusprechen (bzw. ihm es nicht abzuspochen, denn das Recht hat sich der Mensch in seiner historischen Entwicklung schon längst genommen), die Natur zu beherrschen, bedeutet nicht, jegliche Form dieser Beherrschung für legitim zu erklären. Denn bestimmte perverse Formen dieser Beherrschung (wie zum Beispiel die unkontrollierte Abholzung des Regenwaldes, die Zerstörung des Bodens durch die Monokultur, etc.) untergraben vielmehr die

Lebensbedingungen der menschlichen Gesellschaft. Auch im Umgang mit der Tierwelt kommt es zu solchen Entfremdungen, wie zum Beispiel das „Leer“-Fischen der Meere. Selbst die Bourgeoisie erkennt, dass dies zu einer gewissen Bedrohung auch ihrer eigenen Existenz wird, wie diverse Gesetze über Fischfang beweisen.⁶

Genauso wie die Vernichtung der Möglichkeiten der natürlichen Reproduktion eine Gefahr für die Menschheit ist, so ist es auch der Trieb nach mehr Profit durch Massentierhaltung. Dies bedeutet im Endeffekt eine Verschlechterung der Qualität des Fleisches und somit eine gewisse Bedrohung für den Menschen. Diverse Schlachtungsverfahren, bei denen die Tiere besonders lange leiden, oder besonders hohem Stress ausgesetzt sind, haben ähnliche Effekte. Deshalb liegt es auch im Interesse der Menschheit, die Schlachtung von Tieren so schmerz- und stressfrei wie möglich zu machen.

Wir sind uns jedoch im klaren darüber, dass die Abschaffung der Massentierhaltung, die solche Effekte erzeugt, nicht von heute auf morgen von statten gehen kann. Erst im Sozialismus wird man sehen, ob ein solches Projekt überhaupt möglich ist, bzw. wie die globalen Ressourcen der Erde am besten genutzt werden können, um so hoch qualitative Nahrung wie nur möglich in ausreichendem Ausmaß zu produzieren.

Eine sofortige Abschaffung dieser Nahrungsmittelindustrie hätte katastrophale Folgen. Alleine die Abschaffung der massenhaften Schlachtungen in China, den USA und in Brasilien (den drei größten Fleischproduzenten der Welt) würde bedeuten, dass nur mehr die Hälfte des jährlich weltweit konsumierten Bedarfs an Fleisch gedeckt wäre. Die logische Folgerung wäre, dass die Menschen eine unvorstellbar höhere Nachfrage nach anderen Lebensmitteln entwickeln. Nehmen wir an, hier handelt es sich vor allem um Getreide, so ist die Folge eine Explosion der Getreidepreise bei einem Angebot, dass wahrscheinlich unter der nachgefragten Menge liegt. Man kann sich leicht vorstellen, dass vor allem die armen Schichten bald hungern werden. Dies ist die logische Konsequenz der Forderung nach einer sofortigen Abschaffung der Massentierhaltung.

Deshalb fordern wir unmittelbar die Einführung technischer Mittel zur Reduzierung des Stressfaktors bei Tieren, um die Qualität der Nahrungsmittel zu heben. Dies kann zum Beispiel die Einführung von Blaulicht in den Schlachthöfen sein, da Tiere Blaulicht nicht sehen können und deshalb beruhigt werden, oder aber auch die Betäubung von Tieren durch Strom oder andere Mittel, bevor sie geschlachtet werden. Weiters sind wir uns jedoch bewusst, dass nur im Rahmen einer geplanten Wirtschaft überlegt werden kann, ob und wenn ja in welchem Ausmaß Massentierhaltung notwendig ist.

Das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt nimmt also im Kapitalismus entfremdete Formen an. Denn die Umwelt erscheint als etwas außerhalb und völlig unabhängig von der menschlichen Gesellschaft Existierendes. Dabei existiert die Umwelt mit dem Menschen genauso wie der Mensch mit der Umwelt existiert. Mit welcher Anstrengung versucht die bürgerliche Forschung dies zu negieren, indem sie diverse bezahlte Experten auf den Plan ruft, die z.B. propagieren, die klimatischen Veränderungen würden nicht aufgrund der Beeinflussung der Natur durch den Menschen von statten gehen. Im Sozialismus wird sich dieses Verhältnis natürlich ändern. Denn es wäre absurd zu glauben, die Bewusstseinsentwicklung durch eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft würde nur die zwischenmenschlichen Beziehungen betreffen. Auch wenn der Mensch schon weite Teile der Natur beherrscht und diese Beherrschung immer weiter ausgebaut wird, verstehen sich die große Mehrzahl der Menschen immer noch als Spielbälle der natürlichen (sowie auch der gesellschaftlichen) Entwicklung. Dies ist die logische Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise und des Ausschlusses der ArbeiterInnenklasse aus den politischen

Prozessen und der Entscheidung über die gesellschaftliche Produktion. Im Sozialismus wird es also eine viel bewusstere Form der Planung und auch der Umgestaltung der Natur zum menschlichen Zwecke geben. Ob dies bedeutet, dass in einer sozialistischen Gesellschaft keine Tiere mehr für die Herstellung diverser Produkte nutzbar gemacht werden, wollen wir in unserem nächsten Abschnitt behandeln.

Kann es eine freie Beziehung zwischen Mensch und Tier geben?

Ein zentrales Argument von Tierbefreierern ist, dass sich aufgrund der Domestizierung der Tiere eine Bindung zwischen bzw. Angleichung von Mensch und Tier entwickelt hat. Es ist zweifelsohne richtig, dass es eine Bindung zwischen jenen Tieren, die der Mensch über Jahrhunderte gehalten und gezüchtet hat, gibt. Man würde die These, dass die Natur dialektisch funktioniere ad absurdum führen, würde man behaupten, die Nutzbarmachung oder die Domestizierung der Tiere hätte weder Mensch noch Tier verändert. Nicht aus heiterem Himmel trauern Menschen um ihr verstorbenes Haustier. Auch Engels argumentiert, dass auch die Tiere eine Beziehung zu Menschen aufgebaut haben: „*Der Hund und das Pferd haben im Umgang mit Menschen ein so gutes Ohr für artikulierte Sprache erhalten, daß sie jede Sprache leicht soweit verstehn lernen, wie ihr Vorstellungskreis reicht. Sie haben sich ferner die Fähigkeit für Empfindungen wie Anhänglichkeit an Menschen, Dankbarkeit usw. erworben, die ihnen früher fremd waren;*“⁷ Es ist klar, dass ein solches Verhältnis zwischen Mensch und Umwelt existiert. Dies betrifft nicht nur die Tierwelt. Der Mensch hat einen bestimmten Einfluss auf eine Pflanze genauso wie die Pflanze einen Einfluss auf den Menschen haben kann. So entwickelt sich der Trieb der Pflanze so stark, dass sie auch durch Beton des Stadtbodens wachsen kann (wohl jeder war schon manchmal verwundert, wenn man eine kleine Pflanze mitten durch den betonierten Boden wachsen sieht), und der Mensch muss manchmal mit diversen Allergien gegen die ihm umgebende Pflanzenwelt kämpfen.

Engels, mit anderen Fragestellungen als der unseren konfrontiert, belässt seine Analyse in diesem Text jedoch dabei, da sie dialektische Funktionsweise der Natur aufzeigt. Für uns ist jedoch nicht nur interessant, OB ein wechselseitiges Verhältnis zwischen Mensch und Natur existiert, sondern auch WER dieses Verhältnis bestimmt. Im Besonderen interessiert uns hierbei die Frage, wer das Verhältnis zwischen Mensch und Tier bestimmt und ob es so etwas wie Tierbefreiung überhaupt geben kann.

Befreiung der Menschheit bedeutet für uns Aufhebung der Klassengesellschaft, d.h. Aufhebung eines Systems, in dem sich eine Klasse durch die Aneignung der Mehrarbeit der anderen Klasse bereichert und sie zur Aufrechterhaltung dieser ökonomischen Grundlage ideologisch und politisch unterdrückt. Befreiung ist deshalb in der Aufhebung dieses Ausbeutungsverhältnisses, d.h. der Klassengesellschaft, begründet, deren Resultat auch ein Verlust der Notwendigkeit zur ideologischen bzw. politischen Unterdrückung ist.

Die besonderen Fähigkeiten des Menschen, die ihn über das Tier erheben, sind nicht nur der Grund für die Beherrschung der Natur durch den Menschen, sondern auch der Grund für die Unmöglichkeit, die Beziehung zwischen Mensch und Tier auf einer befreiten Grundlage zu gestalten. Denn in Wirklichkeit hat ausschließlich der Mensch die Möglichkeit, die Form der Beziehung zwischen Mensch und Tier zu bestimmen. Empfindet das Pferd Dankbarkeit gegenüber dem Menschen, weil es seine Forderung nach Zucker als Belohnung durchsetzen konnte oder hat der Mensch dem Pferd anerzogen, Zucker als Belohnung zu akzeptieren? Dies scheint eine pedantische Frage zu sein, die in den Bereich der unnötigen Gedankenspiele verbannt werden kann. Doch in ihrer Antwort liegt die Lösung unserer Fragestellung begründet. Denn natürlich hat das Pferd nicht einmal die Möglichkeit eine bestimmte Forderung nach

einem bestimmten Gegenstand aufzustellen. Doch selbst wenn dies so wäre, kann es das nie zum Ausdruck bringen, weder individuell noch mithilfe eines Kollektivs. Um dies zu verallgemeinern kann man folgendes sagen: Tiere haben durch das Fehlen der kognitiven Fähigkeiten nicht die Möglichkeit sich selbst in eine fordernde Position gegenüber anderen Tieren oder gegenüber Menschen zu bringen. Die Beziehung zwischen Mensch und Tier kann deshalb nie eine Beziehung auf einer freien oder gleichberechtigten Grundlage sein. Diese Beziehung wird immer durch die Herrschaft des Menschen geprägt sein, da Tiere nicht die Möglichkeit haben, für ihre Vorstellungen (im entferntesten Sinne) zu kämpfen oder sich gar zu organisieren, etc. Des Weiteren ist die Nicht-Beherrschung der Tierwelt auch gleichzeitig eine Bedrohung für den Menschen, der durch Tiere in der ein oder anderen Form immer bedroht ist.

Der Idealismus der Tierbefreiung

Aus diesem Grund können wir auch den Denkansatz der Tierbefreiung als utopisch-idealistisch charakterisieren. Denn die ganze Analyse der „Tierbefreier“ und die Forderungen, die daraus erwachsen, beruhen auf der Annahme, dass der Mensch aufgrund seines reinen Willens die sogenannte Unterdrückung der Tiere aufheben könne. Dabei müssen wir als eine zentrale Schlussfolgerung unserer Analyse festhalten, dass es nicht der Wille des Menschen ist, der diese Beziehung bestimmt, sondern die besonderen Fähigkeiten, die wir im Laufe unserer Entwicklung erworben haben und die uns so stark von den Tieren abgrenzen. Die Forderung nach Tierbefreiung mit marxistischer Terminologie auf eine politische Ebene heben zu wollen, ist deshalb der marxistischen Methode des dialektischen Materialismus diametral entgegengesetzt.

Hat der Mensch eine besondere Verantwortung gegenüber dem Tier?

Dies ist eine interessante Frage, denn sie wird oft verallgemeinert und zur Frage umgewandelt, ob die menschliche Gesellschaft eine Verantwortung gegenüber benachteiligten „Subjekten“ im Allgemein hat. Dies kann z.B. eine Verantwortung gegenüber senilen, alten und behinderten Menschen genauso wie eine besondere Verantwortung gegenüber Säuglingen / Kleinkindern beinhalten. Die Frage wird oftmals sehr moralisch und emotional beantwortet, indem argumentiert wird, dass es die Verantwortung des Menschen sei, sich um das Wohlergehen der Tiere zu kümmern, da sie es ja aus eigener Kraft nicht machen können, genauso wie man sich um behinderte, senile oder neugeborene Menschen kümmern muss. Erstens muss angemerkt werden, dass es diesbezüglich keine absoluten Grundsätze gibt, sondern dies sehr stark von der Form der Gesellschaft abhängig ist. So war es in früheren Gesellschaften selbstverständlich, dass man alte und daher schwache Menschen zurückließ, wenn man weiterziehen musste, oder auch Säuglinge umgebracht wurden, wenn man sie nicht mehr ernähren konnte. Dies war natürlich dadurch bedingt, dass dies vor allem Gesellschaften mit akuten Mangelerscheinungen waren, nichtsdestotrotz deutet dieses Beispiel darauf hin, dass die Grenzen der absoluten Verantwortung nie in festen Bahnen existiert haben. In der heutigen Gesellschaft ist es jedoch theoretisch möglich, alle Menschen zu versorgen. Deshalb fordern wir, dass alle Menschen versorgt werden, da auch die menschliche Gesellschaft davon profitiert. So profitiert man z.B. von alten Menschen selbst wenn sie nicht mehr arbeiten, jedoch ihr Wissen weitergeben können, etc.

Hat der Mensch nun eine besondere Verantwortung auch gegenüber dem Tier? Die Fragestellung alleine ist sehr idealistisch, denn sie impliziert ein friedliches Zusammenleben der menschlichen Gesellschaft mit der Natur inklusive der Tierwelt. Dabei ist jedoch die Existenz des Menschen auch eine

Geschichte des Kampfes mit der Natur und der Tierwelt. Wie nebenbei bemerkt die Geschichte jeder Spezies ein Kampf mit anderen Spezies beinhaltet. Der Mensch muss also um seine eigene Existenz zu sichern, die ihn umgebende Natur beherrschen. Tut er das nicht, lässt er der Natur „freien“ Lauf, so bedeutet dies gleichzeitig den Untergang großer Teile der Menschheit. Man stelle sich nur vor, was passieren würde, wenn die Tore diverser Massentierhaltungen einfach geöffnet werden würden, wenn es keine Programme gegen bestimmte Krankheiten wie Malaria o.ä. geben oder wenn es keine Dämme zum Schutz vor Wasser gäbe. Allgemein formuliert kann man sagen, dass je ohnmächtiger der Mensch gegenüber der Natur ist, d.h. je weniger er sie beherrscht, sich also wenn man so will Untertan macht, umso schutzloser ist er und umso kürzer lebt er (siehe die geringe Lebenserwartung früher).

Die Tatsache, dass der Kapitalismus in seinem Niedergangstadium droht, der gesamten Menschheit nachhaltigen Schaden zuzufügen, zeigt wie gefährlich und verrottet dieses Ausbeutersystem ist, zeigt – wenn man es anders formulieren will – wie extrem entfremdet das Verhältnis des Menschen zu seinesgleichen und der Natur unter der Bedingung der kapitalistischen Gesellschaftsformation geworden ist. Aber das Problem liegt eben in diesem entfremdeten System und nicht im Mensch als solches, in seiner „Natur“ usw. wie es uns die kleinbürgerlichen Ökologen und Pessimisten einzureden versuchen. Im Kommunismus wird der Mensch auf der Basis der weit vorangeschrittenen Produktivkräfte und noch vieler weiterer technischer Entwicklungen aber ohne jede Form der Ausbeutung und Entfremdung die Natur viel besser, nachhaltiger und harmonischer verändern und gestalten.

Diese Beherrschung der Natur nicht auf die Tierwelt anzuwenden, wäre absurd, haben wir doch vorhin argumentiert, dass alleine die menschliche Existenz die Natur und somit auch die Tierwelt beeinflusst. Denn dann müsste man argumentieren, dass die Rettung eines Dorfes durch Befestigung eines Hanges, der von einem Abgang einer Mure bedroht ist, legitim ist, während das Schlachten von Tieren, um dieses Dorf zu ernähren, nicht legitim ist. Doch natürlich greift man nicht nur in die geologischen Begebenheiten ein wenn man einen Hang befestigt, sondern auch in die dort angesiedelte Tierwelt und kann damit auch Tiere töten bzw. deren Ansiedlung unmöglich machen. Eine solche starre Trennung kann also nicht angewandt werden. Weiters steht auch noch die Frage im Raum, wo eine solche Verantwortung aufhört, sollte sie existieren? Ist es die Verantwortung des Menschen die Antilope vor dem Geparden zu beschützen, oder gar die Robbe vor dem Weißen Hai?

Der Mensch hat in erster Linie eine Verantwortung für die Reproduktion seiner eigenen „Spezies“ und nicht die Verantwortung, die Tierwelt zu beschützen. Dies inkludiert auch die Veränderung natürlicher Begebenheiten, um bestimmte Gebiete bewohnbar zu machen. Heute meist nur aus Luxus-Gründen gemacht (z.B. in Dubai um ein attraktiveres Reiseziel für die Reichsten der Reichen zu sein), kann z.B. das Aufschütten von Sand und die Verlängerung der Küsten ein wichtiges Mittel sein, um ein größeres Gebiet der Erde für den Menschen bewohnbar zu machen. Mit der in erster Linie bestehenden Verantwortung des Menschen gegenüber seiner eigenen Spezies meinen wir jedoch nicht, dass es nicht prinzipiell im menschlichen Interesse liegt, bestimmte Formen der Tierhaltung nicht anzuwenden, genauso wie es nicht im menschlichen Interesse liegt, bestimmte Formen des Ackerbaus zu betreiben. Doch wir können hier feststellen, dass der Mensch keine besondere Verantwortung den Tieren gegenüber hat. Wir denken es ist legitim, dass der Mensch in die ihn umgebende Natur eingreift und sie für ihn nachhaltig nutzbar macht. Dies beinhaltet auch das Essen von tierischem Fleisch, dem Engels einen besonderen Stellenwert in der Entwicklung des Menschen einräumt: *„Mit Verlaub der Herren Vegetarianer, der Mensch ist nicht ohne Fleischnahrung zustande gekommen.“* ⁸

Forschung und Nutzung von Tieren

Eine von vielen Tierbefreiungsgruppen erhobene Forderung ist der Stopp von Laborversuchen mit Tieren. Auch in der Broschüre von Brian A. Dominick „Tierbefreiung und soziale Revolution“ ist ein Absatz dieser Frage gewidmet. Um einen Einblick in die Argumentation zu geben, möchte ich den betreffenden Teil zitieren: „VivisektorInnen (ForscherInnen, die Versuchen an Tieren durchführen, RB) behaupten, dass wir von nicht-menschlichen Tieren lernen können und sie verwenden diese Behauptung als Rechtfertigung für die Folter und den Mord an leidensfähigen Wesen. Radikale müssen, wie VeganerInnen das tun, verstehen, dass die einzige Sache, die wir von Tieren lernen können, ist, wie wir in einer gesunden und vernünftigen Art und Weise mit unserer Umwelt zusammenleben können. Wir müssen Tiere in ihrem natürlichen Lebensraum beobachten und die Beziehungen, die sie mit ihrer Umwelt eingehen, wo möglich, in unseren Eigenen nachahmen. Solch ein Verständnis von Harmonie zwischen Menschen und Natur wird eines Tages mehr Leben retten bzw. bereichern als die Erfindung eines Heilmittels gegen Krebs durch die ‚Wissenschaft‘ der Tierfolter jemals wird. Und überhaupt ist es doch so, dass die Wurzel der meisten Krebserkrankungen in der Misshandlung der Natur durch den Menschen zu finden ist. Kein/e Radikale/r würde erwarten, dass eine Lösung solch eines Problems in der weiteren Zerstörung der Natur in der Form von Tierversuchen zu finden sei.“ (siehe http://www.ist-diehoffnung.de/index2.php?option=com_content&do_pdf=1&id=27; Seite 7)

Durch unsere Schlussfolgerungen, die schon weiter oben getroffen worden sind, dass der Mensch über dem Tier steht und das Recht hat, sich seine Umwelt im Allgemeinen und auch die Tierwelt im Besonderen nutzbar zu machen, lehnen wir eine solche Haltung ab. Wir halten es für legitim, wenn durch Tierversuche Medikamente entwickelt werden, die der Menschheit helfen können. Dabei muss diese Entwicklung von Medikamenten jedoch unter demokratische Kontrolle gestellt werden und darf nicht auf dem Parkett der Konkurrenz zwischen den Pharmakonzernen entwickelt werden.

Darüber hinaus möchten wir jedoch auch noch auf die absurde Behauptung eingehen, dass Mensch und Natur in Harmonie gelebt hätten, bzw. dies einmal tun werden können. Dazu einige geschichtliche Anmerkungen zu dem Verhältnis von Mensch und Natur / der Tierwelt.

In der Alt- und Mittelsteinzeit lebten die Menschen als Wildbeuter, d.h. sie ernährten sich durch die Jagd auf Tiere und das Sammeln. Die Grundlage ihrer Nahrung waren essbare Pflanzen, Schnecken, Muscheln, Fische und Kleintiere.

In dieser Periode können wir also vor allem die Jagd auf kleinere Tiere und Fische beobachten. Ein interessanter Fund wurde im heutigen Deutschland (in Bilzingsleben/Thüringen) gemacht. Man fand einen Lagerplatz des Urmenschen (*Homo erectus*) am Ufer eines Sees. Dieser Jagdplatz wurde vor ca. 350.000 – 300.000 Jahren benutzt. Die dort gefundenen Tierreste belegen, dass der Urmensch vor allem Großwildjäger war. Auf folgende Tiere machte der Urmensch Jagd:

* 60 Prozent: Waldelefanten, Wald- und Steppennashörner, Wildrinder, Wildpferde, Bären

* 23 Prozent: kleinere Raubtiere, Biber

* 17 Prozent: Mittelgroßes Wild (Hirsch, Reh, Wildschwein)

Das heißt, dass auch in dieser Zeit schon Werkzeuge entwickelt wurden, um solche große Tiere töten zu können. Dies wiederum heißt, dass die Tiere nicht nur zur Nahrung, sondern auch zur Herstellung von Waffen und Werkzeugen verwendet wurden. So ist belegt, dass z.B. Geweihe für die Herstellung von hacken- und keulenartigen Hiebgeräten, Knochen von Säugetieren zur Herstellung von meißel-, schaber- und hobelartigen Geräte wie Messer und Keulen verwendet wurden.⁹

Die tierische Ernährung hat auch eine bahnbrechende

Erfindung zu Tage gebracht – das Legen von Feuer. So wird dem Fischfang eine solche Wirkung zugeschrieben: „Im Fisch muß man die erste Art künstlicher Nahrung erblicken, weil derselbe ohne Kochen sich nicht voll verwerten ließ. Es ist sehr wahrscheinlich, daß zu diesem Behuf das Feuer zuerst nutzbar gemacht wurde“¹⁰ Fischfang war auch ein wichtiger Durchbruch in der Möglichkeit sich permanent (auch im Winter) mit ausreichend Nahrung zu versorgen.

Derselbe Autor schreibt dem Konsum von Fleisch – so wie Engels – auch eine wichtige Funktion zur Entwicklung des menschlichen Gehirns zu: „Die Züchtung von Haustieren lieferte eine ständige Fleisch- und Milchnahrung, und diese führte dahin, die Stämme, welche sie besaßen, von der Masse der übrigen Barbaren abzuscheiden. In der westlichen Hemisphäre war der Fleischkonsum auf den zweifelhaften Ertrag der Jagd beschränkt. Diese Beschränkung in einem wesentlichen Nahrungszweige war für die Dorfindianer sehr ungünstig und erklärt ohne Zweifel zur Genüge den geringeren Umfang des Gehirns bei ihnen im Vergleich mit denjenigen der Indianer auf der Unterstufe der Barbarei“¹¹

Wir sehen also: Die Nutzbarmachung des Tieres war eines der wichtigsten Entwicklungsschritte (v.a. in der neolithischen Revolution, ca. 10.000 Jahre vor unserer Zeitrechnung) der Menschheit. Das Verhältnis zwischen Mensch und Tier war auch in der Urgesellschaft ein Verhältnis des permanenten Kampfes und nicht der Harmonie. Die Höhlenmalereien, die wir aus dieser Zeit kennen, sprechen auch eine eindeutige Sprache. Hierbei sieht es nicht so aus, als würden die Menschen den Tieren nachlaufen, um sie zu streicheln.

Unterdrückung und Revolution

In der Broschüre von Brian A. Dominick „Tierbefreiung und soziale Revolution“ wird weiters besonders starker Wert auf die Frage gelegt, ob die sogenannte Unterdrückung der Tiere ein unbedingter Bestandteil einer unterdrückerischen Gesellschaft ist. Dominick argumentiert zusammen mit anderen „Tierbefreier“, dass die unterschiedlichen Ebenen der Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft unbedingt zusammenhängen mit der sogenannten Unterdrückung von Tieren. Die logische Konsequenz davon ist, dass man nicht gegen das Patriarchat, gegen Unterdrückung von Jugendlichen oder gegen Rassismus sein kann, wenn man nicht auch gegen die sogenannte Unterdrückung von Tieren ist. Dabei ist auch das Essen von Fleisch Unterdrückung von Tieren. Es liegt auf der Hand, dass dies bei weitem kein kommunistischer, sondern ein durch und durch anarchistischer Standpunkt ist.

Erstens gab es sehr wohl eine „Unterdrückung der Tiere durch den Menschen“ schon lange bevor mit der Herausbildung von Klassengesellschaften eine Unterdrückung des Menschen durch den Menschen entstand. Vergessen wir nicht: diese Periode vor der Entstehung von Klassengesellschaften deckt vielleicht 3 Millionen Jahre (d.h. 99%) der Menschheitsgeschichte ab!

Zweiten sind wir als KommunistInnen nicht prinzipiell gegen Unterdrückung. Wir sprechen sogar von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, d.h. der Unterdrückung der Bourgeoisie durch das als herrschende Klasse organisierte Proletariat. Um mit den Worten Lenins zu sprechen: „Aus ihr (der Engel’schen Definition des Staates, RB) folgt aber, daß die ‚besondere Repressionsgewalt‘ der Bourgeoisie gegen das Proletariat, einer Handvoll reicher Leute gegen die Millionen der Werktätigen, abgelöst werden muß durch eine ‚besondere Repressionsgewalt‘ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats). Darin eben besteht die ‚Aufhebung des Staates als Staat‘. Darin eben besteht der ‚Akt‘ der Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft.“¹²

Die Frage der Unterdrückung wird hier also ihres Klasseninhalts beraubt und als allgemeine Frage formuliert. Wir wollen nicht darauf eingehen, dass der Verfasser oben genannter Broschüre auch argumentiert, dass sogenannte

FleischesserInnen eher zur Gewalt neigen als VeganerInnen, da sie durch das Essen von Fleisch Tieren indirekte Gewalt zufügen. Es reicht hier die Frage von Unterdrückung und Gewalt als eine Frage zu verstehen, die nicht prinzipiell beantwortet werden kann, sondern im konkreten Lichte der Interessen des Proletariats gestellt werden muss.

Die Rolle der ArbeiterInnenklasse, der permanenten Revolution, des Sozialismus und der Planwirtschaft im Kampf gegen Umweltzerstörung

Natürlich beinhaltet die Ideologie der „Tierbefreiung“ umfangreiche politische Schattierungen, die nicht alle in einen Topf geworfen werden können. Uns interessieren hauptsächlich die radikaleren Formen der Tierbefreiung, die nicht ausschließlich auf einem rein bürgerlichen Standpunkt stehen bleiben. Auch der Autor der oben zitierten Broschüre versteht sich selbst als Anarchist und tritt für eine soziale Revolution (wie auch immer sie konkret aussieht) ein. Die Frage nach der „Befreiung“ von Tieren wird also durchaus mit einer umfangreicheren gesellschaftlichen Konzeption verbunden. Die Frage, die diverse „Tierbefreiungsideologen“ jedoch nicht beantworten, ist, wer diese gesellschaftliche Veränderung herbeiführen kann. Deshalb beschränken sich viele Teile der Tierrechtsbewegung auch auf radikale Einzelaktionen. Darunter fallen Dinge wie die Befreiung von Tieren aus ihren Käfigen, das Blockieren von Straßen bei Tiertransporten aber auch (bei den radikalsten) die Aufforderung, ForscherInnen, die Versuche an Tieren durchzuführen, umzubringen. Unabhängig davon, was man von diesen diversen Formen der direkten Aktion hält, muss festgestellt werden, dass sie die Anwendung der Guerillataktik auf die Tierwelt sind und dass Konzepte von Massenaktivitäten wie Demonstrationen oder Aktionen der ArbeiterInnenklasse wie Streiks nicht in diese Vorstellungen integriert sind. Die bestehende Tierrechtsbewegung ist auch deshalb eine hauptsächlich kleinbürgerliche Bewegung.

Im Gegensatz dazu sind wir uns bewusst, dass Kämpfe gegen Umweltzerstörung oder auch gegen die Zerstörung der Tierwelt durch profitorientierte Produktionsverfahren des Kapitalismus, nur durch die ArbeiterInnenklasse teilweise Erfolge erzielen können. Wirkliche Verbesserungen wird es dabei nur durch den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus geben. Im System des Sozialismus wird sich der entfremdete Charakter der Menschheit zum Produktionsprozess auf der einen aber auch zur Umwelt auf der anderen Seite aufheben. Denn durch die Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Planung und Ausführung, zwischen „Manager“ und Arbeiter, zwischen Kopf- und Handarbeit, wird sich ein komplett anderes Verhältnis von Menschen untereinander aber auch vom

Menschen zum Produktionsprozess und zu seiner Umwelt entwickeln.

Diese Entwicklungen auf ideologischem Gebiet, also im Bewusstsein des Menschen, sind Resultate einer durch das Proletariat gelenkten Gesellschaft und einer durch das Proletariat geplanten Wirtschaft. Denn bisher hat die große Mehrheit der Menschen keine Möglichkeit der Anteilnahme an der ideologischen Auseinandersetzung, die in erster Linie innerhalb der Bourgeoisie entschieden wird. Es gibt also real auch keine Möglichkeit im jetzigen System großen Einfluss auf Politik (inkl. der Frage, wie man Zerstörungen der Umwelt verhindern kann) zu nehmen. Dies ändert sich radikal nach Sturz des kapitalistischen Systems und der Diktatur des Proletariats. Dadurch wird die ArbeiterInnenklasse selbst sowohl zum planenden als auch ausführenden Organ der Gesellschaft.

Zusätzlich zu den Bewusstseinsentwicklungen eröffnet die Planwirtschaft also unglaubliche große und umfangreiche Möglichkeiten zur nachhaltigen Form der Produktion. Gilt dies schon in einem Nationalstaat, kann die vollendete Form dieser Planung nur in einem internationalen sozialistischen System realisiert werden. Durch die daraus erwachsende Möglichkeit, Ressourcen global zu allokalieren und zu verteilen (nicht so wie heute, wo die Verfügbarkeit von Ressourcen einer der wichtigsten Triebkräfte für Auseinandersetzungen ist) können auch Pläne entwickelt werden, um die Umwelt und auch die Tierwelt nachhaltig nutzen zu können. Z.B. kann man auf den Fischfang in Gebieten, die eine niedrige Population von Fisch aufweisen, verzichten, dafür ihn in anderen Gebieten intensivieren oder neue Fangplätze erschließen.

Die permanente Revolution, d.h. die Ausdehnung der Revolution auf ideologischen und wirtschaftlichen Gebieten und die Vorantreibung der Revolution auf internationaler Ebene, ist also kein Hirngespinnst „verrückter TrotzistInnen“, sondern ein Schlüsselement für die Befreiung der Menschheit von der Diktatur des Kapitals. Denn ohne das Vorantreiben der internationalen Revolution gibt es keine Möglichkeit Ressourcen global zu verteilen, noch gibt es eine Bewusstseinsänderung, wenn man die Ergreifung der politischen Macht als Abschluss der Revolution statt als Eröffnung der Revolution betrachtet.

Wir verstehen das Aufhalten des Klimawandels und der umfangreichen Zerstörung der Natur als die Aufgabe der ArbeiterInnenklasse. Doch um diese Aufgabe zu erfüllen bedarf es einer gemeinsamen Organisation, einer gemeinsamen Partei, die für die Interessen der ArbeiterInnenklasse kämpft. Eine solche Partei gilt es sowohl in Österreich als auch international aufzubauen. Die Liga der Sozialistischen Revolution kämpft als Teil der Liga für die Fünfte Internationale für die Schaffung einer solchen Partei.

F u ß n o t e n

¹ Friedrich Engels: Dialektik der Natur, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Gesammelte Werke (nachstehend MEW), Bd. 20, S. 448.

² Damit ist natürlich nicht gemeint, dass der Mensch oder dem Menschen ähnliche Tiere ihre Umwelt nicht beeinflusst haben. Dies wäre metaphysischer Schwachsinn. Der Schwerpunkt der Aussage liegt darin, dass diese Handlungen bewusst waren und nicht einfach durch bestimmte Instinkte oder Triebe gesteuert.

³ Nebenbei bemerkt musste (und muss teilweise noch immer) sich der Mensch gegenüber wilden Tieren verteidigen und hat durch das Töten dieser Tiere natürlich auch in die Natur eingegriffen.

⁴ Karl Marx, Das Kapital Band 1, in: MEW, Bd. 23, S. 194

⁵ Siehe die Broschüre „Der Mensch und die Heranbildung zur Maschine“. Sie kann über unsere Kontaktadresse bestellt werden.

⁶ wie zum Beispiel die sogenannte „Gemeinsame Fischereipolitik“ der EU, die eine bestimmte Maschengröße der Netze vorschreibt, damit Jungtiere entkommen können

⁷ Engels: Anteil der Arbeit..., a.a.O., S. 449.

⁸ Engels, Anteil der Arbeit..., a.a.O., S. 449.

⁹ Dinzlbacher, Peter (Hrsg.): Mensch und Tier in der Geschichte Europas, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 2000, S. 2ff.

¹⁰ Morgan, Lewis H.: Die Urgesellschaft. Untersuchungen über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildheit durch die Barbarei zur Zivilisation, Nachdruck der Ausgabe Stuttgart 1908, Promedia Verlag, Wien, 1987, S. 2.

¹¹ ebenda, S. 21.

¹² Lenin, Staat und Revolution, in: Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 25, S. 409.

MATERIALISTISCHE DIALEKTIK UND ARBEITERBEWEGUNG

von Ivan K. Luppol

Einleitende Bemerkungen der Redaktion zum Text und dem Autor

Im Folgenden veröffentlichen wir eine Arbeit des marxistischen Philosophen Ivan K. Luppol. Der Text bietet eine gute Einführung in das, was man als das Herz der marxistischen Weltanschauung bezeichnen kann – seine Methode.

Es ist diese Methode, die den Marxismus zu einer umfassenden, in sich geschlossene Weltanschauung macht und die alle Einzelwissenschaften, angefangen von der Ökonomie, die Politik, Kultur bis hin zu den historischen und Naturwissenschaften, durchdringt und miteinander verbindet. Diese Methode ist die materialistische Dialektik.

Müßte man die materialistische Dialektik in wenigen Sätzen zusammenfassen und sich damit der Gefahr der Einseitigkeit und Vereinfachung aussetzen, so würden wir dies folgendermaßen tun. Die materialistische Dialektik ist die Lehre von den Entwicklungsgesetzen der materiellen Wirklichkeit und des Denkens, daher auch der Erkenntnistheorie. Alles Sein – das Bewußtsein mit eingeschlossen – beruht auf Widersprüchen. Die Dialektik ist daher die Lehre von der Einheit der Gegensätze. Diese Gegensätze befinden sich in einem steten Kampf und daraus ergibt sich eine permanente Selbstbewegung, Entwicklung. Die Gegensätze durchdringen sich stetig und führen zu Veränderungen, zuerst quantitativer Natur, die jedoch ab einem bestimmten Moment in eine qualitative Veränderung umschlägt. Die wechselseitige Durchdringung der Gegensätze führt so schließlich zu einer Aufhebung und dem Entstehen von etwas Neuen, das sowohl Elemente des Alten enthält als auch aus Elemente des Neuen, die sich aus der Synthese der Gegensätze im Alten ergeben. Sein ist daher nichts Statisches, sondern permanentes Werden. Dieses Verständnis der Dialektik geht nicht auf Gedankenexperimente zurück, sondern ist und kann nur materialistischer Natur sein. Das heißt, die dialektischen Entwicklungsgesetze des Denkens (die Erkenntnistheorie) widerspiegeln die dialektische Natur der materiellen Wirklichkeit so wie allgemein das Bewußtsein aus der Materie und nicht umgekehrt hervorgeht.

Die materialistische Dialektik ist daher die Methode des Marxismus, ihr „*Ariadnefaden*“ (Luppol). Sie ist – um es mit den Worten von Friedrich Engels auszudrücken – „*unser bestes Arbeitsmittel und unsere schärfste Waffe*“. ¹ Wiederholt haben Marxisten zustimmend Hegels Definition anerkannt, laut der „*die Methode (...) die Seele und Substanz (ist), und irgend etwas ist nur begriffen und in seiner Wahrheit gewußt, als es der Methode vollkommen unterworfen ist.*“ ² Die Dialektik ist kein starres Formelgebilde, sondern zeichnet sich durch „*allseitige, universelle Wendigkeit*“ (Lenin) aus. Daher „*bildet die Methode die Form der Entwicklung des Inhalts, d.h. die Entwicklungsform des Entwicklungsbegriffes.*“ ³

Der Wert des folgenden Textes liegt eben darin, eine gute Einführung in die materialistische Dialektik zu geben.

Kommen wir nun zum Verfasser selber, der hierzulande weitgehend unbekannt ist. ⁴ Ivan Kapitonovich Luppol wurde am

1. Jänner 1896 geboren. Er absolvierte 1919 die juristische Fakultät der Moskauer Universität (MGU) und die Abteilung Philosophie des Instituts der Roten Professoren (IRP). 1925 war er an der Überprüfung der russischen Übersetzung der 1845 von Marx und Engels verfaßten Schrift „Die heilige Familie“ beteiligt. Er unterrichtete von 1925–1931 als Professor an der MGU und von 1925–1938 als Professor am IRP. Darüberhinaus war er 1935–1938 Direktor des Instituts für Weltliteratur sowie seit 1933 korrespondierendes und seit 1939 ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

Wie so viele andere wurde auch er ein Opfer der stalinistischen Unterdrückungsmaschinerie. Nach seiner Verhaftung wurde er in das Saratover Gefängnis eingeliefert und kam am 26. Mai 1943 in einem Arbeitslager um.

Einige Worte zu seiner philosophischen Entwicklung. Insgesamt stehen uns nicht viele Informationen zur Verfügung. Dies ist ein Ergebnis der furchtbaren Folgen der stalinistischen Konterrevolution, die die meisten der großartigen Errungenschaften der Oktoberrevolution und der jungen Sowjetunion zur Zeit Lenin's und Trotzki's zugrunde richteten. Nicht nur auf politischen und programmatischer Ebene, sondern auch im Bereich der Wissenschaften und der marxistischen Theorie inklusive der Philosophie. Wie schon im FAREV Nr. 1 erwähnt, liquidierte die Stalin-Bürokratie die gesamte Schule des dialektischen Materialismus, die sich in den 1920er Jahren unter der Führung Deborin's herausbildete. Damit wurde jene Strömung zerstört, die die marxistische Philosophie im Anschluß an Marx, Engels, Plechanow und Lenin weiterzuentwickeln versuchte. Aus diesem Grund gerieten die Schule der materialistischen Dialektik und ihre Vertreter weitgehend in Vergessenheit. Es ist eines der Anliegen der *Liga der Sozialistischen Revolution*, den neuen Generationen revolutionärer AktivistInnen das Verständnis der marxistischen Philosophie näher zu bringen und daher auch weitgehend unbekanntes Schriften aus dieser Tradition neu zu veröffentlichen.

Ivan K. Luppol war in den 1920er Jahren neben Abram Deborin, Nikolai A. Karew, Jan E. Sten u.a. einer der bekanntesten Vertreter der Schule der materialistischen Dialektik. Er veröffentlichte zahlreiche Arbeiten von denen einige auf Deutsch übersetzt wurden (siehe weiter unten). Seine bedeutendste Arbeit unter den in deutscher Sprache erschienen Werken ist das 1928 erschienene Buch „*Lenin und die Philosophie. Zur Frage des Verhältnisses der Philosophie zur Revolution*“. Darin legt Luppol in vortrefflicher Weise die philosophischen Grundgedanken Lenins und ihre Beziehung zu seinen programmatischen und strategischen Schlußfolgerungen dar.

Doch mit dem Bannfluch der stalinistischen Bürokratie über die dialektische Deborin-Schule als „*idealisierende Menschewisten*“ und als für die „*philosophischen Grundlagen des Trotzkismus*“ verantwortlich im Jahre 1930 wurde auch der marxistische Philosoph Luppol zerstört. Wie die meisten anderen Theoretiker kapitulierte auch er. Er veröffentlichte in den 1930er Jahren noch einige Arbeiten über die Kunst- und Literaturtheorie von Marx und Engels sowie über den französischen Schriftsteller Denis Diderot. Schließlich löschte die stalinistische

Repressionsmaschinerie sein Leben aus.

Folgende Arbeiten von Ivan K. Luppol sind uns in deutscher Sprache bekannt (in chronologischer Reihenfolge ihrer Erscheinung):

* Die fällige Widerlegung des Marxismus (M. Williams „Soziale Geschichtsauffassung“) (1926); in: Unter dem Banner des Marxismus, Jahrgang 1, (1925/26), Heft 3, S. 668-684

* Lenin und die Philosophie. Zur Frage des Verhältnisses der Philosophie zur Revolution (1928)

* Kant oder Marx (1928); in: Marx-Engels-Archiv. Zeitschrift des Marx-Engels-Instituts in Moskau (Herausgegeben von David Rjazanow), Band I, S. Bd.1, S. 345-352

* Zur Frage des Verhältnisses des Marxismus zur Naturwissenschaft, in: Unter dem Banner des Marxismus, II. Jahrgang (1928), Heft 1-2, S. 197-205

* Die materialistische Dialektik und die Arbeiterbewegung (1928); in: Unter dem Banner des Marxismus, II. Jahrgang (1928), Heft 3, S. 222-233

* Marx/Engels: Über Kunst und Literatur. Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1937

* (gemeinsam mit anderen): Puschkin: Eine Sammlung von Aufsätzen dem großen russischen Dichter Puschkin gewidmet; Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem

Auslande; Moskau 1939

* Außerdem erschien in französischer Sprache: Diderot, ses idées philosophiques, Paris 1936

Die Bedeutung der marxistischen Weltanschauung, die man ohne Verständnis ihrer Methode, ihres Ariadnefadens – der materialistischen Dialektik – nicht begreifen kann, verdient ein eingehendes Studium von Texten wie dem folgenden. Denn die marxistische Weltanschauung und nur sie kann uns als Kompaß in der kommenden stürmischen Epoche voller revolutionärer Umbrüche, reaktionärer Bedrohungen und ideologischer Verwirrungen dienen.

Abschließend noch die Quellenangabe des hier veröffentlichten Artikels von Luppol. „Die materialistische Dialektik und die Arbeiterbewegung“ erschien in „Unter dem Banner des Marxismus“, 2. Jahrgang (1928). Ebenso wurde er in dem Band „Marxismus Archiv. Marxismus und Politik“ (Band I, makol-Verlag, 1971) S. 336-347 neu abgedruckt.

F u ß n o t e n

¹ Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie; in: MEW 21, S. 293

² Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Die Wissenschaft der Logik, Teil II, Werke 6, Frankfurt a. M. 1986, S. 551f. (Hervorhebung im Original)

³ Abram Deborin: Lenin als revolutionärer Dialektiker (1925); in: Nikolai Bucharin/Abram Deborin: Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus, Frankfurt a.M. 1974,

S. 53

⁴ Folgende biographische Angaben beruhen auf: Kurzbiografien, Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderband 3, S. 417

Materialistische Dialektik und Arbeiterbewegung

von Ivan K. Luppol

Ein Ausspruch des jungen Marx lautet: „Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen.“ Dieser Ausspruch hat nicht nur logische, sondern auch historische Bedeutung. Um ihn zu begreifen, ist es notwendig, sich im Geiste in das Deutschland der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückzusetzen, als die Philosophie der Junghegelianer K. Marx und F. Engels immer mehr ihre revolutionären und kommunistischen Tendenzen offenbarte. Heute aber sind die Richtungen und Strömungen in der Philosophie so verschiedenartig, daß diese These wohl etwas zu allgemein ist, wenn man den Begriff der Philosophie nicht genauer bestimmt oder wenn man dabei keine bestimmte philosophische Richtung im Auge hat: die Philosophie als Form der geistigen Tätigkeit und der Kommunismus als Bewegung des Proletariats scheinen nichts miteinander zu tun zu haben. Und ebenso, wie weitaus nicht jeder „Philosoph“ ein Kommunist ist, so braucht auch nicht jeder Kommunist unbedingt ein „Philosoph“ oder auch nur philosophisch geschult zu sein.

Sobald wir aber die Form mit einem konkreten, bestimmten Inhalt erfüllen, sobald wir an die Stelle der Philosophie „überhaupt“, des abstrakt-allgemeinen Begriffs der Philosophie, die marxistische Philosophie, den dialektischen Materialismus setzen, wird die Fragestellung eine andere. Wer in der Praxis Kommunist ist, kann in der Theorie nur dialektischer Materialist, d.h. Marxist sein, wenn er konsequent sein und auf Seite 52

dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, des wissenschaftlichen Kommunismus stehen will.

Dies wird noch deutlicher, es wird, man möchte sagen, innerlich verpflichtend, wenn es sich um einen Kommunisten handelt, der theoretische Bedürfnisse hat, der in der Lage ist, sie zu befriedigen, und der über eine philosophische Vorbildung verfügt. Ein solcher Kommunist kann, wenn er in seiner Weltanschauung konsequent sein will, nur dialektischer Materialist sein, und umgekehrt: der dialektische Materialist muß bei folgerichtiger Entwicklung seiner Weltanschauung zum wissenschaftlichen Kommunismus kommen. Wenn die Wirklichkeit auch manchmal Ausnahmen von dieser These aufweist, so bestätigt sie dadurch nur einen anderen Satz – den nämlich, daß die Menschen in ihrer Weltanschauung nicht immer konsequent sind. Der wissenschaftliche Kommunismus ist untrennbar mit dem dialektischen Materialismus verbunden und diese Verbindung wird durch das eine Wort Marxismus ausgedrückt.

Der Materialismus ist die Theorie des Kommunismus. Der Kommunismus ist die Praxis des Materialismus.

Die spontane Praxis allein, die - sei es auch - revolutionäre Spontaneität genügt aber nicht zur Erfüllung der historischen Aufgabe des Proletariats, selbst wenn sie von aufrichtigem Pathos und wahrer Begeisterung getragen ist. Ein spontanes revolutionäres Aufflackern kann schnell verlöschen, wenn es auch scheinen sollte, daß die Wirklichkeit einen reichen

Nährboden für revolutionäre Erhebungen darstellt. Damit das Feuer dieser revolutionären Erhebung nicht erstickt, und damit aus den einzelnen kurzlebigen Funken wirklich eine Flamme entstehen kann, ist natürlich außer dem Brandherd eine Kraft nötig, die dem Feuer eine gewisse Beständigkeit verleiht; diese Kraft, die selbst diesem Brandherd entspringt, muß alle Funken zum feurigen Strom der Revolution vereinen.

Diese Kraft, die den spontanen Erhebungen Richtung und Halt verleiht, ist die Theorie. Gewiß darf diese Theorie nicht abstrakt oder spekulativ sein, sonst verwandelt sie sich in ihr Gegenteil, in ein leeres, unfruchtbares, nachträgliches Philosophieren.

Die marxistische Theorie ist kein Schatz, der unter Glas und aufs Regal gehört. Wenn Lenin seinerzeit „die Notwendigkeit, Wichtigkeit und das ungeheure Wirkungsfeld“ der theoretischen Arbeit betont hat, so wollte er damit keineswegs sagen, „daß diese Arbeit der praktischen Tätigkeit vorangestellt werden soll, und noch weniger, daß diese aufgeschoben werden soll, bis die theoretische Arbeit beendigt ist“. Er schrieb, daß „die theoretische Arbeit nur Antworten auf die Fragen gibt, die die praktische Arbeit aufwirft“. Notwendig ist also nicht eine spontane „Praxis“, sondern eine Praxis, die „bewußt“ und theoretisch verarbeitet ist; nicht nur Theorie, sondern eine Theorie, die in die Praxis umgesetzt wird; nicht Voranstellung der Praxis, wobei hinterher, irgendwo auf dem Hinterhof und auch nur für Auserwählte Theorie getrieben wird; und auch nicht Voranstellung der Theorie, wobei die Praxis gewissermaßen als eine ebensogut zu entbehrende Zugabe folgt — sondern überall und immer Einheit von Theorie und Praxis.

Es ist hier gesagt worden, daß der dialektische Materialismus die marxistische Philosophie ist. Aber darf man überhaupt von marxistischer Philosophie sprechen? Und falls das zulässig ist, was ist dann der Inhalt dieser Philosophie in seinen Hauptzügen, und in welcher Beziehung steht diese Philosophie zur sozialen Wirklichkeit und ihrer Umgestaltung? Lenin schrieb im Jahre 1894:

*„Vom Standpunkt von Marx und Engels hat die Philosophie kein Anrecht auf eine besondere selbständige Existenz, und ihr Stoff verteilt sich auf die verschiedenen Zweige der positiven Wissenschaft. Als philosophische Begründung kann man also entweder eine vergleichende Gegenüberstellung ihrer (der Theorie des Marxismus) Thesen und der feststehenden Gesetze der anderen Wissenschaften gelten lassen oder aber den Versuch der Anwendung dieser Theorie.“*¹

Jenen Anhängern einer Mischung von simplem Empirismus und „gesundem Menschenverstand“, die von keinerlei Philosophie etwas hören wollen und die sich dabei auf Marx und Engels berufen, gibt aber dieser Satz von Lenin keine Trümpe in die Hand. Wenn Engels selbst, so z.B. im „Ludwig Feuerbach“, den Ausdruck „dialektische Philosophie“ gebraucht, wenn Lenin mehrfach von der Marxschen Philosophie, von der Philosophie des Materialismus spricht, so ist es offensichtlich um die Abschaffung dieser Philosophie nicht so einfach bestellt. Es handelt sich darum, darüber nachzudenken, in welchem Sinne Marx und Engels und nach ihnen auch Lenin von der Abschaffung der Philosophie, von dem, was an Stelle der „Philosophie“ nach ihrer Abschaffung bleiben soll, gesprochen haben.

In der Tat: welchen Sinn und welche Bedeutung hat die Ablehnung der Philosophie, die die Begründer des Marxismus von 1844/45 (das „Feuerbach“-Manuskript aus der „Deutschen Ideologie“) an und bis zu den letzten Tagen ihres Lebens (siehe z.B. „Ludwig Feuerbach“ von Fr. Engels aus den Jahren 1886-1888) konsequent vertreten haben. Die vielleicht schärfste Formulierung finden wir in ihrem Manuskript aus dem Jahre 1845, als sie „mit ihrem damaligen philosophischen Gewissen abrechneten“. Sie schrieben damals:

„Die selbständige Philosophie verliert mit der Darstellung der Wirklichkeit ihr Existenzmedium. An ihre Stelle kann höchstens eine Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate treten, die sich aus der Betrachtung der historischen Entwicklung des Menschen abstrahieren

*lassen. Diese Abstraktionen haben für sich, getrennt von der wirklichen Geschichte, durchaus keinen Wert. Sie können nur dazu dienen, die Ordnung des geschichtlichen Materials zu erleichtern, die Reihenfolge seiner einzelnen Schichten anzudeuten. Sie geben aber keineswegs wie die Philosophie ein Rezept oder Schema, wonach die geschichtliche Epoche zurechtgestutzt werden könne.“*²

Beim Zusammenstoß mit der Wirklichkeit stirbt also die „selbständige“ Philosophie ab, die dieser Wirklichkeit nicht Rechnung trägt, die abgeschlossenen, starren, spekulativen, metaphysischen Systeme; die „Naturphilosophen“, die die Natur spekulativ in starre Schemata hineinzwängen, und die „Geschichtsphilosophen“, die nicht weniger spekulativ fertige Rezepte zubereiten.

Die Philosophie bleibt jedoch „die Zusammenfassung der allgemeinen Resultate“, ihr begriffliches Erfassen in Kategorien, die durch Abstraktion von den wirklichen, vergänglichen, historischen Erscheinungen gewonnen werden. Diese Abstraktionen „erleichtern die Ordnung des geschichtlichen Materials“. „Von der wirklichen Geschichte“ keineswegs „getrennt“, gestatten sie es, die uns umgebende natürliche und historische Wirklichkeit zu begreifen. Man soll aber die erwähnte „Erleichterung“ nicht in dem Sinne auffassen, daß die philosophischen Abstraktionen gleichsam Zauberschlüssel zur Wirklichkeit sind.

„Die Beseitigung dieser Schwierigkeiten ist durch Voraussetzung bedingt ..., die erste aus dem Studium des wirklichen Lebensprozesses und aus der Aktion der Individuen sich ergeben“ ... Die Verfasser führen sodann „einige dieser Abstraktionen“ — wie sie es nennen — an und legen, wie bekannt, im wesentlichen die Grundlagen der materialistischen Auffassung der gesellschaftlichen Erscheinungen und Geschehnisse dar. Wenn also die „selbständige“, spekulative, idealistische Philosophie beiseite geschleudert wird, so tritt an ihre Stelle die Zusammenfassung der Resultate, der Abstraktionen von den wirklichen Erscheinungen und schließlich die Feststellung von Schlüssen — und alles die zu dem Zweck, um zu begreifen, was um das erkennende Subjekt und sogar in ihm vor sich geht.

Man muß zugeben, daß der Inhalt der Nachfolgerin der alten Philosophie hier nicht materiell, sondern nur formal bestimmt ist. Aus dem Angeführten geht jedoch hervor, daß neben den einzelnen positiven Wissenschaften noch eine gewisse — nennen wir sie auch so — Wissenschaft mit einem bestimmten Inhalt Daseinsberechtigung hat. Sie stand Marx und Engels bereits im Jahre 1845 zur Verfügung, sie durchdrang all ihre wissenschaftlichen Forschungen und ihre allgemeine praktische Tätigkeit, und Engels schrieb über sie im Jahre 1877/78 im „Anti-Dühring“ schwarz auf weiß:

*„Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbständig (selbständig natürlich nicht im Sinne einer absoluten Unabhängigkeit von den positiven Wissenschaften, sondern im Sinne eines besonderen Inhalts, der nicht in den anderen Wissenschaften aufgeht. I.L.) bestehen bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen — die formale Logik und die Dialektik.“*³

Wie wir sehen, erhält hier die Nachfolgerin der Philosophie schon eine bestimmte Bezeichnung; sie wird Dialekt genannt. Selbstverständlich wäre die Definition der Dialektik durch den Marxismus nur unvollkommen, wenn wir sie nur als Lehre von den Gesetzen des Denkens bezeichnen wollten. Einer solchen Dialektik war schon Kant sehr nahe gekommen: aber für die Marxisten war sie zu etwas anderem geworden.

„Die Dialektik ist aber — so formuliert Engels — weiter nichts als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der menschlichen Gesellschaft und des Denkens⁴.“

Man muß noch besonders bemerken, daß die Dialektik erst in dieser Formulierung ihre volle Bestimmung erhält, und zwar als materialistische Dialektik. Das Denken ist ebenso dialektisch wie das Sein, aber die Dialektik der Begriffe ist nur das bewußte Abbild der Dialektik der Außenwelt.

Es ist notwendig, die Bedeutung der materialistischen Dialektik

als Nachfolgerin der Philosophie mit allem Nachdruck hervorzuheben, denn nur in diesem Sinn wird der Begriff der Philosophie des Marxismus sowohl bei seinen Begründern als auch bei Lenin gebraucht. „Die Philosophie – sagt Engels im *‘Anti-Dühring’* – ist hier also *‘aufgehoben’*, das heißt *‘sowohl überwunden wie aufbewahrt’*, überwunden ihrer Form, aufbewahrt ihrem wirklichen Inhalt nach.“⁵

Wir sagten, daß das Denken ebenso dialektisch sei wie das Sein, aber während das Sein stets dialektisch ist, kann das Denken auch rein verstandesgemäß, formal, starr, metaphysisch sein. Nur das dialektische Denken ist fällig, einem adäquaten Abbild der realen Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen; darin aber besteht die Aufgabe der Wissenschaft und damit die vornehmste Aufgabe der Menschheit. Die Aufgabe des Wissens besteht folglich darin, zu einem dem Gegenstand adäquaten Wissen zu werden. – Mit anderen Worten: – die Aufgabe besteht darin, eine Methode der adäquaten Erkenntnis und Erforschung des Gegenstandes zu besitzen; in diesem Fall ist die materialistische Dialektik (= dialektischer Materialismus = Philosophie des Marxismus) als Dialektik des Wissens, das den Gegenstand gedanklich widerspiegelt, die Lehre von der Methode der Erkenntnis des Gegenstandes oder, was dasselbe ist, die Methodologie der wissenschaftlichen Erkenntnis.

„Was von der ganzen bisherigen Philosophie ... bestehen bleibt... – sagt Engels – ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen – die formale Logik und die Dialektik.“ Aber die formale Logik kann nicht die Methodologie der wissenschaftlichen Erkenntnis, der Erkenntnis des Gegenstandes, sein. Sie ist vielmehr nur ein Teil (und nicht die Gesamtheit) der wissenschaftlichen, objektiven Erkenntnis. Wie schon der Name sagt, ist sie formal und nicht real. Sie operiert mit verstandesmäßigen Definitionen und gleitet bestenfalls über die Oberfläche der Dinge hin, ohne gewissermaßen „tiefer“ in sie einzudringen. Die Dinge und, was wichtiger ist, die Prozesse erscheinen losgelöst für sich, und einige ihrer Formen, die in der formalen Logik widergespiegelt und erstarrt sind, erscheinen ebenfalls losgelöst für sich. Diese Formen werden in formal-verstandesmäßigen Definitionen festgehalten, die Definitionen werden formal zu Sätzen verknüpft, die Sätze werden zu Syllogismen mit ihren formalrichtigen Folgerungen aneinander gereiht, aber währenddessen geht die lebendige Realität ihren Gang und läßt sich in Wirklichkeit nicht in diese Definitionen, Sätze und Syllogismen hineinzwängen.

Und da nur ein solches Denken ein richtiges genannt werden kann, das der objektiven Realität entspricht, das imstande ist, sie in ihrer ganzen Fülle widerzuspiegeln, so ist die formale Logik nicht imstande, denken zu lehren. Die formale Logik ist unfähig, zu lehren, wie die Prozesse der Natur und Gesellschaft verlaufen, denn sie spiegelt sie nicht wider. Um sie widerzuspiegeln, muß sie aus einer formalen zu einer realen Wissenschaft von den allgemeinen – sagen wir – Bewegungsgesetzen der Natur und Gesellschaft werden.

Eine derartige reale Logik ist zwar nicht imstande, einen Dummkopf denken zu lehren, aber sie wird zumindest fähig sein, zu erzählen, nach welchen Gesetzen die Prozesse der Wirklichkeit verlaufen. Diese Logik kann in gewissem Sinne auch denken lehren, d.h. sie kann zur Erkenntnis des Inhaltes der objektiven Realität beitragen. Aber dazu muß die Logik – wir wiederholen es – aus einer formalen zu einer realen werden.

Was ist eine reale Logik? Das ist eine Logik, die der Realität entspricht, eine Logik, die ihre Begriffe und deren Koordinationen, Verbindungen, Vermittlungen und Reihenfolge so anordnet, daß sie objektiv existierende Gegenstände und deren Koordinationen, Verbindungen, Vermittlungen, Reihenfolge widerspiegeln. Sofern diese dialektisch sind, müssen auch jene dialektisch sein.

Die logischen Bestimmungen sollen das Sein widerspiegeln. Das bedeutet, daß sie nicht außerhalb des Seins stehen.

„Die Kategorien der Logik – so schrieb Lenin – sind Abkürzungen

einer *‘unendlichen Menge’* von Einzelheiten des äußerlichen Daseins und der Tätigkeit. Diese Kategorien dienen ihrerseits den Menschen in ihrer Praxis.“

Das aber ist das Wesen der Kategorien der materialistischen Dialektik, die Marx und Engels als „Abstraktionen von wirklichen, historischen, vergänglichen Erscheinungen“ definiert.

Die Dialektik ist also die Methodologie des Wissens vom Gegenstand. Aber dieser erste Hinweis wäre unvollständig, wenn wir ihm nicht die Worte: „...auf der Grundlage des Handelns“ (der Praxis) hinzufügen würden, denn das Moment des Handelns in der Erkenntnistheorie gehört schon seit dem Jahre 1845 zum Marxismus.

Die materialistische Dialektik ist also eine Methodologie des Wissens auf der Grundlage des Handelns. Aber auch in dieser Formulierung ist die Sache nur halb zum Ausdruck gebracht. Das Handeln ist nicht nur ein Moment der Theorie des Wissens; mit der gleichen Berechtigung kann man sagen, daß auch das Wissen ein Moment der Theorie des Handelns ist. Wenn die Dialektik Theorie des Wissens ist, so ist sie auch Theorie des Handelns.

Zu Anfang unseres Aufsatzes sprachen wir von der Einheit von Theorie und Praxis. Die elfte These von Marx über Feuerbach hat diese Einheit zum Prinzip erhoben: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert: es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Lenin hat dieses Prinzip in seinem vollen Umfang übernommen. Er schreibt in einem seiner Artikel:

„Unsere Lehre – so sagte Engels von sich und seinem berühmten Freunde – ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zu Handeln. In diesem klassischen Satz wird mit bemerkenswerter Kraft und Deutlichkeit die Seite des Marxismus betont, die immerzu außer acht gelassen wird. Wenn wir sie aber übersehen, so wird der Marxismus einseitig, verkrüppelt, tot; wir nehmen ihm seine lebendige Seele, wir untergraben seine wichtigsten theoretischen Grundlagen – die Dialektik, die Lehre von der allseitigen und widerspruchsvollen historischen Entwicklung, wir untergraben seinen Zusammenhang mit den bestimmten praktischen Aufgaben der Epoche, die sich bei jeder neuen Wendung der Geschichte ändern können.“⁶

In diesen bedeutsamen Sätzen des Marxismus ist ein bestimmter Hinweis darauf enthalten, daß die Dialektik auch Theorie des Handelns, „Anleitung“ zum Handeln, das heißt seine Methodologie ist. Die Dialektik ist somit auch Methodologie des Handelns; man muß hier jedoch auch hinzufügen: auf der Grundlage des Wissens, denn – wie wir schon zu Anfang unserer Arbeit gesehen haben – gibt es „ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis“.

Die Aufgaben der materialistischen Dialektik, die Aufgaben, die sie erfüllt, mit einem Worte – ihre allgemeine Bedeutung – besteht also darin, daß sie die Methodologie des Wissens auf der Grundlage des Handelns und die Methodologie des Handelns auf der Grundlage des Wissens ist.

In der Anwendung auf das gesellschaftliche Sein, das keineswegs vom Sein als Ganzen losgelöst ist, obgleich es sich durch spezifische Verbindungen und Gesetzmäßigkeiten unterscheidet, kann die erwähnte Definition folgendermaßen konkretisiert werden: die materialistische Dialektik ist die Methodologie des sozialen Wissens auf der Grundlage des Handelns und der gesellschaftlichen Praxis auf der Grundlage des Wissens. Lenin und der Leninismus können hier den Ruhm beanspruchen, aufgedeckt zu haben, was im dialektischen Materialismus verborgen ist, und was keineswegs übersehen werden darf, wenn von der Methodologie des gesellschaftlichen Wissens und Handelns die Rede ist. Das ist das Moment der Parteilichkeit und als seine Folge das Moment der praktischen Aktion.

In der Klassengesellschaft kann es keine Gesellschaftswissenschaft geben, die außerhalb der Klassen steht. Nicht nur kann keine Rede davon sein, daß die Gesellschaftsphilosophie unparteiisch – sine ira et studio – vorgehen könnte; dies kann nicht einmal die Naturphilosophie –, um diese alte Bezeichnung zu gebrauchen. In dieser ist die

Parteilichkeit im weiteren Sinne des Wortes schwieriger aufzuspüren; aber die soziale Tendenz kommt auch hier zum Vorschein, sobald wir die Frage nach den letzten Elementen des Seins stellen und zum Beispiel das kosmogonische Problem berühren. Die mittelalterliche These: „Die Philosophie ist die Dienerin der Theologie (philosophia est ancilla theologiae)“ – ist in diesem Sinne bereits parteilich. Das Verhältnis der Philosophie zur Theologie ist – wie die Denker ihre Meinung über diesen Punkt auch maskieren mögen – der Prüfstein für die Einreihung der Philosophie in die Linie der Reaktion oder der Revolution, wenn man es schematisch ausdrücken will.

Der geistige Kampf ist ein Klassenkampf. So entpuppten sich im England des 17. Jahrhunderts die sogenannten „Freidenker“, die mit einer Kritik der kirchlichen Orthodoxie auftraten, als Ideologen einer bestimmten Klasse in der Philosophie; so spiegeln die französischen Materialisten des 18. Jahrhunderts in ihren philosophischen und atheistischen Werken ebenfalls den Standpunkt einer revolutionären Klasse wider; und so waren auch die deutschen Junghegelianer des 19. Jahrhunderts, unter ihnen Marx und Engels, nicht „parteilos“ in punkto Philosophie. Ihre Philosophie wurde, und je länger, in desto größerem Maße, zur revolutionären Philosophie des Proletariats; und endlich führen und verwirklichen Lenin und mit ihm die orthodoxen Marxisten des 20. Jahrhunderts in ihrer Philosophie und im Kampfe für sie den gleichen Klassenkampf. Parteilichkeit, Parteinehmen ist in der Philosophie notwendig und unvermeidlich.

Manchmal tritt der Klassencharakter des philosophischen Kampfes besonders deutlich zutage. Als E. Haeckel seine „Welträtsel“ veröffentlichte, erhob sich in Europa ein wahrer Sturm. Obgleich Haeckel persönlich die Religion nicht ablehnte und sich gegen den Materialismus verwahrte, bewiesen doch der ganze Inhalt und Geist seines Werkes klar, daß der Materialismus nicht auszurotten, und daß er mit der Theologie und mit der idealistischen Philosophie nicht zu vereinbaren ist. Und gegen ihn erhoben sich nicht nur die Theologen, sondern auch die „vorurteilslosen“ und „unparteiischen“ offiziellen Philosophieprofessoren. In diesem Beispiel sah Lenin eine deutliche Bestätigung seiner These.

„Der Sturm – schrieb er – den ‚Die Welträtsel‘ von E. Haeckel in allen Ländern hervorgerufen haben, hat einerseits mit besonderer Deutlichkeit gezeigt, daß die Philosophie in der heutigen Gesellschaft parteilich ist, andererseits hat er die wirkliche gesellschaftliche Bedeutung des Kampfes des Materialismus gegen den Idealismus und Agnostizismus klargelegt.“ Man konnte im vorliegenden Fall mit Einzelheiten der Haeckelschen Auffassung nicht einverstanden sein, man konnte und man mußte sogar seine Mängel sehen, die in einer gewissen Inkonsequenz bestanden, aber nichtsdestoweniger mußte man sich in diesem Sturm auf seine Seite stellen und sich seiner materialistischen Stellungnahme anschließen. Dem, was in diesem Streit als Materialismus und Idealismus an der Oberfläche in Erscheinung trat, entsprachen die revolutionäre Klasse einerseits und die reaktionäre Bourgeoisie und die Geistlichkeit andererseits. Und obwohl es in jedem Lager noch besondere eigene Strömungen gab, traten diese Unterschiede in den Hintergrund; sie waren, im Vergleich zu dem grundlegenden Gegensatz der prinzipiellen Standpunkte von untergeordneter Bedeutung. Es ist Aufgabe des Marxismus, diese ideologischen Klassentendenzen der verschiedenen philosophischen Richtungen aufzudecken; besonders wichtig ist das in Bezug auf die soziologischen Richtungen.

Sind die soziologischen Konstruktionen der Idealisten und Subjektivisten willkürlich und entbehren sie jeder festen Grundlage, so ist der entgegengesetzte Standpunkt, der objektivist-materialistische, der sich auf Tatsachen stützt, wissenschaftlich begründet. Aber es kann zweierlei Anhänger dieses zweiten Standpunktes geben. Wir haben es mit ein und derselben Erscheinung zu tun: der antagonistischen kapitalistischen Gesellschaft. Der Subjektivist ist imstande, sie einfach nicht zu sehen oder aber, wenn er sie auch sieht, sie durch die schlechten

oder guten Taten dieser oder jener Personen oder vielleicht Stände oder vielleicht Völker zu erklären. Der Objektivist wird die Analyse dieser Gesellschaft wissenschaftlich begründen und zu dem Schlusse kommen, daß die gegebene Erscheinung nicht willkürlich, sondern notwendig ist, daß sie kausal bedingt ist, und daß die Erscheinung, wenn sie einmal notwendig ist, so verlaufen muß, wie sie verläuft, da „unüberwindliche geschichtliche Tendenzen“ vorliegen. Der Materialist wird mit der ersten Schlußfolgerung des Objektivisten einverstanden sein, er wird aber weitergehen. Er wird den Charakter der gegebenen sozialökonomischen Formation genau feststellen und das Wesen ihrer antagonistischen Verhältnisse bestimmen; er wird die Klassengegensätze aufdecken und, indem er sie aufdeckt, selbst den Standpunkt einer bestimmten Klasse einnehmen; er wird von den Formen der Gegenwirkung gegen die entgegengesetzte Klasse sprechen.

„Der Materialist ist somit einerseits konsequenter als der Objektivist, sein Objektivismus ist gründlicher und vollständiger. Der Materialist beschränkt sich nicht darauf, auf den objektiven Charakter des Prozesses hinzuweisen, er legt auch klar, welche bestimmte sozialökonomische Formation diesem Prozeß seinen Inhalt verleiht, welche Klasse diese Notwendigkeit bestimmt. ... Andererseits enthält der Materialismus gewissermaßen das Moment der Parteilichkeit, denn er verpflichtet bei jeder Beurteilung eines Ereignisses dazu, den Standpunkt einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe direkt und offen einzunehmen.“⁷

Die Subjektivisten werfen den Anhängern des objektiven Standpunktes Inkonsequenz vor; wenn alles kausal und notwendig sei, so müßte man nach dem Wort von Spinoza handeln: nicht weinen und nicht lachen, sondern nur begreifen. Aber gerade das ist falsch. Einen Prozeß oder eine Erscheinung zu begreifen, das bedeutet, sich auf die eine oder die andere Seite zu stellen, entweder für diese Erscheinung zu sein oder gegen sie. Die Subjektivisten sagen: wenn der Kapitalismus kausal bedingt, notwendig ist, so hat es keinen Sinn, auf ihn „böse zu sein“. Aber das paßt vielleicht für einen passiven Objektivist, nicht aber für einen aktiven und konsequenten Materialisten. Es handelt sich natürlich nicht um das „Bösesein“, sondern um einen bestimmten Standpunkt, den Klassenstandpunkt gegenüber dem Kapitalismus. Der gewählte Standpunkt, sagen wir der proletarische Standpunkt, bestimmt objektiv auch das „Bösesein“ auf den Kapitalismus und die im Kapitalismus herrschende Klasse.

„Wenn eine bestimmte Lehre an jeden öffentlich tätigen Menschen die unerbittliche Forderung stellt, die Wirklichkeit und die auf dem Boden dieser Wirklichkeit entstehenden Verhältnisse der verschiedenen Klassen objektiv zu analysieren, wieso kann man daraus folgern, daß ein öffentlich tätiger Mensch die Pflicht habe, mit keiner Klasse zu sympathisieren, da so etwas für ihn „nicht schicklich“ sei. Es ist geradezu lächerlich, hier von einer Pflicht auch nur zu sprechen, denn kein lebender Mensch kann, wenn er einmal die gegenseitigen Beziehungen der Klassen begriffen hat, umhin, sich auf die Seite der einen oder der anderen Klasse zu stellen, sich der Erfolge der betreffenden Klasse zu freuen, ihre Mißerfolge zu beklagen, über diejenigen entrüstet zu sein, die dieser Klasse feindlich gesinnt sind, die ihre Entwicklung durch Verbreitung rückständiger Auffassung hemmt usw. usw.“⁸

Die Parteilichkeit in der Wissenschaft verpflichtet auch zur Parteilichkeit in der praktischen Tätigkeit. Die theoretische Parteilichkeit liefert ja gerade die Begründung zur praktischen Tätigkeit.

Die Frage der Bedeutung der Tätigkeit des Menschen muß selbst richtig begriffen werden. In der theoretischen Analyse der gesellschaftlichen Prozesse bleibt der Marxist nicht bei den Handlungen der einzelnen Menschen stehen, sondern forscht nach dem, was diese Handlungen bedingt. Aber, wie bekannt, hat der materialistische Determinismus seinem Wesen nach nichts mit einem Fatalismus oder mit einem Verzicht auf die Beurteilung dessen, was vor sich geht, gemein. Die Frage der Freiheit des Willens und der Rolle der Persönlichkeit in der

Geschichte wird dialektisch gelöst. Die Freiheit des Willens wird nicht geleugnet, sondern erklärt, die Rolle der Persönlichkeit nicht auf ein Nichts reduziert, sondern der Rolle der Klasse untergeordnet.

„Die Idee des Determinismus — so schrieb Lenin —, die die Notwendigkeit der menschlichen Handlungen feststellt und das dumme Märchen von der Freiheit des Willens ablehnt, schafft den Verstand und das Gewissen des Menschen keineswegs aus der Welt, macht eine Beurteilung seiner Handlungen nicht überflüssig. Ganz im Gegenteil: nur bei einer deterministischen Stellungnahme ist auch eine strenge und richtige Beurteilung möglich, statt der Abwälzung alles Beliebigen auf den freien Willen. Gleicherweise hebt die Idee der geschichtlichen Notwendigkeit keineswegs die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte auf. Die ganze Geschichte besteht ja aus Handlungen von Menschen, die unzweifelhaft handelnde Persönlichkeiten sind.“⁹

Wenn der Fatalismus zum Quietismus führt, so ruft der Determinismus, der historische Materialismus zum Eingreifen in den Klassenkampf auf einer bestimmten Seite auf.

Auch der Subjektivist kann natürlich ein Kämpfer sein, aber wenn der Objektivist nur über die Theorie (und auch hier eine Theorie, die nicht bis zu ihrer logischen Konsequenz geführt wird) verfügt, so hat der Subjektivist nur die Praxis, die in diesem Falle offensichtlich subjektivistisch und zufällig sein muß. Aber ohne eine revolutionäre Theorie kann es doch auch keine revolutionäre Praxis geben. Nur bei dem Materialisten ist die Theorie unzertrennlich mit der Praxis verbunden, und deshalb ist seine Praxis objektiv begründet und unter sonst gleichen Bedingungen erfolgreich.

Die materialistische Dialektik erfordert somit als reale Logik eine bestimmte objektive Kennzeichnung der gegebenen gesellschaftlichen Erscheinungen, sie erfordert weiterhin eine Art Diagnose vom Parteistandpunkt, sie erfordert endlich, daß die bestimmte praktische Schlußfolgerung gezogen wird, was unter allen diesen gegebenen Umständen und Bedingungen zu tun ist. Die allgemeine Linie wird durch die Prinzipien der materialisti-

schen Dialektik bestimmt. Auf dem Gebiete der Naturwissenschaften ist es die höchste Aufgabe, die „Logik“ der Natur möglichst adäquat zu erfassen, um die Natur besiegen zu können; auf dem Gebiete der Gesellschaft wird diese Aufgabe entsprechend modifiziert. Es heißt hier, die „Logik“ der wirtschaftlichen Entwicklung, d.h. der Entwicklung des gesellschaftlichen Seins zu dem Zwecke zu erfassen, um das gesellschaftliche Bewußtsein, das Bewußtsein der fortgeschrittenen Klassen der kapitalistischen Länder möglichst genau und zu gleicher Zeit kritisch an diese Entwicklung anzupassen. Diese Aufgaben sind revolutionär, denn was heißt das, die Logik der wirtschaftlichen Entwicklung kritisch zu erfassen? D.h., die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern auch zu verändern.

„Es ist die direkte Aufgabe der Wissenschaft — so sagt Lenin —, eine wahre Kampflösung zu geben, d.h. instande zu sein, diesen Kampf objektiv als ein Produkt eines bestimmten Systems von Produktionsverhältnissen aufzuzeigen, die Notwendigkeit dieses Kampfes, seinen Inhalt, den Gang und die Bedingungen der Entwicklung klarzulegen.“¹⁰

Wenn wir von den allgemeinen Fragen der Methodologie zu der konkreten Frage der gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft einzuschlagenden Politik übergehen, so wird sich die allgemeine Kampflösung in eine Lösung des Kampfes gegen die Kapitalisten verwandeln; die reale Analyse deckt die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung auf; der Standpunkt der Entwicklung zeigt in Verbindung mit der realen Logik die Wege der Entwicklung des Kapitalismus, die gleichzeitig zu Wegen zu seinem Untergang werden; die Parteilichkeit veranlaßt bei Vorhandensein der ersten beiden Momente zur Parteinahme für das Proletariat, und alle Momente zusammen genommen führen uns zur Lösung und Praxis des Kampfes gegen den Kapitalismus.

F u ß n o t e n

¹ W.I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. II, „Der ökonomische Inhalt der Lehre der Narodniki und ihre Kritik im Buche des Herrn Struve“, S. 80 (russisch).

² „Marx-Engels-Archiv“, Bd. I, S. 240 u. 241.

³ F. Engels, „Herrn E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, Stuttgart 1921, S. 11.

⁴ ibidem, S. 141.

⁵ ibidem, S. 141.

⁶ W.I. Lenin, „Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Materialismus“.

⁷ W.I. Lenin, „Von welchem Erbe sagen wir uns los?“

⁸ W.I. Lenin, „Der ökonomische Inhalt der Lehre der Narodniki“.

⁹ W.I. Lenin, „Was sind die Freunde des Volkes?“

¹⁰ ibidem.

Publikationen der LSR

zu bestellen über unsere Kontaktadresse

**5 ArbeiterInnen
Standpunkt**
Revolution · Rätedemokratie · Sozialismus

**Neoliberale SPÖ:
Ursachen und
Alternativen**

von Michael Pröbsting und Roman Birke



März 2007

Preis: 3,- Euro



Revolutionärer Marxismus Nr.38

**Russland auf dem Weg zum Roten
Oktober. Die Taktiken der
Bolschewiki in der Revolution**

- Trotzki, Den Worten folgen Taten
- Die russische Revolution und ihre Kritiker
- Lenin's Partei und demokratischer Zentralismus
- Die Bedeutung der russischen Revolution

A5 Buch, 132 Seiten, € 6

Bestellungen über unsere Kontaktadresse

ÜBER DIE LOSUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

von Leo Trotzki

Einleitende Bemerkungen der Redaktion

Im Folgenden veröffentlichen wir zwei Texte von Leo Trotzki – des neben Lenin wichtigsten marxistischen Theoretiker des 20. Jahrhunderts – zur Frage der Vereinigten Staaten von Europa. Den ersten Artikel „Über die Aktualität der Parole ‚Vereinigte Staaten von Europa‘“ veröffentlichte Trotzki am 30. Juni 1923. Er entstand zu einem Zeitpunkt, als mit der Ruhrbesetzung durch französische Truppen die Gefahr eines neuen Krieges in Europa drohte und in Deutschland eine revolutionäre Krise ausbrach. Der zweite Text ist ein Kapitel aus der umfassenden Kritik Trotzki's am auf dem VI. Weltkongreß 1928 angenommenen Programm der stalinistischen Komintern. In den beiden Artikel legt Trotzki seine Überlegung dar, daß in der Epoche des Imperialismus als der Epoche des niedergehenden Kapitalismus eine nationale Lösung der Klassenwidersprüche unmöglich ist und nur eine internationale Revolution und ein über die Grenzen des Nationalstaates hinausgehender Zusammenschluß der Völker den Weg nach Vorne weist. Von diesem Ansatz ausgehend entwickelt er die Losung des Zusammenschlusses Europas auf sozialistischer Grundlage. In seinem Artikel aus dem Jahre 1923 betont er aufgrund der durch den Weltkrieg verursachten Zerrüttung in Europa, die Versuche des US-amerikanischen Imperialismus, sich Europa Untertan zu machen sowie die politische, kulturelle und geisti-

ge Nähe Europas die Notwendigkeit einer Propagandaoffensive der Kommunistischen Internationale. Die Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“ darf dabei nicht als eigenständige Losung des Zusammenschlusses Europas auf kapitalistischer Grundlage verstanden werden, sondern im Zusammenhang mit der Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung“. Daraus entwickelt Trotzki die Losung der „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“ bzw. in Anlehnung an die das russische Synonym für die Macht der Arbeiter- und Bauernräte „Vereinigten Sowjet-Staaten von Europa“.

Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Frage der „Vereinigten Staaten von Europa“ und der historischen Entwicklung der Positionen von Lenin und Trotzki findet sich im Kapitel VI des in dieser Ausgabe veröffentlichten Artikels von Michael Pröbsting „Die Frage der Vereinigung Europas im Lichte der marxistischen Theorie“.

Quellen:

Leo Trotzki: Über die Aktualität der Parole „Vereinigte Staaten von Europa“ (1923); in: Leo Trotzki, *Wohin treibt England/Europa und Amerika*, Berlin 1972, S. 92-99

Leo Trotzki: Auszug aus „Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale“ (1928), in: Die III. Internationale nach Lenin, Dortmund 1977, S. 73-79

Über die Aktualität der Parole „Vereinigte Staaten von Europa“

von Leo Trotzki

Ich meine, dass es an der Zeit ist, neben der Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ eine andere aufzustellen: „Die Vereinigten Staaten von Europa“. Nur die Verbindung dieser beiden Parolen wird die brennendsten Fragen der europäischen Entwicklung in einer den Zeitumständen angemessenen Weise beantworten können.

Der letzte imperialistische Krieg war in seinen Grundzügen ein europäischer Krieg. Die vorübergehende Teilnahme Amerikas und Japans an den Kriegseignissen ändert nichts an seinem Wesen. Nachdem Amerika erreicht hatte, was es wollte, zog es seine Hand aus dem europäischen Brandherd und ging nach Hause.

Die treibende Kraft an diesem Kriege waren kapitalistische Produktivkräfte, die über den Rahmen der europäischen Nationalstaaten hinausgewachsen sind. Deutschland stellte sich die Aufgabe, Europa zu „organisieren“, d.h. den europäischen Kontinent unter seiner Leitung wirtschaftlich zu vereinigen, um später den eigentlichen Kampf mit England um die Weltherrschaft zu beginnen. Frankreich machte sich zur Aufgabe, Deutschland zu zersplittern. Die geringe Bevölkerung Frankreichs, ihr vorwiegend agrarischer Charakter und der Konservatismus seiner Wirtschaftsformen machen es der französischen Bourgeoisie unmöglich, an das Problem – Europa zu

organisieren – auch nur heranzutreten, dessen Lösungsversuch dem mit der Kriegsmaschine der Hohenzollern ausgerüsteten deutschen Kapitalismus das Rückgrat gebrochen hat. Das siegreiche Frankreich balkanisiert Europa, um seine Herrschaft zu stützen. Großbritannien provoziert und protegert die französische Politik der Zergliederung und Aushungerung Europas, – es tut das nicht offen, sondern in der traditionellen englischen heuchlerischen Weise. Die Folge davon ist, dass unser unglückseliger Kontinent zerrissen, zersplittert, erschöpft, desorganisiert, balkanisiert – in ein Tollhaus verwandelt ist. Der Ruhrfeldzug ist ein Symptom eines Tobsuchtsanfalls, dem es nicht an scharfsinniger Berechnung fehlt (der endgültige Ruin Deutschlands) – eine Kombination, die die Psychiatrie häufig festgestellt hat.

Ebenso wie der Weltkrieg dem Bedürfnis entsprang, die Produktivkräfte auf eine breite, zollschrankenfreie Entwicklungsbahn zu bringen, ebenso ist auch die Europa und die ganze Menschheit zerstörende Ruhrbesetzung ein verzerrter Ausdruck des Strebens, die Ruhrkohle mit dem lothringischen Eisen zu verbinden. In jenen staatlichen Zollschranken, die Versailles Europa aufgezwungen hat, kann sich der Kontinent nicht entwickeln. Er muss diese Grenzen sprengen, wenn er dem ökonomischen Ruin entgehen will. Aber die Methoden, die

die regierende Bourgeoisie anwendet, um die von ihr selbst geschaffenen Grenzen zu überwinden, vergrößern noch das Chaos und den Zerfall.

Die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Lösung der grundlegenden Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas in die Hand zu nehmen, wird den werktätigen Massen immer deutlicher. Die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ kommt diesem wachsenden Bedürfnis der Werktätigen, selbständig und aus eigener Kraft einen Ausweg zu finden, entgegen. Es ist an der Zeit, auf diesen Ausweg konkret hinzuweisen: er ist – enge wirtschaftliche Kooperation der europäischen Völker, als das einzige Mittel, unseren Kontinent vor der wirtschaftlichen Zersetzung und Unterjochung durch das überstarke amerikanische Kapital zu retten.

Amerika hat sich von Europa zurückgezogen, es wartet in aller Ruhe ab, bis die Agonie der europäischen Wirtschaft einen Grad erreicht, bei dem Europa – ebenso wie Österreich – um billiges Geld aufgekauft werden kann. Aber weder kann Frankreich sich von Deutschland zurückziehen, noch Deutschland Frankreich den Rücken kehren. Deutschland und Frankreich bilden zusammen den Grundkern Westeuropas. Hier steckt der Konflikt und die Lösung des europäischen Problems. Alles übrige ist nur Beiwerk. Dass die Balkanstaaten außerhalb der Föderation weder leben noch sich entwickeln können, das ist schon lange vor dem imperialistischen Kriege anerkannt worden. Das gilt auch von den Scherben des österreich-ungarischen Imperiums und von den westlichen, außerhalb der Sowjetunion gebliebenen Teilen des zaristischen Russland. Apenninen, Pyrenäen, Skandinavien – sind in den Ozean vorgeschobene Organe des europäischen Körpers. Sie sind nicht imstande, selbständig zu existieren. Der europäische Kontinent ist bei dem jetzigen Niveau der Produktivkräfte eine wenn auch nicht isolierte, aber innerlich eng verbundene wirtschaftliche Einheit – das zeigte sich in der furchtbaren Katastrophe des imperialistischen Krieges und auch heute wieder – bei der Ruhrbesetzung. Europa ist kein geographischer Terminus, sondern ein wirtschaftlicher, der, zumal unter den gegenwärtigen Nachkriegsverhältnissen etwas weit Konkreteres ist als der Terminus Weltmarkt. Wenn wir schon lange gewohnt sind, die Notwendigkeit einer Föderation der Balkanhalbinsel einzusehen, so wird es allmählich an der Zeit, auch das balkanisierte Europa im selben Lichte zu sehen.

Es bleibt die Frage nach der Sowjetunion einerseits und Großbritannien andererseits. Es versteht sich von selbst, dass die Sowjetunion einer föderativen Vereinigung Europas mit Europa nicht im Wege sein wird. Dadurch wird eine dauerhafte Brücke zwischen Europa und Asien geschlagen.

Die englische Frage wird unter gewissen Vorbehalten zu lösen sein, – je nach dem Tempo der revolutionären Entwicklung Englands. Wenn die „Arbeiter- und Bauernregierung“ den europäischen Kontinent vor dem Zusammenbruch des englischen Imperialismus erobern sollte – und das ist sehr wahrscheinlich – , so wird die europäische Arbeiter- und Bauernföderation sich automatisch gegen das englische Kapital richten. Es braucht nicht erwähnt zu werden, dass, wenn die englischen Inseln das Joch des Kapitals abgeschüttet haben, sie als erwünschtes Mitglied der europäischen Föderation beitreten werden.

Man könnte die Frage aufwerfen: warum europäische und keine Weltföderation? Diese Fragestellung dürfte jedoch zu abstrakt sein. Es ist klar, dass die internationale wirtschaftliche und politische Entwicklung nach einheitlicher Weltwirtschaft tendiert, deren Zentralisierungsgrad dem technischen Niveau entsprechen wird. Aber es handelt sich hier nicht um die künftige sozialistische Weltwirtschaft, sondern um die Frage, wie das gegenwärtige Europa aus der Sackgasse herauskommen könnte. Den Arbeiter und Bauern des zersplitterten und ruinierten Europas muss ein Ausweg gewiesen werden, unabhängig von dem, welches Tempo die Revolution in Amerika, Australien, Asien und Afrika einschlagen wird. Von diesem Gesichtspunkte aus steht die Parole „Vereinigte Staaten von Europa“ auf derselben histo-

Seite 58

rischen Ebene, wie auch die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“; es ist eine Übergangsparole, die Auswege weist, Aussichten auf die Rettung gibt, und eben dadurch die werktätigen Massen auf den revolutionären Weg bringt.

Es wäre unrichtig, wenn man die internationale revolutionäre Entwicklung über einen Kamm scheren wollte. Amerika ist nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen. Die innere Stabilität der amerikanischen Bourgeoisie ist noch sehr groß. Seine Abhängigkeit vom europäischen Markt ist außerordentlich minimal. Wenn man von Europa absieht, – dann rücken die Aussichten für eine Revolution in Amerika in die Ferne von Jahrzehnten. Ist daraus der Schluss zu ziehen, dass die Revolution in Europa sich nach Amerika richten müsse? Gewiss nicht. Wenn das zurückgebliebene Russland auf die Revolution in Europa nicht gewartet hat (und auch nicht warten konnte), dann hat Europa um so weniger Ursache, auf die Revolution in Amerika zu warten. Das vom kapitalistischen Amerika, in der ersten Zeit vielleicht auch von England blockierte Arbeiter- und Bauerneuropa wird sich auf der Grundlage eines engen militärischen und wirtschaftlichen Bündnisses halten und entwickeln können.

Man darf nicht den Umstand übersehen, dass die Gefahr seitens US-Amerikas, das den Verfall Europas mit allen Mitteln fördert und sich schon bereit macht, das europäische Erbe anzutreten, die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der einander entgegenarbeitenden europäischen Völker und die Bildung der „Vereinigten Staaten der europäischen Arbeiter und Bauer“ besonders dringlich macht. Diese Gegenüberstellung von Amerika und Europa ergibt sich aus der Verschiedenheit der objektiven Lage der europäischen Länder und der transozeanischen mächtigen Republik und richtet sich natürlich keineswegs gegen die internationale Solidarität des Proletariats oder gegen die Interessen der amerikanischen Revolution. Im Gegenteil. Eine der Ursachen für die langsame Entwicklung der Revolution in der ganzen Welt besteht in der banalen europäischen Hoffnung auf den guten amerikanischen Onkel (Wilsonismus, philanthropische Unterstützung der hungernden Europäer, amerikanischen „Anleihen“ usw. usw.), je schneller die Volksmassen das Vertrauen zu den eigenen Kräften zurückgewinnen, desto enger werden sie sich unter der Parole „Union der Arbeiter- und Bauernrepubliken Europas“ zusammenschließen, desto schneller wird das Entwicklungstempo der Revolution sein – diesseits und auch jenseits des Ozeans. Ebenso wie der Sieg des Proletariats in Russland einen gewaltigen Anstoß für die Entwicklung der Kommunistischen Parteien in Europa gegeben hat, wird auch der Sieg der europäischen Revolution – aber in einem unvergleichlich größeren Maße – ein Antrieb für die Revolution in Amerika und der ganzen Welt sein. Wenn wir oben die Aussichten für die amerikanische Revolution – unter Ausschluss europäischer Einflüsse – in die Ferne von Jahrzehnten gerückt sahen, so können wir, die Wechselwirkung der historischen Ereignisse berücksichtigend, mit Sicherheit behaupten, dass der revolutionäre Sieg in Europa die Machtstellung der amerikanischen Bourgeoisie in Amerika in wenigen Jahren erschüttern wird.

Nicht nur das Ruhrproblem, d.h. die Frage nach der Allianz der europäischen Kohle mit dem europäischen Metall, sondern auch das Reparationsproblem, passen sich vollkommen dem Schema „Vereinigte Staaten von Europa“ an. Die Reparationsfrage ist ein rein europäisches Problem, das in der bevorstehenden Periode nur mit europäischen Mitteln gelöst werden kann und wird. Das Europa der Arbeiter und Bauern wird ebenso sein Reparationsbudget haben, wie es sein Kriegsbudget haben wird – wenigstens so lange, als es von außen bedroht wird. Dieses Budget wird auf der progressiven Einkommensbesteuerung, auf Vermögenssteuern, auf der Konfiskation des Reichtums der Kriegsgewinnler usw. aufgebaut werden. Die Verteilung des Budgets wird von entsprechenden Organen der europäischen Arbeiter- und Bauernföderation geregelt werden.

Wir werden uns hier nicht mit Prophezeiungen darüber beschäf-

tigen, in welchem Tempo sich die Vereinigung der europäischen Republiken vollziehen, welchen Zentralisationsgrad die europäische Wirtschaft in der ersten Periode des Arbeiter- und Bauernregimes erreichen wird. Aber das eine ist klar, dass die Zollschränken beseitigt werden müssen. Die europäischen Völker müssen in Europa eine Arena der vereinigten planmäßigen Wirtschaft erblicken.

Man könnte vielleicht einwenden dass wir eigentlich nur von einer europäischen sozialistischen Föderation als eines Bestandteils der künftigen Weltföderation sprechen, und dass dieses Regime nur unter der Diktatur des Proletariats realisierbar ist. Wir wollen jedoch diese Einwände hier unberücksichtigt lassen, da sie bei der internationalen Erörterung der Frage nach der Arbeiterregierung eingehend behandelt worden sind. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ sind eine Parole, die derjenigen der „Arbeiter- (oder Arbeiter- und Bauern-)Regierung“ in jeder Hinsicht entspricht. Ist die „Arbeiterregierung“ ohne eine Diktatur des Proletariats realisierbar? Darauf kann man nur mit Vorbehalt antworten. Wir fassen „Arbeiterregierung“ jedenfalls als eine Etappe zur Diktatur des Proletariats auf. Darin erblicken wir den ungeheuren Wert der Parole. Aber auch die Parole „Vereinigte Staaten von Europa“ hat eine gleichwertige, parallel laufende Bedeutung. Ohne diese ergänzende Parole bleiben die europäischen Probleme in der Luft hängen.

Wird diese Parole nicht Wasser auf die Mühlen der Pazifisten sein? Ich glaube nicht, dass es auf der Welt solche linksradikalen Leute gibt, für die diese Gefahr genügen würde, um die Parole abzulehnen: wir alle leben im Jahre 1923 und haben manches zugelehrt. Man braucht ebenso wenig eine pazifistische Missdeutung der „Vereinigten Staaten von Europa“ zu fürchten, wie die demokratischsozialrevolutionäre Auffassung der Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“. Freilich, wenn man Vereinigte Staaten von Europa als ein selbständiges Programm, als ein Allheilmittel für die Befriedung und den Wiederaufbau Europa aufstellt und diese Parole von der Arbeiterregierung, von der Idee der Einheitsfront und des Klassenkampfes trennt, dann ist es nicht ausgeschlossen, dass man zu einem demokratischen Wilsonismus, d.h. zu Kautsky und noch tiefer (wenn das überhaupt möglich ist) hinabrollt. Aber ich wiederhole – wir leben immerhin im Jahre 1923 und haben manches dazugelernt.

Die Kommunistische Internationale ist Wirklichkeit geworden, und Kautsky wird nicht damit beauftragt werden, die Verwirklichung unserer Parole zu beaufsichtigen. Unsere Problemstellung ist derjenigen Kautskys diametral entgegengesetzt. Pazifismus ist ein akademisches Programm, das die Aufgabe hat, die Anhänger dieser Idee vom revolutionären Wirken zu suspendieren. Unser Standpunkt dagegen drängt auf den Weg des Kampfes. Wir sagen den Arbeitern Deutschlands (nicht den Kommunisten, denn diese wissen es schon), wir sagen allen Arbeitern und vor allem den Sozialdemokraten unter ihnen, die die wirtschaftlichen Folgen des Kampfes um die Arbeiterregierung fürchten; wir sagen den Arbeitern Frankreichs, deren Denken noch von Reparationsfragen und Staatsschulden gefesselt ist; wir sagen den Arbeitern Deutschlands, Frankreichs und ganz Europas, die befürchten, dass die Einführung des Arbeiterregimes zu einer Isolierung ihrer Länder und wirtschaftlichem Verfall führen wird, wir sagen ihnen: sogar bei zeitweiliger Isolierung (und diese Isolierung wird angesichts der großen Sowjetbrücke nach dem Osten nicht leicht zu verwirklichen sein) wird Europa sich nicht nur halten, sondern auch steigern können, nachdem es die inneren Zollschränken vernichtet und seine Wirtschaft mit den unermesslichen natürlichen Reichtümern Russlands vereinigt hat. „Vereinigte Staaten von Europa“ – diese rein revolutionäre Perspektive – sind die nächste Etappe der revolutionären Bewegung in Europa, die sich aus dem schneidenden Gegensatz zwischen Europa und Amerika ergibt. Wer diesen für die gegenwärtige Periode grundlegenden Gegensatz und Unterschied ignoriert, der wird die realen revolutionären Perspektiven in historischen Abstraktionen versanden lassen. Es versteht sich von selbst, dass die Arbeiter- und Bauernföderation bei der europäischen Etappe ihrer Entwicklung nicht stehen bleiben wird. Unsere Sowjetunion wird ihr, wie gesagt, den Zugang nach Asien eröffnen und damit Asien den Weg nach Europa bahnen. Es handelt sich hier also nur um eine Etappe, aber um eine sehr bedeutsame historische Etappe, die wir vor allem erreichen müssen.

Die Parole der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa

von Leo Trotzki

Die Beseitigung der Parole der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa aus dem neuen Programmentwurf, trotzdem diese bereits im Jahre 1923 von der Komintern nach langen inneren Kämpfen angenommen worden ist, kann durch nichts entschuldigt werden. Oder, vielleicht wollte der Verfasser gerade in dieser Frage zu der Stellungnahme Lenins vom Jahre 1915 „zurückkehren“? Aber dann müsste er diese Stellungnahme erst richtig verstehen.

Wie bekannt ist, hatte Lenin in der Frage der Parole der Vereinigten Staaten von Europa am Anfang des Krieges geschwankt. Erst wurde diese Parole im **Sozialdemokrat** (dem damaligen Zentralorgan der Partei) aufgenommen. Später verzichtete Lenin auf diese Parole. Schon das allein beweist, dass es sich damals nicht etwa um eine endgültige, prinzipielle Unannehmbarkeit dieser Parole gehandelt hat, sondern um eine rein taktische Bewertung derselben vom Standpunkt der bestimmten Etappe. Es ist überflüssig, zu erwähnen, dass Lenin die Möglichkeit einer Bildung von Vereinigten Staaten im kapi-

talistischen Europa verneint hat. Auch ich selbst habe die Sache ebenso beurteilt, als ich damals die Parole der Vereinigten Staaten ausschließlich als eine perspektivische Staatsform der proletarischen Diktatur in Europa aufstellte. Ich schrieb damals: „*Ein einigermaßen vollständiger wirtschaftlicher Zusammenschluss Europas von oben herab, durch Verständigung der kapitalistischen Regierungen ist eine Utopie. Weiter wie zu Teilkompromissen und zu halben Maßnahmen kann hier die Sache niemals kommen. Um so mehr wird eine wirtschaftliche Vereinigung Europas, welche sowohl für den Produzenten wie für den Konsumenten und für die kulturelle Entwicklung überhaupt vom größten Vorteil ist, zu einer revolutionären Aufgabe für das europäische Proletariat in seinem Kampfe gegen den imperialistischen Protektionismus und dessen Waffe, den Militarismus.*“ (Trotzki: *Das Friedensprogramm*, Band 3, Teil 1, S.85, russische Ausgabe.)

„*Vereinigte Staaten von Europa – das wäre vor allem die einzige denkbare Form der Diktatur des europäischen Proletariats.*“ (Trotzki: *Das Friedensprogramm*, Band 3, Teil 1, S.92.)

Doch auch bei einer solchen Stellungnahme sah Lenin in der damaligen Periode eine Gefahr. Bei dem Fehlen jeder Erfahrung einer proletarischen Diktatur in einem einzelnen Lande und bei der theoretischen Unklarheit, die in dieser Frage sogar auf dem linken Flügel der damaligen Sozialdemokratie herrschte, konnte die Parole der Vereinigten Staaten von Europa die Vorstellung erwecken, als ob die Revolution gleichzeitig zum mindesten auf dem ganzen Kontinent Europa ausbrechen müsste. Gerade vor dieser Gefahr hatte Lenin gewarnt. Doch in dieser Frage gab es zwischen Lenin und mir nicht einmal den Schatten einer Meinungsverschiedenheit. Zur selben Zeit schrieb ich:

„Kein Land darf mit seinem Kampfe auf das andere warten. Der elementare Gedanke, den es notwendig und nützlich zu wiederholen ist, damit die Idee der parallelen internationalen Aktionen nicht zu einer Idee der abwartenden internationalen Untätigkeit verfälscht werde, ist der, dass wir ohne auf die anderen zu warten, unseren Kampf auf nationalem Boden weiterführen müssen, in der festen Überzeugung, dass unsere Initiative einen Anstoß für den Kampf in anderen Ländern gehen wird.“ (Trotzki: 1917, Band 3, Teil 1, S.90.)

Weiter folgen jene meine Worte, die von Stalin auf dem 7. Plenum des EKKI als ein besonders bössartiger Ausdruck des „Trotzkismus“, d.h. des „Unglaubens“ an die inneren Kräfte der Revolution und der Hoffnung auf eine Hilfe von außen zitiert wurden:

„Sollte aber diese Entwicklung der Revolution in anderen Ländern nicht eintreten, so wäre es hoffnungslos, zu glauben – das bezeugen sowohl die geschichtlichen Erfahrungen wie die theoretischen Erwägungen –, dass z.B. ein revolutionäres Russland gegenüber einem konservativen Europa oder ein sozialistisches Deutschland isoliert in der kapitalistischen Welt existieren könnte.“ (Trotzki, Band 3, Teil 1, S.90.)

Das 7. Plenum verurteilte auf Grund dieser und ein paar ähnlicher Zitate die Stellungnahme des „Trotzkismus“ in dieser grundsätzlichen Frage als eine, die mit dem Leninismus nichts gemein habe.

Lassen wir darum hier Lenin selbst sprechen. Am 7. März 1918 spricht er zum Frieden von Brest-Litowsk:

„Das ist eine Lehre, denn es ist eine absolute Wahrheit, dass wir ohne eine deutsche Revolution verloren sind.“ (Lenin, Politischer Bericht des Zentralkomitees, 7. März 1918, Lenin, **Werke**, Band 27, S.73-96, hier S.85)

Eine Woche später:

„Der Weltimperialismus kann nicht Seite an Seite mit einer siegreich fortschreitenden sozialen Revolution existieren.“ (Lenin, Referat über die Ratifizierung des Friedensvertrags, 14. März 1918, Lenin, **Werke**, Band 27, S.160-178, hier S.163f.)

Und wiederum einige Wochen später, im April, spricht Lenin:

„Unsere Rückständigkeit hat uns vorwärts getrieben, und wir werden untergehen, wenn wir uns nicht so lange zu behaupten verstehen, bis wir eine mächtige Unterstützung durch die aufständischen Arbeiter der anderen Länder erhalten.“ (Lenin, Rede im Moskauer Sowjet der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten, 23. April 1918, Lenin, **Werke** Band 27, S.219-24, hier S.222, Unterstreichung von L.T.)

Doch vielleicht sprach er so nur unter dem Einfluss der Krise von Brest-Litowsk? Nein. Im März 1919 wiederholte Lenin wiederum:

„Wir leben nicht nur in einem Staat, sondern in einem System von Staaten, und die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird entweder das eine oder das andere siegen.“ (Lenin, Bericht des Zentralkomitees, 18. März 1919, Lenin, **Werke**, Band 29, S.131-149, hier S.138)

Noch ein Jahr später, am 7. April 1920, bringt Lenin in Erinnerung:

„Das Kapital ist im internationalen Maßstab auch heute noch nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch stärker als die Sowjetmacht und die Sowjetordnung. Von dieser grundlegenden Feststellung muss man ausgehen und darf sie nie vergessen.“ (Lenin, Rede auf dem 1. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongress, Lenin, **Werke**, Band 30, S.495-508, hier S.498])

Seite 60

Im selben Jahre 1920:

„Der internationale Imperialismus und daneben das siegreiche Vordringen der sozialen Revolution werden sich nie vertragen können.“ (Lenin, **Sämtliche Werke**, russische Ausgabe, Band 17, S.197)

Am 6. Dezember 1920 sprach Lenin zu der Frage der Konzessionen:

„dass wir jetzt vom Krieg zum Frieden übergegangen seien, wir hätten jedoch nicht vergessen, dass der Krieg wiederkehren wird. Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben. Der eine oder der andere wird zuletzt siegen. Entweder wird man die Sowjetrepublik oder den Weltkapitalismus zu Grabe tragen. Das hier ist ein Aufschub des Krieges.“ Lenin, Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), 6. Dezember 1920, Lenin, **Werke**, Band 31, S.434-454, hier S.452)

Doch vielleicht hat die weitere Existenz der Sowjetrepublik Lenin später veranlasst, seinen Fehler anzuerkennen und seinem „Unglauben“ an die inneren Kräfte der Oktoberrevolution abzuschwören? Auf dem 3. Weltkongress der Komintern, also noch im Juli 1921, lehrte Lenin folgendermaßen:

„Es entstand ein zwar äußerst unsicheres, äußerst labiles Gleichgewicht, aber immerhin ein Gleichgewicht, das der Sozialistischen Republik, natürlich nicht für lange Zeit, die Möglichkeit gibt, in der kapitalistischen Umwelt fortzubestehen.“ (Lenin, Thesen über die Taktik der RKP, geschrieben 13.6.1921, Lenin, **Werke**, Band 32, S.475-484, hier S.476)

Noch mehr, auf der Sitzung des Kongresses am 5. Juli 1921, erklärte Lenin geradezu:

„Es war uns klar, dass ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Schon vor der Revolution und auch nachher dachten wir: Entweder sofort, oder zumindest sehr rasch wird die Revolution in den übrigen Ländern kommen, in den kapitalistisch entwickelteren Ländern, oder aber wir müssen zugrunde gehen. Trotz dieses Bewusstseins taten wir alles, um das Sowjetsystem unter allen Umständen und um jeden Preis aufrechtzuerhalten; denn wir wussten, dass wir nicht nur für uns, sondern auch für die internationale Revolution arbeiten.“ (Lenin, **Werke**, Band 32, S.501-519, hier S.503, Hervorhebung L.T.)

Wie unendlich weit sind diese wundervollen einfachen, vom Geist des Internationalismus durchdrungenen Worte von den jetzigen selbstzufriedenen Ausprüchen der Epigonen entfernt! Jedenfalls habe ich das Recht, zu fragen, worin diese Äußerungen Lenins sich von meiner im Jahre 1915 ausgesprochenen Überzeugung unterscheiden, dass das zukünftige revolutionäre Russland oder sozialistische Deutschland, isoliert innerhalb der kapitalistischen Welt, sich werde nicht behaupten können? Die einzelnen Fristen laufen anders, als es in der Voraussage angesetzt wurde – sowohl von mir wie auch von Lenin. Doch der Grundgedanke bleibt in Kraft, auch jetzt noch, und vielleicht augenblicklich mehr als jemals vorher.

Anstatt den Gedanken zu verurteilen, wie es das 7. EKKI-Plenum auf Grund eines unkompetenten und unehrlichen Berichtes getan hat, hätte man ihn in das Programm der Kommunistischen Internationale aufnehmen müssen.

Zur Verteidigung der Parole der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa wies ich im Jahre 1915 darauf hin, dass das Gesetz über die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung kein Argument gegen diese Parole sei. Denn die Ungleichmäßigkeit der historischen Entwicklung ist in bezug auf verschiedene Staaten und Kontinente selbst verschieden. Die Staaten Europas entwickeln sich einander gegenüber ungleichmäßig. Nichtsdestoweniger kann man mit bestimmter historischer Überzeugung behaupten, dass keiner dieser Staaten vermag, jedenfalls nicht in einer absehbaren Zeit, einen solchen Vorsprung gegenüber den anderen Staaten zu gewinnen, wie es Amerika gegenüber Europa erreicht hat. Für Amerika existiert also ein Maßstab der Ungleichmäßigkeit gegenüber Europa. Ein anderes. Geographische und historische Bedingungen haben einen solchen engen organischen Zusammenhang zwischen den einzelnen Ländern Europas vorbestimmt, dass keins derselben daraus her-

auszuspringen vermag. Die jetzigen bürgerlichen Regierungen Europas ähneln den Mördern, die an eine und dieselbe Kette geschmiedet sind. Es ist bereits gesagt worden, dass eine Revolution in Europa letzten Endes auch für Amerika eine entscheidende Bedeutung haben wird. Doch *unmittelbar*, als aller-nächste historische Folge, wird eine Revolution in Deutschland für Frankreich eine weit größere Bedeutung besitzen, als für die Vereinigten Staaten von Amerika. Aus diesen historisch festgelegten Verhältnissen heraus entspringt die politische Lebensfähigkeit der Parole einer europäischen Sowjetföderation. Wir meinen dabei eine relative Lebensfähigkeit, denn es ist selbstverständlich, dass diese Föderation sich über die große Brücke der Sowjetunion auch nach Asien erstrecken würde und endlich zu einer Vereinigung der sozialistischen Republiken der Welt werden würde. Doch das wird schon eine zweite Epoche, oder das nächste große Kapitel der imperialistischen Epoche sein. Und wenn man ihr näherkommen wird, wird man schon die richtigen Formulierungen für ihre Bedürfnisse finden. Man könnte mit Leichtigkeit durch weitere Zitate beweisen, dass die Meinungsverschiedenheit mit Lenin im Jahre 1915 in der Frage der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa einen rein *taktischen* und ihrem ganzen Wesen nach vorübergehenden Charakter trug. Doch der Gang der Ereignisse beweist das noch viel besser, im Jahre 1923 nahm die Komintern offiziell die strittige Parole an. Wenn im Jahre 1915 die Unannehmbarkeit dieser Parole von irgendwelchen prinzipiellen Erwägungen diktiert worden wäre, so hätte die Komintern nicht acht Jahre später dieselbe Parole aufnehmen können, denn das Gesetz über die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung hat, wie man meinen müsste, in dieser Zeit seine Geltung noch nicht verloren. Die gesamte, oben angeführte Fragestellung geht aus der Dynamik des als Ganzes genommenen Revolutionsprozesses hervor. Die internationale Revolution wird als ein Prozess dargestellt, der innerlich verbunden ist. Man kann ihn nicht konkret, sozusagen in seiner ganzen Folgerichtigkeit, voraussagen. Doch seine allgemeinen historischen Umrisse sind vollständig klar. Ohne diese zu verstehen, ist es überhaupt unmöglich, eine richtige politische Orientierung zu bekommen. Die Sache ändert sich aber radikal, wenn man von der Idee der sozialistischen Entwicklung ausgeht, die in einem einzelnen

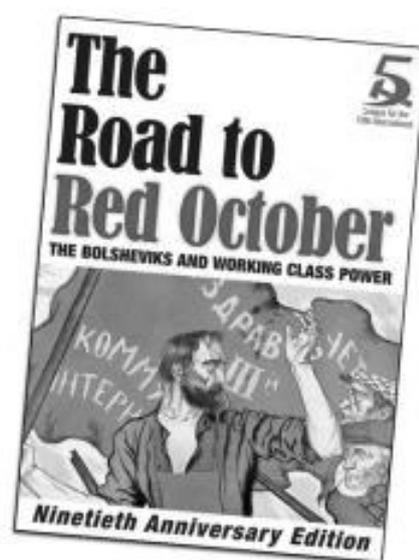
Land stattfinden und sogar abschließen kann. Wir besitzen jetzt eine „Theorie“, welche lehrt, dass der völlige Aufbau des Sozialismus in einem Lande möglich ist, und dass die gegenseitigen Beziehungen dieses Landes zu der kapitalistischen Umwelt auf der Grundlage der „Neutralisation“ der internationalen Bourgeoisie aufgebaut werden können. (Stalin.)

Bei einem solchen, seinem Wesen nach national-reformistischen und nicht international-revolutionären Standpunkt fällt die Notwendigkeit der Parole der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa weg, oder wird wenigstens bedeutend geringer. Doch unserer Meinung nach ist diese Parole gerade darum so lebensnotwendig, weil sie die Verurteilung der Idee einer isolierten Entwicklung des Sozialismus mit einschließt. Für das Proletariat eines jeden europäischen Landes wird es in noch viel größerem Maße als für die UdSSR (der Unterschied besteht hier aber nur in der Stufe) äußerst notwendig sein, dass die Revolution auf die benachbarten Länder übergreift. Eine bewaffnete Unterstützung des Aufstandes ist dort keine Erwägung einer abstrakten internationalen Solidarität, die an sich unfähig ist, eine Klassenbewegung zu entfachen, sondern eine Erwägung der Lebensnotwendigkeit, wie es Lenin Hunderte Male bezeichnet hatte: Ohne *rechtzeitige* Unterstützung der internationalen Revolution können wir nicht bestehen bleiben. Die Parole der Vereinigten Sowjetstaaten entspricht dieser Dynamik der proletarischen Revolution, welche nicht gleichzeitig in allen Ländern ausbricht, sondern von einem Lande ins andere überspringt, und welche die engste Verbindung miteinander erfordert, zuerst auf dem Gebiet von Europa, um sich sowohl gegen mächtige äußere Feinde verteidigen zu können, als auch um den Wirtschaftsaufbau zu beginnen.

Vielleicht könnte man versuchen, dem zu entgegnen, dass nach der Ruhrkrise, welche doch der letzte Anstoß zur Ausprägung dieser Parole gewesen ist, dieselbe trotzdem keine Rolle in der Agitation der europäischen Kommunistischen Parteien gespielt hatte. Sie hat sozusagen nicht eingeschlagen. Aber dasselbe gilt auch in bezug auf die Parole der Arbeiterregierung, der Räte usw., also in bezug auf alle unmittelbar vorrevolutionären Parolen. Das erklärt sich dadurch, dass nach 1923 im Gegensatz zu der unrichtigen Voraussage des 5. Weltkongresses, die revolutionäre Bewegung abflaute. Doch gerade deshalb wäre es schädlich, das Programm oder dessen einzelne Teile nur unter

dem Eindruck dieser Periode aufbauen zu wollen. Es ist kein Zufall, dass die Parole der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa trotz aller Vorurteile gerade im Jahre 1923 angenommen wurde, als man den Ausbruch der Revolution in Deutschland erwartete, und als die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten Europas brennend wurde. Jede neue Verschärfung der europäischen, oder noch mehr, der Weltkrise, die stark genug sein wird, um die politischen Grundprobleme auf die Oberfläche zu bringen, wird unbedingt die Empfänglichkeit für die Parole der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa steigern. Darum ist es grundfalsch, dass man diese Parole, ohne sie abzulehnen, im Programm verschweigt und sie irgendwo in der Reserve hält so für alle Fälle. Doch in den grundsätzlichen Fragen der Politik darf es keine Reserve geben.

Publikationen der LFI zu bestellen über unsere Kontaktadresse



Wer wir sind

Liga der Sozialistischen Revolution

österreichische Sektion der Liga für die 5. Internationale

Die *Liga der Sozialistischen Revolution* (LSR, vormals ArbeiterInnenstandpunkt) ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. Wir treten zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt für die Interessen der ArbeiterInnen und aller Unterdrückten ein. Unserer Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Eine solche Gesellschaft kann nur international geschaffen werden. Dazu ist eine sozialistische ArbeiterInnenrevolution notwendig und die Schaffung von Staaten, wo die ArbeiterInnenklasse durch Räte herrscht, wo die Regierung und alle anderen Verwaltungen von der Basis direkt gewählt und jederzeit abwählbar sind. Wir kämpfen daher für eine sozialistische Revolution in Österreich und weltweit.

Uns verbindet daher auch nichts mit den Regimes des "real existierenden Sozialismus". In diesen Staaten beherrschte und unterdrückte eine Bürokratie das Proletariat. Mit Sozialismus und Kommunismus hatte das nichts zu tun.

Wir unterstützen alle Kämpfe, alle Aktionen, alle Forderungen, die die Interessen der ArbeiterInnen zum Ausdruck bringen. Wir unterstützen jeden Kampf und sei er noch so klein, um die Lebensbedingungen hier und jetzt zu verbessern.

Organisationen, die nicht in der Lage sind, den Kampf um höhere Löhne, gegen Entlassungen, für demokratischer Rechte oder gegen Krieg zu führen, werden auch keine Revolution durchführen können.

Wir arbeiten in den Gewerkschaften und treten dort für Klassenkampf, Sozialismus und ArbeiterInnendemokratie ein. Die Gewerkschaften werden von einer Bürokratie beherrscht. Diese Bürokratie ist eine Schicht, die in ihren Interessen und Lebensbedingungen den Mitgliedern immer ferner steht, die die Gewerkschaften an die Sozialdemokratie und den Staat bindet, statt konsequent den Klassenkampf gegen die KapitalistInnen zu führen.

Wir unterstützen Befreiungsbewegungen gegen nationale Unterdrückung, auch wenn an ihrer Spitze nicht-revolutionäre Führungen stehen.

Die gegensätzlichen Klasseninteressen driften so weit auseinander, dass es nicht möglich ist, Verbesserungen im bestehenden System langfristig durchzusetzen. Anders als SPÖ, KPÖ, die Führung der Gewerkschaften oder auch des ASF lehnen wir es daher ab, den Kampf nur auf Verbesserungen, Reformen oder "sozialverträgliche" Kürzungen zu beschränken. Warum? Weil unser Ziel nicht die Reform des bestehenden, kapitalistischen Systems ist, sondern dessen Sturz. Wer den Kapitalismus nur reformieren will, ordnet sich damit zwangsläufig diesem System unter.

Arbeitslosigkeit, Krieg, Hunger, Ausbeutung, Unterdrückung - all das sind nicht einfach die "schlechten", "unsozialen" Seiten des Kapitalismus. Kapitalismus ist ohne sie einfach nicht denkbar. Er ist das Problem. Ihn wollen wir beseitigen.

Daher treten wir in allen Kämpfen dafür ein, dass sie zu einem Schritt zum Sturz des Systems werden. Unser Ziel ist es, die "Tageskämpfe" mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden, eine Brücke vom Heute zur Befreiung der ArbeiterInnenklasse zu schlagen.

*In diesem Sinne wollen wir eine
neue revolutionäre ArbeiterInnenpartei als Teil einer 5. Internationale aufbauen!*

Biz kimiz? Amacimiz ne? Ne için mücadele ediyoruz?!

LSR - Sozialist Devrimci Birliđi

5. Enternasyonal Ligasi'nin avusturya bölümü

LSR - Sozialist Devrimci Birliđi enternasyonalist ve devrimci-komünist bir kuruluştur. Dünyanın dört bir yanındaki yoldaşlarımızla birlikte işçilerin ve sömürülen insanların çıkarları için mücadele ediyoruz. Amacımız sömürünün ve baskının ortadan kalkmış olduğu sınıfsız bir toplum yaratmak.

Böyle bir toplumu yalnızca enternasyonalist bir çerçevede kurabiliriz. Bunun için sosyalist bir işçi devrimi şart. Aynı zamanda işçi sınıfının konseyler vasıtasıyla hüküm sürdüğü devletler kurulmalı. Bu devletlerde hükümetler ve diğer bütün kurumlar taban tarafından seçilmeli ve her an oylama ile azletilebilmeli. Biz bu yüzden dünyada ve avusturyada gerçekleşmesi gereken sosyalist bir Devrime inanıyoruz ve onun için mücadele ediyoruz.

Ve bu yüzden bizim "var olan sosyalist" rejimlerle hiç bir ortak yanımız veya bağlantımız yok. Bu devletlerde halk bir bürokrasi tarafından ezildi ve sömürüldü. Sosyalizm ve Komünizm ile uzaktan yakından alakası yoktur böyle rejimlerin.

Biz işçilerin çıkarları doğrultusunda olan her mücadeleyi, her kavgayı ve her talebi destekliyoruz. Mevcut yaşam koşullarını değiştirmek ve düzeltebilmek için yürütülen her kavgayı, ne kadar küçük olursa olsun, destekliyoruz.

Daha yüksek ücretler için, isten çıkartılmaları karşı, demokratik haklar için veya savaş karşıtı mücadeleler sergilemekten aciz olan örgütlerin devrim yapmalarında olanaksızdır. Biz çalıştığımız sendikalarda sınıf mücadelesi, sosyalizm ve işçi-demokrasisi için mücadele ediyoruz. Ama sendikalar bürokrasi tarafından yönetiliyor. Bu bürokrasi, kendi çıkarları için üyelerinin taleplerini ve çıkarlarını hiç'e sayan, kapitalistlere karşı tutarlı bir sınıfsal mücadele yürüteceği yerde sendikaları sosyal-demokrasie ve devlete bağlayan ve onlara muhtaç eden bir sınıftır.

Biz milli baskılara karşı olan her kavgayı, ona karşı gösterilen her direnisi destekliyoruz. Bu direnislerin baslarında devrimci liderler olmasa bile.

Biz SPÖ'nün, KPÖ'nün veya sendikaları yönetenlerin aksine kavgamızı sadece iyileştirmelerle veya reformlarla sınırlandırmak istemiyoruz. Nedenmi? çünkü bizim amacımız mevcut olan kapitalist sistemi reformlarla düzeltmek değil, bilakis mevcut sistemi yıkmak. Kim kendini kapitalizmi yenilendirme ve onu düzeltme hayallerine kaptırırsa, o ister istemez bu sistemin bir kölesi durumuna gelecektir.

İssizlik, Savaş, Açlık, Sömürü ve Zulüm - bunlar sadece kapitalizmin "kötü" veya "sosyal olmayan" yanları değildir kesinlikle. Bu unsurların olmadığı bir kapitalizm hayal bile edilemez, çünkü kapitalizmi besleyen kandır, savastır, açıktır, sömürüdür, zulümdür... Yani kapitalizmin olmazsa olmazlarıdır bu saydıklarımız. Bu demek oluyor ki eğer ortada bir sorun varsa, ki olduğunu hepimiz görüyoruz, o da kapitalizmin ta kendisidir. Bu durumda bizim yapmamız gereken bu sömürü düzenini ortadan kaldırmak. Biz bu yüzden kapitalizmi yıkmaya yolunda atılan her adımın destekçisiyiz ve bunun için yapılan her kavganın içerisindeyiz. Amacımız, "günlük kavgaları" sosyalizm uğruna yapılan kavgalar ile birleştirmek ve işçi sınıfının özgürlüğüne giden bir köprü kurmak.

Bu doğrultuda 5. Enternasyonalin bir bölümü olan yeni bir devrimci İşçi-Partisi kurmak istiyoruz!

Publikationen der Liga der Sozialistischen Revolution und der Liga für die 5. Internationale



UNTER DER FAHNE DER REVOLUTION
Theoretisches Journal der Liga für die Fünfte Internationale

Der Marxismus als theoretische Praxis und praktische Theorie
Roman Birke

Kampf dem Klerikalismus
Thesen zur christlichen Religion und Kirche
ArbeiterInnenstandpunkt
Roman Birke

Das reaktionäre Weltbild von Papst Benedikt XVI
Roman Birke

Das Christentum als Rechtfertigungsideologie des imperialistischen „Krieg gegen den Terror“
Michael Pröbsting

ARCHIV DES MARXISMUS

Sozialismus und Religion (1905)
Wladimir Iljitsch Lenin

Der Revisionismus letzte Weisheit (1924)
Abram Deborin



Neoliberale SPÖ: Ursachen und Alternativen

von Michael Pröbsting und Roman Birke



März 2007

Preis: 3,- Euro



Israel, Zionismus und Antisemitismus

Eine Auseinandersetzung mit den Mythen und Legenden der Antinationalen

von Michael Pröbsting



Januar 2006

Preis: 2,5 Euro



Gegen Sozialabbau, Krieg, Rassismus... EU-Reformvertrag stoppen!



KAMPF! BORBA! SAVAŞ! europaweit!
www.sozialistische-revolution.org

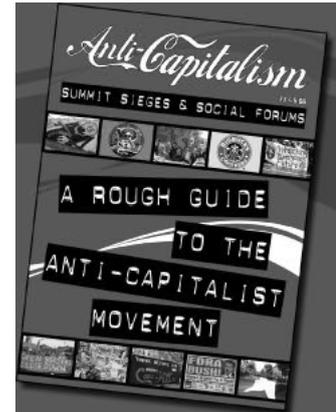
BROSCHÜREN und ZEITUNGEN DER LSR



Buch über Globalisierung, Antikapitalismus und Krieg



Programm der Liga für die Fünfte Internationale



Broschüre über die antikapitalistische Bewegung (englisch)



REVOLUTIONÄRER MARXISMUS - Deutschsprachiges theoretisches Journal der Liga für die Fünfte Internationale